

## **Anlage 9:   Synopsis der Anregungen und Bedenken zu den Planunterlagen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung 2017 (Stand: 15.01.2018)**

### **Inhaltsübersicht nach Beteiligtennummer mit Seitenangaben**

05110 bis 05170 Gruppirt erfasste Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	2
10000 bis 10968 "Individuell" erfasste Anregungen / Bedenken und Hinweise aus der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	27
10096   Phoenix Zementwerke Krogbeumker GmbH & Co. KG .....	27
10101   HeidelbergCement AG .....	29
10159   Bundesverband Porenbetonindustrie e.V.....	36
10282   Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.....	38
10287   Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht) .....	42
10928   Calcis Lienen GmbH & Co KG .....	71
10964   Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V.....	140
10967   VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.....	142
10968   Dyckerhoff GmbH .....	150

### **Hinweis:**

Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird in dieser Synopse auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Es sind jedoch stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05100-001</b>	
<p><u>5100-001:</u></p> <p>Die hierzu erfassten Einwender unterstützen – teilweise appellartig – den vorgelegten Planentwurf der Regionalplanungsbehörde, der keine Erweiterungen von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" vorsieht.</p> <p>Für den Fall, dass der Regionalrat im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein zu einer anderen Entscheidung kommt, erheben diese Einwender vorsorglich Bedenken. Als Begründung führen sie – in unterschiedlicher Intensität – an, dass im Falle einer Erweiterung von Abgrabungsflächen auf dem Gebiet der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Kalkabbau die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes "Teutoburger Wald" zerstöre und somit zu einer qualitativen Abwertung der gesamten Region führe, wodurch die Sicherung und weitere Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft gefährdet werde,</li> <li>• in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Bedeutung dieses Europäischen Schutzgebietes (FFH-Gebiet) für das ökologische Verbundsystem NATURA 2000 durch den Kalkabbau massiv gefährdet werde,</li> <li>• der Kalkabbau die Zukunftsfähigkeit von Lengerich, Lienen (staatlich anerkannter Erholungsort) und Nachbarorten erheblich gefährde,</li> <li>• Arbeitsplätze in den Bereichen Tourismus, Freizeitgastronomie und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und in anderen Wirtschaftszweigen gefährdet seien bzw. bzgl. Lengerich aufgrund des Stadt-Images als Zementstandort auch nicht entstehen könnten und in diesem Zusammenhang das Gewinnstreben eines Privatunternehmens nicht wirtschaftliche Nachteile, die einer ganzen Region daraus langfristig und dauerhaft erwachsen können, rechtfertige,</li> <li>• die jetzt zusätzlich geplanten Kalkabbauflächen im Münsterland die Rohstoffversorgung der Region auch ohne Flächen im Teutoburger Wald problemlos decken könne und bei einem verantwortungsvollen Umgang mit diesem</li> </ul>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Nach Prüfung und Abwägung aller im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken sieht die Regionalplanungsbehörde keinen Grund für eine Änderung der zeichnerischen BSAB-Darstellungen auf dem Gebiet der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen gegenüber dem Entwurf vom 12.12.2016. Insofern sind die hier von den Einwendern aus der Öffentlichkeitsbeteiligung erfassten Argumente gegen eine Erweiterung der BSAB-Flächen im Teutoburger Wald (gegenwärtig) verfahrenstechnisch als Hinweise und nicht als Bedenken einzustufen, die einer Abwägung in Form von Meinungsausgleichsvorschlägen bedürfen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Rohstoff keine weiteren Schutzgebiete für den Abbau zerstört werden müssen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Notwendigkeit gesehen werde, gerade hier Kalk abzubauen, der nicht zur Sicherung des regionalen Bedarfs diene.</li> <li>• man als Anwohner seit Jahren einen Verlust an Naherholungsflächen und Wanderwegen bemerke, was die eigene Lebensqualität mindere, und – im Falle einer Erweiterung der Abgrabungsbereiche – eine nicht mehr hinnehmbare Beeinträchtigung des gesamten Lebensumfeldes zu befürchten sei,</li> <li>• man eine deutliche Beeinträchtigung der kulturhistorischen Bedeutung des Teutoburger Waldes und des Hermannsweges befürchtet,</li> <li>• man eine endgültige Zerschneidung des Höhenrückens des Teutoburger Waldes befürchte, die das geologische und klimatische Gesamtgefüge der Region unwiederbringlich zerstöre,</li> <li>• man einen Anstieg von Schadstoffeinträgen und einen erheblichen Mengen- und Qualitätsverlust des zur Verfügung stehenden Wassers befürchte (Schutzgut Wasser als ein wesentlicher Bestandteil des Lebens; entscheidende Beeinflussung der Lebensqualität durch sauberes Trink-, Oberflächen- und Grundwasser) sowie</li> <li>• in diesem Zusammenhang bei weiterem Kalkabbau und damit einhergehender Rodung ein Austrocknen von Hausbrunnen befürchtet werde,</li> <li>• vor dem Hintergrund, dass der Teutoburger Wald mit seinen Bäumen, Waldböden und Kalkschichten ist ein sehr wichtiger Wasserspeicher sei, das Grundwasser und die natürlichen Quellen irreparabel geschädigt werden können,</li> <li>• aufgrund der Absenkung des Grundwasserniveaus die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen erheblich beeinträchtigt werden könnten,</li> <li>• durch die Kompensationsflächen für den Kalkabbau der ohnehin stetig knapper werdende fruchtbare Ackerboden, der in Zukunft auch für die regionale Entwicklung dringend benötigt werde, verloren gehe,</li> <li>• die vorgesehenen 'Kompensationsmaßnahmen' inner- und außerhalb des FFH-Gebietes die die erheblichen Eingriffe in den Waldbestand im Sinne der FFH-Richtlinie 92/43/EWG keinesfalls ausgleichen können,</li> <li>• das Pflanzen von Gehölzen auf sandigem Boden keinen Buchenwald auf Kalkgestein ersetzen könne,</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• der Kalkabbau dauerhaft schutzwürdige Böden und natürliche Bodenfunktionen zerstöre und ein nach Bodenschutzgesetz geforderter sparsamer Umgang mit schutzwürdigen Böden somit nicht mehr gewährleistet sei,</li> <li>• öffentliche Belange, wie z. B. der Schutz der Natur und der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung dauerhaft zwingend höher eingestuft werden müssten als das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen,</li> <li>• man befürchte, dass die entstandenen Ewigkeitsschäden im Falle eines Rückzuges oder einer Insolvenz der Unternehmen für alle Ewigkeit von der Allgemeinheit getragen werden müssen, wie z. B. Kosten der Renaturierung, des Rückbaus der Industrieruinen und aller dazu gehörenden Umweltschäden,</li> <li>• man der Auffassung sei, dass die begrenzten Kalkvorkommen heute oft zu leichtfertig für vermeidbare Nutzungen verschwendet würden und die vermeidbare Nutzung von Kalk im Interesse nachfolgender Generationen eingeschränkt werden sollte.</li> <li>• die Luftqualität beeinträchtigt werden könnte (Ozonwerte, Feinstaubbelastung) und aufgrund von Produktion und Transport hohe CO<sub>2</sub>-Mengen erzeugt werden könnten,</li> <li>• sich die Belastungen aus dem Kalkabbau (Lärm, Erschütterungen), dem Transport (Lärm, LKW-Verkehr und Staubbildung, Straßenschäden), der Aufbereitung (Brecheranlage, Lärm), der Mitverbrennung von Abfällen und gefährlichen Stoffen (Luftverschmutzung z. B. durch Schwermetalle) aufsummieren und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden könnten,</li> <li>• in diesem Zusammenhang der LKW-Verkehr auf den Zufahrtswegen insbesondere Schulkinder und Fahrradfahrer gefährden und die Gesundheit der Menschen durch erhöhte Mengen an krebserregenden Dieselabgasen und Lärm beeinträchtigen könnte und</li> <li>• die Sprengungen über weite Entfernungen für den Mensch spürbar seien und die körperliche und psychische Gesundheit beeinträchtigen könnten,</li> <li>• durch den weiteren Kalkabbau die eigene Immobilie deutliche Wertverluste erleiden könnte, insbesondere aufgrund der Erschütterungen durch immer näher kommende Sprengungen, der Lärmbelästigung durch Sprengungen, Abbau und LKW-Verkehr, des weiteren Verlustes an Wanderwegen und Naherholungsflächen in der Nähe der Immobilie, der Gefahr der Absenkung des Grundwasserspiegels, und damit ein Teil der Altersversorgung gefährdet</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>würde, zumal ein angemessener finanzieller Ausgleich für alle diese Nachteile sehr fraglich sei.</p> <p>Darüber hinaus beklagen einige der hierzu erfassten Einwender, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• schon jetzt in unmittelbarem Umfeld der beiden Abgrabungsbetriebe die Umwelt u. a. durch Staubemissionen stark gelitten habe,</li> <li>• ausreichende Messwerte im Hinblick auf eine Feinstaubbelastung durch das Kalkwerk in Lengerich fehlten,</li> <li>• dass die wenigen FFH-Gebiete als letzte Rückzugsgebiete der Natur auch im Hinblick auf den Klimawandel für wirtschaftliche Interessen ausgebeutet würden,</li> <li>• die Summationswirkung aller Abbauflächen zwischen Lienen und Lengerich keine entsprechende Beachtung gefunden habe,</li> <li>• bei der Alternativenprüfung im Zusammenhang mit einer möglichen BSAB-Erweiterung der Fa. Dyckerhoff nur die Wirtschaftlichkeit eines Transportes von Kalkstein nach Lengerich zur Produktion von Grauzement geprüft worden sei und die Alternative, den hochwertigen Kalk für Tiefbohrzement aus Lengerich an einen anderen Produktionsort für eine Produktion von Grau- und Tiefbohrzement zu transportieren, nicht geprüft worden sei.</li> </ul> <p>Zudem kritisieren einige dieser Einwender das Kompensationsmodell mit den aus ihrer Sicht unzureichenden und teilweise falsch verorteten Ausgleichsflächen. Dadurch werde auch Grünland mit reichhaltigen Randstrukturen zu einem Viertel der Ausgleichsflächen überplant. Zudem seien die Grundstücks- und Pachtpreise landwirtschaftlicher Flächen stark gestiegen, auch weil die Abgrabungsunternehmen mit Blick auf den Ankauf von Ausgleichsflächen als Konkurrent zur Landwirtschaft auftreten.</p> <p>Des Weiteren fordern einige der hierzu erfassten Einwender, dass im Falle einer Abbauerweiterung die Firma Calcis einer Beweisumkehr zustimmen solle, so dass bei Schäden an ihren Immobilien oder dem Austrocknen ihres Hausbrunnens die Kosten eines von der Bezirksregierung vorzuschlagenden neutralen Gutachters tragen müsse.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Im Hinblick auf die Diskussion ökonomischer Aspekte sind einige der hierzu erfassten Einwender der Auffassung, dass das öffentliche Interesse zu stark auf Steuereinnahmen und Arbeitsplatzergänzung reduziert werde und Unternehmen und Kommunen mit Blick auf die lange Versorgungssicherheit ausreichend Gelegenheit gehabt hätten, sich auf das Auslaufen ihrer Abgrabungsgenehmigungen einzustellen bzw. auf die Ansiedlung neuer, innovativer Unternehmen zu setzen. In diesem Zusammenhang verweisen einige Einwender auch auf den Arbeitsplatzabbau Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre, der trotz gegenteiliger Argumentation der beiden Abgrabungsunternehmen zur Bedeutung der Arbeitsplatzsicherung im vorherigen Planverfahren danach stattgefunden habe.</p> <p>Einige dieser Einwender werfen den beiden Unternehmen zudem eine Strategie vor, durch bewusste kapazitätssteigernde Investitionen und trotz Kenntnis über die begrenzte Abgrabungserlaubnis bewusst Druck aufzubauen, um besser weitere Abbaugenehmigungen auf politischem Wege zu erhalten.</p> <p>Viele Einwender kritisieren auch das schichtweise Vorgehen bei der Inanspruchnahme von Flächen für Abgrabungen. In diesem Zusammenhang vermuten sie mit Blick auf die Zukunft, dass sich ein Großteil der Waldflächen bis Lienen-Holperdorp und Richtung Bad-Iburg bereits im Eigentum der beiden Unternehmen befinden soll und somit potenziell nicht nur für Kompensationszwecke, sondern auch für den Kalkstein-Abbau genutzt werden könne.</p> <p>Einer der hierzu erfassten Einwender beklagt im Zusammenhang mit den aufgeführten Gründen eine "gefühlte Rechtswillkür", da Recht immer solange gelte, wie es wirtschaftlichen Interessen nicht entgegenstehe. Zudem beklagen einige Einwender, dass seitens des Regionalrats (erneut) nach Kompromisslösungen gesucht werde, obwohl dagegen europäisches und auch nationales Recht stehe.</p> <p>Zudem befürchtet eine Einwenderin, dass sich durch den weiteren Kalkabbau in dem betroffenen Raum Einschränkungen im Hinblick auf die praktische Vermittlung von naturwissenschaftlichem Wissen insbesondere für Kinder ergeben können.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Einer der hierzu erfassten Einwender äußert darüber hinaus Zweifel an der Funktionsfähigkeit des vorbeugenden Brandschutzes für das Werk Dyckerhoff im Zusammenhang mit der Lagerung von Sekundärbrennstoffen.</p> <p>Schließlich regt ein Einwender an, eine Änderung des Regionalplanes mit Blick auf die Abgrabungsbereiche in Lengerich und Lienen insgesamt zu unterlassen, damit die beiden Abgrabungsfirmen nicht Gründe für eine Gleichbehandlung anführen könnten.</p>	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05100-002</b>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender sind der Auffassung, dass außerhalb der Konfliktbereiche im Teutoburger Wald im Planungsraum ausreichende Kalkvorkommen vorhanden seien, die wirtschaftliche Alternativen zum Abbau im Teutoburger Wald bieten können. Aus ihrer Sicht würden diese im Planentwurf zuungunsten der Flächen im Teutoburger Wald punktuell reduziert. Einer der Einwender führt hierzu im Einzelnen auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bisher nicht abgegrabene BSAB-Flächen des alten Regionalplans (Vellern/Neubeckum), die im Planentwurf im Vergleich zur bestehenden Darstellung gestrichen worden sind. Hier wird eine neuerliche Darstellung gefordert, um die Rohstoffsicherung auch für zukünftige Versorgungszeiträume ohne die Beanspruchung der Tabu-Bereiche im Teutoburger Wald sicherstellen zu können.</li> <li>• In diesem Zusammenhang berücksichtige die Alternativenprüfung des Abweichungsverfahrens wirtschaftlich geeignet erscheinende Varianten eines Bahntransportes direkt aus dem Bruch Vellern-Nord in den Produktionsstandort in Lengerich über die TWE-Strecke mittels eines Anschlussgleises nicht.</li> <li>• Ebenfalls würden Verlagerungsvarianten unter Einbeziehung des Werkes Geseke nicht untersucht.</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Sicherung der Rohstoffversorgung mit Mergel-Karbonatgestein erfolgt u.a. mit Abgrabungsbereichen im Raum Vellern bei Neubeckum südlich der BAB 2. Nördlich der Autobahn befinden sich ebenfalls Lagerstätten dieses Rohstoffes. In räumlich Nähe zu den Lagerstätten befinden sich aber auch naturräumlich wertvolle Bereiche. Auf Nachfrage hat sich das LANUV zu dem Bereich wie folgt geäußert: "Die Flächen westlich des NSG Vellern sollten ... nicht abgegraben, sondern langfristig im Sinne des Biotop- und Artenschutzes erhalten und entwickelt werden." Dementsprechend sind die Lagerstätten nördlich der Autobahn nicht als Abgrabungsbereich festgelegt worden.</p> <p>Nach den Vorgaben des LEP ist die Versorgung im jeweiligen Plangebiet zu gewährleisten. Die Lagerstätten in Geseke befinden sich außerhalb des Plangebiets.</p>

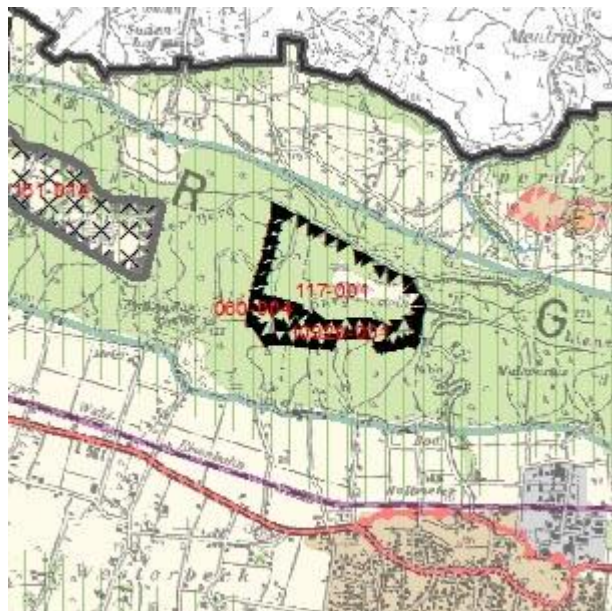
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05110-001</b>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender lehnen die erneute Darstellung von Abgrabungsbereichen im Teutoburger Wald ab, weil</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Rohstoffbedarf ausschließlich auf einer dem Export vorbehaltenen Produktion als gegründet und einer Ausweisung von BSAB-Flächen in besonderen Konfliktbereichen auf dieser Grundlage abzulehnen sei,</li> <li>• für diese neuerlich dargestellten BSAB-Flächen eine SUP/FFH-VP insbesondere mit Blick auf die zu erwartenden Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets DE-381 3-302 durch die Tieferlegung erforderlich mache, was auch das MKULNV 2013 als notwendige Voraussetzung eines rechtssicheren Verfahrens angesehen habe,</li> <li>• bereits in der jetzigen Planungsphase absehbare und gutachterlich eingeräumte FFH-Verträglichkeitskonflikte der Tieferlegung erkennbar seien – insbesondere aufgrund des Fehlens der Ausnahmevoraussetzungen bezüglich der zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen der prioritären Lebensraumtypen Kalktuffquellen und Erlen-Eschen-Auwälder, vor allem durch erhebliche Veränderungen hinsichtlich des Wasserhaushaltes und des Wasserchemismus im Einzugsgebiet,</li> <li>• aufgrund nicht vorliegender Ausnahmevoraussetzungen der Verbotsfolge des § 34 BNatSchG im Teutoburger Wald eine neuerliche Festlegung von Abgrabungsbereichen in diesem Bereich unzulässig sei und den Sachlichen Teilplans Kalkstein für den Gesamttraum gefährde.</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Produktion des Tiefbohrzements im Werk Lengerich ist ausdrücklich bejaht worden. Darüber hinaus wurde seitens der Landesplanungsbehörde klargestellt, dass eine Differenzierung nach Exportanteilen nicht erforderlich ist. Bei der Bedarfsermittlung wird die exportierte Menge daher berücksichtigt.</li> <li>• In Regionalplänen wird die flächenmäßige Ausdehnung eines Abgrabungsbereiches festgelegt, nicht die Abbautiefe. Die auf dem Gebiet der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen festgelegten Abgrabungsbereiche entsprechen bereits genehmigten Flächen. Die Umweltprüfung ist bereits auf Genehmigungsebene vorgenommen worden. Da eine Festlegung der Abbautiefe nicht erfolgt ist folglich eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für die etwaige Tieferlegung des Steinbruches "Hohne" auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Diese Auffassung teilt die Landesplanungsbehörde.</li> <li>• Im Falle eine Tieferlegung würde die FFH-Verträglichkeit auf Ebene der Genehmigungsplanung geprüft.</li> <li>• Die Regionalplanungsbehörde bleibt bei Ihrer Auffassung, dass die öffentlichen Interessen an einer Erweiterung des Steinbruches "Hohne" gegenüber der Integrität des FFH-Gebiets nicht überwiegen.</li> </ul>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05110-002</b>	
<p>Trotz des Ergebnisses der durchgeführten Abweichungsprüfung hält hierzu erfasste Einwender darüber hinaus die Abweichungsprüfung für die Darstellung neuer, erweiterter BSAB-Flächen im Teutoburger Wald hinsichtlich der vorgenommenen Abwä-</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in den Stellungnahmen der Naturschutzverbände erwidert.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>gung der naturschutzfachlichen Fragestellungen und hinsichtlich der Alternativenprüfung für unvollständig und z. T. für fehlerhaft. Aus seiner Sicht wurden folgende Belange nicht oder nur unzureichend berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Großflächiger und nicht kompensierbarer Verlust von bisher nicht untersuchtem Orchideen-Kalk-Buchenwald (LRT 9150),</li> <li>• großflächiger und nicht kompensierbarer Verlust von Waldmeisterbuchenwald (LRT 9130),</li> <li>• erhebliche Beeinträchtigung von Erlen-Eschen-Auenwälder (LRT 91 E0*),</li> <li>• erhebliche Beeinträchtigung von Kalktuffquellen (LRT 7220*)</li> <li>• Beeinträchtigung der Bechsteinfledermaus durch Verlust von Jagdgebieten und Baumquartieren,</li> <li>• nicht kompensierbare Beeinträchtigung des Großen Mausohres durch Verlust von Jagdhabitaten,</li> <li>• Beeinträchtigung des Hirschkäfers durch Verlust von Lebensräumen.</li> </ul> <p>Hierzu wird auf die Stellungnahmen der Naturschutzverbände mit ihren detaillierten Ausführungen verwiesen.</p>	
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 05120-001</b></p>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender sind Mitarbeiter und Familienangehörige der Firma Calcis und äußern Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbauflächen für ihre Firma auf dem Gebiet der Gemeinde Lienen. Sie schließen sich der Stellungnahme ihres Betriebsrates (vgl. Einwendernr. 10896-001 bis 10896-003) in vollem Umfang an und tragen zusätzlich – in unterschiedlicher Intensität und mit teilw. unterschiedlichen Hinweisen auf ihre eigene persönliche Situation – vor,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass man natürliche Rohstoffe nur dort abbauen könne, wo sie vorkommen,</li> <li>• dass man im Falle einer Schließung des Werks seine Existenz gefährdet sehe,</li> </ul>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Entsprechend des Zusatzbeschlusses, mit dem der Regionalrat die Bezirksregierung aufgefordert hat, in Zusammenarbeit mit der Landesregierung die Voraussetzungen zu schaffen, dass in Lengerich und Lienen der Abbau von Kalkstein über die bisherigen Festlegungen hinaus, noch für mindestens 10 weitere Jahre gewährleistet wird, hat die Regionalplanungsbehörde sich noch einmal intensiv mit den Argumenten auseinandergesetzt.</p> <p>So wurde auch geprüft, ob eine Änderung der FFH-Gebietskulisse möglich ist. Ergebnis der Prüfung aber ist, dass die Erfolgsaussichten extrem gering und der Zeitauf-</p>

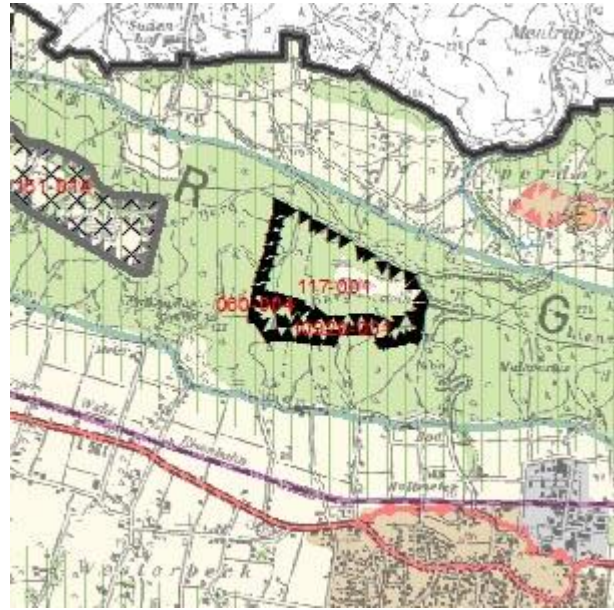
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• dass man in diesem Zusammenhang Sorge um den Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz und die Versorgung der Familie habe,</li> <li>• dass man befürchte, im Falle einer Werksschließung von Calcis aus Lienen wegziehen zu müssen,</li> <li>• dass vor dem Hintergrund, dass die nächsten Arbeitsplätze in diesem Bereich über 100 km entfernt lägen und die aufgrund einer Werksschließung von Calcis freigesetzten Mitarbeiter in dieser Region nur schwer auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren seien,</li> <li>• dass man in diesem Zusammenhang trotz der derzeit recht geringen Arbeitslosenquote im Münsterland jeden Arbeitsplatz wertschätzen solle – insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Arbeitsmarkt auch wieder schwächeln könne und 2018 durch die Bergwerksschließung in Ibbenbüren der Region viele Arbeitsplätze verloren gehen werden, und man die gefährdeten Arbeitsplätze stärker gewichten müsse,</li> <li>• dass bei Fortführung des Kalkabbaus im Teutoburger Wald neben dem Erhalt direkter und indirekter Arbeitsplätze auch die Wertschöpfung und Wirtschaftskraft in der Region verbliebe und die Gemeinde Lienen von den hier wohnenden Mitarbeitern auch Steuereinnahmen erhalte, welche diese mit Blick auf ihre Infrastruktursituation und angesichts der Haushaltssicherungssituation gut gebrauchen könne,</li> <li>• dass in diesem Zusammenhang eine mögliche Werksschließung auch die Arbeitskräfte zu spüren bekämen, die über Fremdfirmen für Calcis arbeiten wie z. B. Zulieferer und Servicekräfte,</li> <li>• dass im Zusammenhang mit der Wertschöpfung viele Aufträge an ortsansässige Handwerksbetriebe vergeben würden und die Familien der Beschäftigten die Einkaufsmöglichkeiten und Infrastrukturangebote in der Gemeinde mit ihrer Nachfrage nutzen würden, und dass dies im Falle einer Werksschließung wegfallen bzw. nur eingeschränkt erfolgen würde, so dass sich das Angebot vor Ort in der Konsequenz reduzieren würde,</li> <li>• dass ein Strukturwandel mit mehr Arbeitsplätzen im Tourismus nicht die wegfallenden Arbeitsplätze bei Calcis ersetzen könne und dann auch einige Hotels und Pensionen Probleme bekämen, wenn die für Reparaturen angeforderten externen Monteure hier nicht mehr übernachten würden,</li> </ul>	<p>wand sehr hoch sind. Geprüft worden ist darüber hinaus, ob innerhalb des FFH-Gebiets eine Differenzierung vorgenommen werden kann, die eine Erweiterung der bestehenden Steinbrüche ermöglichen würde. Dazu ist eine Stellungnahme des LANUV eingeholt worden. In seiner Stellungnahme aber komme das LANUV zu dem Ergebnis, dass die Erweiterungsflächen von besonderer Bedeutung für die Integrität des FFH-Gebiets sind. Geprüft worden ist ebenfalls die bisherige Rechtsposition zum Umgang mit privaten Belangen, hier konkret die Bedeutung des Eigentums an Abgrabungsflächen. Ein hierzu in Auftrag gegebenes Urteil kommt zu dem Ergebnis, dass die bisherige Rechtsposition nicht zu beanstanden sei.</p> <p>Nach Auswertung der im bisherigen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen und unter Berücksichtigung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Zusatzbeschluss bleibt es daher bei den bisherigen Festlegungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• dass Kalk nicht nur in der Baustoffindustrie und als Futtermittel dringend gebraucht werde, sondern auch für die Produktion anderer wichtiger Güter,</li> <li>• dass Calcis das nördlichste Kalkwerk Deutschlands sei und viele Kunden für den Kalk über 100 km und mehr zurücklegen müssten,</li> <li>• dass es besser sei, den Kalk hier mit den vorgegebenen Sicherheits- und umwelttechnischen Vorschriften in der Region abzubauen als ihn z. B. aus China zu importieren,</li> <li>• dass es auch im öffentlichen Interesse liege, wenn Autobahnen und Bundesstraßen nicht durch zusätzlichen LKW-Verkehr, der durch den dann erforderlichen Transport von Rohstoffen entstehe, weiter belastet werden und dadurch die Lebensqualität sinke,</li> <li>• dass ihre Firma aus ihrer Sicht sehr viel für die Gemeinde und den Erhalt des Teutoburger Waldes unternehme und der Eingriff in die Natur großzügig ausgeglichen werde, wobei ihre Firma schon im Vorgriff mit Perspektive auf künftige Abbaugenehmigungen Flächen aufgeforstet habe,</li> <li>• dass durch neue Anpflanzungen und den Steinbruch die dadurch neu entstandenen Biotope für die Fauna wesentlich wertvoller seien als der normale Buchenwald oder Nadelholzflächen – nicht zuletzt, weil sich ein Großteil der Wildtiere tagsüber im Steinbruch aufhalte und dort z. B. vor Wanderern geschützt seien,</li> <li>• dass im Zusammenhang mit dem Ausbau des Tourismus auch der Naturschutz und der Erhalt der Biotope nicht mehr gewährleistet würde, wenn neue Angebote in Wäldern durch Mountainbiker, Reiter usw. intensiv genutzt würden,</li> <li>• dass es wichtig sei, wenn es im Ort viele Arbeitsplätze gebe, weil dadurch z. B. auch die freiwillige Feuerwehr mit ausreichendem Personal vor Ort tagsüber einsatzbereit sei und im Notfall schnell eingreifen könne.</li> </ul> <p>Zugleich betonen einige der Einwender, dass sie auch Naturschutzmaßnahmen für wichtig halten, aber der Erhalt von Arbeitsplätzen müsse gegenüber dem Schutz der Natur stärker gewichtet werden.</p> <p>Aus Sicht einiger Einwender seien viele Wanderer im Umfeld des Steinbruchs nicht nur an der Natur, sondern auch an ihren Veränderungen im Zusammenhang mit dem</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Steinbruch interessiert. Zudem gebe es jedes Jahr viele Anfragen für Werks- und Steinbruchbesichtigungen – auch von Menschen aus dem Raum Münster und dem Ruhrgebiet. Viele Menschen kämen auch, um die Natur nach dem Kalkabbau einschließlich der neu angelegten Wanderwege und Aussichtspunkte zu genießen.</p> <p>Einige der erfassten Einwender betonen zudem, dass ihr Unternehmen ein zuverlässiger Arbeitgeber sei, der z. B. während der Wirtschaftskrise 2008 keinen Arbeitnehmer entlassen habe.</p> <p>Für einige Einwender ist aus den ausgelegten Planunterlagen nicht ersichtlich, dass eine angemessene Auseinandersetzung und Abwägung mit den Belangen ihres Unternehmens und ihrer Beschäftigten stattgefunden hat. Die Regionalplanungsbehörde wird von diesen Einwendern aufgefordert, sich – auch vor dem Hintergrund der ergänzenden Forderung des Regionalrates – ernsthaft um eine realistische Lösung zur Weiterführung des Betriebs der Fa. Calcis zu bemühen.</p> <p><i>Weitere Stellungnahmen von Calcis-Mitarbeitern, die über die hier erfassten Aspekte auch im Detail deutlich hinausgehen, wurden unter den Einwendernummern 10825-001 bis 10825-004 sowie 10930-001 bis 10930-003 gesondert erfasst.</i></p>	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05120-002</b>	
<p>Einige der unter der Einwendernummer 05120 erfassten Einwender kritisieren, dass eine räumliche Planung ohne Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse durchgeführt werde. Vor dem Hintergrund einer auf Wettbewerb gleichartiger Unternehmen basierenden Marktwirtschaft kritisieren sie die Hinweise der Regionalplanungsbehörde in den Planunterlagen, dass Kalksteinvorkommen, die sich im Besitz eines anderen Unternehmens befinden, als Abbaufäche der Fa. Calcis zugewiesen werden. Sie weisen zudem darauf hin, dass diese Firma im Vorfeld nach sorgfältiger Prüfung schriftlich ein solches "Aushelfen" abgelehnt habe.</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrecht-fertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher</p>

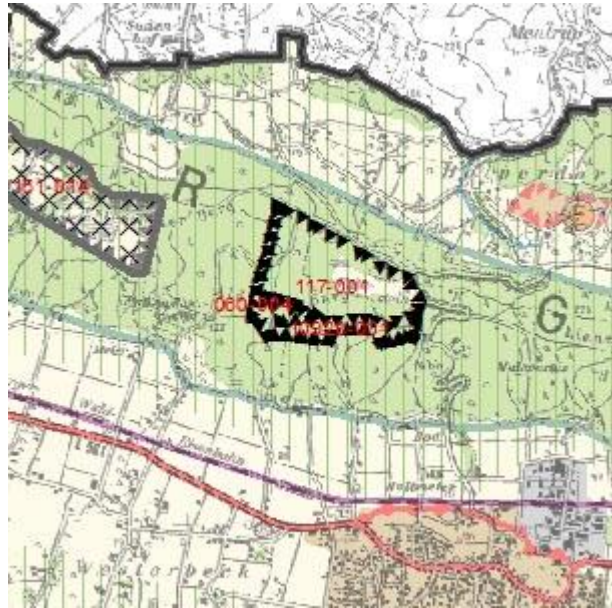
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 05130-001</b></p>	
<p>Die hierzu erfassten Einwander sind Unternehmen bzw. Firmen, die zusammen mit der Fa. Calcis einem Firmenverbund angehören bzw. die mit Calcis direkt oder mit anderen Firmen dieses Firmenverbundes indirekt Geschäftsbeziehungen (als Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen oder als Zeitarbeitsfirmen) unterhalten. Sie äußern Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbaufächen für die Firma Calcis auf dem Gebiet der Gemeinde Lienen. Sie befürchten in diesem Zusammenhang,</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</li> </ul>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>dass Wettbewerbsverzerrungen und eine existenzbedrohende Gesamtsituation ihres Unternehmens für den Fall droht, dass sie den für die Herstellung ihrer Produkte notwendigen Rohstoff Kalk sowohl hinsichtlich der Quantität als auch der Qualität nicht mehr vom Kalkwerk Lienen bekommen, wenn dieses aufgrund fehlender Abbauflächen schließen sollte,</li> <li>dass ein Wegfall der Produktion in Lienen für ihr Unternehmen zu einem deutlichen Anstieg der Transportwege (z. B. aus dem Sauerland oder dem Raum Wuppertal) und damit zu einem empfindlichen Kostenanstieg führen würde, was die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens erheblich schwächen werde,</li> <li>dass sich – in Umfang und Konsequenz derzeit noch nicht abschätzbar – Auswirkungen auf ihre Produktionsprozesse, die derzeit perfekt auf die Qualität des Lienener Kalksteins abgestimmt seien, aufgrund von Qualitätsunterschieden beim neu zu beziehenden Kalk ergeben könnten, wenn dieser nicht mehr aus der Lagerstätte in Lienen käme.</li> </ul> <p>Eines der hierzu erfassten Unternehmen (Belegschaft &lt; 20 Personen) ist Zulieferer für die Firma Calcis und weist zusätzlich darauf hin, dass es im Falle einer Schließung rund die Hälfte seiner Belegschaft entlassen müsse.</p> <p>Einige der Unternehmen kritisieren, dass aus den ausgelegten Unterlagen wird nicht ganz deutlich ersichtlich sei, weshalb in Lienen künftig kein Kalkstein mehr abgebaut werden dürfe, und weisen unter Bezugnahme auf ihre Marktposition darauf hin, dass die Produkte der Firma Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nach wie vor gefragt seien und ein Nachfragerückgang nach diesen Produkten nicht in Sicht sei, sondern eher das Gegenteil der Fall sei.</p> <p>Schließlich weisen einige der hierzu erfassten Unternehmen bzw. Firmen darauf hin, Schließung des Kalkwerkes Lienen einschneidende Konsequenzen für die Beschäftigungssituation im Kreis Steinfurt und in der Region haben werde, die sich weiter verschärft werde, wenn auch ihr Unternehmen wie beschrieben in Mitleidenschaft gezogen werde. So wisse man aus anderen, von ähnlichem Strukturwandel betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen, dass Arbeitsplätze in der Industrie nicht einfach durch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor ersetzt werden könnten. Sie stellen in</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zur Frage, inwieweit sich die erwarteten Veränderungen einer möglichen Betriebsschließung auf die Marktstruktur und Preisgestaltung derart auswirken, dass sie im Hinblick auf die FFH-Problematik als zwingende Gründe des öffentlichen Interesses zu werten sind und einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen könnte, wurden hier keine neuen Erkenntnisse vorgetragen, die zu einer veränderten Auffassung der Regionalplanungsbehörde und der Höheren Naturschutzbehörde führen. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass einige der hierzu erfassten Unternehmen ihren Sitz außerhalb des Kreises Steinfurt haben.</li> <li>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen" benachbarte Lagerstätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</li> </ul> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>diesem Zusammenhang die Frage, woher die Wirtschaftskraft für die Inanspruchnahme diverser Dienstleistungen oder Handwerksprodukte, die die Alternativarbeitsplätze bieten sollen, kommen sollen, wenn zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt werden sowie Wertschöpfungsketten vor Ort verschwinden und dadurch die Kaufkraft sinke.</p> 	<p>gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05130-002</b></p>	
<p>Einige der unter der Einwendernummer 05130 erfassten Unternehmen sind dem Agribusiness zugehörig, und stellen Futtermittel her, vertreiben diese und sehen sich daher als Teil einer Wertschöpfungskette. Über einige der in Anregung 5130-001 aufgeführten Bedenken hinaus weisen diese Unternehmen darauf hin,</p> <ul style="list-style-type: none"><li>dass die Firma Calcis für sie regional der einzige Hersteller von Futterkalk sei,</li></ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruchs "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen"</p>

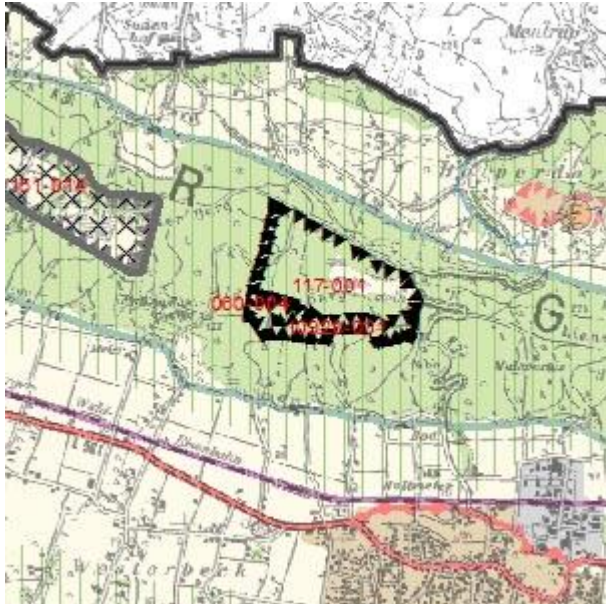
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• dass der von Calcis gelieferte Futterkalk aufgrund der Beimischung von kreideähnlichen Kalk eine bedeutende Komponente sei, die für die hohe Qualität ihrer Produkte mitverantwortlich sei vor dem Hintergrund, dass man nachhaltig, umweltbewusst und regional produziere und dass die Produkte auch den Tieren gut bekämen,</li> <li>• dass der weiträumig verfügbare devonische Massenkalk dafür keinen adäquaten Ersatz darstelle und der Futterkalk von Calcis insofern ein Alleinstellungsmerkmal aufweise, da er von anderen Unternehmen in der Region nicht angeboten werde, was offensichtlich auf die Beschaffenheit des Kalksteins am Standort Lienen zurückzuführen sei,</li> <li>• dass mit einer Schließung von Calcis erhöhte Frachtkosten und damit einhergehende Umweltbelastungen zu erwarten seien, die den Nachhaltigkeitsbemühungen des jeweiligen Unternehmens entgegenstehe,</li> <li>• dass in einem Fall eine Schließung von Calcis für das Unternehmen zu einer Monopolstellung von 2 verbleibenden Anbietern führe,</li> <li>• dass sich in diesem Zusammenhang das ohnehin schon bestehende Unterangebot an geeignetem Futterkalk drastisch verschärfe, zumal Calcis einen 34%-igen Anteil an den in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gehandelten hochwertigen Futterkalk halte, und dass damit Versorgungsengpässe nicht ausgeschlossen seien,</li> <li>• dass es vor dem Hintergrund der zu erwartenden Kostensteigerungen für die Landwirtschaft zu einem Ausweichen der Landwirtschaft auf weniger hochwertige Futtermittel kommen könne und weitere Anreize gesetzt würden, die Zahl der Tiere zu erhöhen, um die Kosten pro Stück Vieh zu senken – was beides nicht im öffentlichen Interesse liegen könne,</li> <li>• dass in einem anderen Fall eine vergleichbare Ware nur mit durchschnittlich längeren Anfahrt von 200 km zu erhalten sei, was die Frachtkosten um ca. 20 EUR/to erhöhe,</li> <li>• ohne die Kalksteinvorkommen im Teutoburger Wald eine regionale Bedarfsdeckung für die heimische Landwirtschaft zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten nicht möglich sei.</li> </ul>	<p>benachbarte Lagestätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</p> <p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Die hier erfassten Unternehmen fordern daher eine entsprechende Änderung des Planentwurfs. Unter dem Hinweis, dass eine ökologische und ökonomische Balance oftmals Grundlage für regionales Wachstum sei und dass das eine dem anderen nicht zum Opfer gemacht werden dürfe, regen sie an, durch gezielte Flächenausgleichs- und Rekultivierungsmaßnahmen diese Balance zu erhalten.</p> <p>Einige der hierzu erfassten Unternehmen kritisieren, dass der Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein die aufgeführten Auswirkungen ignoriere und der Verweis auf andere Kalksteinqualitäten von geringem Verständnis für den Rohstoff Kalkstein, die Produktionskette und die (agrar-) wirtschaftlichen Zusammenhänge zeuge. Unter Beachtung von mehr als nur einem Mindestmaß an Tierschutz habe Versorgungssicherheit mit hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten ihren Preis, der in einer Weiterführung des Kalkabbaus im Teutoburger Wald liege.</p> <p>Zudem drängt sich bei einem der hierunter erfassten Unternehmen der Verdacht auf, dass mit Blick auf das FFH-Gebiet – aus welchen Erwägungen auch immer – Europa nach vorn geschoben werde, wo es doch sehr wohl noch Spielräume gegeben hätte. Dieses Unternehmen ist davon überzeugt, dass ökonomisches Wachstum nur gelinge, wenn auch soziale und ökologische Rahmenbedingungen beachtet würden. In diesem Zusammenhang verweist es auf den von der Firma Calcis bereits seit Jahren entwickelten Waldmeister-Buchenwald und dass sich die Firma gewiss auch weiterhin einer bestmöglichen Rekultivierung verpflichtet sehe, um nachhaltige Schäden zu vermeiden.</p>	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05140-001</b>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender sind Mitarbeiter und Betriebsräte von Unternehmen bzw. Firmen, die zusammen mit der Fa. Calcis einem Firmenverbund angehören bzw. die mit Calcis direkt oder mit anderen Firmen dieses Firmenverbundes indirekt Geschäftsbeziehungen (als Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen oder als Zeitungsfirmen) unterhalten. Sie äußern Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen"</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbauflächen für die Firma Calcis auf dem Gebiet der Gemeinde Lienen. Sie befürchten in diesem Zusammenhang,</p> <ul style="list-style-type: none"><li>dass ihre Unternehmen mittelfristig in eine existenzbedrohende Situation geraten könnten, weil ihnen der wichtige Rohstoff Kalk in ausreichender Qualität fehle oder nur durch höhere Kosten beschafft werden könne,</li><li>und dass sie in diesem Zusammenhang ihren Arbeitsplatz verlieren könnten.</li></ul> <p>Die hierzu erfassten Einwender schließen sich zudem in vollem Umfang der Stellungnahme ihrer Firmen an (s. Anregungen der Einwendergruppe 05130).</p> 	<p>benachbarte Lagestätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</p> <p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-</p>

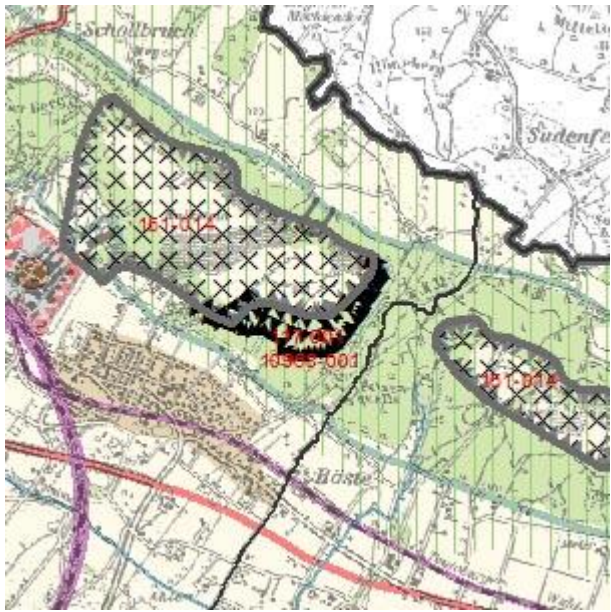
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.</p>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05150-001</b>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender äußern Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbauflächen für die Firma Calcis auf dem Gebiet der Gemeinde Lienen. In ihrer Stellungnahme weisen sie – in unterschiedlicher Intensität – darauf hin, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dem Standort Lienen der Fa. Calcis sehr wohl ein öffentliches Interesse zu komme, da nicht nur die 50 direkt Beschäftigten, sondern auch die damit verbundenen Arbeitsplätze im Ort und der nahen Umgebung sowie deren Familien einen nicht unerheblichen Teil des finanziellen Steueraufkommens der Gemeinde Lienen ausmache, wovon diese wiederum die Infrastruktur vor Ort wie z. B. Schulen unterhalte,</li> <li>• dass die Fa. Calcis als mittelständisches Unternehmen vielen Menschen einen unbefristeten Arbeitsplatz – von ungelernten Arbeitskräften bis Ingenieursstellen – anbiete und dass sich die Bezirksregierung in ihrer Argumentation diesem Aspekt ebenso verschließe wie dem Umstand, dass im näheren Umfeld 2018 ca. 8.000 Industriearbeitsplätze wegfallen würden,</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>dass durch Folgeaufträge der Fa. Calcis viele Handwerker, Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleister in Lienen wie in der Region profitieren würden,</li> <li>dass der Versuch, die gut bezahlten und sicheren Industriearbeitsplätze durch Tätigkeiten z. B. im Tourismus zu ersetzen, fehlgeschlagen sei – zumal gravierende Erweiterungen von Tourismuszweigen wie z. B. Reitschulen aufgrund ihrer räumlichen Begrenztheit nur eingeschränkt möglich seien und größere Orte wie Münster und Osnabrück aufgrund ihrer Entfernung von etwa 35 km und schlechter Anbindung an den Regionalverkehr keinen Boom für den Tourismus brächten,</li> <li>dass in diesem Zusammenhang die Fa. Calcis durch erhebliche finanzielle Unterstützung viel für den Erhalt der Wanderwege täte und Mitarbeiter der Firma ehrenamtlich touristische Führungen und entsprechende Veranstaltungen bedienten,</li> <li>dass im Falle einer Beendigung des Kalkabbaus in Lienen mit einem weiteren Fortzug von Bürgern vor allem jüngeren Alters aus Lienen zu rechnen sei, da diese mit ihrem Wohnort den Arbeitsplätzen folgten, und vermehrt alte Menschen zurückblieben, was auch anderenorts zu beobachten sei,</li> <li>und mit dem Fortzug eine weitere Verschlechterung der Infrastruktur und Ländenschließungen nach sich ziehe.</li> </ul> <p>Ein Einwender betont, dass Umweltschutz auch für ihn wichtig sei, um den Klimawandel zu stoppen und um – aus regionaler Sicht – Belastungen und/oder Schäden für die Menschen zu verhindern. Aus seiner Sicht stelle sich jedoch die Frage nach dem Nutzen von Umweltschutz, wenn die Menschen ihre Erwerbsmöglichkeiten verlören, ihre sozialen Kontakte unfreiwillig abbrechen müssten, Eigentum veräußern müssten oder alters- und krankheitsbedingt der Gemeinschaft durch Sozialleistungen zur Last fallen würden. Schutz von Arbeitsplätzen bedeute nicht den Ausschluss von Umweltschutz; letzterer könne durch Auflagen erreicht werden.</p>	<p>werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05160-001</b>	
<p>Die hierzu erfassten Einwander sind Mitarbeiter [und evtl. auch Familienangehörige] der Firma Dyckerhoff, die ihre enge Verbundenheit mit dem Unternehmen betonen und Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein äußern, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbaufächen für ihre Firma auf dem Gebiet der Stadt Lengerich. Sie tragen zusätzlich – in unterschiedlicher Intensität – vor,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass keine neuen Abgrabungsflächen das Ende des Werks Dyckerhoff bedeute,</li> <li>• dass sie daher Sorge um ihren Arbeitsplatz und die Versorgung ihrer Familien haben,</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine</p>

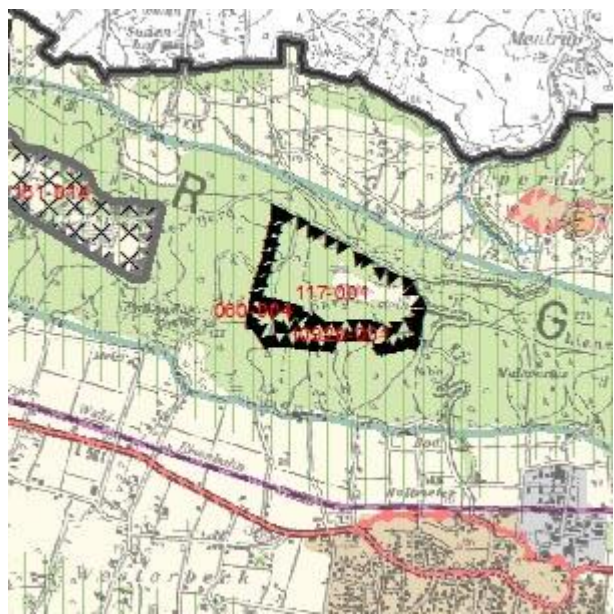
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• dass die meisten MitarbeiterInnen in Lengerich zu Hause seien, sich hier teilweise auch ein Haus gebaut oder eine Wohnung gemietet hätten und man mit den Familien hier weiter leben wolle,</li> <li>• dass sie im Falle von Entlassungen künftig weitere Wegkilometer zu einem alternativen bzw. neuen Arbeitsplatz haben würden, was ohne Wohnortwechsel nicht ökologisch sei,</li> <li>• dass – mit Blick auf die Alternativenprüfung – angeliefertes Material von anderen Abgrabungsbereichen einen erheblichen zusätzlichen LKW-Verkehr (etwa alle 3,5 Minuten bei einem Materialbedarf von 5.000 t pro Tag) und damit auch erhebliche Mehrbelastungen für die an der Strecke liegenden Einwohner nach sich ziehen würde,</li> <li>• dass sich Abgrabung und Natur nicht gegenseitig ausschließen, wie das Beispiel der Naturschutzgebiete Kleefeld und der alte Galgenknapp-Steinbruch zeige, in denen sich Orchideen und Enziane niemals eingefunden hätten, wenn dort nicht vorher Kalk abgebaut worden wäre, und wohl auch wieder verschwinden würden, wenn sich der Mensch und auch die Firma Dyckerhoff hier nicht mit pflegerischen Maßnahmen engagieren würden,</li> <li>• dass – vor diesem Hintergrund – sich die Frage stelle, warum auf einer abgegrabenen Fläche nicht wieder Waldmeister-Buchenwald entstehen könne,</li> <li>• dass die Herstellung von Zement am Standort unter höchsten umweltrelevanten Auflagen und Maßnahmen gewährleistet werde und bei Schließung dieses Standorts aus Umweltschutzgründen davon auszugehen sei, dass die Produktion von Normal- und Tiefbohrzementen in Länder verlegt werde, in denen die Umweltstandards und Umweltauflagen deutlich schlechter seien als hierzulande,</li> <li>• dass vor diesem Hintergrund Umweltschutz nur im Einklang mit der Industrie und sicheren Arbeitsplätzen funktioniere,</li> <li>• dass der Mühlenbach auch früher zu manchen Zeiten trocken war, was immer abhängig von den Regenfällen war und nicht von dem oberhalb liegenden Steinbruch,</li> <li>• dass mit Blick auf die angesprochene Prognoseunsicherheit im Kreis Steinfurt schon jetzt erkennbar sei, dass der Kreis 2018 viele hundert direkte und weitere indirekte Arbeitsplätze durch die Schließung des Steinkohleabbaus in Ib-</li> </ul>	<p>mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>benbüren verlieren werde und zusätzlich der Verbleib der Neurologie in Lengerich nicht sicher sei, so dass dann die Aussage der Bezirksregierung bzgl. der zu nahezu vorhandenen Vollbeschäftigung im Kreis Steinfurt nicht mehr zutreffe,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass schon aus diesen beiden Gründen der Erhalt gut bezahlter und aus wirtschaftlicher Sicht sicherer Arbeitsplätze als sehr wichtig angesehen werden sollte,</li> <li>• dass vor dem Hintergrund des immer wieder thematisierten Fachkräftemangels der Erhalt von Ausbildungsplätzen – der Betrieb biete Jahr für Jahr ca. 25 Auszubildenden eine Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen – wichtig für die Zukunft sei,</li> <li>• und dass darum alle eine Planungssicherheit in der Zementindustrie in Lengerich und somit eine Zustimmung zu weiteren Abbauflächen benötigen.</li> </ul> <p>Einige der hierzu erfassten Einwender führen zudem an, dass der hergestellte Zement ein alltäglich benötigtes Produkt sei, auf dessen Herstellung in Lengerich man nicht verzichten solle, um es stattdessen z. B. aus China zu importieren. Sie sehen in diesem Zusammenhang auch einen falschen Denkansatz, wenn es kein Problem sei, dann in China negativ in die Natur einzugreifen, aber möglichst nicht in Lengerich.</p> <p>Einige Einwender weisen in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Menschen dort leben, wo sie arbeiten und eine gesunde und geschützte Umwelt vorfinden. Alles werde überwacht und kontrolliert. Was der Natur genommen werde, werde an anderer Stelle wiederaufgebaut. In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, dass das sehr moderne Zementwerk die strengen Umweltauflagen einhalte, was im Falle einer Produktionsverlagerung ins Ausland keineswegs sichergestellt sei.</p>	


Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05160-002</b>	
<p>Mit Blick auf die Vorwürfe der Abgrabungsgegner zum Einsatz von Sekundärbrennstoffen weisen einige der unter 05160 erfassten Einwender darauf hin, dass 1 t Fluff 1 t des Primärbrennstoffs Braunkohlestaub ersetze, was weniger klimaschädlich sei. Ebenso sei die Verwendung von Klärschlämmen im Rahmen des Produktionsprozesses im Zementwerk weniger schädlich als das Ausbringen auf irgendwelchen anderen Flächen, da die Schadstoffe bei der Verbrennung zerstört oder später im Zement gebunden würden. Man müsse sich daher auch Gedanken machen, was mit diesen Stoffen geschehen soll, wenn das Werk schließen würde.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Betrieb des Zementwerkes als solches ist nicht Gegenstand des Verfahrens.</p>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 05160-003</b>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Einige der unter 05160 erfassten Einwender weisen darauf hin, dass sich angesichts der thematisierten Prognoseunsicherheiten hinsichtlich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung umgekehrt auch die Frage stelle, ob denn mit Sicherheit davon ausgegangen werden könne, dass der dem FFH-Gebiet zugrunde liegende Waldmeister-Buchenwald in den nächsten 15 bis 30 Jahren mit Blick auf den Klimawandel überhaupt noch existieren werde.</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Der dt. Forstwirtschaftsrat schreibt hierzu: "Die Buche wird aufgrund ihrer breiten genetischen Basis gut mit dem Klimawandel zurechtkommen. Sie verfügt über eine sehr hohe Anpassungsfähigkeit an umweltbedingte Veränderungen. In den meisten Regionen kann sie wegen ihrer breiten Standortamplitude und ihrer vorhandenen genetischen Variation weiterhin für den Anbau empfohlen werden. (...). In den höheren Lagen der Mittelgebirge und der Alpen ist künftig mit einer Erweiterung des Areals und höherer Konkurrenzkraft zu rechnen. (...) Die Buche spielt aufgrund ihrer Angepasstheit eine besondere Rolle beim klimagerechten Waldumbau." (DFWR 2008:27)</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 05170-001</b></p>	
<p>Die hierzu erfassten Einwender aus der Stadt Lengerich äußern Bedenken gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein, insbesondere gegen die nicht erfolgte Festlegung eines Bereichs zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit zusätzlichen Abbauflächen für die Firma Dyckerhoff auf dem Gebiet der Stadt Lengerich. Aus ihrer Sicht müsse der Erhalt der Arbeitsplätze im Einklang mit einem pragmatischen Naturschutz oberste Priorität haben. Dazu führen sie in ihren Stellungnahmen in unterschiedlicher Intensität an, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>durch den Wegfall der Dyckerhoff- Arbeitsplätze als Folge einer Betriebsstilllegung direkt und indirekt mehr als 1.000 Menschen betroffen seien,</li> <li>der Stadt Lengerich infolge des Wegfalls von Arbeitsplätzen bei Dyckerhoff und den Zulieferern und Handwerkern, Dienstleistern, Gast- und Hotelbetrieben, denen dann die Aufträge von Dyckerhoff bzw. die Kundschaft fehlen würden, eine enorme Kaufkraft entzogen würde und mit mehr Geschäftsleerständen in der Stadt zu rechnen sei,</li> <li>es der Stadt Lengerich bei Wegfall der Zementindustrie an industrieller Vielfalt fehle, was in Krisenzeiten sehr weh tun könne, zumal lt. Rat der Stadt Lengerich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze drastisch zurückgehe und – mit Blick auf das Argument der Vollbeschäftigung – die Konjunk-</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil</p>


Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>turentwicklung nicht immer positiv verlaufe und sich aus Sicht eines Einwenders bereits Vorboten der Rezession andeuten würden (u. a. durch Trumps Wirtschaftspolitik),</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• sich die Stadt Lengerich die Folgen eines solchen negativen Entwicklung nicht leisten könne und man im Gegenteil alles dafür tun sollte, um Wohlstand und sichere Arbeitsplätze für alle Bürger zu erhalten,</li> <li>• die vom Rat der Stadt Lengerich erhofften Maßnahmen zu einem Strukturwandel und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze aller Erfahrung nach viele Jahre dauere,</li> <li>• Zement in den nächsten Jahrzehnten aufgrund der Wiederherstellung der Infrastruktur in großen Mengen benötigt werde und</li> <li>• in diesem Zusammenhang die Beschaffung von Zement aus dem Ausland (u. a. auch aus China) wesentlich klimaschädlicher sei (aufgrund der Transporte und der in Bezug auf Umweltaspekte wesentlich ineffizienteren Zementwerke dort),</li> <li>• zur Kompensation des bisherigen Kalkabbaus umfangreiche finanzielle Mittel der Industrie zur Rekultivierung und Renaturierung verwendet worden seien, um Wanderwege und Naturschutzbereiche zu schaffen und zu pflegen (Beispiel: der schöne und vielfach bewunderte 'Canyon', den es ohne die Kalkindustrie nicht geben würde), was eine "klamme" Kommune aus eigenen Mitteln nicht stemmen könne,</li> <li>• in Lengerich – falls die Kalksteinabbauflächen nicht vergrößert würden – mit einer erheblichen Zunahme von LKW-Verkehr zu rechnen sei, wenn Rohstoff für das Zementwerk angeliefert werden müsse, was zu einem weiteren extremen Verlust der Lebensqualität in Lengerich führen werde,</li> <li>• der Wert der eigenen Eigentumswohnung sinken werde, da es dann mangels interessanter Arbeitsplatzangebote keinen nach Lengerich ziehe.</li> </ul> <p>Ein Einwender macht zudem deutlich, dass Naturschutz keine Restriktionsverwaltung sein dürfe und es nicht um Konservieren, sondern um Planen und Gestalten gehe.</p>	<p>deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.</p> <p>So hat sich auch der Rat der Stadt Lengerich einstimmig gegen eine Erweiterung der Abgrabung "Hohne" auf ihrem Stadtgebiet ausgesprochen.</p>


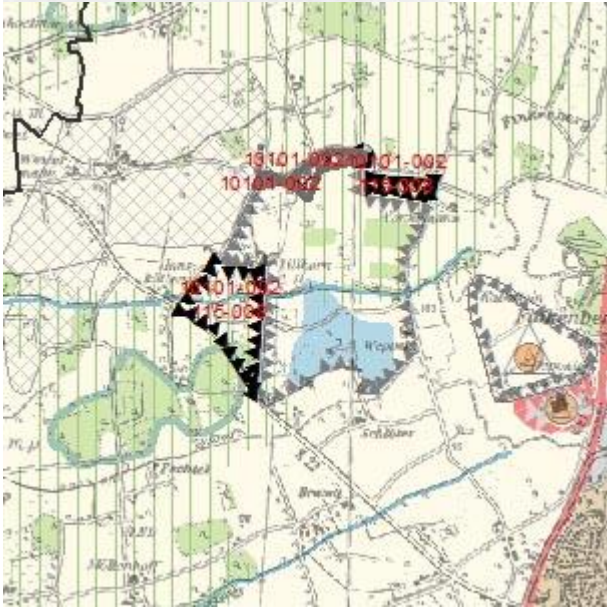
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10096 - Phoenix Zementwerke Krogbeumker GmbH &amp; Co. KG</b> <b>Anregungsnummer: 10096-001</b>	
<p>"[...]</p> <p>zum Entwurf des sachlichen Teilplans 'Kalkstein' vom 12.12.2016 möchten wir im Namen der Phoenix Zementwerke Krogbeumker GmbH &amp; Co.KG die Änderung der in Blatt 13 dargestellten Fläche zur 'Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze - Rohstoff Kalkstein' nordöstlich von Beckum beantragen.</p> <p>Begründung:</p>	<p>Der Anregung wird nach Rücksprache mit der Firma gefolgt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Die Phoenix Zementwerke Krogbeumker GmbH &amp; Co. KG Beckum beabsichtigt, die Erweiterung ihrer Abbauflächen nördlich der zum Kalksteinabbau genehmigten Flächen in der Gemarkung Beckum zeitnah zu beantragen. Die geplante Erweiterungsfläche liegt größtenteils innerhalb der im Entwurf des sachlichen Teilplans 'Kalkstein' vom 12.12.2016 dargestellten Fläche zur 'Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze - Rohstoff Kalkstein'. Darüber hinaus soll eine Fläche östlich des dargestellten Bereichs in die Planung zur Erweiterung der Abbaufläche aufgenommen werden, welche sich bereits teilweise im Eigentum der Phoenix Zementwerke befindet (siehe Anlage: Flurstück 23 der Flur 207, Gemarkung Beckum). Für die Fremdgrundstücke Flst. 21 und 22 der Flur 207, Gemarkung Beckum hat sich zwischenzeitlich die Möglichkeit ergeben, die Fläche in die Planung einzubeziehen. Mit einer Mächtigkeit des Kalksteins von etwa 15 m ist die Fläche abbauwürdig.</p> <p>Um die regionalplanerischen Rahmenbedingungen für das Genehmigungsverfahren zur Erweiterung der Abbauflächen zu schaffen, beantragt die Phoenix Zementwerke Krogbeumker GmbH &amp; Co. KG, die Flurstücke 21,22,23 und 40 der Flur 207 (Gemarkung Beckum) mit einer Gesamtgröße von etwa 1,5 ha in die Fläche zur 'Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze - Rohstoff Kalkstein' aufzunehmen.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10101 - HeidelbergCement AG</b> <b>Anregungsnummer: 10101-001</b>	
<p>"[...]</p> <p>nicht überraschend wurde im Regionalrat Münsterland am <b>12.12.2016</b> der Erarbeitungsbeschluss zum uns betreffenden Sonderplan Kalkstein als Ergänzung zum rechtskräftigen Regionalplan Münsterland getroffen. Die Presse zu politischen Aufforderungen an Ihre Dienststelle haben wir wahrgenommen. Überraschend hingegen ist bereits am <b>2.1.2017</b> die für den Zeitraum 2.1.-<b>24.3.2017</b> angesetzte Öffentlichkeitsbeteiligung begonnen worden.</p> <p>Insofern können wir zunächst festhalten, dass wir bis zur sehr späten Sitzungsvorlage keine Kenntnis von Ihrer kartenseitigen Darstellung der uns für den Zeitraum von 35</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Kritik an der nicht erfolgten Kenntnisnahme von Inhalten der Sitzungsvorlage sei darauf hingewiesen, dass die nach dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalrats durchzuführenden Beteiligungen der Öffentlichkeit und Verfahrensbeteiligten das Ziel haben, formell mögliche Anregungen, Bedenken oder weitere Informationen von "Trägern öffentlicher Belange" sowie von sonstigen Interessierten wie Unternehmen, BürgerInnen usw. abzufragen, <u>bevor</u> es zu einer Planaufstellung und späteren Rechtskraft kommt. Auch wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 13 Abs. 1 LPIG NRW fristgerecht bekannt gemacht.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Jahren zugewiesenen BSAB-Flächen in den Bereichen unserer beiden Werke Ennigerloh-Nord und Ennigerloh-Süd hatten. Leider ist der avisierte Vorstellungstermin <b>14.10.2016</b> nicht zustande gekommen. Dies ist für uns umso bedeutsamer, da wir inzwischen eine Vorgesetztenfunktion eines Rohstoffsicherungsverantwortlichen für alle Bereiche von HeidelbergCement AG in Deutschland bekommen haben, dem eine ergänzende juristische Betreuung zugeordnet wurde.</p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung geben wir unsere einsprechende Stellungnahme hiermit ab. Den Tenor dieses Schreibens werden wir ergänzend insbesondere zu Politik und Verwaltung in Ennigerloh kommunizieren. Wir gehen weiterhin davon aus, dass eine für beide Seiten sinnvolle Flächendarstellung machbar ist und die von Ihnen immer wieder zitierte vorausseilende Rechtssicherheit möglich wird.</p> <p>Die SUP-Prüfbögen zum Sachlichen Teilplan "Kalkstein" berühren uns in folgenden Bereichen:</p> <p>- <u>Ennigerloh <b>NORD</b> ( WAF Ennigerloh BSAB Nr. 4 )</u>;</p> <p>- <u>Ennigerloh <b>SÜD</b> (WAF Ennigerloh BSAB Nr. ? )</u>;</p> <p>[...]"</p>	
<b>Beteiligter: 10101 - HeidelbergCement AG</b> <b>Anregungsnummer: 10101-002</b>	
<p>"– <u>zu <b>Ennigerloh NORD</b> ( WAF Ennigerloh BSAB Nr. 4 )</u>;</p> <p>Gemäß Anlage 1 weisen Sie eine Zusatzfläche von 41 ha aus, die als ausreichend bemessen für einen Zeitraum von insgesamt 35 Jahren gelten soll. Der erste Eindruck ist, dass die Ihnen vorliegende Steinbruchgenehmigung von 2012/2016 mit ca. 100 ha Fläche für 25 Jahre ausreichend ist und wir eine durchschnittliche Entnahme von 430.000 cbm Kalkstein jährlich unterstellen. Demgemäß haben Sie für die fehlenden</p>	<p>Der Anregung wird teilweise in Abstimmung mit dem Unternehmen gefolgt.</p> <p><b>Im Rahmen von <u>Gesprächen mit dem Unternehmen</u> ergeben sich folgende weitere Änderungen:</b></p> <p><u>Anregung zu BSAB</u></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>10 Jahre zusätzlich 40 ha 'Ergänzungsfläche' nördlich und östlich der Hofstelle Tillkorn (jetzt HC AG) geplant.</p> <p>Frühzeitig hatten wir auf die Einschränkungen zum Kalksteinabbau hingewiesen, die mit den Themen Ferngasleitung, Stromleitung, Windvorranggebiet, höheren Abraummengen und nahe Nachbarsituation nebst Straßen dargestellt worden sind. Ergänzend hatten wir unseren Fachplaner (GuH Oelde) um eine Einschätzung gebeten, die wir Ihnen übermittelt haben. Hieraus haben wir entnommen, dass eine Zusatzfläche von brutto ca. 71 ha lediglich eine Flächennutzung von ca. 44 ha ermöglicht und hieraus ca. 16 Jahre 'Kalkstein-Versorgungsicherheit' erzeugt werden kann. Berücksichtigen wir ergänzend, dass zum voraussichtlichen Termin der Rechtskraft des Sonderplans Kalkstein, angenommen auf den 1.1.2019. weitere Kalksteinkubaturen entnommen werden, ergibt sich u.E. eine Restlaufzeit der aktuellen Steinbruchgenehmigung von ca. 20 Jahren und ein zusätzlicher Bedarf von ca. 15 Jahren.</p> <p>Somit bitten wir um ergänzende Ausweisung des südöstlichen Bereichs Ihres Vorschlags in Anlehnung an unseren bisherigen Vorschlag, den wir in der Anlage 1 nochmals dargestellt haben."</p> <p><b>Anlage 1:</b> Alter REP mit Bereichen östlich und westlich der Bergstraße</p> 	<p>1. Die Abgrenzung des BSAB im Norden soll reduziert werden, da die tlw. genehmigten Abbauflächen aus verschiedenen Gründen nicht abbaubar sind.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

<p>Unser Vorschlag</p>  	
---	--

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10101 - HeidelbergCement AG</b> <b>Anregungsnummer: 10101-003</b>	
<p>"– zu <b>Ennigerloh SÜD</b> ( WAF Ennigerloh BSAB Nr. ? ):</p> <p>Hier fehlt uns die Darstellung eines Prüfbogens, vermutlich mit Blick auf den Versuch der Übernahme der bisherigen räumlichen Abgrenzung, die wir in Anlage 2 gegenüber gestellt haben. Die neue räumliche Darstellung hebt sich in einigen Grenzpunkten von der bisherigen Darstellung ab, die wir nicht angemessen finden. So ist die nördliche Linie angepasst worden und deckt somit nicht mehr die alte Genehmigungslage ab. Der Einbezug des Flussbetts der Angel ist gerade vor dem Hintergrund der überall diskutierten Maßnahmen im Rahmen der Erfüllung der Wasserrahmenrichtlinie ebenso nicht angemessen wie die südliche Darstellung bereits ausgebeuteter Bereiche. Das verwandte Kartenmaterial ist mehrfach mangelhaft, insbesondere wenn nicht vorhandene temporäre wandernde Wasserflächen falsch und eine nicht mehr gültige Umgehungsstraßenplanung dargestellt werden. Unseres Erachtens sollte die Forderung der Rechtssicherheit auf Basis angemessenen Kartenmaterials erfolgen. Zukunftsplanung für 35 Jahre auf Basis von über 10 Jahre alten Karten dient nicht der Rechtssicherheit.</p> <p>Unser Hauptkritikpunkt einer REP-Planung, die für die nächsten ca. 15-20 Jahre Rechtskraft entfalten soll, richtet sich aus der Missachtung des neuen, inzwischen rechtskräftigen, Bundesverkehrswegeplans, welcher am <b>2.12.2016</b> mit den nachfolgenden Ausbaugesetzen rechtskräftig geworden ist. Hierauf hatten wir bereits hingewiesen. Der Anlage 2 entnehmen Sie bitte die dem PRINS des Bundesverkehrswegeplans entnommene neue Linienführung nebst Ausbau- und Wirkzone. Wenn Ihr REP Kalkstein rechtssicher sein soll, dann muss er nach unserer Auffassung die zum Zeitpunkt der Aufstellung wirksame Straßenplanung des BVWP 2030 berücksichtigen. Auch für uns ist die seit März 2016 bekannte neue Linienführung überraschend gekommen, zumal sie durch den genehmigten Steinbruch führt. Wir haben unsere Geologen gebeten, eine Einschätzung des Kalksteinverlustes vorzunehmen, die von 3 Mio. to /1,25 Mio. cbm ausgehen. Insofern reduziert sich der verfügbare Restbestand zum 1.1.2019 von 2,60 Mio. cbm auf 1,35 Mio. cbm. Auf Basis der niedrigen Ausbeute von jährlich durchschnittlich 0,05 Mio. cbm ergibt sich eine Restlaufzeit von ca. 25-27 Jahren. Der Wunsch auf ergänzende Flächendarstellung für einen Zeitraum von ca. 10</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt</p> <p><b>Im Rahmen von <u>Gesprächen mit dem Unternehmen</u></b> wird die Frage der Abgrenzung der aktuell genehmigten Flächen und des aktuellen Rekultivierungskonzeptes geklärt.  <b>Daraus ergeben sich folgende Änderungen:</b></p> <p><u>Anregung zu BSAB</u></p> <p>1. Die Abgrenzung des BSAB im Norden und Süden an tatsächlich genehmigte Flächen anpassen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt</p> <p>2. Ersatz für möglichen Verlust genehmigter Flächen für die geplante Umgehungsstraße B475n schaffen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Nach Rücksprache mit Straßen NRW 26.07.2017 kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass die von der möglichen, im Bundesverkehrswegeplan dargestellten Trasse betroffenen genehmigten Abbauflächen für die geplante Umgehungsstraße B475n in Anspruch genommen werden könnten.</p>

## Ausgleichsvorschläge

Da möglicherweise genehmigte Abbauflächen, bedingt durch die geplante Umgehungsstraße nicht mehr zur Verfügung stehen, wird der BSAB in vergleichbarer Größe / Volumen nach Westen erweitern

### Anregung zu Oberflächengewässer




Die dargestellte Seefläche entspricht nicht mehr dem aktuellen Rekultivierungsplan. Zukünftig soll Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt werden.

Der Anregung wird gefolgt

Die sonstige Abgrenzung des BSAB sowie die Berücksichtigung der aktuellen Rekultivierungsziele sind mit dem Unternehmen abgestimmt.

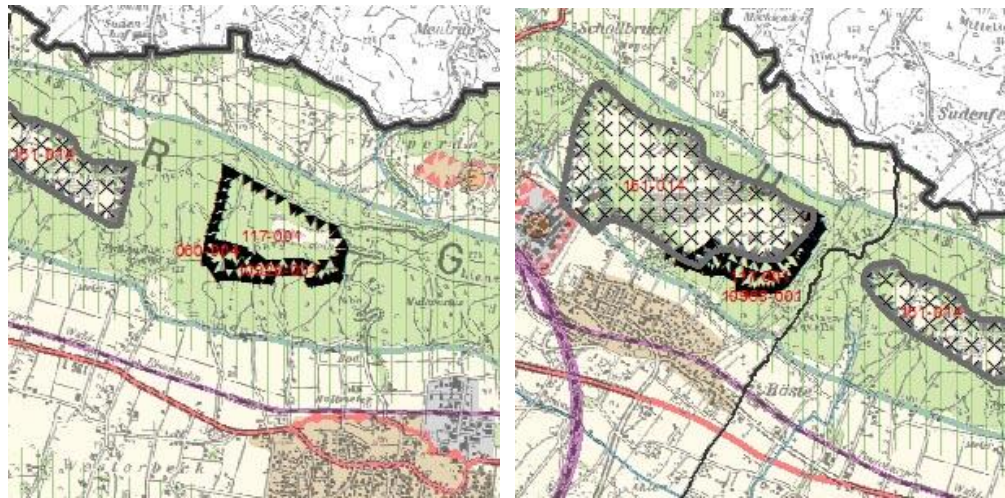


- A9-34 -

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10101 - HeidelbergCement AG</b> <b>Anregungsnummer: 10101-004</b>	
<p>"Auch wenn wir uns wiederholen, betonen wir weiterhin und nachdrücklich, dass die in NRW mit dem LEP vorgegebene Rohstoffsicherung von 35 Jahren gegenüber dem vormaligen Zeitraum von <math>2 * 25 = 50</math> Jahren für unsere sachenanlagenintensive Industrie als unzureichend gewertet wird. Leider hat der LEP NRW, der zwischenzeitlich seit dem <b>8.2.2017</b> rechtskräftig geworden ist, diese langjährig bewährten Vorstellungen nicht übernommen und eine 30 %-ige zeitliche Reduzierung vorgenommen; das bei einer zeitgleichen Ausweitung von sog. Tabu-Zonen!"</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

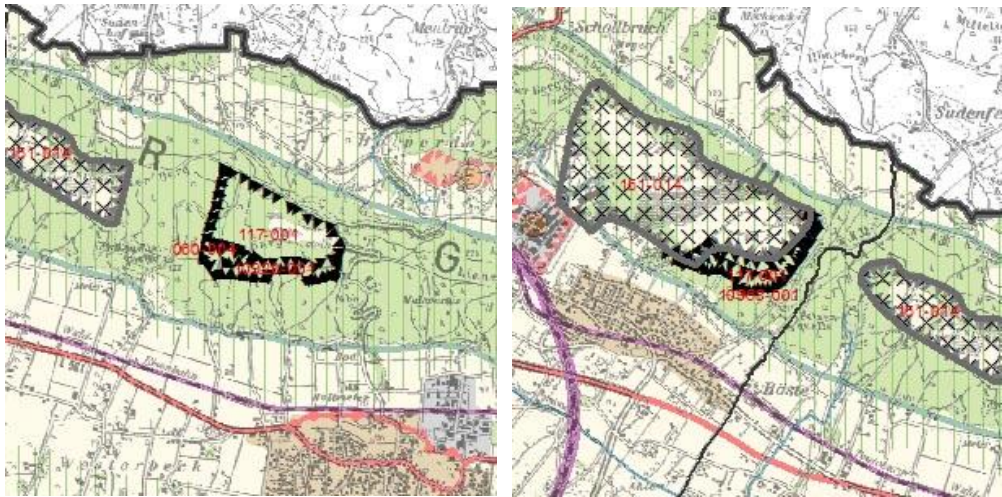
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>Beteiligter: 10159 - Bundesverband Porenbetonindustrie e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10159-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p>Der Bundesverband Porenbetonindustrie e.V. vertritt die technisch-wissenschaftlichen und wettbewerbsrechtlichen Interessen der Porenbetonhersteller und -vertreiber in Deutschland gegenüber Behörden, Verbänden und Fachausschüssen. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, basiert Porenbeton im Wesentlichen auf Kalk und/oder Zement als Bindemittel. Die Reglementierung des Kalkabbaus ist deshalb auch für die Porenbetonindustrie – als Hersteller von Kalk und Zement basierenden Calciumsilikatprodukten – von großer Bedeutung.</p> <p>Der Bundesverband Porenbetonindustrie e.V. sieht den aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland kritisch. Es wird zwar angegeben, dass für die Ausweisung der künftigen Abbaugebiete der Bedarf zugrunde gelegt wurde, wie er sich aus der bestehenden Genehmigungslage sowie der Abfrage der kalkabbauenden Unternehmen in der Region ergibt. Nicht berücksichtigt worden ist aber, ob die dann ausgewiesenen Abbaugebiete auch prognostisch tatsächlich erschlossen werden. Dies hängt nämlich nicht nur vom Vorkommen des Rohstoffs ab, sondern vor allem auch von der Frage, ob am entsprechenden Standort der Kalkabbau wirtschaftlich möglich ist. Der Planentwurf grenzt den Teutoburger Wald aus Naturschutzgründen vom weiteren Kalkabbau aus und lenkt den Abbau auf andere Flächen. Im Teutoburger Wald befinden sich jedoch bereits etablierte, hochmoderne Betriebe. Bei den geringen Preisspannen für Kalkprodukte und den Investitionsvolumina für Neuansiedlungen ist nicht vorstellbar, dass die betroffenen Unternehmen ihren Standort schließen und an anderer Stelle wieder aufbauen werden. Vielmehr ist dann mit Produktionseinstellungen bzw. sogar Schließungen zu rechnen.</p> <p>Damit steht die Bedarfsdeckung in Frage. Da ein durchaus erheblicher Teil des in Deutschland produzierten Kalks aus dem Teutoburger Wald stammt, ist mit einer Beeinträchtigung auch der weiteren kalkbasierten Industrie, wie eben auch der Porenbetonindustrie, zu rechnen. Der Sachliche Teilplan Kalkstein des Regionalplans Münster steuert damit nicht nur den Kalkabbau, sondern bestimmt auch die wirtschaftliche</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In Ziel 9.2-1 des LEP ist festgelegt, dass in den Regionalplänen "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen" sind. Das bedeutet, innerhalb dieser Bereiche hat die Rohstoffgewinnung Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen. Außerhalb aber ist eine Abgrabung bis auf die in Ziel 1.4 festgelegte Ausnahme nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar. Um diese Ausschlusswirkung erzeugen zu können, bedarf es eines gesamträumlichen Darstellungskonzepts. In der ersten Stufe werden die Bereiche ermittelt, die für die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht zur Verfügung stehen. Dabei wird unterschieden zwischen Bereichen die nicht zur Verfügung stehen da auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse im Weg stehen (harte Tabuzonen) und solchen, die als Ergebnis eines Abwägungsprozesses aufgrund von planerischen Erwägungen nicht zur Verfügung stehen (weiche Tabuzonen). Als weiche Tabuzonen sind im Darstellungskonzept des Sachlichen Teilplans Kalkstein insbesondere die Bereiche beurteilt worden, für die das jeweilige Fachgesetz einen Verbotstatbestand regelt. Da gleichzeitig aber auch eine Ausnahmeregelung getroffen wird, werden sie als weiche Tabuzone beurteilt. Dies gilt auch für Natura 2000-Gebiete.</p> <p>Aus den nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen verbleibenden Flächen werden dann in der 2. Stufe des Planungsprozesses anhand weiterer Kriterien die Abgrabungsbereiche festgelegt. Zu diesen Kriterien gehört auch die räumliche Nähe zu den Zement- bzw. Kalkwerken.</p> <p>Abschließend wird in der 3. Stufe geprüft, ob die so ermittelten Abgrabungsbereiche der Rohstoffversorgung substantiell Raum geben. Dieser Anforderung entsprechen die Abgrabungsbereiche des Sachlichen Teilplans Kalkstein. Insbesondere wird die langfristige Versorgung mit Kalkstein für den im LEP festgelegten Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren gesichert.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Entwicklung weiterer Industriesektoren wie der Porenbetonindustrie mit. Insofern bitten wir, auch die Interessen der kalkbasierten Industrien angemessen zu berücksichtigen. Dies ist derzeit nicht der Fall.</p> <p>Bisher nicht berücksichtigt wurde auch, dass schon jetzt nur wenige Kalkhersteller existieren. Diese ungünstige Marktstruktur wirkt sich negativ auf den Wettbewerb und damit die Preis- und Mengengestaltung aus. Bei Wegfall der Abbauf Flächen im Teutoburger Wald ist mit dem Ausscheiden weiterer Unternehmen am Markt zu rechnen, so dass sich die Marktsituation noch weiter verschlechtern würde.</p> <p>Der Bundesverband Porenbetonindustrie e.V. regt daher die entsprechende Überarbeitung des Sachlichen Teilplans Kalkstein und eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Folgen für die kalkbasierten Industrien an."</p>	<p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p> <p>Auf die Argumente, dass sich im Falle einer möglichen Schließung die Markt- und Wettbewerbsstruktur noch weiter verengen wird und auch höhere Marktpreise zu erwarten sind, wurde in den vorgelegten Gutachten bereits hingewiesen. Eine solche, wahrscheinlich eintretende Entwicklung wird seitens der Regionalplanungsbehörde nicht widersprochen. Es stellt sich angesichts der in den Gutachten gemachten Angaben zu den Produktionsmengen insgesamt und nach Wettbewerbern die Frage, inwieweit angesichts der starken oligopolistischen Marktstruktur sowohl in der Zementindustrie als auch bei der Kalkherstellung mit wenigen marktbeherrschenden Unternehmen in Deutschland eine freie Preisgestaltung wie auf anderen Märkten überhaupt noch stattfinden kann und ob nicht auch andere Aspekte einen wichtigen Einfluss auf die Preisgestaltung ausüben. Es stellt sich hier auch die Frage, inwieweit Importe mögliche Produktionsausfälle im Inland auffangen können – auch im Hinblick auf die Preisgestaltung.</p>



Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10282 - Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10282-001</b>	
<p>"[...]</p> <p>der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs) vertritt als Dachverband der deutschen Baustoffindustrie die industrie- und rohstoffpolitischen Interessen seiner Mitglieder aus den Bereichen Beton, Eisenhüttenschlacken, Keramik, Industrieminerale, Kies/Sand/Naturstein, Mauerwerk (u. a. Kalksandstein), Mörtel, Mineralwolle sowie Gips, Kalk und Zement. Insgesamt sichern die Unternehmen der Branche über 140.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Deutschland. Der bbs ist Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sowie der Vereinigung Europäischer Baustoffhersteller (Construction Products Europe). Mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie den Industriegewerkschaften Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) haben wir bereits 2004 eine gemeinsame Erklärung zur nachhaltigen Rohstoffgewinnung verabschiedet."</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10282 - Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10282-002</b>	
<p>Als Vertreter der rohstoffgewinnenden Industrie möchten wir Sie zunächst darauf hinweisen, dass auch in absehbarer Zukunft ein relativ hoher Bedarf an mineralischen Rohstoffen sowie der entsprechenden Kalk- und Zementzeugnisse bestehen wird. Eine von uns in Auftrag gegebene Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Aachener Ingenieurgesellschaft SST kommt zu dem Ergebnis, dass selbst im Falle einer geringen gesamtwirtschaftlichen Dynamik die Nachfrage nach primären Steine-Erden-Rohstoffen mit insgesamt 523 Mio. t in 2035 nur um knapp 4 Prozent unter dem Stand von 2013 (544 Mio. t) liegen dürfte. Bei stärkerem Wirtschaftswachstum dürfte die Nachfrage laut Studie sogar um gut 19 Prozent auf 650 Mio. t im Jahr 2035 ansteigen, obwohl die Branche bereits heute mit einer hohen Substitutionsquote von 15 Prozent zur Ressourcenschonung beiträgt. Dies gilt auch für den Kalksteinbedarf, der von rund 61 Mio. t in 2013 bis 2035 auf insgesamt gut 70 Mio. t jährlich ansteigen könnte (stärkeres Wirtschaftswachstum), zumindest aber bei knapp 60 Mio. t pro Jahr liegen würde (geringes Wirtschaftswachstum).</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In Ziel 9.2-2 und den zugehörigen Erläuterungen des Landesentwicklungsplans (LEP) ist vorgegeben, dass in Regionalplänen Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen sind. Dieser Versorgungszeitraum soll "bei neuen Regionalplänen nicht wesentlich überschritten werden". Ziel 1.2 des Sachlichen Teilplans Kalkstein konkretisiert die Zielvorgabe des LEP durch die Formulierung, dass auch nicht zeichnerisch festgelegte genehmigte Abgrabungen kleiner als 10 ha sowie Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen den Versorgungszeitraum abdecken.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, dass der Zugang unserer Mitgliedsfirmen zu den Rohstofflagerstätten raumordnerisch gesichert wird. Insoweit verweisen wir ausdrücklich auf § 2 Abs. 2 Nr. 4 S. 3 ROG. Danach ist es ein Grundsatz der Raumordnung, für die vorsorgende Sicherung von standortgebundenen Rohstoffen die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Grundsatz ist in § 8 Abs. 5 ROG für die Regionalpläne verankert, so dass unter Berücksichtigung des § 8 Abs. 7 ROG entsprechende Ausweisungen als Vorranggebiet erfolgen sollten. Schließlich liegt die vorsorgende Rohstoffsicherung im öffentlichen Interesse. Diesen Anforderungen entspricht der aktuelle Entwurf des sachlichen Teilplans 'Kalkstein' des Regionalplans Münsterland in einigen Bereichen nicht, denn er sieht dort keinerlei Reserven vor, sondern orientiert sich bei der Festlegung der Abbauf Flächen an der momentanen 'Ist-Situation'.</p> <p>Rohstoffgewinnung muss aber auf die geologischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen, das heißt, ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Aufgrund dieser Standortgebundenheit müssen die dafür notwendigen Flächen langfristig gesichert werden und dürfen nicht anderweitig überplant oder genutzt werden. Auch ist darauf hinzuweisen, dass unsere Industrie prinzipiell nicht bedarfsweckend agiert, sondern bedarfsdeckend: Eine Produktion 'auf Halde' ist für die Betriebe unserer Branche wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die inländische Produktion von Rohstoffen darf daher nicht pauschalen Steuerungsinstrumenten wie der sog. Bedarfsfestsetzung unterworfen werden. Bezogen auf den oben genannten Teilplan muss daher den Kalk und Zement produzierenden Unternehmen unter den gegenwärtigen wie den künftig zu erwartenden Marktbedingungen auf diesen Flächen die Möglichkeit der Gewinnung durch Festsetzung von Vorranggebieten gegeben werden, um die nachgefragten Produkte herstellen zu können.</p> <p>Der Entwurf wird bei Nichtanpassung mit hoher Wahrscheinlichkeit unsere Mitgliedsunternehmen zur Aufgabe ihrer Produktionsstandorte zwingen. Ein Verweis auf mögliche Neuaufschlüsse in anderen Gebieten ist demgegenüber nicht Aufgabe der Raumordnung, da eine Gewinnung nur an den Standorten erfolgen kann, die rohstoffhöflich sind und sich im Eigentum der Firmen befinden (Standortgebundenheit). Auch sind wir der Auffassung, dass es dem Grundsatz 9.1-3 des LEP NRW entspräche, wenn vor</p>	<p>Darüber hinaus ist im LEP in den Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 ausgeführt, dass planerische Rohstoffsicherung "die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft" ist und "nicht einzelne Betriebsstandorte" sichert.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrechtfertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p> <p>Dem Auftrag des LEP, bei der Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze auch die Qualitäten berücksichtigen zu sollen (Grundsatz 9.1-1 und Erläuterungen zu Ziel 9.2-1), wird der Sachliche Teilplan gerecht. Bei der Bedarfsermittlung ist auf der Grundlage der Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Neuaufschlüssen zunächst eine vollständige Gewinnung des Rohstoffs einer Lagerstätte ermöglicht würde.</p> <p>[...]</p> <p>Wir bitten Sie daher eindringlich, die bei Erstellung des Entwurfs des sachlichen Teilplans 'Kalkstein' des Regionalplans Münsterland getroffene Bedarfsanalyse vor dem Hintergrund der gemachten Anmerkungen sowie im Hinblick auf die jeweiligen Verwendungszwecke zu prüfen. Aus unserer Sicht sollte der vollständigen Rohstoffgewinnung am Standort gegenüber einem Neuaufschluss an anderer Stelle der Vorzug gegeben werden."</p> <div data-bbox="56 667 1055 1166">  </div>	
<p><b>Beteiligter: 10282 - Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10282-003</b></p>	
<p>"Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass der LEP-NW in seinem Ziel 9.2-2 die Versorgungszeiträume für Festgesteine auf 'mindestens 35 Jahre' festlegt. Die regionalen</p>	<p>Den Bedenken wird gefolgt.</p>

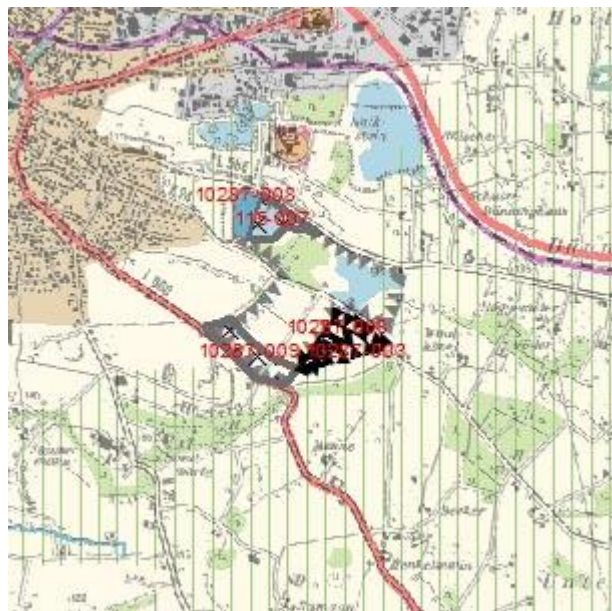
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Planungsebenen dürfen sich dieser Festsetzung nicht mit dem Argument der Prognoseunsicherheit verschließen. Gerade bei derartigen Planungszeiträumen akzeptiert auch die Rechtsprechung ein gewisses Maß an Unsicherheit und wertet diese nicht zu Lasten des öffentlichen Interesses an der Versorgung mit Rohstoffen. Die HLB selbst kommt in Anhang C ihrer Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass ein öffentliches Interesse an der Gewinnung besteht, das nur wegen der Prognoseunsicherheiten nicht zum Tragen käme.</p> <p>Soweit behördlicherseits bei der Lagerstätte im Teutoburger Wald angeführt wird, dass dieser Bereich als FFH-Gebiet ausgewiesen ist und daher geschützt werden muss, ist das überwiegende öffentliche Interesse an der vorsorgenden Rohstoffsicherung und damit der Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen im Sinne des Art. 6 Abs. 4 FFH-Richtlinie zu berücksichtigen.</p> <p>In diesem Zusammenhang verweisen wir ausdrücklich auf den Leitfaden der Europäischen Kommission zur Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten aus dem Jahr 2010. Danach ist die Gewinnung von nichtenergetischen Rohstoffen in FFH- und Vogelschutzgebieten oder in deren Nähe keineswegs ausgeschlossen. Hierauf hat die EU-Kommission noch einmal ausführlich auf einer Fachkonferenz über 'Beiträge der mineralgewinnenden Industrie zum Natura 2000-Netzwerk' am 09.02.2017 in Madrid hingewiesen. Wir dürfen in diesem Zusammenhang unsere Broschüre 'Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten' beifügen <b>(Anlage)</b>."</p> <p><i>[Hinweis: Die Anlage ist hier nicht abgebildet, sondern der Synopse als gesonderte PDF-Datei »Synopse_Anhang_10282.pdf« beigefügt.]</i></p>	<p>s. Erwiderung zu 10282-002.</p> <p>Was die Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten betrifft, ist die Rohstoffversorgung u.a. als öffentliches Interesse anerkannt worden. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung aber kommt zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Interessen nicht gegenüber den Belangen des Naturschutzes überwiegen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10282 - Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10282-004</b></p>	
<p>"Hinsichtlich der Substituierbarkeit weisen wir auf erhebliche wirtschaftliche, technische, gesellschaftliche, und zeitliche Restriktionen hin. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die spezifische Qualität und mineralogische Zusammensetzung der Rohstoffe vor Ort. Im Rahmen der regionalplanerischen Ausweisung von Abgrabungsflächen ist es aber ohnehin nicht entscheidend, ob die hergestellten Produkte substituierbar sind. Es</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>ist auch unerheblich, ob der benötigte Rohstoff derzeit aus anderen Lagerstätten gewonnen werden könnte, wenn die betroffenen Unternehmen ihre Abbautätigkeit einstellen müssten. Die maßgebliche Frage ist vielmehr, ob eine weitere Kalksteingewinnung vor Ort vernünftigerweise geboten ist. Bei der regionalplanerischen Abwägung müssen die zu beachtenden bzw. zu berücksichtigenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung eine entscheidende Rolle spielen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p><b>1. Vorbemerkung</b></p> <p>Der Betrieb unserer Mandantschaft in Beckum ist existenziell auf die Rohstofflieferung aus in der Nähe liegenden Steinbrüchen angewiesen. Die Investitionsentscheidungen und -Planungen im Betrieb unserer Mandantschaft umfassen einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten. Gerade im Konzernverbund sind der Erhalt der 150 Arbeitsplätze am Standort Beckum und die Zementversorgung der Region von stabilen Rahmenbedingungen abhängig. Je länger und stabiler die Perspektive der Rohstoffsicherung, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Erhaltung und des Ausbaus des Werkes in Beckum.</p> <p>In diesem Sinne dankt unsere Mandantschaft auch auf diesem Wege für die geführten Gespräche, in denen seitens unserer Mandantschaft der Eindruck entstand, dass ihre Sorge um die Festlegung der planerischen Standortbedingungen von der Planungsbehörde mit Ernst und Aufgeschlossenheit aufgenommen wurde. In diesem Sinn soll mit dieser Stellungnahme der vertrauensvolle Kommunikationsprozess fortgesetzt werden, und zwar mit unverminderter Dringlichkeit, weil der nunmehr vorgelegte Entwurf des sachlichen Teilplanes dies notwendig macht. In diesem Sinne bitten wir um die Möglichkeit eines erläuternden Gespräches.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>


Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>An diesem Gespräch sollten auch die Vertreter der Stadt Beckum teilnehmen, die sich in Vorgesprächen ebenfalls ernst und aufgeschlossen gegenüber den Belangen unserer Mandantschaft geäußert haben, wobei die schriftlichen Stellungnahmen diesem Anspruch nicht nachstehen sollten."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-002</b></p>	
<p><b>"2. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)</b></p> <p>Unsere Mandantschaft hat sich mit einer Stellungnahme am gerade abgeschlossenen Verfahren zum Landesentwicklungsplan Nordrhein Westfalen beteiligt. Zu Ihrer Kenntnis fügen wir diese Stellungnahme vom 14. Januar 2016 hier in Abschrift als</p> <p style="text-align: center;"><b>Anlage 2</b> <i>[hier nicht abgebildet]</i></p> <p>bei. Die mit dieser Stellungnahme eingeschlagene Richtung verfolgt unsere Mandantschaft auch im hiesigen Verfahren weiter. Dabei akzeptiert sie selbstverständlich die Geltung des Landesentwicklungsplanes, den die Landesregierung mit Zustimmung des Landtags als Rechtsverordnung beschlossen hat und der im Gesetz- und Verordnungsblatt für NRW vom 25. Januar 2017 bekannt gemacht ist. Allerdings sollen im Regionalplan Münsterland im Sinne unserer Mandantschaft die Spielräume benutzt werden, die der Landesentwicklungsplan, teilweise ausdrücklich, der Regionalplanung einräumt. Dabei geht es nicht um eine Abweichung von den Zielen und Grundsätzen der Rohstoffversorgung gern. Ziff. 9.1-1 bis 9.1-3 und 9.2-1 bis 9.2-5 LEP NRW. Es geht darum, das regionalplanerische Instrumentarium auch da zu nutzen, wo der LEP keine Ziele und Grundsätze vorgibt.</p> <p><b>3. Kernpunkte des Interesses</b></p> <p>Vor diesem Hintergrund benennen wir die Kernpunkte des hier weiterverfolgten Interesses wie folgt:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>a) Zielfestlegung Rohstofflagerung im Vorranggebiet</p> <p>b) Darstellungen in Blatt 13 'Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze/ Rohstoff Kalkstein'</p> <p>c) Formulierungsanregungen zu textlichen Festlegungen im Übrigen"</p>	
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-003</b></p>	
<p><b>"4. Zielfestlegung Rohstofflagerung im Vorranggebiet</b></p> <p>Dem Entwurf des sachlichen Teilplanes Kalkstein ist eine Erläuterungskarte I und eine Erläuterungskarte II beigelegt. Erläuterungskarte I ist verbunden mit dem Grundsatz 1.3 (RdZ 18). Sie stellt die als wirtschaftlich bedeutsam einzustufenden oberflächennahen Kalksteinvorkommen des Plangebiets dar mit der Grundsatzvorgabe, dass bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Standortgebundenheit der Lagerstätten berücksichtigt werden soll. Erläuterungskarte II legt 'besonders wertvolle Kalksteinlagerstätten' fest und verbindet damit Grundsatz 1.2 (RdZ 17) wonach Nutzungen, die eine vollständige Rohstoffgewinnung dauerhaft unmöglich machen, nicht zugelassen werden sollen.</p> <p>Mit diesen Darstellungen bzw. Festlegungen und Grundsätzen wird ein raumordnerisches Instrumentarium genutzt, das vergleichsweise geringe Bindungswirkung hat. So sind Grundsätze der Raumordnung nach der Begriffsbestimmung in Ziff. 3 des § 3 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) lediglich Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes als Vorgabe für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Sie haben eine geringere Verbindlichkeit als die Ziele der Raumordnung, für die Ziff. 2 des § 3 Abs. 1 ROG bestimmt, dass sie verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen sind. In ähnlicher Weise unterscheiden sich die 'Festlegungen' nach § 7 Abs. 1 und 2 ROG, denen eine höhere Verbindlichkeit zukommt, von bloßen 'Darstellungen'.</p>	<p>Hinweis:</p> <p>Die Beschriftung der Erläuterungskarte I Lagerstätten, wird zukünftig wie folgt beschriftet: Erläuterungskarte I Rohstoffvorkommen. Die Karte wird auf der Grundlage der aktuellen Rohstoffkarte von 2017 des Geologischen Dienstes sowie weiterer aktueller Daten aktualisiert. Grundsatz 1.3 des Sachlichen Teilplans Kalkstein konkretisiert die Vorgaben des LEP. In Grundsatz 9.1-1 und den zugehörigen Erläuterungen des LEP ist bereits festgelegt, dass die "bekannten Rohstoffvorkommen und Lagerstätten, über die die Landesrohstoffkarte der für Geologie zuständigen Behörde informiert, in allen planerischen Abwägungen Berücksichtigung finden" sollen.</p> <p>Der Anregung, für die besonders wertvollen Kalksteinlagerstätten eine höhere planungsrechtliche Verbindlichkeit festzulegen, wird nicht gefolgt. Die Festlegung als Grundsatz entspricht der Festlegung im LEP. In den Zielen 9.2-1 und 9.2-2 sowie den zugehörigen Erläuterungen des LEP ist die Sicherung der Rohstoffversorgung auf Ebene der Regionalplanung geregelt. Danach sind für bestimmte Versorgungszeiträume, die "bei neuen Regionalplänen nicht wesentlich überschritten werden sollen" Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen.</p> <p><i>Nach Auswertung der beigelegten Karte 2 beinhaltet die Anregung sowohl Änderungen bei den zeichnerischen BASB-Darstellungen als auch in der Erläuterungskarte II.</i></p> <p><u>Zu den BSAB:</u></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>In diesem Sinne wird hier vorgeschlagen, jedenfalls die wertvollen oberflächennahen Lagerstätten für Carbonatgestein und Kalkmergel zum ersten mit einer höheren planungsrechtlichen Verbindlichkeit festzulegen und diese zum zweiten in einem tatsächlichen Umfang, der den wirklichen Vorkommen entspricht.</p> <p>Legt man den Kartenlayer 'wertvolle oberflächennahe Lagerstätten' aus der Erläuterungskarte II des Entwurfes über die Interessensflächen unserer Mandantschaft im Bereich Beckum, so ergibt sich folgendes Bild:</p> <p><i>[Karte 1; hier nicht abgebildet]</i></p> <p>Tatsächlich unzutreffend dargestellt ist die 'Gebietsreserve' nördlich der BAB 2/E 34. Sie reicht weiter nach Osten als dort dargestellt, und zwar bis heran an die L 882, sollte also mindestens den gesamten Bereich zwischen der Autobahn im Süden, Neu-Beckum im Norden, der B 475 im Westen und der L 882 im Osten abdecken. Die Darstellung sähe richtig aus wie folgt:</p> <p><i>[Karte 2; hier nicht abgebildet]"</i></p>	<p><i>angeregt wird:</i></p> <p><i>1. eine östliche Erweiterung am Standort Süd (Mersmann Nordost, Lippberg Nord)</i></p> <p><i>Der Anregung wird teilweise gefolgt.</i></p> <p><u><i>Zu der Erläuterungskarte II, Wertvolle Lagerstätten</i></u></p> <p><i>angeregt wird:</i></p> <p><i>2. die Rücknahme einer Fläche, da vermutlich dort keine Lagerstätte vorhanden ist.</i></p> <p><i>Der Anregung wird gefolgt.</i></p> <p><i>3. die Darstellung einer Fläche nördlich der A2, Vellern Nord.</i></p> <p><i>Der Anregung wird nicht gefolgt.</i></p> <p><i>Die Fläche liegt in der Nähe des FFH-Gebietes DE-4214-302-Steinbruch Vellern. Nach Rücksprache mit der LANUV 08.09.2017, sind durch einen Abbau negative Auswirkungen auf das FFH-Gebiet zu erwarten. Die Ackerflächen westlich des Naturschutzgebietes zeichnen sich darüber hinaus, durch eine sehr wertvolle Ackerwildkraut-Vegetation aus, die auch langfristig erhalten und gefördert werden sollte.</i></p>


Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b> <b>Anregungsnummer: 10287-004</b>	
<p>"Zudem sollte zu dieser kartenmäßigen Feststellung folgende textliche Festlegung ergehen:</p> <p>'Ziel: Festlegungskarte II legt für besonders wertvolle Kalksteinlagerstätten Vorranggebiete fest. In den Vorranggebieten sind Nutzungen, die eine vollständige Rohstoffgewinnung dauerhaft unmöglich machen, nicht zuzulassen.'</p> <p>Naturgemäß ist in der Begründung zum Planentwurf dazu dann auch die von § 7 Abs. 2 ROG geforderte abschließende Abwägung anzustellen. Dabei ist zu beachten:</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Nach den Festlegungen in Kapitel 9 des Landesentwicklungsplans sind in Regionalplänen Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen (Ziel 9.2-2). Dieser Versorgungszeitraum soll "bei neuen Regionalplänen nicht wesentlich überschritten werden" (Erläuterung zu Ziel 9.2-2).</p> <p>Um die Versorgung mit dem Rohstoff Kalkstein auch darüber hinaus langfristig sicher zu stellen, werden die Festlegungen des Regionalplans durch die Karte der wertvollen</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Grundsatz 9.1-10 des LEP NRW gibt die Berücksichtigung des Grundsatzes vor, dass Vorkommen nicht energetischer Rohstoffe standortgebunden, begrenzt und nicht regenerierbar sind. Das erfordert die Darstellung der vorhandenen Rohstofflagerstätten. Wohl gemerkt: Hier wird nicht verlangt, Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nicht energetische Rohstoffe als <i>Vorranggebiet</i> festzulegen. Dies widerspräche der Zielvorgabe aus Ziff. 9.2-1 LEP NRW, wonach für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nicht energetische Rohstoffe <i>Vorranggebiete mit Wirkung von Eignungsgebieten</i> festzulegen sind. Im hiesigen Zusammenhang geht es weder um 'Sicherung' und 'Abbau', sondern um eine Festlegung zur <i>Entwicklung</i>, die vom Tatbestand der Ziele aus dem LEP nicht umfasst ist. Außerhalb der Zieltatbestände des LEP darf der Regionalplan Münsterland ohne Weiteres eigene, das Rohstoffsicherungsinteresse noch besser berücksichtigende Festlegungen treffen."</p>	<p>Lagerstätten ergänzt. Somit konkretisiert Grundsatz 1.2 des Sachlichen Teilplans Kalkstein bereits die Vorgabe des LEP, dass bei allen räumlichen Planungen die Standortgebundenheit von Rohstoffvorkommen berücksichtigt werden soll. Darüber hinaus gewährleistet das Fortschreibungserfordernis, wonach für Festgesteine ein Versorgungszeitraum von 25 Jahren nicht unterschritten werden darf, die Sicherung der Rohstoffversorgung.</p>
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-005</b></p>	
<p>"Anlässlich der Planungsgespräche konnte Einigkeit über folgende Herleitung des Flächenanspruches erzielt werden: Unserer Mandantschaft ist eine Produktion von 3.300 Tagedstonnen zugelassen. Dies entspricht einer Abbaumenge von etwa 5.250 Tagedstonnen Rohstoff. Dieser Tagesbedarf soll aufs Jahr umgelegt und mit dem nach Ziel 9.2-2 LEP NRW vorgegebenen Versorgungszeitraum von 'mindestens 35 Jahren' hochgerechnet werden; diese Gewichte bzw. Volumina werden mit einem Faktor durchschnittlicher Lager-Mächtigkeit multipliziert und ergeben dann den Flächenanspruch, wobei ein Korrekturfaktor für Böschungsverluste und nicht verwertbare Lagerstättenteile berücksichtigt werden muss.</p> <p>Leider ist im Planentwurf der konkrete Rechenweg nicht offengelegt worden. So konnte bislang beispielsweise nicht das Maß des Gewichtsverlustes von Rohstoff zu Produkt nachvollzogen werden. Ebenso wenig konnte nachvollzogen werden, wie viele Produktionstage aufs Jahr gerechnet wurden. Schließlich konnte nicht nachvollzogen werden, welche durchschnittliche Mächtigkeit den Berechnungen zugrunde gelegt wurde. Die Offenlegung dieser Berechnungsgrundlagen wäre indes nötig, um den Vorgaben des LEP NRW zu entsprechen. In diesem Zusammenhang darf auch daran</p>	<p>Der Anregung wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Im Rahmen von Gesprächen mit dem Unternehmen</b>, wurden die Berechnungsgrundlagen und die berücksichtigten Parameter der Bezirksregierung dargelegt und die Bedarfsfrage geklärt. Seitens des Unternehmens wurden im Gespräch aktuelle Ergebnisse eines Bohrprogramms mitgeteilt sowie weitere Änderungswünsche hinsichtlich verschiedener Flächen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen, bzw. daher an anderer Stelle verortet werden müssen.</p> <p>Aufgrund der geänderten Vorgaben sind die Darstellungen des BSAB und die Darstellungen in der Erläuterungskarte II Wertvolle Lagerstätten geändert worden.</p>

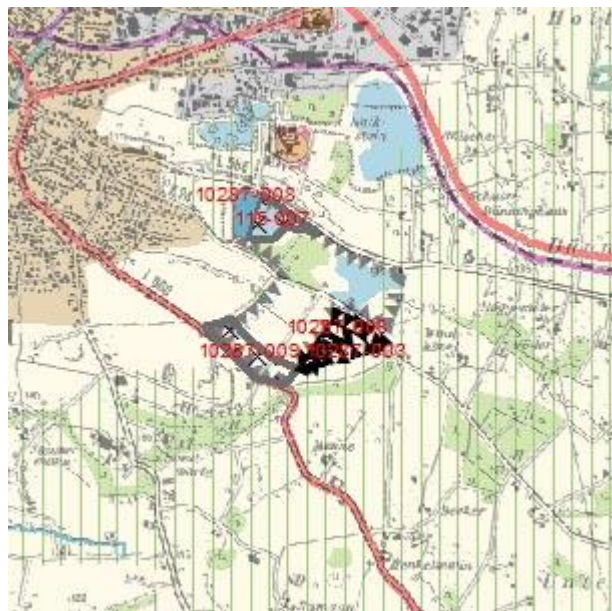
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>erinnert werden, dass der LEP einen Versorgungszeitraum nicht von 35 Jahren, sondern von <i>mindestens</i> 35 Jahren fordert. Insofern sind auch innerhalb des dargelegten Rechenweges Sicherheitsannahmen nach oben hin zu treffen."</p> 	
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b> <b>Anregungsnummer: 10287-006</b></p>	
<p><b>"5. Darstellungen in Blatt 13 Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze/Rohstoff Kalkstein/-mergel</b></p> <p>Details der im Entwurf vorgesehenen Festlegungen für diese Bereiche, die nach S. 2 des § 8 Abs. 7 ROG den innergebietlichen Vorrang eines Vorranggebietes mit dem au-</p>	<p>Der Anregung den BSAB an zwei Stellen zurück zu nehmen wird gefolgt.</p>


Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>ßergebietlichen Ausschluss eines Eignungsgebietes verbinden, sollten wie folgt geändert werden:</p> <p>a) Zum einen die Abbaugelbiete Kollenbach 1 unserer Mandantschaft</p> <p><i>[Karte 3; hier nicht übernommen]</i></p> <p>sowie zum anderen der Bereich 1 des Abbaugelbietes Bruch Nord, der der Firma Dyckerhoff zugelassen ist,</p> <p><i>[Karte 4; hier nicht übernommen]</i></p> <p>für die unsere Mandantschaft aber im Lohn abgebaut hat, sind bereits erschöpft, und sind im Verlaufe des letzten Jahres renaturiert worden. Im Falle des Steinbruches Nord wird der Bruch in den nächsten Jahren verfällt und rekultiviert. Im Falle des Steinbruches Kollenbach steht lediglich die Schlussabnahme noch aus.</p> <p>Die Fläche eines erschöpften Vorkommens als Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze festzulegen, ist nach Grundsatz 9.1-1 und Ziel 9.2-1 LEP NRW unzulässig."</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b> <b>Anregungsnummer: 10287-007</b>	
<p>"b) Im Bereich südöstlich der Anschlussstelle 20 "Beckum" der BAB 2/E 34 ist ein Bereich festgelegt, der aus Gründen vorhandener Infrastruktur nicht wirtschaftlich abgebaut werden kann:</p> <p><i>[Karte 5; hier nicht übernommen]</i></p> <p>Hier verläuft parallel zur Autobahn eine Ferngasleitung mit Durchmesser DN400, die im Bereich westlich und östlich der B 475 gerade wegen des Autobahnzubringers westlich der B 475 weit nach Süden verschwenkt und östlich der B 475 wieder zurückschwenkt. Wollte man dieses Gebiet abbauen, müsste die Ferngasleitung verlegt wer-</p>	<p>Der Anregung den BSAB zurückzunehmen wird gefolgt.</p> <p>Ein vergleichbares Volumen für die Deckung des Versorgungszeitraums von 35 Jahren wird an anderer Stelle dargestellt.</p> <p><b>Im Rahmen von Gesprächen mit dem Unternehmen hat sich aufgrund der geänderten Vorgaben in dem Raum weiterer folgender Änderungsbedarf ergeben:</b></p> <p><u>Zu BSAB:</u></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>den, was Kosten verursacht, die in keinem Verhältnis zum 'Ertrag' stehen. Die Verlegung wäre unwirtschaftlich. Der Grundsatz 9.1-3 aus dem LEP NRW gibt jedoch ein Abbaumaß vor, das 'den ökonomischen Erfordernissen unter Berücksichtigung der möglichen Einsparpotenziale entspricht'. Deshalb ist die Festlegung in diesem Bereich auf den Verlauf der autobahnparallelen Gemeindestraße zurückzunehmen und die frei werdende Fläche an anderer Stelle im Planungsgebiet in die Festlegung einzubeziehen."</p> 	<p>1. Rücknahme eines BSAB</p> <p>Eine genehmigte, bisher nicht abgebaute Fläche musste für den Bau der Umgehungsstraße zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>2. Erweiterung eines BSAB</p> <p>Eine genehmigte, bisher nicht abgebaute Fläche soll dargestellt werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p><u>Zu Fließgewässer:</u></p> <p>3. Darstellung eines Fließgewässerabsschnitts</p> <p>Angeregt wird die Darstellung einer geplanten Fließgewässerverbindung die, die vorgesehen Seeflächen des Rekultivierungskonzeptes miteinander als Überlauf verbindet.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Im Regionalplan werden nur Fließgewässer, die hinsichtlich ihres ökologischen und chemischen Zustandes in dreijährlichen Abständen untersucht werden, dargestellt, siehe Erläuterung RndNr. 470.</p>
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-008</b></p>	
<p>"c) Im Bereich des geplanten Steinbruches Lippberg-Süd hält die Festlegung einen unangemessenen Abstand zur Grenze des Landschaftsschutzgebietes:</p>	<p>Der Anregung den BSAB nach Osten zu erweitern wird gefolgt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>[Karte 6; hier nicht übernommen]</i></p> <p>Südöstlich sollte die Grenze hingegen so festgelegt werden, wie es der roten Markierung in der Karte entspricht.</p> <p>Für die im Entwurf festgelegte Grenze kann nicht das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung herangezogen werden. Dort (Anhang 2, S. 1/8 bis 8/8 zum Umweltbericht) wird zwar der richtige Schluss gezogen, dass eine Kompensation der schutzwürdigen Böden nicht möglich ist, jedoch würde sich an diesem Ergebnis nichts ändern, wenn die Abbaufäche wie hier vorgeschlagen festgelegt würde. Deshalb ist es auch nicht richtig, wenn in der strategischen Umweltprüfung unter Ziff. 3.03 angeführt wird, Grund für die Grenzziehung in jenem Bereich sei seine "Konfliktarmut". Die Abwägung ist insoweit sachlich und inhaltlich unzutreffend; richtigerweise sollte der Konflikt benannt, aber der Gesichtspunkt der Bodenkompensation in der Abwägung hinter den raumordnerischen Grundsatz vollständiger Lagerstättenerschließung zurücktreten.</p> <p>Die im Umweltbericht dargelegten Beschreibungen und Bewertungen aller Schutzgüter (Kapitel 5) können nicht erklären, warum der Abbau nicht bis an die Grenze des Landschaftsschutzgebietes heranreichen darf. Beschriebene Schutzgüter kommen hier nicht vor. Die Entwurfsdarstellung des sachlichen Teilplanes tritt damit in Konflikt mit dem Grundsatz 9.1-3 des LEP NRW, wonach eine flächensparende und vollständige Gewinnung eines Rohstoffes und eine gebündelte Gewinnung aller Rohstoffe einer Lagerstätte erfolgen soll.</p> <p>Die zeichnerische Plandarstellung tritt in der vorgeschlagenen Form auch in Konflikt mit dem Grundsatz 1.1 (Entwurf RdZ. 16), wonach der Rohstoff einer Lagerstätte vollständig abgebaut werden soll. Die hier vorgeschlagene Erweiterung wird diesem Grundsatz besser gerecht."</p>	<p><b>Im Rahmen von <u>Gesprächen mit dem Unternehmen</u> hat sich in dem Raum weiterer folgender Änderungsbedarf ergeben:</b></p> <p><u>zu Oberflächengewässer:</u></p> <p>Die Firma beabsichtigt für die westliche Erweiterungsfläche in Richtung Ortsrand Beckum, die künftige Rekultivierung für diese neue Fläche an das bestehende Rekultivierungskonzept für die angrenzenden genehmigten Flächen anzupassen. Für die genehmigten Flächen ist im Rekultivierungskonzept eine Wasserfläche genehmigt. Auf der angrenzenden Erweiterungsfläche ist ebenfalls eine Wasserfläche geplant.</p> <p>Daher wird angeregt die dargestellte Wasserfläche auf die Erweiterungsfläche auszuweiten.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b> <b>Anregungsnummer: 10287-009</b>	
<p>"d) Im südwestlichen Bereich des Abbaugebietes Lippberg-Süd wurden Bereiche festgelegt, in denen die Lagerstätte nur sehr geringmächtig ausgeprägt ist.</p> <p><i>[Karte 7; hier nicht übernommen]</i></p> <p>Die Lagerstätte streicht dort aus und kommt nur in einer Mächtigkeit von 2 bis 5 Metern vor. Dies ergaben etwa 40 Bohrungen, die unsere Mandantschaft vor kurzem abteufen konnte. Der Abbau von Lagerstätten mit einer geringeren Mächtigkeit als 5 Meter ist aber technisch schwierig und wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die angemessene Berücksichtigung des oben schon zitierten Grundsatzes 9.1-3 LEP NRW verlangt also,</p>	<p>Der Anregung den BSAB zurückzunehmen wird gefolgt. Ein vergleichbares Volumen wurde an anderer Stelle dargestellt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>die Festlegung dieses Bereiches Richtung Nordosten zurückzunehmen und den dadurch eintretenden Flächenverlust zu ersetzen, wie nachfolgend vorgeschlagen.</p> <p>[...]"</p> 	
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-010</b></p>	
<p>"Nimmt man alle diese Anregungen zusammen, so ergeben sich nach der oben dargestellten Berechnung des Flächenbedarfes die an anderer Stelle in die Planfeststellung einzubeziehenden weiter erforderlichen Hektare wie folgt:"</p> <p><i>[Karte 8; hier nicht übernommen]</i></p>	<p>Der Anregung wird in Absprache mit dem Unternehmen teilweise gefolgt.</p>

**Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)**  
**Anregungsnummer: 10287-011**

## "6. Formulierungsanregungen zu textlichen Festlegungen im Übrigen

a) In S. 2 des Zieles 1.2 (RdZ. 11) heißt es:

'Die Rohstoffvorkommen dieser Bereiche einschließlich der nicht im Regionalplan festgelegten genehmigten Abgrabungen unterhalb der Darstellungsgrenze von 10 ha sowie der Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen decken im Plangebiet einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren ab'.

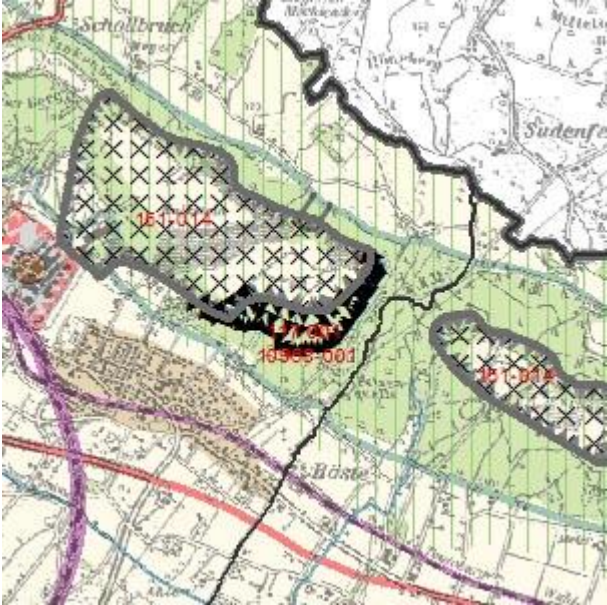
Der Anregung wird nicht gefolgt.

In Ziel 9.2-2 und den zugehörigen Erläuterungen des Landesentwicklungsplans (LEP) ist vorgegeben, dass in Regionalplänen Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen sind. Dieser Versorgungszeitraum soll "bei neuen Regionalplänen nicht wesentlich überschritten werden". Ziel 1.2 des Sachlichen Teilplans Kalkstein konkretisiert die Zielvorgabe des LEP durch die Formulierung, dass auch nicht zeichnerisch festgelegte genehmigte Abgrabungen kleiner als 10 ha sowie Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen den Versorgungszeitraum abdecken. Darüber hinaus ist im LEP in den Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 ausgeführt, dass

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Diese Aussage ist keine Zielfestlegung, sondern eine (noch dazu inhaltlich angreifbare; s.o.) Motivdarlegung. Insofern sollte dieser Satz in die Begründung verschoben werden.</p> <p>Stattdessen sollte die Zielvorgabe des LEP aufgegriffen und präzisiert werden, was 'mindestens' in Bezug auf den festgelegten Versorgungszeitraum heißt. Formuliert werden könnte etwa:</p> <p>'In Konkretisierung des Ziels 'Versorgungszeiträume' gern. 9.2-2 LEP NRW wird festgelegt, dass bei Zulassungen zum Abbau von Kalkstein im Zusammenhang mit der Bedarfsermittlung ein Prognosehorizont von 50 Jahren zugrunde zu legen ist'."</p>	<p>planerische Rohstoffsicherung "die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft" ist und "nicht einzelne Betriebsstandorte" sichert. Damit würde die angeregte Zielformulierung, auf der Genehmigungsebene einen Versorgungszeitraum von 50 Jahren beachten zu müssen, den Vorgaben des LEP widersprechen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10287 - Holcim West Zement GmbH, (durch RA'e Notare Lauprecht)</b>  <b>Anregungsnummer: 10287-012</b></p>	
<p>"b) Ziel 1.6 ist so formuliert, dass die Raumentwicklung und die Rekultivierungsmöglichkeiten von Kalksteinbrüchen nachhaltig und unnötig beeinträchtigt werden. Sollte z.B. aus Gründen des Grundwasserstandes die Wiederherstellung von flachgründigen Felsböden nicht möglich sein, müsste Kompensation auf zusätzlichen Flächen außerhalb des Steinbruches umgesetzt werden. Dafür würden die ohnehin unter hohem Druck stehenden landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen werden müssen, was § 15 Abs. 3 BNatSchG widersprechen würde. Danach sind bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Vorrangig zu prüfen ist, ob die Kompensation nicht produktionsintegriert zu erbringen ist, um zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.</p> <p>In diesem Sinne sollte das Ziel 1.6 einschränkend formuliert und die Begründung RdZ. 30 daran angepasst werden, etwa wie folgt:</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei trockenen bis extrem trockenen Felsböden handelt es sich um Böden der Stufe 3, folglich um besonders schutzwürdige Böden. Da deren Flächenanteil über abbauwürdigen Kalksteinlagerstätten überproportional hoch ist, wurde in dem Darstellungskonzept von dieser weichen Tabuzone eine Ausnahme zugelassen. Der Eingriff in dieses Schutzgut ist zu kompensieren. Die Entscheidung in welcher Form auf welchen Flächen diese Kompensation erfolgt, wird im Genehmigungsverfahren getroffen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>'Bei der Inanspruchnahme von besonders schutzwürdigen trockenen bis extrem trockenen, flachgründigen Felsböden soll eine bodenfunktionsbezogene Kompensation durch Rekultivierung/-naturierung erreicht werden'."</p>	
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10696-001</b></p>	
<p>Der hierzu erfasste Einwender schließt sich der Auffassung der Regionalplanungsbehörde Münster ausdrücklich an, dass am Standort der Fa. Calcis in Lienen keine BSAB-Erweiterungsflächen im FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" für erforderlich gehalten werden. Sollte der Aufstellungsbeschluss in diesem Punkt vom Erarbeitungsbeschluss abweichen, hält er dies für eine wesentliche Änderung des Sachlichen Teilplans und fordert für diesen Fall eine erneute Auslegung der Planunterlagen sowie eine erneute Beteiligung der Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit. Der Einwender behält sich vor, in diesem Fall weitere Argumente im Rahmen der nach § 34 Abs. 3 BNatSchG notwendigen Abwägung vorzubringen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach § 9 Abs. 3 ROG bedarf es einer erneuten Auslegung des geänderten Teils, wenn der Planentwurf nach Durchführung des Erarbeitungsverfahrens gemäß § 9 Abs. 2 ROG derart geändert wird, dass dies - in diesem Fall - zu einer stärkeren Berührung von Belangen führt (bzw. führen könnte).</p> <p>Da der Bereich, auf den der Einwender hier Bezug nimmt, gegenüber dem Erarbeitungsentwurf unverändert bleibt, bedarf es zumindest gegenwärtig keiner erneuten Auslegung dieses Teils.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10731-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p>der Entwurf des Regionalplans verunsichert uns heftig. Es geht um unsere Existenz. Es brodeln.</p> <p>Wir hatten den Wirtschaftsminister Duin zur Betriebsversammlung im Januar eingeladen. Er war da und hat uns Mut gemacht. Er hat die Bedeutung unseres Wirtschaftszweiges verstanden. Er hat uns aufgefordert, unsere Position der Bezirksregierung mitzuteilen. Deshalb haben wir im Betriebsrat beschlossen, das zu tun:</p> <p>Wir leben seit Jahrzehnten hier am Teuto in Lengerich und Umgebung. Es ist unsere Heimat, in der auch wir arbeiten, später noch arbeiten wollen. Wir wollen weiterhin unseren Arbeitsplatz und unsere Heimat entwickeln. Die Natur am Teuto ist auch unsere</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im genannten Vertrag wurde darauf hingewiesen, dass "...notwendige Genehmigungsentscheidungen, einschließlich einer FFH-Verträglichkeitsprüfung, und die Fortschreibung des Regionalplans weder vorweggenommen noch die zuständigen Entscheidungsträger präjudiziert werden."</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Heimat, ist unser Erholungsgebiet, das wollen auch wir erhalten. Deshalb nehmen wir an Arbeitseinsätzen zur Landschaftspflege teil. Ich denke, unsere Gegend zeigt, wie Wirtschaft und Natur miteinander gut auskommen können. Deswegen können wir nicht verstehen, dass hier ein Konflikt gesehen wird, der unsere Zukunft verbaut. Zukunft ist doch nicht nur Natur, sondern auch Arbeit.</p> <p>Wir sind von der Bezirksregierung zutiefst verunsichert. Die Bezirksregierung behauptet, es wäre seit Jahren, seit 1997 klar, dass wir keine neuen Abbauflächen mehr bekommen. Zuletzt habe ich selbst das in der Veranstaltung in Lengerich am 20.02.2017 wieder gehört.</p> <p>Ich verstehe das nicht. Unsere Geschäftsleitung hatte uns aber immer gesagt, das ist völlig offen. Wo steht das geschrieben, keine Abbauflächen mehr? Mit unserem Gewerkschaftssekretär haben wir Akten gewälzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Beschluss zum alten Gebietsentwicklungsplan steht nichts von 'keine neuen Flächen mehr, Auslaufplanung'. Das wurde zwar im Teutoburger Wald Gutachten diskutiert, aber vom Arbeitskreis eben nicht beschlossen.</li> <li>• Unser Unternehmen hat 2008 einen Vertrag mit der Bezirksregierung geschlossen. Darin steht, Naturschutzleistungen werden bei späteren Abbau-Genehmigungen anerkannt. Das wäre dann das Ökokonto. Dieser Vertrag zeigt mir, es muss also doch realistisch sein, noch Flächen für weiteren Abbau zu bekommen. Warum hätte man sich sonst so viel Arbeit gemacht?</li> <li>• Der Naturschutz ist 2013 höher bewertet worden. Aber das ist doch auch kein AUS, sondern macht noch mehr Naturschutzanstrengungen notwendig.</li> </ul> <p>Wenn ich es richtig verstanden habe, dann soll dieser Regionalplan Flächen für Abbau vor anderen Nutzungen sichern. Über den konkreten Abbau wird erst danach entschieden. Wenn aber keine Flächen im Regionalplan, dann kann auch keine Genehmigung neuer Abbauflächen erfolgen. Deshalb ist es uns so wichtig, im Regionalplan neue Flächen zu bekommen.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Wir Betriebsräte können hier unsere Unternehmensleitung verstehen, dass Geld für neue Investitionen nur bewilligt wird, wenn Sicherheit dafür besteht. Ohne neue Flächen keine Gelder für langfristige Investitionen. Die Flächen sind unsere Option für die Zukunft. Und deswegen ist es für uns nicht nachvollziehbar, wenn die Bezirksregierung behauptet, es sei seit 1997 klar gewesen, dass es keine neuen Flächen gibt. Können Sie sich vorstellen, welche Wirkung das bei unserer Unternehmensleitung hat, welche Wirkung das auf uns Dyckerhöffer hat??? Wir haben Angst um unseren Arbeitsplatz!!! Es geht um unsere Existenz, um die Existenz unserer Familien - auch in Zukunft."</p> 	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10731-002</b>	
<p>"Wir haben die Anlagen zum Regionalplan gelesen, mehrfach. Zu diesen Details für den Naturschutz kann ich nicht viel beitragen. Hier hat Dyckerhoff ein bekanntes Büro beauftragt, an einer Stellungnahme mitzuarbeiten. Mir ist beim Lesen der Anlage C aufgefallen, dass die Naturschutzangelegenheiten 'sicher' sind. Wenn es aber um Wirtschaft geht, dann sind das 9 x 'Prognoseunsicherheiten'" und 5 x 'zweifelhaft'. Damit werden dann Argumente heruntergewertet. ...Wieso bewertet eigentlich eine Naturschutzbehörde die Wirtschaftsfakten. Kennt sich die Naturschutzbehörde damit aus? Dann müssten die Naturschutzargumente wohl auch von einer Wirtschaftsbehörde beurteilt werden. Nicht nur wir in Lengerich verstehen das nicht, sondern auch andere Betriebsräte im Konzern nicht."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die Anerkennung öffentlicher Interessen und vor allem für ihr Gewicht in der Abwägung spielen Prognoseunsicherheiten durchaus eine Rolle. "Bei der Gewichtung sind auch die mit der Planung verbundenen Prognoseunsicherheiten zu bewerten. Je weiter die Unsicherheiten reichen, desto geringer wiegt grundsätzlich das öffentliche Interesse an dem Vorhaben (BVerwG, Urt. v. 09.07.2009 - 4 C 12/07 - BVerwGE 134, 166 Rn. 17)" (zitiert in OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 79). Das öffentliche Interesse an der Sicherung der Versorgung mit Kalkstein sowie an dem Erhalt der Arbeitsplätze sind bei der Abwägung berücksichtigt worden, überwiegen aber letztlich gegenüber der Integrität des FFH-Gebiets nicht.</p>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10731-003</b>	
<p>"Wir Dyckerhöffer sind stolz, dass unser Tiefbohrzement weltweit gebraucht wird, trotz hoher Kosten. Diesen Spezialzement können nur wenige herstellen. Wir haben die notwendigen Gesteinssorten vor Ort, und wir haben die Mannschaften, die den Tiefbohrzement herstellen können; das kann nicht jeder. Darauf sind wir stolz. Die Bundesregierung betont doch sonst immer, wie wichtig der Export für unseren Wohlstand ist. Hier ist es aber notwendig, dass die 'Landesplanungsbehörde' eingreift und nunmehr der Export hier anerkannt und positiv gesehen wird. Sie wollten es anders.</p> <p>Die Behauptung der Bezirksregierung zur Auslaufplanung, keine neuen Flächen im Regionalplan, und das Abwerten von Wirtschaftsargumenten als 'Prognoseunsicherheiten' und 'zweifelhaft' zeigt mir aber auch, das ist Ihr Wunschdenken. Sie wollen nicht.</p> <p>Wir Dyckerhöffer sind uns einig:</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Produktion des Tiefbohrzements im Werk Lengerich ist ausdrücklich bejaht worden. Darüber hinaus wurde seitens der Landesplanungsbehörde klargestellt, dass eine Differenzierung nach Exportanteilen nicht erforderlich ist. Bei der Bedarfsermittlung wird die exportierte Menge berücksichtigt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Behauptung 'Auslaufplanung war seit 1997 klar' muss vom Tisch. Wer das behauptet hat, der muss in der Öffentlichkeit rasch deutlich machen, das stimmt nicht.</li> <li>• wir wollen eine gleiche Beurteilung von Natur und Wirtschaft, nicht einseitig 'Natur ist sicher', 'Wirtschaft ist nur Prognose' und deshalb abzuwerten. Wir wollen ein ehrliches Verfahren.</li> </ul> <p>[...]"</p>	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10825-001</b>	
<p>Über seine unter der Einwendernummer 5120 gruppiert erfassten Bedenken hinaus weist der Einwender auf folgende Aspekte hin:</p> <p>"[...]</p> <p><b>Kalksandsteinproduktion und besondere Eignung des Lienener CL 80.</b> Das Werk Lienen beliefert traditionell die Kalksandsteinindustrie und stellt als 'letztes Werk vor der Nordsee' einen wichtigen Partner für die Versorgung der norddeutschen Kalksandsteinindustrie dar. Die besonderen Eigenschaften des in Lienen produzierten Branntkalkes ergeben sich aus den Nebenbestandteilen, die das Resultat der besonderen geologischen Herkunft sind, und den speziell für diesen Rohstoff optimierten Produktionsbedingungen. Der Lienener Kalk enthält als Folge des aluminium-, eisen- und siliziumhaltigen Rohsteins Phasen, die auch in Zementen auftreten. Diese führen zu einem leichten 'hydraulischen Touch'. Unter anderem gibt es Untersuchungen des Institutes für Kalk und Mörtelforschung, die diese Phasen in Lienener CL 80 bestätigen. Daraus ergeben sich Auswirkungen auf die Rohlingsstandfestigkeit und das Schwinden von mit Lienener CL 80 produzierten Kalksandsteinen und Kalksandsteinrohlingen, die von der Forschungsvereinigung Kalk-Sand e.V. bestätigt werden. Die Eigenschaften des Lienener CL 80 ermöglichen eine kostengünstige und ressourcenschonende Kalksandsteinproduktion, da sich durch den Einsatz die Menge an benötigtem Kalk,</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen" benachbarte Lagestätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrechtfertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>besonders bei ungünstigen verfügbaren Sandqualitäten, reduzieren lässt. Darum haben viele Unternehmen sich in ihrer Rezepturgestaltung auf dieses Material eingestellt.</p> <p>Leider wurde das Gutachten des Ingenieurbüros Brameshuber + Uebachs INGENIEURE GmbH, welches auf veralteten Quellen beruht und nicht die industrie- und verbandsintern verfügbaren Informationen und Untersuchungsergebnisse berücksichtigt, zum Anlass genommen, das Verfahren für Calcis Lienen zu früh abzuschließen, und die Prüfung der weiteren Gutachten zu unterlassen. Um eine ausreichend fundierte Einschätzung der besonderen Eignung des Lienener CL 80 zu ermöglichen, sollten die Verfasser des Gutachtens beauftragt werden, das Gutachten in Kooperation mit den Instituten des Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V., des Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V. und Vertretern von Calcis zu überarbeiten, um von diesen mit nicht öffentlich zugänglichen Informationen und Untersuchungsergebnissen versorgt zu werden."</p>	
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10825-002</b></p>	
<p><b>"Transportaufkommen.</b> Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Betrachtung des Transportaufkommens. Diese lässt sich in zwei Bereiche unterteilen. Der erste Bereich umfasst die mögliche Versorgung der weiterhin genehmigten Werke mit Rohmaterial aus anderen Gegenden. Zwar widerspricht dies nach meinem Verständnis dem Anspruch einer Regionalplanung, würde aber streng der Aussage folgen, dass genug Flächen ausgewiesen seien. Die Fremdversorgung würde zu einem vermehrten Verkehrsaufkommen führen. Dieses beinhaltet die zusätzliche CO<sub>2</sub>-Belastung für den Transport und die zusätzliche Belastung der Haushalte des Kreises und der Kommunen mit den Kosten für die Erhaltung der Infrastruktur.</p> <p>Der zweite Bereich wäre die Belieferung der Kunden von deutlich weiter entfernten Produktionsstandorten, was einen erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die Fahrzeuge und eine erhebliche Kostenbelastung der Hersteller bedeuten würde. Dies ist besonders bei Produkten für die Tierernährung und die landwirtschaftliche Verwendung von Bedeutung, wo die Transportkosten einen erheblichen Teil der Kosten darstellen. Speziell</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen" benachbarte Lagstätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrechtfertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Kraftfutterwerke sind auf eine Versorgung mit geeignetem Material aus dem Nahbereich angewiesen und sind zudem bei der Substitution von Ausgangsstoffen wesentlich stärker eingeschränkt als andere Industriebereiche."</p>	<p>nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10825-003</b></p>	
<p><b>"Kalkabbau und Renaturierung.</b> Der Kalkabbau an sich stellt einen zeitlich begrenzten Eingriff in ein bestehendes System dar. Wird dieser aber angemessen gehandhabt, kann er zu einer Bereicherung der Region führen. So hat zum Beispiel die abgrabende Industrie in Lienen durch ihr Renaturierungskonzept maßgeblich zum Ausbau des FFH-Gebietes beigetragen, und wird auch im Fall einer weiteren Abgrabungsgenehmigung durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, umzuwandelnden Flächen und organisatorischer Kapazitäten bei der Entwicklung der Landschaft mitwirken. Ohne den Beitrag der Unternehmen würde der Ausbau des FFH-Gebietes ausgebremst werden.</p> <p>Alternativ zur Umwandlung in den aktuell geforderten Waldmeisterbuchenwald wäre es auch denkbar eine Landschaft zu schaffen, die der Naherholung und der touristischen Nutzung dienen kann. Ein Beispiel dafür ist der Waldhügel in Rheine, in dessen Nachbarschaft ich einige Jahre gelebt habe. Auch das offen lassen von Steinbrüchen bietet die Möglichkeit zur Erweiterung des Artenreichtums in der Region, da die so geschaffenen Landschaften eine Rückzugsmöglichkeit für Arten wie den Uhu darstellen. Unsere Gesellschaft, und damit jeder von uns, sollte daran arbeiten einen Konsens zwischen Naturschutzverbänden und der Industrie zu finden, der zu einem Naturschutz führt, der die bestmögliche Lösung in den Vordergrund stellt, und nicht ein formales Vorgehen propagiert, wie es bei der Umwandlung der Landschaft um Lienen in Waldmeisterbuchenwald stattfindet."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10825-004</b></p>	
<p>"Beachtet man die oben genannten Punkte kann ich den sachlichen Teilplan Kalkstein in seiner aktuellen Form nicht befürworten. Bei der Erstellung sind meines Erachtens</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p>

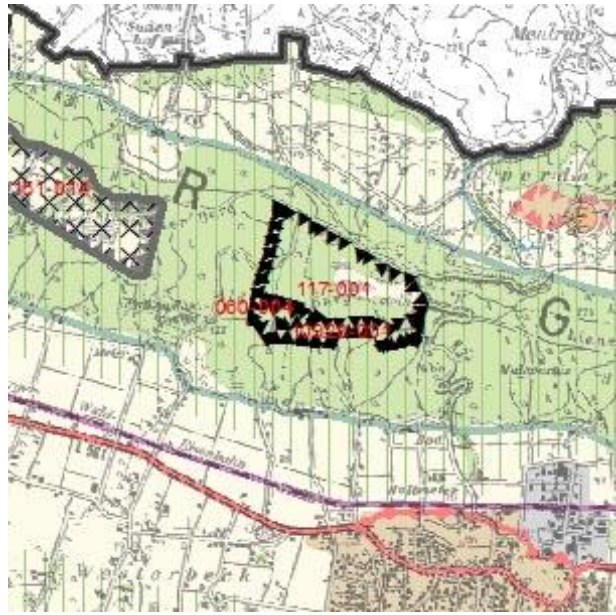
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>wesentliche Sachverhalte nicht berücksichtigt worden. Zudem bin ich der Ansicht, dass ein Strukturwandel in einer Region nicht regionalplanerisch vorweg genommen werden, sondern politisch begleitet und vorbereitet werden sollte. Dies kann nur ermöglicht werden, wenn der Region durch Ausweisung weiterer Abgrabungsflächen die Möglichkeit gegeben wird, mit einer intakten lokalen Wirtschaft die zukünftigen Veränderungen geordnet einzuleiten."</p>	<p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10829-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p>Seit 2001 [...] wurde [ich] mit dem Aufbau einer Wanderschafherde zur Pflege der Magerrasen und Streuobstwiesen am Teutoburger Wald betraut. Die Idee der Wiederbelebung einer historisch tradierten Nutzung und Pflege dieser Flächen entstand damals in der ANTL und wurde in der 1998 gegründeten Interessengemeinschaft Teutoburger Wald (IG Teuto) weiterentwickelt. Die Umsetzung wurde schließlich mit der Einigung zwischen Kalkabgrabender Industrie und Naturschutz im Rahmen des Kalkgutachtens 1999 möglich.</p> <p>Mit Beginn meiner Tätigkeit 2001 bewege ich mich also mit meiner Arbeit in dem nun um die Frage weiterer Abgrabungsgenehmigungen eskalierten Konfliktfeld zwischen Kalkindustrie und Naturschutz. Auf beiden Seiten wurde die Sinnhaftigkeit einer großen Wanderschafherde kontrovers und bisweilen auch offen ablehnend diskutiert.</p> <p>In der Öffentlichkeit ist die Resonanz sehr positiv. Dort begegnet man erfreut einem Schäfer, der offen für Jedermann ein Jahrhunderte altes Handwerk praktiziert, und das zum Anfassen. Die zahllosen Schulklassen, Kindergärten, Familien und Umweltbildungsgruppen, die die Schafherde jedes Jahr besuchen sind ebenso ein Beleg dafür, wie etwa der zur festen regionalen Größe gewordene "Schaftag" in Wechte mit mehreren tausend Besuchern jedes Jahr.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Durch den jährlich stattfindenden Waldjugendtag gibt es wohl kein Schulkind im Stadtgebiet von Lengerich, dass noch nie dem Schäfer mit der Herde begegnet, seinen Esel gestreichelt, und dabei etwas über die Natur gelernt hat.</p> <p>Dazu gibt es jedes Jahr Beiträge im WDR über die Schafherde und unsere Auszubildenden, die das Schäferhandwerk bei uns erlernen.</p> <p>All diese Veranstaltungen und auch die unzähligen zufälligen Begegnungen mit Wandertouristen und Erholungssuchenden entlang des Hermannsweges zeigen eines: Die Schafherde ist gesellschaftlich gewollt.</p> <p>Warum das so ist, hat viele Gründe.</p> <p>Die Schäferei, das Hirtenwesen und die Wandertierhaltung haben eine viele hundert Jahre alte Geschichte in Mitteleuropa und auch am Teutoburger Wald. Einst bedeutender Wirtschaftsfaktor und immer landschaftsprägend, sind sie tief verwurzelt in unserer Kultur, Sprache und Kunst. Das Bild eines Schäfers, dem eine große Herde Schafe hinterhertrottet oder der auf seinen Hirtenstab gestützt seine Herde weidet, hat heute großen Seltenheitswert und ist für die meisten Menschen so etwas wie eine aus den Tiefen der Zeit kommende Urszene.</p> <p>Sie ist Projektionsfläche für vieles: Pastorale Idylle, archaische Hirtenkultur, touristisches Highlight, Sinnbild für Frieden, Ruhe und Entschleunigung, gewissermaßen eine Ästhetisierung der Landschaft. Die Liste ließe sich fortsetzen.</p> <p>Die eigentlichen Leistungen der Schafherde liegen aber auf einem Gebiet jenseits ihrer Außenwirkung. Wäre es ihr alleiniger Daseinszweck schöne Kulisse für Pressetermine und Touristen zu bieten und positive Assoziationen beim geneigten Betrachter zu erzeugen, hätten die Kritiker recht.</p> <p>Sie sehen die Herde als ökologisches Feigenblatt für die invasiven Eingriffe eines Konzerns in die Natur, eine Art Greenwashing, betrieben ausgerechnet durch einen Naturschutzverein.</p> <p>Tatsächlich aber werden ganz praktisch – ungeachtet manch ideologischer Grabenkämpfe – seit nunmehr 16 Jahren durch die Herde zwischen Lienen und Brochterbeck weit über 100 ha Kalkmagerrasen, Streuobstwiesen und extensive Weiden gepflegt. Eine Pflege, die in Art, Umfang und Ergebnis durch keine wie auch immer geartete,</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>maschinelle oder manuelle Pflege zu ersetzen ist. Dabei fungieren die Schafe als Biotopvernetzer, indem sie Samen und Insekten in ihrem Vlies von einer Fläche zur nächsten transportieren und sie halten die Flächen durch ihren Verbiss und Tritt offen. Gerade die beweideten Magerrasen gehören zu den artenreichsten Biotopen, die wir haben.</p> <p>Die positiven Auswirkungen der Schafbeweidung dieser Flächen auf deren Pflanzengesellschaft ist unter allen Fachleuten anerkannt und auch für unser Beweidungsgebiet dokumentiert. Zahlreiche rote Liste Arten werden so in ihrem Bestand gesichert und verbreitet.</p> <p>Mit dem Einsatz und der Zucht einer alten, vom Aussterben bedrohten Haustierrasse leisten wir darüber hinaus einen Beitrag zum Erhalt der genetischen Vielfalt eines Nutztieres.</p> <p>Dabei erzeugen wir neben der Wolle ein ausgezeichnetes Fleisch, welches ausnahmslos regional vermarktet wird.</p> <p>Die Schafherde leistet substanziellen Naturschutz und verkörpert gleichzeitig genau die Art der Landwirtschaft, die gesellschaftlich gewünscht wird: Tiergerecht gesunde Nahrungsmittel erzeugend, für Jedermann transparent und nachhaltig, die Biodiversität fordernd, unsere Kulturlandschaft pflegend. Sie ist auf ihrer Wanderung Brückenbauer zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, zwischen Landwirtschaft und Bevölkerung, zwischen Bevölkerung und Naturschutz und zwischen Naturschutz und Kalkindustrie. So jedenfalls sehe ich das in meinem und dem Sinne der Protagonisten der Herdengründung.</p> <p>Trotz all der positiven Leistungen der ANTL-Schafherde hat sie doch ein entscheidendes Problem mit der gesamten Schafwirtschaft in Deutschland gemein: Sie ist nicht wirtschaftlich und ohne Unterstützung nicht tragfähig. Das ist z.B. eine Biogasanlage auch nicht, für sie hält jedoch der große EU-Agrarsubventionsdschungel ausreichend Futterpflanzen bereit.</p> <p>Ironischerweise bewirkt nun die Rückkehr der Wölfe bei uns, dass die Schäfer erstmals so etwas wie eine Öffentliche und politische Wahrnehmung erfahren.</p> <p>Das dramatische Betriebssterben der Schäfereien in den letzten Jahren kann nicht durch eine Marktregulation wie in der Milchwirtschaft gerechtfertigt werden. Denn es</p>	

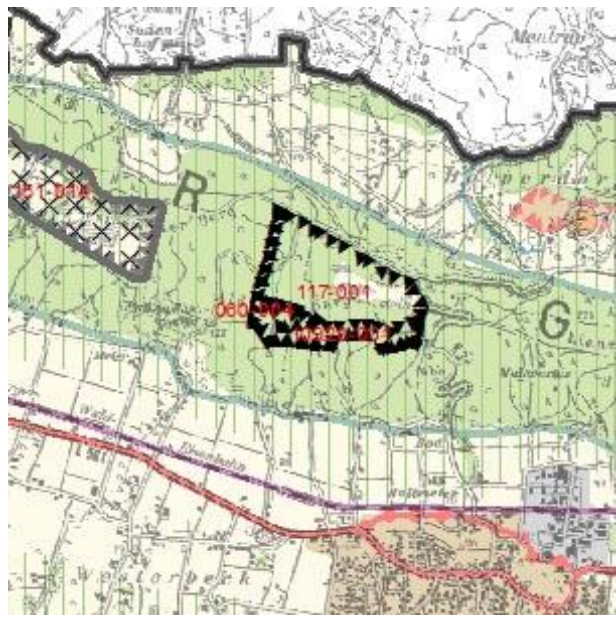
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>gibt keine Überproduktion beim Lammfleisch, weder in Deutschland noch in Europa. Und im Naturschutz ist der Bedarf an Herden enorm.</p> <p>In Deutschland fehlen derzeit jährlich 200 neue Herdenschäfer, um den jetzigen Stand zu halten und dem Pflegedefizit zahlreicher Schutzgebiete und Natura 2003 Flächen gerecht zu werden.</p> <p>Die Europäische Kommission hat in den vergangenen Monaten eine erhebliche Anzahl Klagen beim Europäischen Gericht eingereicht. Die Mitgliedsstaaten – auch Deutschland – verstoßen gegen internationale Naturschutzverträge. Hier entsteht ein großer Handlungsdruck.</p> <p>Wie es um den Erhalt des Berufsbildes des Schäfers bei uns bestellt ist, mag in diesem Zusammenhang folgender Sachverhalt verdeutlichen:  Die ANTL war im Jahr 2016 einer von noch 4 ausbildenden Ausbildungsbetrieben in ganz NRW, die für Schäfer Nachwuchs sorgen!  Finanziert wurde dieser Ausbildungsplatz durch die Firma Calcis. Ohne einen Auszubildenden ist der Betrieb der Herde jedoch nicht aufrecht zu erhalten.</p> <p>Ohne die jährliche Unterstützung der Firmen Dyckcrhoff und Calcis, würde es die Schafherde nicht geben und ihr Fortbestand wäre unmöglich. Die Kalkindustrie hat mit ihrer Unterstützung für die Schafherde einen substanziellen Ausgleich ihrer unbestritten schweren Eingriffe in die Natur ermöglicht, der meiner Überzeugung nach naturschutzfachlich höher zu bewerten ist als die bloße Wiederaufforstung von Flächen.</p> <p>Die Beweidung der schutzwürdigen Magerrasen und Streuobstwiesen durch die Schafherde kann naturgemäß nicht unter den in der Landwirtschaft geltenden Regeln der Ertragsmaximierung erfolgen und kostendeckend sein. Sie sind vielmehr eine gesellschaftlich erwünschte und durch die regionale Bevölkerung befürwortete Dienstleistung an der Natur und Landschaft.</p> <p>Sicher ist, dass der Großteil der örtlichen Bevölkerung den Verlust der Schafherde bedauern würde, unabhängig davon, ob man für oder gegen weitere Abgrabungsgenehmigungen ist. Sicher ist auch, dass vielen der kausale Zusammenhang zwischen Fort-</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>bestand der Kalkindustrie und Fortbestand der Schafherde nicht bewusst ist. Das Verschwinden der Herde wäre ein herber Rückschlag für den Naturschutz im Kampf um den Erhalt eines artenreichen Lebensraumes. Es wäre eine unbeabsichtigte Folge absichtsvollen Handelns, wenn ausgerechnet die Existenz der Schafherde dem Kampf des Naturschutzes für den Erhalt des Buchenwaldes und gegen weitere Abgrabungsgenehmigungen zum Opfer fiele."</p>	
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10896-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p>mit dem Sachlichen Teilplan Kalkstein des Regionalplans Münsterland soll der Kalkabbau in Lienen gestoppt werden. Das würde die Schließung des Kalkwerks in Lienen und den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze bedeuten. Der Betriebsrat der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nimmt daher zum aktuellen Entwurf des Plans Stellung und erhebt Einwendungen.</p> <p>Aus den ausgelegten Unterlagen wird nicht ganz deutlich, weshalb in Lienen künftig kein Kalkstein mehr abgebaut werden soll. In der Bürgerinformationsveranstaltung in Lienen erläuterten Sie, es gebe dafür keinen Bedarf mehr. Das ist falsch! Dem Betriebsrat ist bekannt, dass die Geschäftsleitung schon seit Jahren an der Ermöglichung der Erweiterung des Steinbruchs arbeitet. Die Produkte der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG sind gefragt. Ein Nachfragerückgang ist nicht in Sicht, eher im Gegenteil steigt die Nachfrage."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Nach den Festlegungen in Kapitel 9 des Landesentwicklungsplans (LEP) sind in Regionalplänen Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen (Ziel 9.2-2). Darüber hinaus ist im LEP in den Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 ausgeführt, dass planerische Rohstoffsicherung "die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft" ist und "nicht einzelne Betriebsstandorte" sichert. Die im Sachlichen Teilplan Kalkstein festgelegten Abgrabungsbereiche sichern die Versorgung mit dem Rohstoff für einen Zeitraum von mindestens 35 Jahren und erfüllen somit die Vorgabe des LEP.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10896-002</b>	
<p>"Vermutlich ist es daher am Ende doch vielmehr das Drängen von Pro Teuto und der Naturschutz, die Sie dazu veranlassten, künftig für den Teutoburger Wald keine Abbauflächen mehr vorzusehen. Die Belange der Beschäftigten bleiben dabei auf der Strecke. Es ist geradezu zynisch, wenn Sie in diesem Zusammenhang auf die bestehende 'Vollbeschäftigung' im Kreis Steinfurt verweisen. Sie treffen eine Entscheidung für die Zukunft! Es ist aber hinlänglich bekannt, dass 2018 der Kohleabbau in Ibbenbüren schließen wird. Dann strömen hunderte Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen sind ungelernte Kräfte. Sie sind auf Arbeitsplätze in der Industrie angewiesen. Wo aber sollen diese Arbeitsplätze dann in der Region herkommen?!</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen" benachbarte Lagestätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird. Es steht folglich substantiell Raum zur Verfügung.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Aus anderen, von ähnlichem Strukturwandel betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen weiß man, dass Arbeitsplätze in der Industrie nicht einfach durch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor ersetzt werden können. Woher soll außerdem die Wirtschaftskraft für die Inanspruchnahme diverser Dienstleistungen oder Handwerksprodukte kommen, die die Alternativarbeitsplätze bieten sollen, wenn zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt werden sowie Wertschöpfungsketten vor Ort verschwinden und dadurch die Kaufkraft sinkt?!"</p>	<p>Die Aussage, dass im Kreis Steinfurt "nahezu Vollbeschäftigung vorzufinden ist", findet sich in Anhang C des Umweltberichts und steht im Zusammenhang mit der Abweichungsprüfung zur Festlegung einer Erweiterung der genehmigten Abgrabungsflächen auf dem Gebiet der Stadt Lengerich. Im Gegensatz zu einer Erweiterung der bisher von dem Unternehmen Calcis betriebenen Abrabung ist hier die raumordnerische Betrachtung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Erweiterung erforderlich ist, um der Rohstoffversorgung substantiell Raum zu schaffen. Allerdings kommt dann die Abweichungsprüfung zu dem Ergebnis, dass derzeit das öffentliche Interesse, zu dem insbesondere der Erhalt von Arbeitsplätzen zählt, nicht überwiegt und daher einen Eingriff in das FFH-Gebiet nicht rechtfertigt.</p>
<p><b>Beteiligter: privat</b>  <b>Anregungsnummer: 10896-003</b></p>	
<p>"Es gibt keinen 'Plan B', sondern nur ein 'Schluss mit Plan A'. Das ist nicht akzeptabel. Nach Ansicht des Betriebsrates der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG unterliegt daher der aktuelle Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland einem schwerwiegenden Planungsfehler.</p> <p>Um den lauten Stimmen von Pro Teuto etwas entgegenzusetzen, haben einige unserer Kolleginnen und Kollegen ihre Sorgen noch einmal eigens zu Papier gebracht. Wir haben diese Schreiben als Bestandteil dieser Stellungnahme hier beigelegt. Bloße Lippenbekenntnisse, man nehme die Sorgen der Menschen ernst helfen hier nicht weiter. Vielmehr wird das Gegenteil erreicht, wenn Sie die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf unrealistische Wolkenkuckucksheime verweisen, um deren Sorgen zu zerstreuen. Vielen, die in Lienen schreien: 'Stoppt den Kalkabbau!', sind im Gegensatz zur Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen gut ausgebildet, haben einen sicheren Job und auch sonst gute Erwerbsaussichten. Der Staat ist für seine Bürger da, heißt es. Nun ist die Gelegenheit, dies zu beweisen. Wir sind auch Bürgerinnen und Bürger und haben genauso eine Daseinsberechtigung wie Waldmeisterbuchen und Fledermäuse."</p> <p><i>[Hinweis: Bedenken von Beschäftigten der betroffenen Fa. Calcis, die gegen den Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein Stellung bezogen haben, sind gruppiert unter der Einwendernummer 5110-0001 erfasst und ausgewertet worden.]</i></p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderungen zu 10896-001 und -002</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-001</b></p>	
<p>"[...]</p> <p>der vorliegende Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland stellt im Bereich der Lagerstätte Lienen keine Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze dar.</p> <p>Aus Sicht der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG wurden in dem vorliegenden Entwurf wichtige Argumente zugunsten der beantragten planerischen Ausweisung der Erweiterung der Abgrabungsbereiche unzureichend bzw. nicht berücksichtigt. So stehen insbesondere die Rohstoffvorkommen im Bereich der Lagerstätte 'Höste' entgegen der Einschätzung der Regionalplanungsbehörde für die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nicht zur Verfügung. Gleichzeitig ist die Qualität des Rohstoffes, der innerhalb der Planungsregion in ausreichend verfügbaren Mengen nur in der Lagerstätte Lienen vorliegt, für die Herstellung der Produkte der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG von zentraler Bedeutung.</p> <p>Die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG erhebt daher gegen den ausgelegten Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland Einwendungen. Die Einwendungen werden nachfolgend zunächst zusammenfassend dargestellt und anschließend ausführlich erläutert.</p> <p>Dies wird in weiteren Planungsprozess entsprechend zu würdigen sein. Wir weisen zudem darauf hin, dass seitens der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG ein weiteres Sachverständigengutachten zur Würdigung der Einlassungen der Brameshuber + Uebachs GmbH beauftragt worden ist, welches jedoch nicht bis zum 24.03.2017 vorgelegt werden konnte, aber schnellstmöglich nachgereicht wird.</p> <p>Nach alledem sehen wir einer alsbaldigen Planentwurfsänderung mit BSAB-Flächen in Lienen entgegen."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-002</b>	
<p><b>"1 Zusammenfassung der Einwendungen</b></p> <p>Die Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG erhebt gegen den ausgelegten Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland Einwendungen. Wir stellen die Einwendungen zusammengefasst nachfolgend voran und erläutern die Kritik anschließend ausführlich.</p> <p>Im Einzelnen:</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>1. Der Sachliche Teilplan Kalkstein soll der Deckung des Rohstoffbedarfs für die nächsten 35 Jahre dienen. Grundlage der Bedarfsermittlung ist dabei der durchschnittliche Jahresverbrauch der zugelassenen, in Betrieb befindlichen Abgrabungen auf Basis der Genehmigungsdaten ergänzt durch Firmenangaben. Dann aber muss konsequenterweise auch bedarfsgerecht nach den jeweiligen Verwendungszweckabhängigen Rohstoffqualitäten differenziert werden und können nicht bspw. die für die Tierfütterung benötigten kreideähnlichen Kalke mit devonischem Massenkalk gleichgesetzt werden (dazu S. 5 ff)."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-003</b></p>	
<p><b>"2. Der von der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Kalksandsteinindustrie produzierte Branntkalk und ebenso der von ihr produzierte nicht gebrannte Futtermittelkalk sind auf bestimmte Beschaffenheiten des Kalksteins angewiesen, die in ausreichender Menge so nur in Lienen vorkommen und sich nicht substituieren lassen, jedenfalls nicht ohne Verletzung anderer raumordnerischer Vorgaben (dazu S. 5 ff).</b></p> <p>Eine Substitution durch andere Materialien oder andere Rohsteinqualitäten scheidet für die Herstellung der Produkte der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG aus, wie u.a. auch die beigefügten Stellungnahmen der Forschungsvereinigung Kalk-Sand e.V. sowie der Unternehmen Deutsche VILOMIX Tierernährung GmoH und H. Thamann &amp; Leiber GmbH belegen. Die Schlussfolgerungen, die die Regionalplanungsbehörde aus dem Gutachten der Brameshuber + Uebachs GmbH sowie den Aussagen der Landwirtschaftskammer NRW zieht, sind demgegenüber nicht nachvollziehbar.</p> <p>So stellt das Gutachten der Brameshuber + Uebachs GmbH abschließend fest, dass eine erneute Prüfung der besonderen Eignung des Branntkalks erfolgen kann, sofern weitere Unterlagen seitens des Herstellers zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird dargelegt, dass nicht auszuschließen sei, dass sich Bestandteile eines Branntkalks günstig auf die Rohlingstandfestigkeit des Kalksandsteins auswirken. Zudem entsprechen die Annahmen von Brameshuber + Uebachs in weiten Teilen nicht mehr dem Stand der Technik, da sie auf veralteten Erkenntnissen beruhen, wie bereits der Umstand belegt, dass für die entscheidenden gutachterlichen Aussagen lediglich</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Quellen aus den 1950er oder teils sogar aus den 1930er Jahren (!) herangezogen werden.</p> <p>Auch bezüglich der besonderen Qualität des Futterkalks können die Schlussfolgerungen der Regionalplanungsbehörde, die auf den Aussagen der Landwirtschaftskammer NRW in Gestalt einer gerade einmal 19 Zeilen zählenden E-Mail beruhen, nicht nachvollzogen werden. So räumt die Landwirtschaftskammer selbst ein, dass ihrerseits nicht fundiert abgeschätzt werden könne, ob die qualitativ hochwertigen Lienener Kalke bei deren Wegfall dazu führen, dass andere Kalktypen verwendet werden müssen, die einen höheren Aufbereitungsaufwand verursachen und damit ggf. teurer werden; Denn Futterkalk vertrage aufgrund der derzeit hohen Marktpreise keine langen Frachtwege. Wie die Unternehmen AGRAVIS Raiffeisen AG sowie H. Thamann &amp; Leiber GmbH bestätigen, ist die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für verschiedene Unternehmen jedoch der einzige regionale Hersteller. So wurde bereits ausführlich dargestellt, dass die Herstellung des Futtermittelzusatzes Calciumcarbonat innerhalb der Absatzregion der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nur durch wenige Unternehmer erfolgt, die allesamt in größeren Entfernungen liegen, sodass hier lange, zur Unwirtschaftlichkeit führende Frachtwege anfallen würden."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-004</b>	
<p><b>"3. Die Belange der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG werden im Rahmen der planerischen Abwägung in dem vorliegenden Planentwurf nicht hinreichend berücksichtigt</b> (dazu S. 10 ff).</p> <p>Der gewählte Abwägungsvorgang schließt rechtswidrig eine angemessene Berücksichtigung der Belange der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG aus und verhindert darüber hinaus auch eine Abwägung mit den für die Fortsetzung des Abgrabungsbetriebs in Lienen sprechenden öffentlichen Belangen. Der Anteil des Absatzes von Branntkalk innerhalb des unmittelbaren Einzugsgebiets des Kalkwerkes Lienen (Radius ca. 120 km) deckt mehr als 50 % an den produzierenden Kalksandsteinwerken in diesem Raum ab (39 % des Absatzes der Kalksandsteinindustrie in Deutschland). Von der Gesamtmenge des gehandelten hochwertigen Futterkalks im Hauptabsatzgebiet von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beläuft sich der Anteil der Calcis Lienen GmbH &amp;</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Co. KG auf 34 % (in Deutschland hält das Unternehmen einen Anteil von durchschnittlich 15 %). So wird durch ein Ausscheiden der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG aus dem Markt die derzeit bereits ungünstige Marktstruktur eines Oligopols noch weiter verschlechtert, da die innerhalb der Region verbleibenden zwei Unternehmen die bislang bestehende Marktform des Oligopols in ein Duopol verwandeln. Dies würde zu einer Verschlechterung der Marktversorgung sowie zu einer Verteuerung der Produkte für die Bauwirtschaft führen. Regional gingen rund 90 Vollzeit-Arbeitsplätze verloren, davon 57 innerhalb der Planungsregion und weitere 33 in den direkt angrenzenden Landkreisen. Mit weiteren negativen Beschäftigungseffekten über die Planungsregion hinaus muss gerechnet werden. Denn insgesamt sind rund 320 Vollzeit-Arbeitsplätze vom Kalkwerk Lienen abhängig. Neben der Belastung des Arbeitsmarktes würden sich dadurch die bereits derzeit ungünstigen Entwicklungen in der Region verstärken (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern) und die Kaufkraft der Beschäftigten, insbesondere in kleinen und mittleren Kommunen wie Lienen und Lengerich, reduzieren. Vor diesem Hintergrund ist nicht erkennbar, wie die Regionalplanungsbehörde in Anlage 5 der veröffentlichten Unterlagen (Ergänzende Erläuterungen) zu der Einschätzung gelangen konnte, dass der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG bzw. deren Fortbestand keine volkswirtschaftliche Bedeutung zukomme."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-005</b></p>	
<p><b>"4. Bei der Ausweisung von Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten ist zu berücksichtigen, ob die ausgewiesenen Flächen auch geeignet sind für den Zweck, dem sie dienen sollen oder ob sie aus tatsächlichen Gründen (z.B. weil dort prognostisch kein eigentumsrechtlicher Zugriff auf eine ausgewiesene Fläche möglich ist) oder aus wirtschaftlichen Gründen (z.B. wenn dort eine Rohstoffgewinnung betriebswirtschaftlich nicht darstellbar ist) für die Rohstoffgewinnung nicht in Anspruch genommen werden können (dazu S. 10 ff)</b></p> <p>Es wird verkannt, dass bei Ausweisung von Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten – wie hier – eine auf der Ebene der Regionalplanung abschließende Entscheidung im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB getroffen wird. Abweichend vom regionalplanerischen Standardfall kann bei einer solchen Festlegung nicht offen bleiben, ob die ausgewiesenen Flächen auch geeignet sind für den Zweck, dem sie</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
dienen sollen. Daher wäre zu prüfen gewesen, ob die festgelegten BSAB tatsächlich in der Lage sind, den prognostizierten Bedarf zu decken. Das aber ist nicht geschehen."	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-006</b>	
<p><b>"5. Da die mit dem Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein vorliegende Planung keine Aussicht auf tatsächliche Umsetzung hat, handelt es sich zumindest in Teilen um ein Scheinangebot, dass sich als unzulässige Verhinderungsplanung offenbart (dazu S. 16 ff).</b></p> <p>Zum einen ist eine Betriebsverlagerung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG innerhalb der Planungsregion nicht realistisch, da die Produktion auf eine bestimmte Beschaffenheiten des Kalksteins angewiesen ist, die in ausreichender Menge nur in Lienen vorliegt. Zum anderen sind sowohl die Betriebsverlagerung als auch ein Neuaufschluss an anderer Stelle aufgrund erheblicher Investitionskosten betriebswirtschaftlich nicht darstellbar und somit praktisch nicht umsetzbar, da sich die damit verbundenen Kosten im Wettbewerb nicht amortisieren lassen. So begründet auch der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen den gegenüber Lockergestein längeren Versorgungszeitraum für Festgestein damit, dass die Kalksteingewinnung und Zementproduktion mit hohen Investitionskosten verbunden sind und für die betriebswirtschaftliche Amortisation eine Planungssicherheit von mindestens 25 Jahren gegeben sein muss, da ansonsten weitere Investitionen ausbleiben. Soweit die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG darüber hinaus auf den Standort Höste verwiesen wird, gehören diese Flächen einem andern, ebenfalls kalkabbauenden Unternehmen, das eine Veräußerung/Teilhabe aus nachvollziehbaren Gründen ausschließt. Davor kann die Regionalplanung nicht die Augen verschließen; denn Planung ist die vorausschauende Steuerung künftiger Entscheidungen. Eine Planung ohne realistische Umsetzungsperspektive entbehrt mit hin jeder Rechtfertigung."</p>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-007</b>	
<p><b>"6. Bei ordnungsgemäßer Abwägung hätten die potenziellen Abbauflächen in Lienen in die BSAB-Kulisse mit aufgenommen werden müssen. Dem steht auch</b></p>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>das europäische Gebietsschutzrecht (Schutz von Natura 2000-Gebieten) nicht entgegen, weil insoweit eine Ausnahme nach § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG aus folgenden Gründen gut möglich erscheint (dazu S. 22 ff):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei der Einschätzung der Bedeutung des FFH-Gebiets für den Waldmeister-Buchenwald ist zu berücksichtigen, dass sich die Bestände innerhalb des FFH-Gebiets "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" nicht einmal unter den zehn größten Vorkommen in der kontinentalen Region in Nordrhein-Westfalen befinden. Gemäß Angaben des LANUV sind in zehn weiteren FFH-Gebieten größere Vorkommen des LRT 9130 vorhanden, die überwiegend weitaus größer sind als die Bestände im FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges".</li> <li>• Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann das Gewicht der Naturschutzseite dadurch gemindert werden, dass – wie hier – Kohärenzmaßnahmen ergriffen werden, die unmittelbar an den beeinträchtigten Gebietsbestandteilen ansetzen und einen Ausgleich innerhalb desselben Schutzgebiets schaffen.</li> <li>• Die vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen stellen bereits jetzt sicher, dass die durch die Erweiterung erfolgenden Beeinträchtigungen weitgehend ausgeglichen sind. Denn diese basieren auf einem seitens der LÖBF (heute LANUV) und dem Forstamt Steinfurt für das Umweltministerium im Jahr 2004 entwickelten Maßnahmenkonzept, welches 2008 durch den Landesbetrieb Wald und Holz, den Kreis Steinfurt sowie die Bezirksregierung selbst vertraglich bestätigt worden ist. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird aufgrund des großen Umfangs bereits umgesetzter Maßnahmen, der über einen langen Zeitraum lediglich sukzessive erfolgenden Beeinträchtigungen durch die Flächenverluste (ca. 1 ha jährlich) sowie das hohe Kohärenzverhältnis von 1:4 sichergestellt. So sind für die Verluste von 8,6 ha Waldmeister-Buchenwald 34,4 ha Waldmeister-Buchenwald zu entwickeln. Bereits heute sind 32 ha Kohärenzsicherungsmaßnahmen innerhalb des FFH-Gebiets sowie 12,5 ha weitere Maßnahmen – somit insgesamt 44,5 ha umgesetzt. 23 ha, und somit etwa 52 % der umgesetzten Maßnahmen, sind durch die Untere Landschaftsbehörde</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>fertiggestellt abgenommen worden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Das vorgelegte Kohärenzkonzept zeigt, dass im engen räumlichen und funktionalen Zusammenhang des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' ein Flächenpotenzial von ca. 95 ha für Aufforstungs- und ca. 155 ha für Umbaumaßnahmen zum LRT 9130 Waldmeister-Buchenwald zur Verfügung steht. Auch zunehmende Klimaextreme stellen die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht in Frage. So zeigt das MKULNV auf, dass sich die flächenmäßigen Anteile einzelner Baumarten in den Wäldern Nordrhein-Westfalens durch den Klimawandel dahingehend verändern werden, dass die Fichte zunehmend unter Wärmestress steht und sich die Buche – da sie weniger anfällig ist – weiter ausbreiten wird."</li> </ul>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-008</b></p>	
<p><b>"2 Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB)</b></p> <p>Der ausgelegte Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland ist aus Sicht der Einwenderin sowohl hinsichtlich der geplanten Festlegung von Abgrabungsbereichen (nachfolgend) als auch hinsichtlich der Darstellungen im Umweltbericht (vgl. Punkt 3) stark kritikwürdig und lässt sich so nicht rechtskonform aufstellen (vgl. schließlich Punkt 4).</p> <p>Gemäß Ziff. 1.1 des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland sind die zeichnerisch festgelegten Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Abgrabungsbereiche) des Plangebiets für den Rohstoff Kalkstein Vorranggebiete, die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Damit darf Kalkstein grundsätzlich nur innerhalb der festgelegten Abgrabungsbereiche abgebaut werden, was auch Ziff. 1.3 Satz 1 des Entwurfs nochmals ausdrücklich bestimmt. Des Weiteren heißt es in Ziff. 1.2 des Entwurfs, dass die Rohstoff-</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>vorkommen der BSAB einschließlich der nicht im Regionalplan festgelegten genehmigten Abgrabungen unterhalb der Darstellungsgrenze von 10 ha sowie der Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen im Plangebiet einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren abdecken.</p> <p>Von den zeichnerisch festgelegten BSAB sind im aktuellen Entwurf die Kalksteinvorkommen im Teutoburger Wald in Lienen vollständig ausgenommen.</p> <p>Dies begegnet in mehrfacher Hinsicht Bedenken und übersieht insbesondere die berechtigten Belange der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG. So fehlt es bereits an einer belastbaren Bedarfsermittlung (sogleich 2.1). Fernerhin weist der Entwurf sowohl hinsichtlich des Vorgangs (anschließend 2.2) als auch hinsichtlich des Ergebnisses (danach 2.3) erhebliche Abwägungsmängel auf."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-009</b>	
<p><b>"2.1 Bedarfsermittlung</b></p> <p>Zur Bedarfsermittlung wird im begründenden Teil des Entwurfs (Textteil Rn. 24) ausgeführt:</p> <p><i>'Grundlage der Bedarfsermittlung ist der durchschnittliche Jahresverbrauch der zugelassenen, in Betrieb befindlichen Abgrabungen auf Basis der Genehmigungsdaten ergänzt durch Firmenangaben. Für den zukünftigen Bedarf wird der durchschnittliche Jahresverbrauch linear fortgeschrieben.'</i></p> <p>Dies entspricht dem Regionalplan Münsterland, wo es im Textteil unter Rn. 524 heißt:</p> <p><i>'Grundlage der Bedarfsermittlung für die einzelnen Rohstoffe ist der durchschnittliche Jahresverbrauch der zugelassenen, in Betrieb befindlichen Abgrabungen auf Basis der Genehmigungsdaten ergänzt durch Firmenangaben. Darüber hinaus stehen für Lockergesteinsrohstoffe Auswertungen von Luftbildern zur Verfügung, die vom Geologi-</i></p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In Grundsatz 9.1-1 und den Erläuterungen zu Ziel 9.2-1 des Landesentwicklungsplans (LEP) ist ausgeführt, dass bei der Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze auch die Qualitäten berücksichtigt werden sollen. Diesem Auftrag wird der Sachliche Teilplan gerecht. Bei der Bedarfsermittlung ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt ausschließlich über bereits genehmigte Flächen bzw. die Erweiterung dieser Flächen. In der Lagerstätte "Höste" steht Cenoman-Karbonatgestein an. Das innerhalb der genehmigten Flächen noch zur Verfügung stehende Volumen ist folgerichtig bei der Ermittlung des Versorgungszeitraums für diese Qualität berücksichtigt worden.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>schen Dienst NRW vorgenommen wurden. Für den zukünftigen Bedarf wird der durchschnittliche Jahresverbrauch linear fortgeschrieben. Damit ist gewährleistet, dass konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen werden und der bisherige Einsatz von Recyclingstoffen auch zukünftig berücksichtigt wird.'</i></p> <p>Gegen ein solches Vorgehen ist im Grundsatz nichts einzuwenden. Doch differenziert der vorliegende Entwurf nicht ausreichend nach der Qualität der Kalksteinvorkommen. Soweit das Oberverwaltungsgericht Münster – für die Gewinnung von Kies bzw. Kiessand – festgehalten hat, dass es rechtlich nicht zu beanstanden sei, wenn sich die Ermittlung des Bedarfs nicht auf die Qualität und auf das Körnungsverhältnis erstreckt, hat es dies unter den Vorbehalt gestellt, dass auch ohne diese Differenzierung auf den dann ermittelten Abgrabungsflächen die Voraussetzungen <b>für eine dem Zweck angemessene Nutzung</b> gegeben sind (OVG Münster, Urteil vom 26.9.2013, Az.: 16 A 1295/08, juris, Rn. 93). Maßstab ist somit die für den jeweiligen Zweck angemessene Nutzung. Erfordert diese eine bestimmte Rohstoffqualität, muss sich das in der regionalplanerischen Festlegung von Abgrabungsbereichen auch widerspiegeln. Daher bestimmt Grundsatz 9.1-1 des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen vom 25.01.2017 auch, dass in der nachfolgenden Planung insbesondere die Qualität eines Rohstoffs Berücksichtigung finden soll.</p> <p>Was den demnach maßgeblichen Zweck betrifft, so geht es ausweislich Ziff. 1.2 des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein um die vorsorgende Sicherung der Versorgung mit dem Rohstoff Kalkstein für einen Zeitraum von mindestens 35 Jahren. Wird dabei der Bedarf dadurch ermittelt, dass der durchschnittliche Jahresverbrauch der zugelassenen, in Betrieb befindlichen Abgrabungen linear fortgeschrieben wird, so kann grundsätzlich auch der jeweilige Verwendungszweck des in diesen Betrieben gewonnenen Kalksteins nicht irrelevant sein."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-010</b>	
"Eine undifferenzierte Betrachtung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn der jeweils eingesetzte <b>Rohstoff</b> substituierbar ist. Auf die Substituierbarkeit <b>des Produkts</b> – worauf letztlich die ergänzenden Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung	Den Bedenken wird nicht gefolgt.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald abheben – kann es hingegen regelmäßig nicht ankommen; denn mit diesem Argument wäre letztlich die Rohstoffsicherung insgesamt in Frage gestellt, weil sich letztlich – abgesehen vielleicht von Wasser und Luft – alles substituieren lässt und sei es durch Verzicht. So bezieht sich der Gedanke der Substituierbarkeit auch bislang im Regionalplan Münsterland nur auf die Rohstoffebene und heißt es dort in diesem Zusammenhang (siehe Textteil, Rn. 524):</p> <p><b><i>'Von einer möglichen Erhöhung des Einsatzes von Recyclingstoffen kann nicht ausgegangen werden.'</i></b></p> <p>Damit liegt dem Regionalplan Münsterland die Vermutung der fehlenden Substituierbarkeit zugrunde. Da Anknüpfungspunkt für die Ermittlung des konkreten Bedarfs der tatsächliche bisherige Verbrauch ist, erstreckt sich dieser Gedanke nicht nur auf den Einsatz von Recyclingstoffen, sondern auch auf den Einsatz jeweils anderer Rohstoffe und Verwendungszweckbestimmender Rohstoffqualitäten."</p>	<p>s. Erwiderung zu 10928-009</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-011</b></p>	
<p>"Doch selbst, wenn man zumindest innerhalb des jeweiligen Rohstoffs Substituierbarkeitsüberlegungen zulassen wollte, wäre nicht die Substituierbarkeit des letztendlichen Produkts (und damit des Verwendungszwecks) entscheidend, sondern allenfalls die Substituierbarkeit des Rohstoffs selbst. Wollte man nämlich die fehlende Substituierbarkeit des Produkts zur Voraussetzung der Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen unterschiedlichen Rohstoffqualitäten machen, liefe dies auf das Verlangen einer Alternativlosigkeit hinaus. Damit würde der rechtliche Maßstab verkannt. So hat das Oberverwaltungsgericht Münster bereits im Zusammenhang mit der Grundabtretung zum Zwecke der Braunkohlegewinnung festgehalten, dass für die Beurteilung der Frage, ob ein Vorhaben dem Allgemeinwohl dient, nicht maßgebend sei, ob im Bundesgebiet oder in erheblichen Teilbereichen 'die Lichter ausgehen'; ausreichend sei vielmehr, dass das Vorhaben einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung im Bundesgebiet leistet und auf absehbare Zeit – für den maßgeblichen Prognosezeitraum – leisten wird und deshalb vernünftigerweise geboten ist (OVG Münster, Urteil</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-009</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>vom 21.12.2007, Az.: 11 A 3051/06, juris, Rn. 67). Dies wurde vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt (BVerwG, Beschluss vom 20.10.2008, Az.: 7 B 21.08, juris, Rn. 31) und an anderer Stelle heißt es in diesem Zusammenhang noch deutlicher (BVerwG, Urteil vom 20.11.2008, Az.: 7 C 10.08, juris, Rn. 50):</p> <p><i>"Es ist unerheblich, ob der benötigte Rohstoff derzeit aus anderen Gruben gewonnen werden könnte, wenn die Beigeladene ihren Tagebau einstellen müsste. Für die Zuleitung muss nicht rechnerisch nachgewiesen werden, dass ohne grenzüberschreitenden Abbau aktuell eine Unterversorgung des Marktes eintritt. Anderenfalls ließe sich für fast jeden Tagebau begründen, dass er nicht erforderlich ist, solange aktuell ein verbleibender Tagebau in der Lage ist, Lavasand zu liefern."</i></p> <p>Kommt es demnach selbst vor dem Hintergrund der engen enteignungsrechtlichen Vorgaben des Art. 14 Abs. 3 GG nicht auf die Alternativlosigkeit bzw. fehlende Substituierbarkeit eines Vorhabens an, muss dies im Rahmen der Regionalplanung umso mehr gelten. Die demnach für den maßgeblichen Zweck allein entscheidende Substituierbarkeit einer nachgefragten bestimmten Rohstoffqualität führt jedenfalls in Bezug auf die von der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG hergestellten Produkte zur Notwendigkeit der Differenzierung nach bestimmten Kalksteinqualitäten."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-012</b></p>	
<p>"So legen die vorgelegte Bedarfsanalyse sowie das durch die DBC GmbH vorgelegte ergänzende Gutachten ausführlich dar, dass für die Herstellung der Produkte der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG ein Rohstein mit einem CaCO<sub>3</sub>-Gehalt von mindestens 90 %, einen geringen MgCO<sub>3</sub>-Gehalt und verschiedenen Nebenbestandteilen erforderlich ist, der in der erforderlichen Menge ausschließlich im Bereich Lienen vorliegt. Eine Substitution durch andere Materialien oder andere Rohsteinqualitäten scheidet für die Herstellung der Produkte aus. Dies belegen auch die beigegefügte Stellungnahmen der Forschungsvereinigung Kalk-Sand e.V. (vgl. Anlage 1 in Anhang 6.1 <i>[Hinweis: Der Anhang ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigegefügt.]</i>) sowie der Unternehmen Deutsche VILOMIX Tierernährung GmbH und H. Thamann &amp; Leiber GmbH (vgl. Anhang 6.2 und 6.3 <i>[Hinweis: Beide Anhänge sind der Synopse als gesonderte PDF-Dateien beigegefügt.]</i>). So bestätigt die Forschungsvereinigung Kalk-Sand e.V. – u.a. in</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Wie in der Erwiderung zu 10928-009 ausgeführt ist bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden. Die Sicherung der Versorgung mit Cenoman-Karbonatgestein erfolgt u.a. durch das innerhalb der genehmigten Flächen des Steinbruches "Höste" noch zur Verfügung stehende Volumen. Diese dem Steinbruch "Lienen" benachbarte Lagestätte verfügt über die Qualität, die nach Darlegung der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung ihrer Produkte benötigt wird.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Form verschiedener Belege aus der Fachliteratur – die hohe Qualität des durch die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG hergestellten Branntkalks, der aufgrund der natürlichen mineralischen Zusammensetzung des in Lienen anstehenden Kalksteins zu einer hohen Güte der daraus produzierten Kalksandsteine führt."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-013</b></p>	
<p>"Gleichzeitig wird die zwingende Notwendigkeit der sicheren und ununterbrochenen Versorgung der deutschen Kalksandsteinindustrie mit hochwertigem Branntkalk vor dem Hintergrund der Bedeutung der Mauersteinindustrie in der Bauwirtschaft betont. Die besondere Qualität der durch die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG fernerhin hergestellten Futtermittel wird durch die Deutsche VILOMIX Tierernährung GmbH und H. Thamann &amp; Leiber GmbH bestätigt. So wird seitens der Mischfutterwerke, wie bereits die Regionalplanungsbehörde auf der Grundlage der Aussagen der Landwirtschaftskammer NRW ausführt, Futterkalk aus verschiedenen regionalen Kalkwerken bezogen. Diese werden jedoch durch entsprechende Vermischung dazu genutzt, Futtermittel entsprechender Qualität herzustellen. Der Wegfall einzelner Quellen führt somit zu deutlichen Qualitätsverlusten des Endprodukts. Die Landwirtschaftskammer positionierte sich zwar gegenüber der Regionalplanungsbehörde dahingehend, dass es durchaus weitere Anbieter von Futterkalk gebe, die ggf. die Lücke eines Angebotsausfalls bei der Fa. Calcis überbrücken könnten. Doch räumt sie dann selbst ein, dass ihrerseits nicht fundiert abgeschätzt werden könne, ob die qualitativ hochwertigen Liener Kalke bei deren Wegfall dazu führen, dass andere Kalktypen verwendet werden müssen, die einen höheren Aufbereitungsaufwand verursachen und damit ggf. teurer werden. Futterkalk habe zurzeit einen Marktpreis von ca. 4 Euro/dt und verfrage daher im Übrigen keine langen Frachtwege. Diesbezüglich ist anzumerken, dass in der vorgelegten Bedarfsanalyse ausführlich dargestellt ist, dass die Herstellung des Futtermittelzusatzes Calciumcarbonat innerhalb der Absatzregion der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nur durch wenige Unternehmen erfolgt. Diese liegen jedoch in größeren Entfernungen. So liegen das Kalkwerk Otto Breckweg und das Kalkwerk Middel in Rheine, welche die Herstellung aufgrund des in Rheine vorliegenden Rohmaterials möglicherweise unter Verwendung von externem Rohmaterial vornehmen, in ca. 50 km Entfernung. Weitere Werke weisen weitaus größere Entfernungen auf (Nikolaus Müller Kalkwerk-Natursteinwerke GmbH u. Co KG in Üxheim, ca. 200 km Entfernung;</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928 - 012</p> <p>Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer und die gutachterliche Stellungnahme der Brameshuber + Uebachs INGENIEURE GmbH sind ausschließlich hilfsweise zur vollständigen Ermittlung des Sachverhalts eingeholt worden.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Fels Werke GmbH: Kalkwerk Münchehof in Seesen (Harz), in ca. 220 km Entfernung sowie Kalkwerke Rübeland / Hornberg im Harz, ca. 220 km Entfernung; Rheinkalk GmbH (Lhoist Group) in den Werken Hönnetal (116 km Entfernung) und Messinghausen (ca. 130 km Entfernung). Die Ausführungen bestätigen, dass die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für einzelne Unternehmen, wie bspw. die AGRAVIS Raiffeisen AG sowie die H. Thamann &amp; Leiber GmbH, den regional einzigen Hersteller darstellt (vgl. Anhang 6.3 sowie 6.4 <i>[Hinweis: Beide Anhänge sind der Synopse als gesonderte PDF-Dateien beigelegt.]</i>). Fernerhin ist darauf hinzuweisen, dass kreideähnliche Kalke, wie sie am Standort Lienen produziert werden, nicht durch devonischen Massenkalk ersetzt werden können.</p> <p>Die Schlussfolgerungen, die die Regionalplanungsbehörde aus dem Gutachten der Brameshuber + Uebachs GmbH sowie den Aussagen der Landwirtschaftskammer NRW zieht, sind daher nicht nachvollziehbar. So führt das Gutachten der Brameshuber + Uebachs GmbH selbst explizit aus, dass die Ergebnisse auf Basis der zur Verfügung gestellten Unterlagen abgeleitet werden. Es wird abschließend festgestellt, dass eine erneute Prüfung der besonderen Eignung des Kalks erfolgen kann, sofern weitere Unterlagen seitens des Herstellers zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird dargelegt, dass nicht auszuschließen sei, dass sich Bestandteile eines Branntkalks günstig auf die Rohlingstandfestigkeit des Kalksandsteins auswirken. Des Weiteren wird angemerkt, dass keinerlei Angaben vorliegen, wie hoch die Festigkeitszunahme im Vergleich zu anderen Branntkalken ist. Schließlich wird durch die Ausführungen der DBC GmbH (vgl. ausführlich Anhang 6.1 <i>[Hinweis: Der Anhang ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.]</i>) differenziert belegt, dass die Annahmen von Brameshuber + Uebachs in weiten Teilen nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen und überwiegend auf veralteten Erkenntnissen beruhen. So verkennen diese bspw., dass die im Zusammenhang mit der Eignung des Kalks für den Einsatz bei der Kalksandsteinherstellung zitierte DIN EN 459-1:2015 eine Produktnorm darstellt, in der die Anforderungen für die Verwendung der Kalke in einzelnen Anwendungen bzw. Industriezweigen nicht festgelegt sind. Zudem zeichnet sich das Produkt CL 80 gerade durch die Eigenschaften aus, die nicht in der Norm aufgeführt bzw. geregelt sind (DBC GmbH 2017, 3). Des Weiteren legt das ergänzende Gutachten der DBC GmbH mit Bezug zu weiteren aktuellen Quellen dar, dass die Hydraulefaktoren – entgegen der Ausführungen von Brameshuber + Uebachs – sehr wohl für die Qualität des Branntkalks</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>essenziell sind und sich günstig auf die Festigkeit der Kalksandsteine, die Rohlingsstandfestigkeit sowie die Verformungsstabilität auswirken (DBC GmbH 2017, 8). Auch die seitens Brameshuber + Uebachs benannten Maßnahmen, die die bei Einsatz eines anderen Branntkalkes entstehenden Defizite kompensieren sollen (bspw. Erhöhung des Kalkgehalts, Wahl eines Quarzsandes, Erhöhung des Pressdrucks), sind gemäß DBC GmbH auszuschließen (vgl. ausführlich in Anhang 6.1 S. 10 f.). So ist die Produktion der Kalksandsteinwerke in der Regel auf die vor Ort verfügbaren Sande abgestimmt und ein Austausch – sofern überhaupt möglich – nur durch aufwändige Umstellungen in der Produktion möglich. Der Einsatz von Quarzsand würde zu erheblichen Mehrkosten des Nettoverkaufspreises der Kalksandsteine führen. Solche Preisspannen gibt der Markt nicht her. Die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG hat hierzu im Übrigen auch noch eine dritte Meinung eingeholt. Das entsprechende Sachverständigengutachten wird in Kürze vorliegen und dann nachgereicht."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-014</b></p>	
<p>"Eine dem Vorgenannten entsprechende Differenzierung wird im aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein jedoch nicht vorgenommen. Vielmehr spielt hier ausweislich des begründenden Teils des Entwurfs (Textteil Rn. 21) die Qualität der Kalksteinvorkommen erst auf der dritten Abwägungsstufe eine Rolle. Es hätte aber bereits bei der Bedarfsermittlung eine Unterscheidung der unterschiedlichen Qualitäten erfolgen müssen; denn der Bedarf bildet den Maßstab für die Beurteilung der Zielerreichung und damit für das gewonnene Abwägungsergebnis. Ohne entsprechende Differenzierung wird nicht nur für den Bedarf, der an den Produkten der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG besteht, eine zu geringe Abbaufäche ausgewiesen, sondern es wird an anderer Stelle ein Abbau ermöglicht, der über den ermittelten Bedarf hinausgeht (das Delta aus dem rechnerisch ermittelten Bedarf und der insbesondere für die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG vom Material und der Verfügbarkeit her auch tatsächlich nutzbaren Kalksteinvorkommen innerhalb der BSAB). Somit wird für konfliktträchtige BSAB wie z.B. auf dem Dörper Berg bei Neuenkirchen, wo sich bereits großer Widerstand regt, ein Kalkabbau regionalplanerisch ermöglicht, obwohl dafür womöglich schon kein Bedarf besteht."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-009. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass, obwohl das Kalksteinvorkommen am Thieberg mit dem Dörper Berg schon im Kalkgutachten als wertvolle Lagerstätte identifiziert wurde, in diesem Gebiet kein Abgrabungsbereich festgelegt ist. Die Sicherung der Versorgung mit der Rohstoffqualität Cenoman-Karbonatgestein erfolgt über genehmigte Flächen bzw. die Erweiterung bestehender Steinbrüche. Das Kalksteinvorkommen am Thieberg ist in der Erläuterungskarte als wertvolle Lagerstätte dargestellt. Zu dem auf dem Gebiet der Gemeinde Neuenkirchen festgelegten Abgrabungsbereich wurden keine Anregungen und Bedenken vorgetragen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-015</b>	
<p>"Sofern die Regionalplanungsbehörde ausführt, dass</p> <p><i>'die Firma Calcis selbst zu dem Ergebnis komme, dass davon auszugehen sei, dass Wettbewerber in der Lage seien, den Bedarf, der derzeit durch die Produktion der Fa. Calcis gedeckt werde, auf dem Markt abzufangen'</i></p> <p>ist anzumerken, dass die Ergebnisse der Bedarfsanalyse an dieser Stelle sehr verkürzt und aus dem Kontext gerissen wiedergegeben werden. Denn dort wird ausführlich dargelegt, welche nachteiligen wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen mit einer Aufgabe der Produktion am Standort Lienen verbunden wären, die sich sowohl auf örtlicher und regionaler als auch auf Bundesebene auswirken. Demgegenüber steht außer Frage, dass die von der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG hergestellten Produkte keine für die Menschheit überlebensnotwendigen Essenziale sind und daher – und sei es durch Verzicht – ersetzbar sind. Für diesen Allgemeinplatz muss nicht die Einwanderin zitiert werden. Die eigentlich aufgeworfene Frage, ob gemessen am festgestellten Bedarf <b>der Rohstoff</b> ersetzbar ist, stellt sich die Regionalplanungsbehörde nicht. Dann nämlich hätte sie sich eingestehen müssen, dass ihre bisherige Planung unzureichend ist (vgl. dazu ausführlich nachfolgend unter Punkt 2.2)."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-016</b>	
<p><b>"2.2 Abwägungsvorgang</b></p> <p>Bei der für die BSAB gewählten Festlegungsform des Vorranggebiets mit der Wirkung eines Eignungsgebiets gemäß § 8 Abs. 7 Satz 2 ROG handelt es sich um eine planerische Steuerung im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Um solche Festlegungen rechtlich beanstandungsfrei zu treffen, hat die Rechtsprechung eine bestimmte Planungsmethodik entwickelt, der auch die Regionalplanungsbehörde gefolgt ist. Danach sind zunächst diejenigen Flächen zu ermitteln, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen schlechterdings nicht für die Rohstoffgewinnung in Betracht kommen (harte Tabuzonen) bzw. die nach typisierenden Kriterien des Planungsträgers hierfür von</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Wie in der Stellungnahme ausgeführt bedarf es eines gesamträumlichen Darstellungskonzepts, um die vom LEP festgelegte Ausschlusswirkung erzeugen zu können. In der ersten Stufe werden die Bereiche ermittelt, die für die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht zur Verfügung stehen. Dabei wird unterschieden zwischen Bereichen die nicht zur Verfügung stehen da auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse im Weg stehen (harte Tabuzonen) und solchen, die als Ergebnis eines Abwägungsprozesses aufgrund von planerischen Erwägungen nicht zur Verfügung stehen</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>vornherein ungeeignet erscheinen (weiche Tabuzonen). Hinsichtlich der verbleibenden Flächen (Potenzialflächen) ist sodann in eine einzelfallbezogene Abwägung des Für und Wider der Rohstoffgewinnung an dieser Stelle einzutreten (BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011, Az.: 7 B 19.10, jJris, Rn. 23).</p> <p>Insoweit wurden hier abwägungsfehlerhaft undifferenziert für alle Kalksteinvorkommen, unabhängig von deren Qualität, Natura 2000-Gebiete zu weichen Tabuzonen erklärt. Das bereits bei der Bedarfsermittlung angesprochene Problem der nicht ausreichenden Differenzierung zwischen unterschiedlichen Kalksteinqualitäten setzt sich mit hin im Abwägungsvorgang fort."</p>	<p>(weiche Tabuzonen). Als weiche Tabuzonen sind im Darstellungskonzept des Sachlichen Teilplans Kalkstein insbesondere die Bereiche beurteilt worden, für die das jeweilige Fachgesetz einen Verbotstatbestand regelt. Da gleichzeitig aber auch eine Ausnahmeregelung getroffen wird, werden sie als weiche Tabuzone beurteilt. Dies gilt auch für Natura 2000-Gebiete.</p> <p>Aus den nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen verbleibenden Flächen werden dann in der 2. Stufe des Planungsprozesses anhand weiterer Kriterien die Abgrabungsbereiche festgelegt.</p> <p>Abschließend wird in der 3. Stufe geprüft, ob die so ermittelten Abgrabungsbereiche der Rohstoffversorgung substantiell Raum geben. Dieser Anforderung entsprechen die Abgrabungsbereiche des Sachlichen Teilplans Kalkstein. Insbesondere wird die langfristige Versorgung mit Cenoman- und Mergel- Karbonatgestein für den im LEP festgelegten Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren gesichert.</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-017</b></p>	
<p>"Des Weiteren wird seitens der Regionalplanungsbehörde übersehen, dass die Bestimmung weicher Tabuzonen nicht im Wege schlagwortartiger Benennung erfolgen darf, sondern dem ein echter, wenn auch stärker abstrahierender Abwägungsprozess vorauszugehen hat (vgl. BVerwG, Urteil vom 13.12.2012, Az.: 4 CN 1.11, juris Rn. 12 f.). Wenn es dann auf Seite 3 der ergänzenden Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald heißt:</p> <p><i>'Zunächst müssen die Flächen ausgeschieden werden, die den harten und weichen Tabuzonen unterworfen sind. [...] Für die Ausweisung von BSAB im FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' muss daher zunächst geprüft werden, ob diese Flächen zwingend erforderlich sind, um substantiell Raum für die Rohstoffgewinnung zu schaffen. [...] Andernfalls wäre eine BSAB-Ausweisung im FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' ausgeschlossen. Dies wäre folglich der Fall, wenn die Unternehmen Dyckerhoff GmbH (im Folgenden</i></p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In den Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 des Landesentwicklungsplans (LEP) ist ausgeführt, dass planerische Rohstoffsicherung "die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft" ist und "nicht einzelne Betriebsstandorte" sichert. Folglich ist nicht einzelnen Unternehmen substantiell Raum zu verschaffen.</p> <p>Nach dem Darstellungskonzept des Sachlichen Teilplans werden in der ersten Stufe die Bereiche ermittelt, die für die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht zur Verfügung stehen. Dabei wird unterschieden zwischen Bereichen die nicht zur Verfügung stehen da auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse im Weg stehen (harte Tabuzonen) und solchen, die als Ergebnis eines Abwägungsprozesses aufgrund von planerischen Erwägungen nicht zur Verfügung stehen (weiche Tabuzonen). Als weiche Tabuzonen sind dabei insbesondere die Bereiche beurteilt worden, für die das jeweilige Fachgesetz einen Verbotstatbestand regelt. Da gleichzeitig aber auch</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>Fa. Dyckerhoff) und Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG (im Folgenden Fa. Calcis) nicht den erforderlichen Nachweis erbringen können, dass die Flächen für die Rohstoffversorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung notwendig sind.'</i></p> <p>belegt dies eindrücklich, dass eine vorherige abwägende Rückversicherung, ob mit dem Kriterium "'Natura 2000-Gebiet' zur Bestimmung weicher Tabuzonen diesem Belang gegenüber den ihm widerstehenden Interessen ein einseitiger, in dieser Pauschalität nicht zu rechtfertigender Vorrang eingeräumt wird, nicht stattgefunden hat. Das gilt umso mehr, als in der regionalplanerischen Steuerung von Abgrabungsbereichen nicht nur öffentliche Interessen, sondern auch schutzwürdige private Belange in der Abwägung zu berücksichtigen sind (BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011, Az.: 7 B 19.10: juris, Rn. 54). Dieses unmittelbar aus dem verfassungsrechtlich verbürgten Abwägungsgebot erwachsende Erfordernis kann nicht durch ein bestimmtes planungsmethodisches Verfahren unterminiert werden. Demnach muss sichergestellt sein, dass mit den weichen Tabuzonen zugleich den sonstigen Abwägungsbelangen Rechnung getragen wird, diese also in keinem Fall gewichtiger sind als die mit den weichen Tabuzonen verfolgten Belange (zum Ganzen auch SCHINK 2016). Dabei kommt dem Planungsträger zwar Abwägungsspielraum zu, doch unterliegt der aktuelle Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein insoweit einem Abwägungsfehler. So wird im begründenden Teil (Textteil Rn. 21) angegeben:</p> <p><i>'Die räumliche Steuerung erfolgt auf der Grundlage eines 3-stufigen gesamträumlichen Darstellungskonzepts, wobei auch betriebliche Entwicklungsvorstellungen berücksichtigt werden.'</i></p> <p>Tatsächlich haben die betrieblichen Entwicklungsvorstellungen ausweislich der Rn. 34 ff. des Textteils des Planentwurfs dann aber nur und ausschließlich auf Stufe 3 des Abwägungsvorgangs, also nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen Einfluss gehabt."</p>	<p>eine Ausnahmeregelung getroffen wird, werden sie als weiche Tabuzone beurteilt. Die harten und weichen Tabuzonen des Darstellungskonzepts gewährleisten eine raumverträgliche Steuerung des Abgrabungsgeschehens.</p> <p>Zur Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaft mit dem Rohstoff Kalkstein werden in der 2. Stufe des Planungsprozesses insbesondere die Interessenflächen der Abgrabungsunternehmen berücksichtigt. Durch die Berücksichtigung von Flächen, die in einer Unternehmerbefragung und im Beteiligungsverfahren genannt wurden fließen entsprechend der Erläuterungen zu Ziel 9.2-1 des LEP "betriebliche Entwicklungsvorstellungen" in die Planung ein und es ist zu erwarten, dass "die Flächen in der Regel für Abgrabungen genutzt werden können", also der Rohstoffgewinnung substantiell Raum geschaffen wird.</p> <p>Bei der Bestimmung weicher Tabuzonen auf der Stufe der Erarbeitung des gesamträumlichen Planungskonzepts geht es um die Formulierung abstrakter Ausschlusskriterien, bei der für eine einzelfallbezogene Abwägung mit konkreten Nutzungsinteressen kein Raum ist. Sie ist eine Entscheidung des Planungsträgers, die der Abwägung mit dem konkreten Interesse an der privilegierten Außenbereichsnutzung vorgelagert ist. Eine Abwägung der weichen Tabukriterien mit dem konkreten Interesse einer privilegierten Außenbereichsnutzung – hier dem Abbau von Kalkstein (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB) – ist demnach nicht bereits auf der Stufe der Bestimmung weicher Tabuzonen vorzunehmen, sondern erst und ausschließlich nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen im Hinblick auf die Potenzialflächen.</p> <p>Bei der Erarbeitung des Sachlichen Teilplans Kalkstein wurden das Erweiterungsinteresse der Firma Calcis konkret und detailliert ermittelt und im Rahmen der Abwägung ist eine Auseinandersetzung gerade auch mit diesen Belangen erfolgt. Damit wurde dem Abwägungsgebot des § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG Rechnung getragen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-018</b></p> <p>"Weiterhin zeigen insbesondere die Ausführungen im Umweltbericht, dass das Überwiegen insbesondere der Belange des europäischen Gebietsschutzrechts allein auf das ohnehin geltende Schutzregime des § 34 BNatSchG zurückgeführt wird, nicht aber auch auf zusätzliche, der Abwägung unterliegende Gründe. Solche Gründe sind hier weder aufgezeigt noch mit den ihnen widerstrebenden Interessen in Beziehung gesetzt.</p> <p>Insofern hätte zunächst berücksichtigt werden müssen, dass eine auch in wirtschaftlicher Hinsicht angemessene Nutzbarkeit von Rohstoffvorkommen einen Abwägungsbelang darstellt (OVG Münster, Urteil vom 29.01.2009, Az.: 20 A 2034/06, juris, Rn. 68). Das Oberverwaltungsgericht Münster spricht insoweit sogar von einem <b>grundrechtsrelevanten Belang</b> (OVG Münster, Urteil vom 26.09.2013, Az.: 16 A 1295/08, juris, Rn. 99). Dabei ist zwar richtig, dass sich die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG auf ihr Eigentumsgrundrecht nach Art. 14 Abs. 1 i.V.m. Art. 19 Abs. 3 GG nur insoweit berufen kann, wie es um die Gefährdung des konkreten Bestands an Vermögenswerten Gütern vor ungerechtfertigten Eingriffen durch die öffentliche Gewalt geht, die Eigentumsgarantie also grundsätzlich nur Rechtspositionen erfasst, die einem Rechtssubjekt bereits zustehen, nicht aber in der Zukunft liegende Chancen und Verdienstmöglichkeiten. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt indes dann, wenn der Betroffene redlicherweise auf den Fortbestand von Verdienstmöglichkeiten vertrauen durfte (WENDT 2014: Art. 14 Rn. 48 f.). Der Eigentumsschutz steht insofern in einer inneren Beziehung zum Grundsatz des Vertrauensschutzes (SCHOLZ; MOENCH; HERZ 2014: S. 73). Dies lenkt hier den Blick auf die am 19.03.2008 in Ansehung des geplanten Erweiterungsvorhabens der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG innerhalb des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' (nachfolgend: FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes') geschlossene Vereinbarung über vorgezogene Kohärenzmaßnahmen nach § 34 Abs. 5 BNatSchG. Jene Vereinbarung bewirkt zwar kein Präjudiz hinsichtlich der Entscheidung über die Erweiterung des Kalksteinabbaus im Teutoburger Wald, doch konnte die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG schon allein auf Grund dieser Vereinbarung darauf vertrauen, dass ihre Belange im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Münsterland in der Abwägung gebührend berücksichtigt werden (hierzu SPANNOWSKY 2010). Das gilt umso mehr, als</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In der Stellungnahme wird zurecht darauf hingewiesen, dass die im Jahr 2008 zwischen den Unternehmen und dem Land Nordrhein-Westfalen sowie dem Kreis Steinfurt geschlossenen Vereinbarung kein Präjudiz bewirkt. In der Präambel ist vorangestellt worden, "dass notwendige Genehmigungsentscheidungen, einschließlich einer FFH-Verträglichkeitsprüfung, und die Fortschreibung des Regionalplanes weder vorweggenommen noch die zuständigen Entscheidungsträger präjudiziert werden". Darüber hinaus wird unter "Ziel der Vereinbarung" eine Regelung bezüglich der Anrechenbarkeit naturschutzfachlicher Maßnahmen "im Falle einer etwaigen Nichtinanspruchnahme" festgelegt.</p> <p>Die Belange des Unternehmens Calcis sind in dem Verfahren zur Festlegung von Abgrabungsbereichen für den Rohstoff Kalkstein gebührend berücksichtigt worden. Dies belegt nicht zuletzt der jahrelange intensive Austausch mit dem Unternehmen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
die Calcis Lienen GmbH & Co. KG hier schon in 'Vorleistung' getreten ist und bereits einen erheblichen Teil der vereinbarten Maßnahmen umgesetzt hat."	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-019</b>	
<p>"Das Ausblenden privater Belange belegen auch die ergänzenden Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald, wo eingangs die Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 des Landesentwicklungsplans (LEP) zitiert werden, nämlich:</p> <p><i>'Planerische Rohstoffsicherung ist die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft und sichert nicht einzelne Betriebsstandorte. Angestrebt wird ein verlässlicher Handlungsrahmen für die rohstoffgewinnende und -verarbeitende Industrie sowie eine raumverträgliche Steuerung des Abgrabungsgeschehens.'</i></p> <p>Damit wird indes lediglich die Zielstellung für eine regionalplanerische Steuerung der Rohstoffgewinnung klargestellt. Nicht hingegen darf dies darüber hinwegtäuschen, dass in der Regionalplanung sehr wohl auch private Belange abzuwägen sind."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Erarbeitung des Sachlichen Teilplans Kalkstein wurden die Erweiterungsinteressen der Firma Calcis konkret und detailliert ermittelt und im Rahmen der Abwägung ist eine Auseinandersetzung gerade auch mit diesen Belangen erfolgt. Dies belegt nicht zuletzt der jahrelange intensive Austausch mit dem Unternehmen. Damit wurde dem Abwägungsgebot des § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG Rechnung getragen.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-020</b>	
<p>"Im Übrigen streiten neben den privaten Interessen u.a. der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG auch öffentliche, insbesondere wirtschaftliche Interessen gegen den Ausschluss von BSAB im Teutoburger Wald. Denn mit dem Wegfall des Kalkabbaus in Lienen sind mehrere, auch regionalplanerisch relevante Nachteile von erheblichem Gewicht verbunden. Dabei kann es schon im Hinblick auf das Abwägungsgebot nicht allein auf volkswirtschaftlich relevante Nachteile ankommen. Fernerhin bezeichnet der Begriff der Volkswirtschaft die Gesamtheit aller, einem Wirtschaftsraum zugeordneten, Wirtschaftssubjekte.[FN1: <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Volkswirtschaft">https://de.wikipedia.org/wiki/Volkswirtschaft</a>] Wird der Begriff nicht näher eingegrenzt oder in einem speziellen Kontext verwendet, ist der insoweit maßgebliche Wirtschaftsraum zwar üblicherweise ein Staat oder Staatenverbund. Der Begriff des Wirtschaftsraums ist jedoch lediglich durch einen geografischen Raum defi-</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>niert, der durch bestimmte wirtschaftliche Strukturmerkmale und funktional Verflechtungen gekennzeichnet ist und sich durch seine individuelle Struktur von den ihn umgebenden Teilabschnitten abhebt, was auch durch rein administrative Grenzen geschehen kann.[FN2: <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftsraum">https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftsraum</a>.] Im regionalplanerischen Kontext kann mithin unter 'Volkswirtschaft' nicht nur der gesamtdeutsche oder gar europäische Raum zu fassen sein. So heißt es bereits unter Nr. 1.3 LEP, dass im internationalen Ranking der Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen als unabhängiger Staat an 18. Stelle der Volkswirtschaften stünde, oder auf S. 20 des LEP ist zu lesen:</p> <p><i>'Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit und zieht erhebliche volkswirtschaftliche Kosten nach sich – auch in Nordrhein-Westfalen.'</i></p> <p>Als mindestens, aber eben auch ausreichend maßgeblicher Wirtschaftsraum wird also – der Bezugsebene des LEP folgend – Nordrhein-Westfalen in Bezug genommen. Dementsprechend ist auf der Ebene des Regionalplans bereits eine Auswirkung auf das Wirtschaftsgefüge im Regionalplangebiet unter dem Gesichtspunkt der 'Volkswirtschaft' abwägungserheblich."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-021</b>	
<p>"Ungeachtet dessen zeitigen die durch den aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein hervorgerufenen Auswirkungen nicht nur Nachteile mit Relevanz für die Planungsregion Münsterland, sondern kommt der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG eine landes- und bundesweite Bedeutung zu. So wurden in der vorgelegten Bedarfsanalyse sowie den ergänzenden Gutachten dargelegt, dass das Kalkwerk Lienen eine marktrelevante Position für die Produktion von Branntkalk und Futterkalk besitzt. Der Anteil des Absatzes von Branntkalk innerhalb des unmittelbaren Einzugsgebiets des Kalkwerks Lienen (Radius ca. 120 km) deckt mehr als 50 % an den produzierenden Kalksandsteinwerken in diesem Raum ab (39 % des Absatzes der Kalksandsteinindustrie in Deutschland). Von der Gesamtmenge des gehandelten hochwertigen Futterkalks im Hauptabsatzgebiet von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beläuft sich der Anteil auf 34 % (in Deutschland hält die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG einen Anteil von durchschnittlich 15 %). Die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG nimmt daher eine</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
signifikante Bedeutung für die Preis- und Mengengestaltung der Kalkprodukte mit einer großen Bedeutung für die Versorgung der Kunden ein."	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-022</b>	
<p>"Eine Aufgabe der Produktion in Lienen, die ggf. durch die Produktion durch andere Unternehmen innerhalb des Absatzgebiets aufgefangen werden könnte, bliebe daher nicht ohne Folgen. So würde sich die derzeit bereits ungünstige Marktstruktur eines Oligopols noch weiter verschlechtern, da die innerhalb der Region verbleibenden zwei Unternehmen die bislang bestehende Marktform des Oligopols in ein Duopol verwandeln würden. Dies würde zu einer Verschlechterung der Marktversorgung führen, so dass es zu einer Erhöhung des Marktpreises käme. Zudem würde die Marktstruktur in der Branntkalkproduktion dauerhaft in einer Weise verändert, die den freien Wettbewerb erheblich einschränkt. Bspw. würde der Anreiz zu effizienzsteigernden Investitionen, mit deren Hilfe auch eine ressourcen- und umweltschonendere Rohstoffverarbeitung gewährleistet werden könnte, geschmälert."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt</p> <p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p> <p>Auf die Argumente, dass sich im Falle einer möglichen Schließung die Markt- und Wettbewerbsstruktur noch weiter verengen wird und auch höhere Marktpreise zu erwarten sind, wurde in den vorgelegten Gutachten bereits hingewiesen. Eine solche, wahrscheinlich eintretende Entwicklung wird seitens der Regionalplanungsbehörde nicht widersprochen. Es stellt sich angesichts der in den Gutachten gemachten Angaben zu den Produktionsmengen insgesamt und nach Wettbewerbern die Frage, inwieweit angesichts der starken oligopolistischen Marktstruktur sowohl in der Zementindustrie als auch bei der Kalkherstellung mit wenigen marktbeherrschenden Unternehmen in Deutschland eine freie Preisgestaltung wie auf anderen Märkten überhaupt noch stattfinden kann und ob nicht auch andere Aspekte einen wichtigen Einfluss auf die Preisgestaltung ausüben. Es stellt sich hier auch die Frage, inwieweit Importe mögliche Produktionsausfälle im Inland auffangen können – auch im Hinblick auf die Preisgestaltung.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-023</b>	
<p>"Des Weiteren wäre der Wegfall des Unternehmens mit einem Verlust direkter und indirekter Beschäftigungseffekte verbunden. Denn neben den 41 Vollzeit-Arbeitsplätzen,</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>die auf die Beschäftigten des Werks Lienen entfallen, entstehen weitere Beschäftigungseffekte, die sich wie folgt darstellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Innerhalb der Planungsregion gehen 57 Vollzeit-Arbeitsplätze (41 im Werk Lengerich sowie 16 weitere bei Lieferanten) und weitere 33 in den direkt an die Planungsregion angrenzenden Landkreisen Osnabrück, Recklinghausen sowie der kreisfreien Stadt Hamm verloren.</li> <li>• Innerhalb der Arbeitsmarkregion gehen mindestens 74 Vollzeit-Arbeitsplätze (41 im Werk Lengerich sowie 33 weitere bei Lieferanten) verloren [FN3: vgl. SUSTAIN CONSULT 2016. 29. Die Arbeitsmarkregion umfasst die Kreise Steinfurt, Warendorf, Osnabrück sowie die kreisfreien Städte Münster und Osnabrück und wurde auf der Basis der Pendlerbeziehungen ermittelt.].</li> </ul> <p>Mit weiteren negativen Beschäftigungseffekten über die Planungsregion hinaus muss gerechnet werden; denn insgesamt sind rund 320 Vollzeit-Arbeitsplätze vom Kalkwerk Lienen abhängig."</p>	<p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamtträumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigteneffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturelevanten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-024</b>	
<p>"Neben einer zusätzlichen Belastung des Arbeitsmarktes würden die Verluste die bereits derzeit ungünstigen Entwicklungen in der Region verstärken (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern) und die Kaufkraft der Beschäftigten, die bisher mit zusätzlicher Nachfrage und Wachstumsimpulsen für die gesamte Region verbunden war, reduzieren.</p> <p>Insbesondere mit dem überregionalen Absatz ist zudem das Einwerben von zusätzlichem regionalem Einkommen verbunden, das nicht nur in Form von Aufträgen an Lieferanten und Dienstleistern, sondern auch durch die Kaufkraft der Beschäftigten zusätzliche Nachfrage und Wachstumsimpulse für die gesamte Region nach sich zieht. Daher hat sich der Gemeinderat der Gemeinde Lienen am 20.03.2017 auch mit 20 Ja- und nur sieben Nein-Stimmen für den weiteren Kalksteinabbau in Lienen für mindestens zehn weitere Jahre ausgesprochen – ein klares basisdemokratisches Signal der negativ wie positiv unmittelbar Betroffenen."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-23</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-025</b>	
<p>"Schließlich kann im Falle einer Übernahme durch andere Unternehmen eine entsprechende Qualität der Produkte nicht sichergestellt werden (vgl. auch Ausführungen unter 2.1). In Bezug auf die Produktion von Futterkalk ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass derzeit davon auszugehen ist, dass auf dem Markt ein Unterangebot an Futterkalk mit den geforderten Qualitäten besteht. Für diesen Umstand spricht auch, dass das Kalkwerk Lienen die eingehenden Anfragen in den vergangenen Jahren nicht befriedigen konnte (vgl. SUSTAIN CONSULT 2016 sowie Schreiben der Deutschen VILOMIX Tierernährung GmbH in Anlage 6.1 <i>[Hinweis: Die Anlage ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.]</i>). Soweit die Regionalplanungsbehörde hier unter Verweis auf Einlassungen der Landwirtschaftskammer NRW anderes behauptet, kann dies den diesbezüglichen Ausführungen der Landwirtschaftskammer</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-012</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
NRW nicht entnommen werden; diese stützen vielmehr die hiesigen Einwände (dazu bereits oben 2.1)."	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-026</b>	
<p>"Dem kann auch nicht mit Erfolg entgegengehalten werden, dass auf der Ebene des Regionalplans noch nicht so genau geprüft und abgewogen werden müsse. Vielmehr gilt, dass umso intensiver zu prüfen und abzuwägen ist, je verbindlicher die jeweilige Festlegung ist (vgl. OVG Lüneburg. Urteil vom 17.10.2013, Az.: 12 KN 277/11, juris, Rn. 52). Bei der BSAB-Festlegung durch Vorranggebiete mit der Wirkung von Eig-nungsgebieten handelt es sich aber um die verbindlichste Form der Festlegung, die das Raumordnungsrecht ermöglicht. Die hier getroffene Entscheidung kann auf nach-folgender Ebene nicht mehr relativiert oder geändert werden. Sie ist gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB verbindlich. Insoweit heißt es in der Rechtsprechung (VGH Mann-heim, Urteil vom 09.06.2005, Az: 3 S 1545/04, juris, Rn. 47; bestätigt durch BVerwG, Beschluss vom 16.03.2006, Az.: 4 BN 38.05, juris):</p> <p><i>'Dabei sind Abwägungen bei der Erstellung von Raumordnungsplänen an ähnlichen Maßstäben zu messen wie Abwägungen in der Bauleitplanung. [...] Dies bedeutet, dass das in die Abwägung einzustellende Abwägungsmaterial je nach Grad der Kon-kretheit der raumordnungsrechtlichen Zielbestimmung in unterschiedlichem Maße ein-zelne Belange zusammenfassend und vergrößert darstellen darf. <b>Umgekehrt bedeu-tet dies aber auch, dass bei einer abschließenden konkreten raumordnungs-rechtlichen Zielsetzung, die für die Fachplanung verbindliche Ausschlusswir-kungen hervorruft, die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Ab-wägungsvorgang selbst sich den Anforderungen an die Abwägung bei Fachpla-nungen annähert.</b>'</i> [Hervorhebung nicht im Original]"</p>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-027</b>	
"Ungeachtet all dessen ist zu beachten, dass sich der Planungsträger mit seinen eigen-en, bei der Ermittlung der weichen Tabuzonen entwickelten Kriterien nicht in Wider-spruch setzen darf. Stellt er fest, dass – aus welchen Gründen auch immer – diese	Den Bedenken wird nicht gefolgt.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>einheitlichen Tabukriterien Probleme aufwerfen, so muss er diese hinterfragen und die Bestimmung der weichen Tabuzonen einer erneuten Betrachtung und Bewertung unterziehen und die weiche Tabuzone erneut nach anderen Kriterien, aber einheitlich festsetzen (OVG Koblenz, Urteil vom 16.05.2013, Az.: 1 C 11003/12.OVG, juris, Rn. 53). Das lenkt hier den Blick auf die in Lengerich ausgewiesenen BSAB. Diese liegen innerhalb des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes', obwohl Natura 2000-Gebiete zu den weichen Tabuzonen zählen. Somit wird dieses Tabukriterium nicht konsequent durchgehalten und der Sachliche Teilplan Kalkstein erweist sich im vorliegenden Entwurf als in sich widersprüchlich, wohl gerade auch deshalb, weil der pauschale Ausschluss solcher Schutzgebietsflächen kaum mit den Planungszielen zu vereinbaren ist. Dem lässt sich auch nicht mit Erfolg entgegenhalten, dass es sich bei diesen Flächen um solche handelt, die mehr als 10 ha umfassen und auf denen bereits eine Abgrabung genehmigt ist; denn vorstellbar wäre hier auch eine Tieferlegung, die dann ebenfalls schutzgebietsrelevant sein könnte. Der Sache nach besteht insoweit kein Unterschied zu Gebietsbeeinträchtigungen durch eine flächige Erweiterung bereits bestehender Abgrabungen."</p>	<p>Die Abgrabungsbereiche auf dem Gebiet der Stadt Lengerich entsprechen bereits genehmigten Flächen. Es handelt sich folglich nicht um eine Festlegung, als Ergebnis eines planerischen Abwägungsprozesses.</p> <p>Auf Ebene der Regionalplanung werden Bereiche für den Rohstoffabbau festgelegt keine Abbautiefen. Nach den Vorgaben des LEP soll eine "vollständige Gewinnung eines Rohstoffes erfolgen" (Grundsatz 9.1-3). Diese Festlegung ist bewusst als Grundsatz formuliert, denn auf Regionalplanebene kann dies nicht abschließend beurteilt werden. Andererseits aber ist die Regionalplanungsbehörde durch den LEP verpflichtet, den vollständigen Rohstoffabbau bei der Versorgungssicherheit zu berücksichtigen. Dieser Verpflichtung ist sie durch die Berücksichtigung des Rohstoffvolumens, welches nach Angaben des Unternehmens durch eine Tieferlegung zur Verfügung steht und durch die Plausibilitätsprüfung der dazu vorgelegten Unterlagen nachgekommen.</p> <p>In der Umweltprüfung werden die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Festlegungen des Regionalplans auf die verschiedenen Schutzgüter erfasst und bewertet. Da in Regionalplänen die flächenmäßige Ausdehnung eines Abgrabungsbereiches festgelegt wird, nicht die Abbautiefe ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für die etwaige Tieferlegung des Steinbruches "Hohne" auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Diese Auffassung teilt die Landesplanungsbehörde.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-028</b>	
<p><b>"2.3 Abwägungsergebnis</b></p> <p>Kritikwürdig ist auch das gefundene Abwägungsergebnis und dies in mehrfacher Hinsicht. Weder wird der Kalksteingewinnung mit der aktuellen Planung in substantieller Weise Raum verschafft (sogleich 2.3.1) noch kann hiermit der bestehende Bedarf gedeckt werden (nachfolgend 2.3.2).</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>2.3.1 Raumverschaffen in substanzieller Weise</b></p> <p>Zunächst ist nach dem von der Regionalplanungsbehörde gewählten und von der Rechtsprechung bei BSAB-Festlegungen im hier beabsichtigten Sinne geforderten planungsmethodischen Ansatz abschließend zu prüfen, ob der Rohstoffgewinnung noch in substanzieller Weise Raum verschafft wird. Sollte sich herausstellen, dass dem mit der bisherigen Planungskonzeption nicht genügt wird, müssen die angelegten Kriterien nochmals überdacht werden (BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011, Az.: 7 B 19.10, juris, Rn. 23). Die Bewertung, ob die Planung für die betreffende Nutzung in substanzieller Weise Raum schafft, hat sich dabei an den konkreten Umständen des Einzelfalls im Sinne einer Gesamtabwägung unter dem Gesichtspunkt des Ausschlusses einer bloßen Verhinderungsplanung auszurichten (BVerwG, Beschluss vom 24.03.2015, Az.: 4 BN 32.13 juris, Rn. 28). Ein Indiz ist dabei die Relation zwischen ausgewiesener Konzentrationsfläche und überhaupt geeigneter Potenzialfläche (BVerwG, Urteil vom 18.01.2011, Az.: 7 B 19.1C, juris, Rn. 31). Je kleiner die ausgewiesene Konzentrationsfläche ausfällt, desto eher hat der Plangeber sein Auswahlkonzept zu hinterfragen und ggf. zu ändern (BVerwG, Beschluss vom 15.09.2009, Az.: 4 BN 25.09, juris, Rn. 8). Dabei ist entscheidend, dass sich auf den Vorrangflächen die betreffende Nutzung aller Voraussicht nach auch umsetzen lassen wird, ist sie doch an anderer Stelle grundsätzlich ausgeschlossen. Die negative und die positive Komponente des Konzentrationsflächenprivilegs des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB bedingen insoweit einander. Das Zurücktreten einer ansonsten im Außenbereich privilegierten Nutzung – wie der Rohstoffgewinnung – in Teilen des Plangebiets lässt sich nach der Wertung des Gesetzgebers nur dann rechtfertigen, wenn der Planungsträger sicherstellt, dass sich die betreffende Nutzung an anderer Stelle durchsetzt. In diesem Zusammenhang ist in der Rechtsprechung zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung bereits ausdrücklich festgehalten worden (OVG Magdeburg, Urteil vom 26.10.2011, Az.: 2 L 6/09, juris, Rn. 40):</p> <p><i>'Der REP Halle verschafft der Nutzung der Windenergie in substanzieller Weise Raum. Diese Voraussetzung ist nach der Rechtsprechung des Senats [...] dann erfüllt, wenn bei der vorzunehmenden Gesamtbetrachtung die ausgewiesenen Konzentrationsflächen nach ihrer Zahl und Größe einen beachtlichen Teil der potenziell für die Wind-</i></p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>kraftnutzung in Betracht kommenden Fläche ausmachen und <b>mit hinreichender Sicherheit zur Errichtung von Windkraftanlagen führen</b>, die nach ihrer Anzahl und Energiemenge auch mit Blick auf den Bundesdurchschnitt geeignet sind, einen gewichtigen und den allgemein anerkannten energiepolitischen Zielsetzungen nicht offensichtlich widersprechenden Beitrag zur Erhöhung des Anteils regenerativer Energien an der Gesamtenergieerzeugung zu leisten."</i> [Hervorhebung nicht im Original]</p> <p>Ebenso ist in einem die Windenergienutzung betreffenden Revisionsnichtzulassungsbeschwerdeverfahren seitens der Beschwerdeführer argumentiert worden, die ausgewiesenen Konzentrationsflächen erfüllten überwiegend nicht die Voraussetzungen für eine Förderung nach dem EEG, so dass letztlich faktisch ausgeschlossen sei, dass dort jemals Windenergieanlagen errichtet werden. Dass dieser Einwand im Hinblick auf ein Ziel der Raumordnung in einem Regionalplan von vornherein verfehlt sei, hat das Bundesverwaltungsgericht daraufhin jedoch nicht festgehalten, sondern lediglich darauf hingewiesen, dass sich aus dem EEG nicht unmittelbar planerische Aussagen ableiten lassen, da dieses keine bauplanungsrechtlichen Fragen regelt. Darüber hinaus musste das Bundesverwaltungsgericht die Frage offenlassen, weil die Vorinstanz keine Feststellungen dazu getroffen hatte, ob auf den 'Positivflächen' des in Rede stehenden Regionalplans ein wirtschaftlicher Betrieb von Windenergieanlagen möglich ist (BVerwG, Beschluss vom 28.11.2005, Az.: 4 B 66.05, juris, Rn. 4).</p> <p>Daraus kann ersehen werden, dass auch das Bundesverwaltungsgericht der Frage der Umsetzbarkeit der Planung unter realistischen Bedingungen im Hinblick auf das Erfordernis des Raumverschaffens in substantieller Weise Bedeutung beimisst (vgl. auch BVerwG, Beschluss vom 16.03.2006, Az.: 4 BN 38.05, juris, Rn. 9)."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-029</b>	
<p>"Dabei spielt freilich auch eine Rolle, wem die Flächen gehören und inwieweit der Flächeneigentümer bereit ist, seine Flächen für eine entsprechende Nutzung zur Verfügung zu stellen (siehe VGH München, Beschluss vom 20.04.2012, Az.: 22 CS 12.310, juris, Rn. 22). Zwar ist der Wille des aktuellen Grundstückseigentümers nicht selten eine flüchtige Erscheinung und kann daher planerische Entscheidungen, welche eine</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Es gilt zu beachten, dass die für den Bereich der Bauleitplanung diskutierten Fälle sich von dem vorliegenden in grundsätzlicher Weise unterscheiden: Während dort fraglich</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>längerfristige Steuerung verfolgen, für sich genommen grundsätzlich nicht beeinflussen (vgl. BVerwG, Urteil vom 23.11.2016, Az.: 4 CN 2.16, juris, Rn. 10). Doch ist hier zum einen zu gegenwärtigen, dass die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG und somit die in der Planungsregion (und auch darüber hinaus) unter realistischen Bedingungen bis auf Weiteres allein von ihr zu erfüllbare Bedarfsdeckung zeitnah weiteren Rohstoff benötigt, der Flächeneigentümer – die Dyckerhoff GmbH – aber unmissverständlich erklärt hat, nicht, auch nicht teilweise zu veräußern. Hieran wird sich so schnell nichts ändern; so flüchtig ist ein einmal formulierter Unternehmerwille dann auch wieder nicht. Hinzu kommt, dass auf die Flüchtigkeit menschlicher Entscheidungen ohnehin dann nicht verwiesen werden kann, wenn diesem Willen eine planungsrelevante Beständigkeit zugewiesen werden muss. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn – wie hier – der formulierte Wille Ausdruck einer strategischen Entscheidung ist, diese Entscheidung nicht eine sterbliche natürliche Person betrifft, sondern eine nicht sterbliche juristische Person und sich diese Entscheidung bei objektiver Betrachtung z.B. anhand des Gesellschaftszwecks ohne Weiteres als konstant plausibilisieren lässt, etwa weil der Flächeneigentümer denselben Rohstoff abbaut wie der Flächenbewerber. In einem solchen Fall die Eigentumslage in ihrer strategischen Einbettung zu ignorieren, wie das vorliegend geschehen ist, begegnet grundlegenden planerischen Bedenken; denn einer Planung allein für das Reißbrett fehlt es bereits an der notwendigen Erforderlichkeit. Erst recht ist dies dann nicht haltbar, wenn die betreffende Nutzung außerhalb des – insoweit dann an der Realität vorbeigehenden Angebots – ausgeschlossen wird.</p> <p>Diese Rechtsprechung ist daher entsprechend auch auf die regionalplanerische Steuerung von Abgrabungen übertragen. So beanstandete das Oberverwaltungsgericht Münster etwa hinsichtlich der im früheren Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln ausgewiesenen Abgrabungsflächen (OVG Münster, Urteil vom 08.05.2012, Az.: 20 A 3779/06, juris, Rn. 106):</p> <p><i>'Eine systematische Erfassung der Absichten, Flächen für Abgrabungen zu nutzen, oder der Bereitschaft, als Eigentümer Flächen für solche Zwecke bereit zu stellen, hat, soweit ersichtlich, nicht stattgefunden.'</i> [Hervorhebung nicht im Original]"</p>	<p>war, ob die ausgewiesenen Grundstücke aus rechtlichen Gründen überhaupt der planerisch vorgesehenen Nutzung (z.B. der Windenergiegewinnung) zugeführt werden könnten, wird der ausgewiesene Abgrabungsbereich "Höste" gerade zum Zwecke der Kalksteingewinnung genutzt. Der planerischen Festlegung stehen somit nicht nur keine rechtlichen Vollzugshindernisse entgegen, sondern im Gegenteil ist der Planvollzug gerade gesichert. Die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit lässt daher nicht unter dem Gesichtspunkt unüberwindbarer Vollzugshindernisse in Zweifel ziehen.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrechtfertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-030</b>	
<p>"Erinnert sie auch an die oben (2.2) bereits erwähnte Rechtsprechung, wonach das in der Regionalplanung in die Abwägung einzustellende Abwägungsmaterial je nach Grad der Konkretheit der raumordnungsrechtlichen Zielbestimmung in unterschiedlichem Maße einzelne Belange zusammenfassend und vergrößert darstellen darf, bei einer abschließenden konkreten raumordnungsrechtlichen Zielsetzung, die für die Zulassungsebene verbindliche Ausschlusswirkungen hervorruft, die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials und der Abwägungsvorgang selbst sich dann aber auch den Anforderungen an die Abwägung bei Zulassungsentscheidungen annähert (VGH Mannheim, Urteil vom 09.06.2005, Az: 3 S 1545/04, juris, Rn. 47; bestätigt durch BVerwG, Beschluss vom 16.03.2006, Az.: 4 BN 38.05, juris). Auf Zulassungsebene, insbesondere in der Fachplanung, ist es aber eine entscheidende Frage, ob das betreffende Vorhaben überhaupt Aussicht auf Umsetzung hat. Ein umfangreiches Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben durchzuführen, das am Ende keine Chance auf Realisierung hat, wäre Verschwendung von Steuermitteln. Folglich ist dieser Maßstab bei solch konkreten Festlegungen, wie sie hier beabsichtigt sind, auch bereits auf der Ebene der Regionalplanung anzulegen; dem die hier getroffene Entscheidung ist gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB für die nachfolgende Ebene verbindlich. Entgegen den Ausführungen der Regionalplanungsbehörde ist daher die grundsätzliche Verfügbarkeit und Abbaumöglichkeit des betrachteten Rohstoffs durchaus zu berücksichtigen. Ein Rückgriff auf die Rohstoffvorkommen im Bereich 'Höste' durch die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG ist jedoch ausgeschlossen, da diese Bereiche im Eigentum der Dyckerhoff GmbH liegen, die Dyckerhoff GmbH über eine Abbaugenehmigung dieser Bereiche verfügt und bereits mehrfach sowohl schriftlich als auch mündlich deutlich gemacht hat, dass eine Veräußerung dieser Bereiche nicht in Frage kommt [FN4: Vgl. auch Bosch &amp; Partner 2016, Anhang 3. Schreiben der Dyckerhoff GmbH zum Rohstoffvorkommen im Bereich Höste.]. Dies trifft auch auf die Rohstoffvorkommen im Bereich der genehmigten Abbaufäche Lengerich zu. Ein solcher Wille ist auch nicht flüchtig, sondern er wurde von einer juristischen Person formuliert, deren Zweck in der Baustoff-, insbesondere in der Zementherstellung besteht, wofür Kalkstein benötigt wird. Es ist daher ohne Weiteres nachvollziehbar, dass die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG auch mittel- bis langfristig nicht an die Flächen gelangen wird. Darüber hinaus ist</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-029</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
anzumerken, dass eine Genehmigung für eine Tieferlegung im Bereich Lengerich nicht vorliegt."	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-031</b>	
<p>"Des Weiteren spielen im Zusammenhang mit dem Erfordernis der Realisierbarkeit des durch die BSAB-Ausweisung unterbreiteten regionalplanerischen 'Angebots' Fragen der Wirtschaftlichkeit eine Rolle. So hat das Bundesverwaltungsgericht schon früh festgehalten, dass zwar kein Anspruch auf bestmögliche Ausnutzung der ausgewiesenen Konzentrationsflächen bestehe, doch müsse gewährleistet sein, dass an dem ausgewiesenen Standort die Voraussetzungen für eine dem jeweiligen Zweck angemessene Nutzung gegeben sind; dies seien bei der Windenergienutzung in erster Linie eine ausreichende Windgeschwindigkeit und verträgliche Netzanschlusskosten (BVerwG, Urteil vom 17.12.2002, Az.: 4 C 15.01, juris, Rn. 18). Stehen der Kalksteingewinnung am angebotenen Alternativstandort Hindernisse entgegen, die ihre Realisierung innerhalb des Planungshorizonts sehr unwahrscheinlich erscheinen lassen, werden diese Vorgaben verfehlt. Ein Angebot allein nach dem Prinzip Hoffnung ist dem Planungsträger bei Gebrauchmachen von der Möglichkeit der Steuerung bestimmter Raumnutzungen unter Ausschluss dieser Nutzung an anderer Stelle gerade nicht eröffnet."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-029</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-032</b>	
<p>"Hinsichtlich all dessen ist sich hier jedoch nicht vergewissert worden. Andernfalls wäre aufgefallen, dass die vorliegende Planung zwingend zu Verlagerungen von Produktionsstandorten bzw. zu Neuaufschlüssen führt, nämlich jedenfalls den Standort der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG betreffend. Insofern wären dann auch betriebswirtschaftliche Zusammenhänge zu berücksichtigen gewesen und wäre erkannt worden, dass diese Planung keine Aussicht auf tatsächliche Umsetzung hat, es sich also zumindest in Teilen um ein Scheinangebot handelt, so dass die Verhinderung von Abgrä-</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. vorstehende Erwiderungen</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>bungen in den Vordergrund tritt und sich insoweit als unzulässige Verhinderungsplanung offenbart. Denn aus folgenden Gründen sind weder eine Betriebsverlagerung noch ein Neuaufschluss realistisch:</p> <p>Eine Betriebsverlagerung wäre mit erheblichen Investitionskosten verbunden, die sich im Wettbewerb nicht amortisieren lassen. Zudem wäre die Errichtung eines neuen Kalkwerks nur mit erheblichem zeitlichem Vorlauf durchführbar, so dass aufgrund des in Lienen nur noch begrenzt zur Verfügung stehenden Rohmaterials eine Versorgungslücke auftreten würde. Es ergäben sich für die Errichtung eines neuen Kalkwerks Investitionskosten in einem Umfang von 43.565.000 Euro bei einer Nutzungsdauer von 12 Jahren. Die Errichtung einer neuen Anlage würde mithin bis zum Jahr 2020 einen rechnerischen Verlust von insgesamt 2.025.535 Euro führen (HDT 2016) und wäre daher nicht rentabel umsetzbar. Die Überwälzung der entstehenden Kosten auf die Kunden der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG über den Preis für deren Produkte ist aufgrund der Höhe der Defizite nicht realistisch. So begründet auch der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen den gegenüber Lockergestein längeren Versorgungszeitraum für Festgestein damit, dass die Kalksteingewinnung und Zementproduktion mit hohen Investitionskosten verbunden sind und für die betriebswirtschaftliche Amortisation eine Planungssicherheit von mindestens 25 Jahren gegeben sein muss, da ansonsten weitere Investitionen ausbleiben [FN5: LEP NRW, Erläuterungen zu Ziel 9.2-2 Versorgungszeiträume].</p> <p>Auch ein Neuaufschluss in Verbindung mit der Zulieferung des Rohmaterials zum Werk in Lienen ist nicht realisierbar, da die Produktion am Werksstandort Lienen aufgrund der hohen Investitions- und Transportkosten nicht mehr wirtschaftlich möglich ist. So wurde bereits im Rahmen der vorgelegten Bedarfsanalyse ausführlich dargestellt, dass für das Kalkwerk Lienen eine erfolgreiche Überwälzung von zusätzlichen Kosten auf die Abgabepreise allenfalls sehr eingeschränkt möglich ist (vgl. ausführlich Sustain Consult 2016, Kapitel 4). So sind oligopolistische Marktstrukturen – wie hier – typischerweise durch harte Preiskämpfe mit gewinnschmälerndem Effekt geprägt.</p> <p>Eine Betriebsverlagerung ist innerhalb der Planungsregion auch deshalb nicht realistisch, da der Bedarf des Rohstoffs Kalk für die Produktion in Lienen durch Rückgriff auf</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>verfügbares Rohmaterial aus den betrachteten Alternativstandorten innerhalb des Planungsraums nicht gedeckt werden kann. So entspricht das Rohmaterial vielfach nicht der für die in Lienen hergestellten Produkte erforderlichen Qualität, an anderer Stelle steht das Rohmaterial nicht in ausreichender Menge zur Verfügung."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-033</b></p>	
<p><b>"2.3.2 Bedarfsdeckung</b></p> <p>Unabhängig von der Frage des Raumverschaffens in substanzieller Weise, womit in erster Linie ausgeschlossen werden soll, dass es sich um eine bloße – unzulässige – Verhinderungsplanung handelt, ist schließlich zu vermeiden, dass entgegen § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 4 ROG mittelfristig keine ausreichenden Mengen des abzubauenden Bodenschatzes für eine ausreichende Versorgung der Region mehr zur Verfügung gestellt werden können (vgl. BVerwG, Beschluss vom 24.03.2015, Az.: 4 BN 32.13, juris, Rn. 28). Dementsprechend heißt es unter Rn. 23 der textlichen Darstellungen des ausgelegten Entwurfs auch zutreffend, dass Maßstab für die Ausweisung der BSAB der Bedarf für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren ist. Dies mit der vorgelegten Planung erreicht zu haben, wird unter zusätzlicher Einbeziehung der nicht im Regionalplan festgelegten genehmigten Abgrabungen unterhalb der Darstellungsgrenze von 10 ha sowie der Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen im Plangebiet neben den ausgewiesenen BSAB zwar behauptet, eine entsprechende planerische Rückversicherung ist aber nicht erkennbar.</p> <p>Dann hätte nämlich zum einen eine ausreichende Differenzierung nach zweckrelevanten Kalksteinqualitäten erfolgen müssen, was nicht geschehen ist (dazu bereits oben 2.1). Zum anderen wäre auch in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen gewesen, inwieweit das regionalplanerisch ausgewiesene Angebot Aussicht auf Annahme bzw. Umsetzung hat. Das ist gleichfalls nicht geschehen (siehe oben 2.3.1). Insbesondere wäre dann aufgefallen, dass der für die Produkte, mit welchen die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG den Markt versorgt, benötigte Kalkstein nach dem aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein nur in Höste 'angeboten' wird – einer Fläche, die für die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG wegen des entgegenstehenden Eigentums und des mangelnden Veräußerungswillens der Dyckerhoff GmbH unerreichbar ist. Auch im</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-009</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Übrigen kann zumindest zum Teil nicht angenommen werden, dass der regional bestehende Bedarf mit der vorliegenden Planung gedeckt werden kann; denn das insofern unterbreitete Angebot ist mit derart hohen Kosten verbunden, dass es absehbar keinen Abnehmer finden wird. Auch insofern kann an dieser Stelle nach oben (2.3.1) verwiesen werden. Denn die Rohstoffgewinnung steht nicht für sich, sondern gewinnt ihre Bedeutung erst durch eine entsprechende Nachfrage am Markt. Dabei muss ausgehend von § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG die Sicherung von Rohstoffvorkommen zumindest regional bedeutsam sein (SPANNOWSKY 2010a: §2 Rn. 104). Gemäß den Erläuterungen zu 5-1 des Landesentwicklungsplans ist unter 'Region' eine räumliche Einheit oberhalb der kommunalen und unterhalb der Landesebene zu verstehen, also die regionalen Planungseinheiten. Damit haben die vorgenannten Belange hier sogar überregionale Bedeutung."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-034</b></p>	
<p>"Dass aber die vorliegende Planung ohnehin schon knapp am festgestellten Bedarf ausgerichtet ist, belegt insbesondere Ziff. 1.2 des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein, wonach zur Sicherstellung der Versorgung mit Kalkstein für mindestens 35 Jahre neben den BSAB auch auf die nicht im Regionalplan festgelegten genehmigten Abgrabungen unterhalb der Darstellungsgrenze von 10 ha sowie die Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungen im Plangebiet verwiesen wird. Dabei bleibt unklar, von welchen Annahmen die Regionalplanungsbehörde insoweit ausgegangen ist. Es ist nicht erkennbar, dass sie über einen ausreichenden Kenntnisstand darüber verfügt, welche Mengen Kalkstein aus den bereits genehmigten Abgrabungen noch gewonnen werden können. Offenbar ebenso wenig bekannt ist die voraussichtliche Ausbeute aus den gemäß Ziff. 1.4 des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein ausnahmsweise zulässigen Abgrabungsvorhaben unterhalb von 10 ha außerhalb der BSAB; denn diese Vorhaben stehen unter dem Vorbehalt, dass konkurrierende Ziele der Raumordnung ihnen nicht entgegenstehen. Ermittlungen dazu sind ersichtlich nicht angestellt worden, da Abgrabungen unterhalb von 10 ha für die Regionalplanung grundsätzlich gerade nicht als relevant erachtet wurden."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Die bei der Sicherung der Versorgung angesetzten Restkapazitäten in den genehmigten Abgrabungsflächen beruhen insbesondere auf Angaben der im Plangebiet tätigen Unternehmen. Diese Angaben wurden mit Hilfe der Genehmigungsdaten auf ihre Plausibilität hin überprüft.</p> <p>Das Kalksteinvolumen innerhalb der ausnahmsweise zulässigen Abgrabungsvorhaben ist, wie in der Stellungnahme ausgeführt, nicht bekannt, wurde bei der Sicherung der Versorgung aber auch nicht angerechnet.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-035</b>	
<p>"Bei restriktiver Auslegung des vorgenannten Vorbehalts ist ohnehin fraglich, ob überhaupt entsprechende Abgrabungsvorhaben denkbar sind, da nahezu sämtliche weiche Tabu-Kriterien im Regionalplan zugleich auch eine Zielfestlegung erfahren haben. So erklärt etwa Ziel 25.1 des Regionalplans Münsterland u.a. sämtliche Natura 2000-Gebiete im Plangebiet zu als Vorranggebiet ausgewiesenen Bereichen für den Schutz der Natur (BSN), in denen dem Arten- und Biotopschutz Vorrang vor beeinträchtigenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einzuräumen ist. Es ist fraglich, ob diese Festlegung – wie in Rn. 393 des Textteils des Regionalplans Münsterland ausgeführt – lediglich aus strategischen Gründen zwecks Entwicklung eines regionalen Biotopverbundsystems erfolgt ist, so dass sukzessive voranschreitende Abgrabungsvorhaben unter Berücksichtigung entsprechender Rekultivierungspflichten durchaus mit dem Ziel 25.1 zu vereinbaren wären. Andernfalls wären in sämtlichen BSN auch Abgrabungsvorhaben auch unterhalb von 10 ha unzulässig. Jedenfalls ist vor diesem Hintergrund nicht ausreichend sicher, dass die bei Inbezugnahme allein der BSAB bestehenden Bedarfsdeckungslücken durch die bereits genehmigten Abgrabungsvorhaben sowie Abgrabungsvorhaben unterhalb von 10 ha auch außerhalb von BSAB aufgefangen werden können."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10928-034</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-036</b>	
<p><b>"3 Umweltbericht</b></p> <p>Im Umweltbericht macht sich die Regionalplanungsbehörde im Wesentlichen die Stellungnahme der Höheren Landschaftsbehörde (Anhang C) zu Eigen. Diese basiert jedoch auf einer Reihe von Fehlannahmen, was den Sachlichen Teilplan Kalkstein nicht unberührt lässt, sondern zu einer deutlichen Unterschätzung der Belange der Dyckerhoff GmbH sowie der mit der Erweiterung ihres Betriebs in Lengerich verbundenen öffentlichen Interessen führt. Die Belange der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG sowie die mit der Erweiterung ihres Betriebs in Lienen verbundenen öffentlichen Interessen sind demgegenüber aufgrund vermeintlich fehlender volkswirtschaftlicher Bedeutung des Betriebs, abwägungsfehlerhaft schon von vornherein nicht weiter gewürdigt worden.</p>	<p>Der nachfolgende Teil der Stellungnahme ist unter der Voraussetzung abgegeben worden, dass nach Auswertung der im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Anregungen und Bedenken eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Die Regionalplanungsbehörde bleibt bei ihrer Auffassung, dass die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung mit Cenoman-Karbonatgestein ohne die Festlegung eines Abgrabungsbereiches auf dem Gebiet der Gemeinde Lienen sichergestellt ist. Eine ausführliche Erwiderung erübrigt sich somit. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und teilweise erwidert.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Wären sie mit einbezogen worden, hätte dies jedoch angesichts der nicht erfolgten Relativierung der Stellungnahme der Höheren Landschaftsbehörde durch die Regionalplanungsbehörde ebenfalls zu einer Unterschätzung geführt, weshalb die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG auch insoweit inhaltliche Einwendungen erhebt.</p> <p>Die Höhere Landschaftsbehörde – und mit ihr der aktuelle Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein – geht davon aus, dass nahezu sämtliche Abweichungsvoraussetzungen nach § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG hinsichtlich der von der Dyckerhoff GmbH geplanten Erweiterung ihres Betriebs in Lengerich (Steinbruch 'Hohne') nicht vorliegen. Weder stritten hierfür öffentliche Interessen (dazu 3.1) noch seien zwingende Gründe ersichtlich (nachfolgend 3.2). Ein Überwiegen könne nicht angenommen werden (danach 3.3) und im Übrigen gebe es weniger beeinträchtigende zumutbare Alternativen (zuletzt 3.4)."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-037</b>	
<p><b>"3.1 Öffentliches Interesse</b></p> <p>Die Höhere Landschaftsbehörde hat zunächst Zweifel am Vorliegen eines öffentlichen Interesses. Im Einzelnen:</p> <p><b>3.1.1 Begriff des öffentlichen Interesses</b></p> <p>Zunächst geht sie unter Verweis auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz (Urteil vom 08.07.2009, Az.: 8 C 10399/08.OVG, juris, Rn. 207) im Ausgangspunkt zutreffend davon aus, dass der Begriff des öffentlichen Interesses weit zu verstehen ist. Wörtlich heißt es insoweit in dem vorgenannten, von der Höheren Landschaftsbehörde herangezogenen Urteil:</p> <p><i>'Mit dem unbestimmten Rechtsbegriff des öffentlichen Interesses hat der Gesetzgeber den Kreis der im Rahmen der Ausnahmeprüfung berücksichtigungsfähigen Gemein-</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>wohlgründe bewusst weit gezogen; er umfasst grundsätzlich alle öffentlichen Interessen, lediglich reine Privatinteressen scheiden aus. Wie die Formulierung 'Erwägungen im Zusammenhang mit ...' in Art. 6 Abs. 4, 2. Unterabsatz FFH-RL zeigt, muss das Vorhaben auch nicht unmittelbar aus Gründen des öffentlichen Interesses durchgeführt werden: es reicht aus, dass es für die Zulassung bzw. Verwirklichung des Projekts Gründe des öffentlichen Interesses gibt. Deshalb kommt es auch nicht darauf an, ob Projektbetreiber ein öffentlicher oder – wie hier – ein privater Träger ist, der mit dem Projekt auch (eigen-)wirtschaftliche Interessen verfolgt; erforderlich, aber auch ausreichend ist, wenn an der Durchführung eines unmittelbar privatnützigen Vorhabens auch – mittelbar – öffentliche Interessen bestehen, z.B. zur Förderung oder Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur [...].'</i></p> <p>Dies erhellt, dass alle dann folgenden, einschränkenden Ausführungen der Höheren Landschaftsbehörde jedoch am einschlägigen rechtlichen Maßstab vorbeigehen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-038</b></p>	
<p><b>"3.1.2 Prognosemaßstab</b></p> <p>Des Weiteren heißt es in Anhang C (dort S. 14):</p> <p><i>'Demgegenüber sind mit dem Umstand, dass eine Erweiterung des Steinbruchs Hohne (Gewinnung Rohstoffen für die Grauzementproduktion) erst im Jahre 2038 erforderlich würde, erhebliche Prognoseunsicherheiten verbunden. Denn niemand kann mit Bestimmtheit vorhersagen, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugrunde gelegte öffentliche Interesse an der Gewinnung bis dahin Bestand hat. Des Weiteren kann nicht mit Bestimmtheit vorhergesagt werden, dass die Voraussetzung der Verbundproduktion, die derzeit Grundlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist, auch 2038 noch so gilt.</i></p> <p><i>Weder ist absehbar ob die Produktion von Tiefbohrzementen auch im Jahre 2038 nur im Rahmen einer Verbundproduktion möglich wäre, noch kann man mit Sicherheit vo-</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Für die Anerkennung öffentlicher Interessen und vor allem für ihr Gewicht in der Abwägung spielen Prognoseunsicherheiten durchaus eine Rolle. "Bei der Gewichtung sind auch die mit der Planung verbundenen Prognoseunsicherheiten zu bewerten. Je weiter die Unsicherheiten reichen, desto geringer wiegt grundsätzlich das öffentliche Interesse an dem Vorhaben (BVerwG, Urt. v. 09.07.2009 - 4 C 12/07 - BVerwGE 134, 166 Rn. 17)" (zitiert in OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 79).</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>raussagen, dass eine Zulieferung des Kalks für die Grauzemente aus anderen Steinbrüchen im Jahre 2038 unwirtschaftlich sein wird und damit keine zumutbare Alternative darstellen würde.'</i></p> <p>Damit bleibt unberücksichtigt, dass Prognosen immer mit Unsicherheiten verbunden sind. Das Verlangen von 'Sicherheit' zielte insoweit auf etwas Unmögliches, Unmögliches aber kann schlechterdings nicht geschuldet sein (<i>impossibilium nulla obligatio est</i>). Das Bundesverwaltungsgericht hat daher bereits selbst für die FFH-Verträglichkeitsprüfung, in der der Maßstab der Gewissheit und der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse gilt, festgehalten (BVerwG, Beschluss vom 28.11.2013, Az.: 9 B 14.13, juris, Rn. 8):</p> <p><i>'Hieraus folgt aber weder dass Verkehrsprognosen wegen der damit stets verbundenen Unsicherheiten grundsätzlich als Grundlage für Verträglichkeitsprüfungen ausscheiden müssen, noch, dass sie 'unbesehen' zur Grundlage einer solchen gemacht werden dürfen. Dass jede in Bezug auf ein Verkehrsprojekt durchgeführte Verträglichkeitsprüfung zunächst von einer Verkehrsprognose auszugehen hat, um das Ausmaß der Beeinträchtigung abschätzen zu können, liegt auf der Hand. [...] Dies bedeutet aber nicht, [...] dass die Verkehrsprognose 'unbesehen' übernommen werden darf. Abgesehen davon, dass die Verkehrsprognose ihrerseits – in den aufgezeigten Grenzen – ohnehin gerichtlich überprüfbar ist, kommt es entscheidend darauf an, ob die Verkehrsprognose für die sich im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung konkret stellenden Fragen hinreichend belastbare Aussagen enthält.'</i></p> <p>Im Rahmen der Abweichungsprüfung gilt dies umso mehr. Hier spielen Prognoseunsicherheiten vielmehr erst bei der Frage des Überwiegens eine Rolle. Das Bundesverwaltungsgericht hat hierzu festgehalten (BVerwG, Beschluss vom 14.04.2011, Az.: 4 B 77.09, juris, Rn. 45):</p> <p><i>'Mit welchem Gewicht Prognoseunsicherheiten zu Buche schlagen, beurteilt sich nach der Senatsrechtsprechung nach den Gegebenheiten des Einzelfalls. Reichen die Prognoseunsicherheiten weiter als in anderen Fällen, bedarf es der Darlegung, warum dem Vorhaben gleichwohl ein besonderer Stellenwert zukommt. Das kann etwa der</i></p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>Fall sein, wenn mit normativer Verbindlichkeit die besondere Dringlichkeit des Vorhabens angeordnet worden ist. Als Faustregel lässt sich festhalten: Je weiter die Unsicherheiten reichen, desto geringer wiegt das öffentliche Interesse an dem Vorhaben und desto konkreter und verbindlicher müssen die das Vorhaben stützenden Zielvorgaben sein, wenn ihm trotz des unsicheren Bedarfs ein hohes Gewicht beigemessen werden soll [...]."</i></p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-039</b></p>	
<p>"Diesen Voraussetzungen genügt jedenfalls das von der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG geplante Erweiterungsvorhaben. Anders als die Erweiterung der Dyckerhoff GmbH würde die Erweiterung des Steinbruchs in Lienen aufgrund des geringen Anteils des noch zur Verfügung stehenden Rohmaterials kurzfristig umgesetzt, so dass sich die Prognosen auf die nächsten Jahre und nicht auf einen entfernt liegenden Zeitpunkt in der Zukunft beziehen. Zudem wurde bereits in der Bedarfsanalyse dargelegt, dass vorliegende Prognosen des Bundesverbands Baustoffe – Steine und Erden e.V davon ausgehen, dass die Nachfrage nach Kalkstein zur Verwendung von Brannt- und Futtermalk in den nächsten Jahren (bis 2030) auf mindestens gleichbleibendem Niveau bestehen bleibt (BOSCH &amp; PARTNER 2016, 28). Dies steht im Einklang mit den Prognosen, die sich mit der Wohnungsbaunachfrage auseinandersetzen. So gehen Studien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sowie des Bundesverbands der Baustoffe von zunehmenden Bautätigkeiten bis zum Jahr 2030 aus. Auch die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass sich Umsatz und Auftragseingänge im Baugewerbe insgesamt, aber insbesondere auch im Bereich des Hoch- bzw. Wohnungsbaus, erhöhen. So stiegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahr real um 13,2 %. Der Hochbau nahm um 13,3 %, der Wohnungsbau um 15 % zu. Auch in Nordrhein-Westfalen liegt die nominale Veränderung gegenüber dem Vorjahr 2015 bei 8,1 % im Hochbau und 15,9% im Wohnungsbau (vgl. Anhang 6.5 <i>[Hinweis: Der Anhang ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.]</i>). Somit liegen keine Hinweise vor, die den zukünftigen Bedarf der Produkte in Frage stellen. Erhebliche Prognosesicherheiten werden daher nicht gesehen."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-040</b>	
<p>"Des Weiteren ist ein öffentliches Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze auch zukünftig – unabhängig von der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes – gegeben. Denn zum einen ist die Belegschaft der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG in einem überdurchschnittlich hohen Maß von Angelernten ohne fachliche abgeschlossene Berufsausbildung geprägt und unterscheidet sich daher deutlich vom Durchschnitt der gesamten deutschen Industrie. Im Falle einer Werksschließung weist gerade diese Gruppe auf dem Arbeitsmarkt schlechte Vermittlungschancen auf (SUSTAIN CONSULT 2016, 41). Zum anderen sind neben den direkten Verlusten von Arbeitsplätzen die indirekten Arbeitsplatzverluste in der Region, eine Verstärkung der bereits derzeit ungünstigen Entwicklungen hier (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern) sowie eine Reduktion der Kaufkraft der Beschäftigten, die bisher mit zusätzlicher Nachfrage und Wachstumsimpulsen für die gesamte Region verbunden waren, zu berücksichtigen. Diese negativen Effekte werden die Region zukünftig stark belasten, da auch durch die Schließung des Kohlebergwerks Ibbenbüren im Jahr 2018 eine hohe Belastung auf den regionalen Arbeitsmarkt zukommt (2.200 Beschäftigte sowie 6.000 in der Region von dem Bergwerk abhängige Arbeitsplätze, Stand: 2009) (SUSTAIN CONSULT 2016, 37)."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-041</b>	
<p><b>"3.1.3 Wirtschaftliche Aspekte</b></p> <p>Fernerhin wird in Anhang C ausgeführt (dort S. 15):</p> <p><i>'Bei einem Marktanteil von 9,4% in Bezug auf Zementklinker stellt sich die Frage, ob der Wegfall der Produktion tatsächlich gravierende Auswirkungen auf das deutschlandweite Marktgeschehen haben wird. In jedem Fall erscheint dieser Marktanteil substituierbar. Ein öffentliches Interesse wird daher bezweifelt und seitens der HLB nicht gesehen.'</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Dies geht – wie schon oben (3.1.1) erwähnt – am rechtlichen Maßstab für das Tatbestandsmerkmal des öffentlichen Interesses vorbei. Darüber hinaus ist nicht die Frage, ob ein bestimmter Marktanteil substituierbar ist, sondern zu welchem Preis. Insoweit ist für die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG jedenfalls festzuhalten, dass diese – wie bereits unter Punkt 1.2 ausgeführt – eine marktrelevante Position für die Produktion von Branntkalk und Futterkalk innerhalb der Planungsregion sowie innerhalb Deutschlands einnimmt. Demzufolge würde sich die Aufgabe der Produktion am Standort Lienen deutlich auf die Marktstruktur auswirken, so dass es zu einer Erhöhung des Marktpreises sowie Einschränkungen des freien Wettbewerbs käme. Neben Qualitätsverlusten bei den derzeit hergestellten Produkten würden insbesondere für den Futterkalk Versorgungsengpässe entstehen. Schließlich führt der Verlust von regional rund 90 Vollzeit-Arbeitsplätzen zu einer Verringerung der regionalen Einkommen und somit entsprechender Wachstumsimpulse in der Region (vgl. Seite 14)."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-042</b></p>	
<p>"Soweit der Umstand, dass ein Wegfall der Produktion am Standort Lengerich die Wettbewerbssituation verschlechtern würde, mit dem Argument beiseitegeschoben wird, auch die derzeitige Marktstruktur sei als ungünstig zu bewerten, ist auch das fehlerhaft. Umgekehrt würde die Höhere Landschaftsbehörde sich wohl kaum auf den Standpunkt stellen, dass ein Natura 2000-Gebiet nur deshalb weiter verschlechtert werden darf, weil sich die maßgeblichen Lebensraumtypen und Arten bereits in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden. Ebenso liegt es aber zweifelsohne im öffentlichen Interesse, dass ungesunde Märkte nicht noch weiter verschlechtert bzw. eine Gesundung verhindert oder wesentlich erschwert wird. So ist in der wettbewerbsrechtlichen Rechtsprechung etwa im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss eines marktbeherrschenden Unternehmens mit einem Konkurrenten unter dem Gesichtspunkt der Verstärkungswirkung anerkannt (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 22.12.2010, Az.: VI-Kart 4/09 (V), juris, Rn. 97):</p> <p><i>'Die Annahme einer Verstärkungswirkung setzt hierbei keinen bestimmten Grad an Spürbarkeit, insbesondere weder eine Ausweitung des bestehenden Marktanteils noch einen Ressourcenzuwachs voraus. Es genügt vielmehr, dass der Zusammenschluss überhaupt eine – wenngleich geringe – Verbesserung der Wettbewerbssituation für</i></p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p> <p>Auf die Argumente, dass sich im Falle einer möglichen Schließung die Markt- und Wettbewerbsstruktur noch weiter verengen wird und auch höhere Marktpreise zu erwarten sind, wurde in den vorgelegten Gutachten bereits hingewiesen. Eine solche, wahrscheinlich eintretende Entwicklung wird seitens der Regionalplanungsbehörde nicht widersprochen. Es stellt sich angesichts der in den Gutachten gemachten Angaben zu den Produktionsmengen insgesamt und nach Wettbewerbern die Frage, inwieweit angesichts der starken oligopolistischen Marktstruktur sowohl in der Zementindustrie als</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>das marktbeherrschende Unternehmen nach sich ziehen kann, wobei nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung die zu erwartenden Fusionsvorteile umso geringeres Gewicht haben müssen, je stärker die Marktstellung des betroffenen Unternehmens bereits vor dem Zusammenschluss gewesen ist: denn gerade dann gilt es, bestehenden Restwettbewerb zu schützen oder potenziellen Wettbewerb nicht zu entmutigen. Bei Märkten mit einem hohen Konzentrationsgrad – wie im Entscheidungsfall mit praktisch monopolistischen Strukturen – genügt daher schon eine geringfügige Beeinträchtigung des Restwettbewerbs oder potenziellen Wettbewerbs [...]."</i></p>	<p>auch bei der Kalkherstellung mit wenigen marktbeherrschenden Unternehmen in Deutschland eine freie Preisgestaltung wie auf anderen Märkten überhaupt noch stattfinden kann und ob nicht auch andere Aspekte einen wichtigen Einfluss auf die Preisgestaltung ausüben. Es stellt sich hier auch die Frage, inwieweit Importe mögliche Produktionsausfälle im Inland auffangen können – auch im Hinblick auf die Preisgestaltung.</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-043</b></p>	
<p><b>"3.1.4 Arbeitsplätze</b></p> <p>Soweit es auf S. 15 in Anhang C im Zusammenhang mit Beschäftigungseffekten eines Ausfalls der Produktion in Lengerich heißt:</p> <p><i>'Auch hier ist nochmals zu betonen, dass bezüglich der Lage am Arbeitsmarkt im Jahre 2038 eine große Prognoseunsicherheit besteht, ob und inwieweit ein öffentliches Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze gegeben sein wird. Auch eine erhebliche Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung nicht auszuschließen.'</i></p> <p>ist dies sicherlich zutreffend, ändert aber nichts am Vorliegen eines öffentlichen Interesses. Die Argumentation erkennt, dass der Verlust direkter und indirekter positiver Beschäftigungseffekte auch öffentliche Interessen berührt, zumal wenn sich die Arbeitslosigkeit im Kreis Steinfurt, im Gebiet des Regionalplans Münsterland und in der relevanten Arbeitsmarkregion auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegt als im Land Nordrhein-Westfalen. Denn eben diese positive Entwicklung würde durch die entstehenden Verluste behindert. Auch die seitens der Höheren Landschaftsbehörde zitierte Quelle (GEORG CONSULTING 2015) benennt den Verlust an Arbeits- und Ausbildungsplätzen als Risiken für die Region. So steht bspw. durch die Schließung des Kohlebergwerks Ibbenbüren im Jahr 2018 eine hohe Belastung auf dem regiona-</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Einschätzung der grundsätzlichen Anerkennung der Sicherung von Arbeitsplätzen als öffentliches Interesse wird geteilt (BVerwG, 4 C 12.07 - Urteil vom 09.07.2009, Rn. 23)</p> <p>Das Gutachten der Stadt Ibbenbüren zur Kohlekonversion in Zusammenarbeit mit GEORG CONSULTING geht –trotz der hohen Arbeitsplatzverluste - davon aus, dass der Strukturwandel aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung und der tragfähigen Strukturen der Region positiv ablaufen wird:</p> <p>"Die Beschäftigungsentwicklung in der Kohleregion Ibbenbüren übertrifft die Entwicklung in Vergleichsregionen. In den vergangenen Jahren sind in allen Sektoren, sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleistungen, neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. (...) Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Industriebeschäftigung durch das Auslaufen des Kohlebergbaus im Jahr 2018 zurückgehen wird. Die Region hat aber aufgrund einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur das Potenzial, diese strukturellen Veränderungen durch das Wachstum anderer Wirtschaftszweige zu kompensieren." (Stadt Ibbenbüren: Potenzialanalyse 2016, S. 30)</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>len Arbeitsmarkt bevor (2.200 Beschäftigte sowie 6.000 in der Region von dem Bergwerk abhängige Arbeitsplätze, Stand: 2009) (SUSTAIN CONSULT 2016, 37). In Bezug auf die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG bestehen überdies weit geringer Prognoseunsicherheiten, weil hier die oben (2.2) genannten Beschäftigungseffekte infolge des Wegfalls der Abgrabung in Lienen zeitnah bevorstünden."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-044</b></p>	
<p><b>"3.1.5 Umweltaspekte</b></p> <p>Schließlich erachtet die Höhere Landschaftsbehörde die mit einer Betriebsaufgabe in Lengerich verbundenen nachteiligen Umweltauswirkungen durch längere und zusätzliche Transportwege für zu gering, um öffentliche Interessen sein zu können, da mit der Betriebsaufgabe auch Entlastungseffekte in Lengerich einhergingen (S. 15 f. Anhang C).</p> <p>Damit wird verkannt, dass die Dyckerhoff GmbH bei ihren diesbezüglichen Angaben bereits eine saldierende Betrachtung vorgenommen hat und eben zu dem Ergebnis kam, dass sich die Transportwege verlängern werden. Dies trifft gleichermaßen auch auf den Fall des Wegfalls der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG zu. Im Falle einer Übernahme der Produktlieferungen in den Absatzbereich des Unternehmens wäre von einem zusätzlichen LKW-Verkehr von 658.664 km jährlich auszugehen, was einem jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 592.798 kg CO<sub>2</sub> entspricht. Die Vermeidung längerer Transportstrecken durch eine möglichst ortsnahe Rohstoffversorgung wird aber gerade beim Transport von schweren Massengütern – wie das bei Kalkstein der Fall ist – aus Umweltschutzgründen in der Rechtsprechung nicht nur als öffentliches Interesse, sondern sogar als besonderer Gemeinwohlgrund und damit als besonders gewichtiges öffentliches Interesse angesehen (siehe etwa VGH Kassel, Beschluss vom 20.02.2014, Az.: 2 B 277/14, juris, Rn. 22). Vor diesem Hintergrund sind die diesbezüglichen Einlassungen der Höheren Landschaftsbehörde nicht nachvollziehbar."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Grundsätzlich ist, so wie es der VGH Kassel einschätzt, der Transport und die damit verbundenen Auswirkungen als öffentlicher Belang anzusehen. Die Dimensionen, um die es hier und in dem zitierten Urteil geht, sind jedoch nicht vergleichbar und daher anders zu gewichten (zumal im angesprochenen Urteil kein FFH-Gebiet betroffen war). Im Urteil geht es um den <u>jährlichen</u> Transport von 1,0 Millionen Tonnen Kies (Rn. 22). Hier geht es bei der Firma Dyckerhoff um 4,6 Millionen Tonnen Kalkstein in 35 Jahren.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-045</b>	
<p><b>"3.2 Zwingende Gründe</b></p> <p>Zur weiteren Voraussetzung der zwingenden Gründe gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG führt die Höhere Landschaftsbehörde in ihrer Stellungnahme aus (Anhang C, S. 17):</p> <p><i>'Bewertet man die o.g. öffentlichen Gründe, die für eine Erweiterung des Steinbruchs ,Hohne' in Lengerich sprechen, an diesen Maßstäben, so bestehen aus Sicht der HLB erhebliche Zweifel, ob diese den Anforderungen an ,zwingende Gründe' genügen:</i></p> <p><i>[...] Es besteht aber in Bezug auf das öffentliche Interesse an der Verbundproduktion und an der Erhaltung der Arbeitsplätze eine erhebliche Prognoseunsicherheit. Weder kann der Bedarf an Tiefbohrzementen und damit die Voraussetzungen für eine Anerkennung der Verbundproduktion als öffentliches Interesse für das Jahr 2038 mit Sicherheit vorhergesagt werden, noch können zutreffende Voraussagen zur Arbeitsmarktsituation in der Region in 2038 gemacht werden. Somit kann aus der Betrachtung zum Zeitpunkt der Neuaufstellung des STK lediglich ein öffentliches Interesse zugrunde gelegt werden. [...]</i></p> <p><i>Hierzu müssten diese FISAHN (2003) zufolge auch auf einer europäischen Ebene zwingend für eine Erweiterung des Steinbruchs sprechen.</i></p> <p><i>Auch hier ist aus Sicht der HLB eher zweifelhaft, dass das öffentliche Interesse an der Verbundproduktion bzw. der Produktion der Tiefbohrzemente sowie die Erhaltung der Arbeitsplätze bei einer europäischen Betrachtung zwingend ist bzw. auf europäischer Ebene für das Projekt spricht; denn es liegt angesichts des Marktanteils des hiesigen Tiefbohrzements von weltweit maximal 7% zumindest nicht zweifelsfrei auf der Hand, dass dies europaweit gesehen von zwingender Bedeutung ist und es somit keine vernünftigen Zweifel an der Tragfähigkeit dieser Argumentation gibt. [...]</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>[...] Der vergleichsweise geringe Weltmarktanteil legt dabei nahe, dass das Produkt europaweit oder gar weltweit gesehen substituierbar ist. [...]</i></p> <p><i>[...] Andererseits bestehen jedoch erhebliche Zweifel, dass eine Erhaltung der Arbeitsplätze am Standort Lengerich bzw. auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland europaweit gesehen von Bedeutung ist oder ob diese Arbeitsplätze bei einem Wegfall des Standortes Lengerich nicht durch konkurrierende Unternehmen an einer anderen Stelle innerhalb der EU neu entstehen würden.'</i></p> <p>Wie im Widerspruch dazu eingangs auch die Höhere Landschaftsbehörde festhält, ist das Tatbestandsmerkmal der zwingenden Gründe inzwischen durch die Rechtsprechung bereits geklärt, weshalb in diesem Zusammenhang auch nicht auf eine weitgehend ungeteilt gebliebene, längst überholte, von 2003 (!) stammende Meinung in der Literatur zurückgegriffen werden muss. Der Begriff der zwingenden Gründe wird zwar in der FFH-Richtlinie nicht definiert, doch geht die Formulierung erkennbar auf die in der europäischen Rechtsprechung zur Rechtfertigung von Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 AEUV gebrauchte Formel zurück (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 05.07.2007, Az.: OVG 2 S 25.07, juris, Rn. 37). Hierzu hatte der Europäische Gerichtshof (Urteil vom 20.02.1979, Rs.: 120/78, Sig. 1979, 649 (Rn. 8) – Cassis de Dijon) schon früh festgehalten, dass Beschränkungen des freien Warenverkehrs – der freie Warenverkehr stellt immerhin eine der Grundlagen der Europäischen Union dar – nur hingenommen werden müssen, soweit dies notwendig ist,</p> <p><i>'um zwingenden Erfordernissen gerecht zu werden, insbesondere den Erfordernissen einer wirksamen steuerlichen Kontrolle, des Schutzes der öffentlichen Gesundheit, der Lauterkeit des Handelsverkehrs und des Verbraucherschutzes'.</i></p> <p>Anders als der Wortlaut vielleicht nahelegen mag, war mit den 'zwingenden Erfordernissen' also zu keiner Zeit das Vorliegen von unausweichlichen Sachzwängen oder mit Gewissheit eintretenden Umständen gemeint. Wie die weitere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Hemmnissen für die Warenverkehrsfreiheit zeigt, ist insoweit auch nicht zwingende Voraussetzung, dass die betreffenden 'zwingenden Erfordernisse' eine explizite primärrechtliche Anerkennung gefunden haben oder europa-</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>weite Relevanz aufweisen (hierzu SCHROEDER 2012: Art. 36 AEUV Rn. 33). Bestätigt wird dies in Bezug auf Art. 6 Abs. 4 FFH-RL etwa durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 24.11.2011 (Rs.: C-404/09, curia.europa.eu, Rn. 109 – Alto Sil), in dem dieser festgehalten hat, dass die Bedeutung der 'Bergbautätigkeit für die ortsansässige Wirtschaft' einen zwingenden Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses sein kann. Das in diesem Fall in Rede stehende Bergbauvorhaben hatte denn auch allenfalls regionale Bedeutung; für die EU als solche oder den Binnenmarkt war es ohne jede Relevanz. Auch in weiteren einschlägigen Entscheidungen ist keine Rede von Sachzwängen, Gewissheiten und europaweiter Relevanz (siehe z.B. EuGH, Urteil vom 16.02.2012, Rs.: C-182/10, curia.europa.eu. Rn. 75 – Solvay). Daher nimmt auch das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung an (siehe nur BVerwG, Hinweisbeschluss vom 06.03.2014, Az.: 9 C 6.12, juris, Rn. 47):</p> <p><i>'Art. 6 Abs. 4 FFH-RL setzt lediglich ein durch Vernunft und Verantwortungsbewusstsein geleitetes staatliches Handeln voraus [...].'</i></p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-046</b></p>	
<p>"Des Weiteren ist anzumerken, dass die Regelungen der FFH-Richtlinie selbst vorsehen, dass die Verwirklichung der Zielsetzungen unter Berücksichtigung 'regionaler und örtlicher Besonderheiten' sowie 'wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und regionaler Anforderungen' erfolgen muss. Dies belegen schließlich auch eine ganze Reihe anderer Vorhaben, die über eine Abweichung zugelassen worden sind und deren Abweichung seitens des Bundesverwaltungsgerichts sowie der Europäischen Kommission bestätigt wurde. So ist bspw. dem nationalen Bericht nach Art. 17 der FFH-Richtlinie aus dem Jahr 2013 (BFN 2013, Annex A Punkt 5) zu entnehmen, dass eine Abweichung regelmäßig bspw. für den Neubau oder die Verlegung von Ortsumgehungen bzw. sonstiger Bundesstraßen, Radwege, Bebauungspläne oder die Erweiterungen bzw. die Errichtung von Wohnbebauungen zugelassen wurde. Auch bei diesen Vorhaben ist nicht davon auszugehen, dass eine Vorhabensbegründung mit Blick auf eine europäische Dimension dargelegt worden ist. Gleiches zeigen die Auswertungen der EU-Kommission zu den Verfahren nach Art. 6 Abs. 4 der FFH-Richtlinie (Reports on derogations) (EU-KOMMISSION 2008 sowie EU-KOMMISSION 2012), die für den Zeitraum von 2004 bis 2006 sowie von 2007 bis 2011 vorliegen und Abweichungen nach Art. 6 Abs. 4 der</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>FFH-Richtlinie bspw. für einen Kalksteinbruch, den Kohleabbau der Zeche Walsum oder die Erweiterung von Gewerbegebieten oder touristischen Zentren dokumentieren. Ebenso belegen dies die im Rahmen von Abweichungsverfahren vorliegenden Stellungnahmen der EU-Kommission, in denen die Zulassung der Abweichungen für die Stärkung eines Wirtschaftsstandortes bzw. die Gewährleistung der Attraktivität für Wirtschaftsansiedlungen (EU-KOMMISSION 2015), die Erweiterungen und Errichtungen von Gewerbebetrieben (EU-KOMMISSION 2011) oder die Förderung einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region (EU-KOMMISSION 2006, 6; EU-KOMMISSION 2005, 5) nicht in Frage gestellt werden."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-047</b></p>	
<p>"Gemessen daran liegen jedenfalls für das Erweiterungsvorhaben der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG auch zwingende Gründe vor. Denn wie bereits dargelegt werden mit der Erweiterung des Steinbruchs der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG neben rein privatwirtschaftlichen Zielen öffentliche Interessen verfolgt. Dies äußert sich zum einen in gesetzlichen und planerischen Vorgaben wie bspw. der Zielvorgabe des Landesentwicklungsplans, die die Festlegung von Abgrabungsbereichen zur Sicherung eines Versorgungszeitraums von 35 Jahren für Festgestein vorsieht. Zudem sollen hiernach eine flächensparende und vollständige Gewinnung eines Rohstoffs und eine gebündelte Gewinnung aller Rohstoffe einer Lagerstätte erfolgen. Zwingende Gründe des öffentlichen Interesses werden zudem durch den derzeitigen und zukünftigen Bedarf der durch die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG hergestellten Produkte, der sich sowohl regional als auch bundesweit in den Absatzanteilen ausdrückt, sowie die nachteiligen wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen einer Aufgabe der Produktion am Standort Lienen deutlich, die sich ebenfalls sowohl auf örtlicher und regionaler als auch auf Bundesebene auswirken."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-048</b></p>	
<p>"Dem stehen auch nicht die Ergebnisse des im Jahr 1997 fertiggestellten Gutachtens 'Nutzungskonflikt Kalksteinabgrabung – Naturschutz' (Kalksteingutachten) entgegen.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Auf der Grundlage dieses Gutachtens wurden 1998 Abgrabungsflächen in den damaligen Regionalplan (GEP Regierungsbezirk Münster – Teilabschnitt Münsterland vom 06.12.1999) aufgenommen. Hinsichtlich der Ausweisung weiterer Abgrabungsbereiche gab es hingegen keine abschließende Festlegung. Nichts anderes ist dem Protokoll der Abschlusssitzung des das Kalksteingutachten begleitenden Arbeitskreises, die am 31.05.1999 in Lengerich stattgefunden hat, zu entnehmen. Denn hier wurde vereinbart, die weitere Entwicklung des Teutoburger Waldes im Rahmen eines kontinuierlichen Dialogs zur Aufbereitung der Interessenskonflikte im Teutoburger Wald – sog. 'Runder Tisch 2025' – mit dem am Kalksteingutachten Beteiligten aufzubereiten. Wörtlich heißt es dort:</p> <p><i>'Seitens des Naturschutzes besteht die Zielvorstellung, dass es nach 25 Jahren keiner Erweiterung der bestehenden Abgrabungen mehr bedarf. Diese Vorstellung trifft auf Gegenrede bei Industrie und Kommunen.'</i></p> <p>Ein einstimmiger Beschluss, keine weiteren Abgrabungsflächen auszuweisen, wurde demzufolge nicht gefasst. Dies belegen schließlich auch die bis zum Jahr 2008 geführten Abstimmungen zur Anrechenbarkeit naturschutzfachlicher Maßnahmen als Kohärenzsicherungs- und Ausgleichsmaßnahmen für zukünftige Erweiterungen der Abgrabungsbereiche im Teutoburger Wald, die schließlich in einem Vertrag zwischen den beteiligten Parteien festgehalten wurden (vgl. hierzu Pkt. 3.3). So führt der Vertrag insbesondere aus:</p> <p><i>'Ziel dieser Vereinbarung ist es, die Anrechenbarkeit naturschutzfachlicher Maßnahmen, zu denen die vertragschließenden Firmen rechtlich nicht verpflichtet sind, als Kohärenzsicherungsmaßnahmen i.S.v. § 34 Abs. 5 BNatSchG und § 48d Abs. 7 Landschaftsgesetz – LG sowie als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen i.S.v. § 19 BNatSchG und §§ 4a u. 5a LG für etwaige zukünftige Abbauvorhaben verbindlich festzulegen und damit positive Voraussetzungen für Regionalplanänderungen und Genehmigungen zu schaffen. (...) Die Anrechenbarkeit gilt im Falle einer etwaigen Nichtinanspruchnahme durch die beteiligten Firmen weiter bzw. kann übertragen werden.'</i></p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-049</b>	
<p><b>"3.3 Überwiegen</b></p> <p>Was schließlich die Abweichungsvoraussetzung des Überwiegens angeht, so verlangt diese eine Abwägung der einander widerstrebenden Interessen (EuGH, Urteil vom 11.09.2012. Rs.: C-43/10, curia.europa.eu, Rn. 121 - Acheloos). Dabei kommt den gebietsschutzrechtlichen Belangen nicht per se ein Übergewicht zu; die Gewichtung der gebietsschutzrechtlichen Belange in der Abwägung muss vielmehr nur den Ausnahmecharakter des Art. 6 Abs. 4 FFH-RL im Sinne einer Konzeption der größtmöglichen Schonung der Integrität des Netzes Natura 2000 erkennen lassen (BVerwG, Urteil vom 09.07.2009 Az.: 4 C 12.07, juris, Rn. 15). Das Gewicht, mit dem das gebietsschutzrechtliche Integritätsinteresse in die Abwägung einzustellen ist, hängt damit entscheidend vom Ausmaß der Beeinträchtigung ab; erforderlich ist eine Beurteilung in qualitativer und quantitativer Hinsicht (BVerwG, Urteil vom 28.03.2013, Az.: 9 A 22.11, juris, Rn. 99).</p> <p>Insofern stellt sich die Höhere Landschaftsbehörde bereits eingangs ihrer Stellungnahme (Anhang C, S. 3) auf den Standpunkt:</p> <p><i>'Der Teutoburger Wald stellt, entsprechend der Gebietsbeschreibung durch das LANUV, eines von insgesamt vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW.'</i></p> <p>An späterer Stelle heißt es dann nach Benennung noch weiterer Details (Anhang C, S. 19):</p> <p><i>'Die Bedeutung des FFH-Gebietes innerhalb des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 ist daher sehr groß und kann bzw. muss durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen noch deutlich gesteigert werden.'</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Bedeutung des FFH-Gebiets hat das LANUV wie folgt Stellung genommen:</p> <p>"Das BfN hat in einem Handbuch (1998) "Das europäische Schutzgebietssystem Natura2000" auf S. 338 für den LRT 9130 in Deutschland vier Hauptvorkommen ausgewiesen. Eines dieser Hauptvorkommen sind die benachbarten "Naturräumlichen Haupteinheiten" D36 und D18. Das FFH-Gebiet DE-3813-302 "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" liegt in D36. Der Teutoburger Wald stellt in seiner NW-SO Ausrichtung eine Verbundachse für diesen LRT in D36 dar; das strittige Gebiet liegt dabei am NW-Ende dieser Achse und damit an der nordwestlichen Verbreitungsgrenze des LRT und seiner charakteristischen Arten in seinem Hauptverbreitungsgebiet. (Siehe <a href="https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/waelder.pdf">https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/waelder.pdf</a> )</p> <p>Die Verbreitung/Distribution des LRT 9130 erlitt bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.</p> <p>Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können.</p> <p>Zugleich ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor."</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>Neben der Fläche an sich ist auch deren Verbundfunktion im Europäischen Schutzgebietsnetz NATURA 2000 zu betrachten. Diese ist bereits durch den Steinbruch ‚Hohne‘ empfindlich unterbrochen, da sich zwischen den Gebietsteilen westlich und östlich des Steinbruchs eine große Lücke auftut. in der die entsprechenden FFH-Lebensraumtypen nicht (mehr) vorkommen. Diese Lücke würde durch eine Erweiterung noch deutlich vergrößert.'</i></p> <p>Dazu ist zunächst zu sagen, dass sich die Ausführungen des LANUV zur Bedeutung des FFH-Gebiets auf den Raum des Teutoburger Waldes insgesamt beziehen, der sich vom Tecklenburger Land bis Horn-Bad Meinberg erstreckt, und das FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' als Teil dieses Verbreitungsgebiets anzusehen ist (vgl. Ausführungen des LANUV im Informationssystem Natura 20006 [FN 6: <a href="http://natura2000-meldedok.naturschutzhinweisen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/fachinfo/listen/meldedok/DE--3813-302-">http://natura2000-meldedok.naturschutzhinweisen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/fachinfo/listen/meldedok/DE--3813-302-</a> [Abfrage Januar 2017]]):</p> <p><i>'Der Teutoburger Wald stellt insgesamt eines von vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW (Weser- und Weser-Leine-Bergland), das sich nach Südosten (Thüringer Becken und Randplatten) fortsetzt. Die nördlichen Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges gehören somit zu einem landesweit bedeutsamen Korridor für Buchenwälder auf Kalkgestein und haben daher eine hohe Bedeutung.'</i></p> <p>Neben dem FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes', in dem sich nach aktuellen Angaben des LANUV 435,87 ha des hier zu betrachtenden Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) befinden, sind die folgenden FFH-Gebiete in diesem Raum ausgewiesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 'Sandsteinzug Teutoburger Wald' (DE 37' 2-302) mit 9,26 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)</li> <li>• 'Östlicher Teutoburger Wald' (DE 4017-301) mit 2.251,70 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT9130)[FN7: Flächenangaben zum LRT 9130 gemäß Datensatz</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>des LANUV zu den Lebensraumtypen in NRW (Grafikdaten der Natura 2000 Lebensraumtypen mit Stand vom Juni 2016: <a href="http://natura2000-m_dedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads">http://natura2000-m_dedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads</a>.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>'Teutoburger Wald, Kleiner Berg' (DE 3813-331) mit 1.265 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT9130) [FN8: Angaben gemäß Standarddatenbogen: <a href="http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_2-000/download_ae_zu_natura_2000/46104.html">http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_2-000/download_ae_zu_natura_2000/46104.html</a>].-</li> </ul> <p>Von den insgesamt 3.961,83 ha Waldmeister-Buchenwald innerhalb des Teutoburger Waldes nehmen die 435,87 ha im FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges' daher lediglich einen Anteil von gerade einmal 11 % ein."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-050</b></p>	
<p>"Des Weiteren ist die Verbreitung des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald in Nordrhein-Westfalen in den Blick zu nehmen. Gemäß den Angaben des LANUV weist der LRT 9130 in ganz Nordrhein-Westfalen eine Fläche von 37.330 ha auf, wovon sich 32.430 ha in der kontinentalen biogeografischen Region und 4.900 ha in der atlantischen biogeografischen Region befinden [FN9: Angaben gemäß FFH-Bericht 2013 des Landes NRW (unter: <a href="http://ffh-bericht-2013.naturschutzinformationen.nrw.de/ffh-bericht-2013/de/nrw-bericht-karten/anhang-d/waelder">http://ffh-bericht-2013.naturschutzinformationen.nrw.de/ffh-bericht-2013/de/nrw-bericht-karten/anhang-d/waelder</a>)].-</p> <p>Innerhalb von FFH-Gebieten liegen ca. 19.030 ha (16.760 ha in der kontinentalen und 2.271 ha in der atlantischen biogeografischen Region)[FN10: Flächenangaben zum LRT 9130 gemäß Datensatz des LANUV zu den Lebensraumtypen in NRW (Grafikdaten der Natura 2000 Lebensraumtypen mit Stand vom Juni 2016: <a href="http://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads">http://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads</a>.)]</p> <p>Im Hinblick auf die Bedeutung des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' für den Waldmeister-Buchenwald in Nordrhein-Westfalen ist anzumerken, dass sich die Bestände innerhalb des FFH-Gebiets nicht einmal unter den zehn größten Vorkommen in der hiesigen kontinentalen Region befinden. Gemäß den Angaben des LANUV sind in zehn weiteren FFH-Gebieten größere Vorkommen des LRT 9130 vorhanden. In einem Großteil der Gebiete liegt der Flächenanteil des LRT weit über 500</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das LANUV hat sich zur Bedeutung des Gebiets wie folgt geäußert:</p> <p>"Von der Gesamtfläche des FFH-Gebiets DE-3813-302 "Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" von rund 720 ha entfällt mit rund 420 ha der größte Anteil auf den LRT 9130. Dieser war mithin einer der wesentlichen Meldegründe.</p> <p>Entgegen der hier gemachten Darstellung wird die Bedeutung eines Gebietes nicht durch einen Rangplatz auf einer Liste (für die kontinentale biogeographische Region) bestimmt.</p> <p>Entscheidend für die Bedeutung eines FFH-Gebietes sind dessen Repräsentativität, dessen Erhaltungszustand und dessen Relative Fläche, zusammengefasst in einer Gesamtbeurteilung [...]</p> <p>Die Bedeutung wird einzelgebiets- bzw. LRT-weise ermittelt. Ein Vergleich mit anderen Gebieten wäre dort nur insofern möglich, als verschiedene Aspekte über relevante</p>

## Anregungen und Bedenken / Hinweise

ha. So umfasst das FFH-Gebiet 'Egge' bspw. eine Fläche von 1.962,64 ha des LRT 9130 (vgl. Tabelle 1 in Anhang 6.6 *[Hinweis: Der Anhang ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.]*).

Gemäß nationalem Bericht nach Art. 17 der FFH-Richtlinie umfasst die aktuelle Fläche des Lebensraumtyps in gemeldeten Gebieten in der kontinentalen biogeografischen Region in Deutschland mindestens 291.069 ha und maximal 300.003 ha (mindestens 328.881 ha innerhalb von FFH-Gebieten deutschlandweit)[FN11: [https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat\\_Bericht\\_2013/Lebensraumtypen/kontinental\\_waelder.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/kontinental_waelder.pdf)].-

Die Bundeswaldinventur gibt für ganz Deutschland einen Umfang von Waldmeister-Buchenwald mit 1,4 Mio. ha an[FN12: <https://www.bundeswaldinventur.de/index.php?id=671>]. Eine Übersicht über die Flächenumfänge des Vorkommens des Lebensraumtyps im Verhältnis zu den Flächenangaben zum LRT 9130 gemäß Datensatz des LANUV zu den Lebensraumtypen in NRW innerhalb des FFH-Gebietes "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes" erfolgenden Inanspruchnahme gibt die nachfolgende Abbildung *[siehe angehängte Abbildung]*."

Umfang der Beeinträchtigungen durch die Steinbrucherweiterung	Vorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)			
	FFH-Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“	FFH-Gebiete im gesamten Teutoburger Wald	Kontinentale biogeografische Region in NRW (innerhalb von FFH-Gebieten)	Kontinentale biogeografische Region in Deutschland (innerhalb von FFH-Gebieten)
17,2 ha	435,87 ha	3.961,83 ha	32.430 ha (16.760 ha)	mindestens 291.069 ha

**Abb. 1:** Vorkommens des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald im Verhältnis zu der innerhalb des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“ erfolgenden Inanspruchnahme

## Ausgleichsvorschläge

Elemente (z. B. Randlage, Biotopverbundaspekte, besondere Artenausstattung) in die Gesamtbeurteilung einbezogen werden können.

Für DE-3813-302 "Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" steht im SDB für 420 ha LRT 9130 folgendes:

- Repräsentativität A – Hervorragende Repräsentativität
- Erhaltungszustand B – guter Erhaltungszustand
- Relative Fläche C – 0 -2% der Gesamtfläche des LRT (in Deutschland)
- Die integrierende Gesamtbeurteilung ist "B – guter Wert"

\* Mit diesem Kriterium wird eine Gesamtbeurteilung des Wertes des Gebiets für die Erhaltung des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps vorgenommen. Es dient einer integrierten Bewertung der vorherigen Kriterien unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Gewichts, das diese für den betreffenden Lebensraum haben können. Es können auch andere Aspekte zur Beurteilung der relevantesten Elemente herangezogen werden, um den positiven bzw. negativen Einfluss auf die Erhaltung des Lebensraumtyps global zu erfassen. Die "relevantesten" Elemente können je nach Lebensraumtyp variieren; denkbar sind menschliche Aktivitäten im Gebiet oder in benachbarten Gebieten, die den Erhaltungszustand des Lebensraumtyps beeinflussen können, die Eigentumsverhältnisse, der rechtliche Status des Gebiets, die ökologischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebensraumtypen und Arten usw.

DE 30.7.2011 Amtsblatt der Europäischen Union L 198/39

*Lesehilfe:*

Für das Gebiet DE-3813-302 Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg bzw. dort den LRT 9130 weist der Standarddatenbogen also den höchsten Repräsentativitätsgrad "A – hervorragende Repräsentativität" aus:

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p><i>"Anhand des Repräsentativitätsgrades lässt sich ermessen, "wie typisch" ein Lebensraumtyp ist." Der LRT 9130 ist in diesem Gebiet also für den Naturraum D36 in hervorragendem Maße typisch!</i></p> <p><i>Der aktuelle Erhaltungszustand dieses Lebensraumtyps im Gebiet ist mit "B – guter Erhaltungszustand" bewertet. Diese Einschätzung erfolgte auf der Grundlage von Felderhebungen, die Datenqualität ist also richtigerweise mit "G – gut" angegeben. Der Erhaltungszustand wird aus drei Kriterien gemittelt: "Erhaltungsgrad der Struktur und der Funktionen des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps und Wiederherstellungsmöglichkeit." Das LANUV bewertet diese Kriterien im Rahmen der so genannten Erhaltungszustandsbewertung für Strukturen, Artenzusammensetzung (als Merkmal für Funktionen) und Beeinträchtigungen (als Merkmal für Wiederherstellungsmöglichkeit) für jede einzelne Biotoptypenfläche und mittelt diese Werte dann für den Eintrag in den SDB.</i></p> <p><i>Die Relative Fläche des LRT im Gebiet ist methodisch bedingt fast immer "C", weil sie den Anteil des LRT im Gebiet an dem Gesamtvorkommen des LRT in Deutschland angibt.</i></p> <p><i>Mit der integrierenden Gesamtbeurteilung "B – guter Wert" ist die Bedeutung des LRT vollumfänglich und generalisierend ausgedrückt.</i></p> <p>Die Verbreitung/Distribution des LRT 9130 erlitt bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.</p> <p>Insgesamt hat das FFH-Gebiet eine hohe Bedeutung für das Netz Natura 2000 im europäischen, nationalen, landesweiten und regionalen Maßstab. Der Teutoburger Wald stellt insgesamt eines von vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW (Weser- und Weser-Leine-Berg-</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>land), das sich nach Südosten (Thüringer Becken und Randplatten) fortsetzt. Die nördlichen Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges gehören somit zu einem landesweit bedeutsamen Korridor für Buchenwälder auf Kalkgestein und haben daher eine hohe Bedeutung.</p> <p>Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können. In diesem größeren Zusammenhang sind die bestehenden Abgrabungen, insbesondere der Fa. Dyckerhoff, bereits jetzt ein Hindernis. Je mehr solcher Hindernisse in Folge nacheinander aufgereiht sind, umso schwieriger wird ein solcher Austausch.</p> <p>Zugleich ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor. Wie schon zuvor dargestellt sind größere Unterbrechungen der Lebensraumkontinuität für solche Prozesse nachteilig."</p> <p>Ferner ist darauf hinzuweisen, dass der Ansatz für die Ausnahmeprüfung die Integrität des betroffenen Gebietes und nicht die Kohärenz des gesamten Waldmeister-Buchenwald-Netzes ist.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-051</b>	
<p>"Was die Verbundfunktion im europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 und die Unterbrechung dieser Verbundfunktion durch die Steinbrüche betrifft, so ist anzumerken, dass die Steinbrüche bereits vor der Meldung des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' bestanden. Eine empfindliche Unterbrechung wurde demnach durch das Land Nordrhein-Westfalen bzw. das LANUV als zuständige Fachbehörde im Zuge der Gebietsmeldung nicht gesehen. Zudem ist darauf hinzuweisen,</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aus der Stellungnahme des LANUV: "Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können. In diesem größeren Zusammenhang</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>dass gemäß den Angaben des LANUV die gefährdeten Pflanzen- und Tierarten im Bereich der Steinbrüche (bspw. Orchideen, Uhu) dem Gebiet eine besondere naturschutzfachliche Bedeutung verleihen[FN13: <a href="http://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/veroeffentlichungen/loebf/oekologie/fb_teutoburger_wald.pdf">http://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/veroeffentlichungen/loebf/oekologie/fb_teutoburger_wald.pdf</a>]."</p>	<p>sind die bestehenden Abgrabungen, insbesondere der Fa. Dyckerhoff, bereits jetzt ein Hindernis. Je mehr solcher Hindernisse in Folge nacheinander aufgereiht sind, umso schwieriger wird ein solcher Austausch.</p> <p>Zugleich ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor. Wie schon zuvor dargestellt sind größere Unterbrechungen der Lebensraumkontinuität für solche Prozesse nachteilig."</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-052</b></p>	
<p>"Darüber hinaus ist anzumerken, dass entsprechende Managementanstrengungen innerhalb des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' bislang nicht erfolgt sind, so dass eine entsprechend hohe Bedeutung seitens der Naturschutzverwaltung nicht erkennbar ist."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-053</b></p>	
<p>"Zudem kann nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts das Gewicht der Naturschutzseite dadurch gemindert werden, dass Kohärenzmaßnahmen ergriffen werden, die unmittelbar an den beeinträchtigten Gebietsbestandteilen ansetzen und einen Ausgleich innerhalb desselben Schutzgebiets schaffen (BVerwG, Urteil vom 09.07.2009, Az.: 4 C 12.07, juris, Rn. 28; BVerwG, Beschluss vom 03.06.2010, Az.: 4 B 54.09, juris, Rn. 21). Die Höhere Landschaftsbehörde ist insoweit skeptisch (Anhang C, S. 20):</p> <p><i>'Bislang wurden seitens der Dyckerhoff GmbH allerdings lediglich 1,5 ha Nadelwald innerhalb des FFH-Gebiets in Laubwald umgebaut. Da die Erweiterung des Abbaus am Hohner Berg jedoch erst im Jahre 2038 beginnen soll, wäre derzeit noch ein ausreichender zeitlicher Vorlauf gegeben. Erhebliche Unsicherheiten bestehen jedoch dann, dass sich die Maßnahmen innerhalb des prognostizierten Zeitraums tatsächlich zu</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kohärenzsicherungsmaßnahmen stehen am Ende der Prüfkette des Ausnahmeverfahrens nach § 34 BNatSchG und kommen erst nach erfolgter Abwägung mit einer Entscheidung für die Durchführung des Projektes zum Tragen, daher können sie in der Abwägung auch nach Auffassung des EuGH (Urteil vom 15.05.2014 – C 521/12 Rn. 29, 35) keine Berücksichtigung finden (siehe hierzu auch OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 123; WULFERT 2016b:669).</p> <p>Die KOM führt hierzu im Auslegungsleitfaden zu Artikel 6 Abs. 4 der FFH-RL (2007/2012) aus:</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>FFH-Lebensräumen entwickeln. So ist die Neubegründung von Buchenwald auf landwirtschaftlichen Flächen mit erheblichen Unsicherheiten und Ausfallmöglichkeiten behaftet. Die zunehmenden Klimaextreme der letzten Jahre, vor allem Frühjahrstrockenheit und Dürren in den Sommermonaten führen dazu, dass die Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen zumindest auch aus diesem Grund einer hohen Prognoseunsicherheit unterworfen ist. Hinzu kommt, dass der Bodenmarkt in der Region ausgesprochen angespannt ist und aus Sicht der HLB Zweifel daran bestehen, dass die erforderlichen Flächen in und außerhalb des in Rede stehenden FFH-Gebietes mobilisiert werden können.</i></p> <p><i>Des Weiteren können die Kohärenzsicherungsmaßnahmen auch bei einem größeren zeitlichen Vorlauf keinen oder allenfalls einen geringen Beitrag zum Ausgleich der Störung des Biotopverbundes am Hohner Berg leisten, da sich die durch die Erweiterung zunehmende Lücke im FFH-Gebiet an dieser Stelle mangels geeigneter Flächen nicht kompensieren lässt.</i></p> <p><i>Darüber hinaus sind alte, etablierte Wälder ungleich wertvoller und weisen deutlich bessere Erhaltungszustände auf als Dickungen und Stangenhölzer die ihr vollständiges Artenspektrum i.d.R. erst nach vielen Jahrzehnten erreichen."</i></p>	<p>"Demzufolge stellen Ausgleichsmaßnahmen kein Mittel dar, um eine Verwirklichung von Plänen und Projekten unter Umgehung der Anforderungen von Artikel 6 zu ermöglichen. (...) Erst wenn die Entscheidung getroffen wurde, mit der Verwirklichung des in Frage stehenden Plans/Projekts fortzufahren, ist es an der Zeit, Ausgleichsmaßnahmen zu erwägen." (S.12)</p>
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-054</b></p>	
<p>"Jedenfalls in Bezug auf die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG stellt sich die Situation jedoch anders dar. Prognoseunsicherheiten bestehen hier nicht; denn wie der große Umfang der durch die Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG bereits umgesetzten Maßnahmen zeigt, ist eine Umsetzung der vorgesehenen, geplanten Maßnahmen durchaus realistisch. Seitens der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG wurden bereits 32 ha innerhalb des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' und damit über 90 % der erforderlichen Kohärenzmaßnahmen umgesetzt. Außerhalb des FFH-Gebietes wurden weitere 12,5 ha Maßnahmen durchgeführt, so dass insgesamt bereits 44,5 ha Maßnahmen umgesetzt wurden. 23 ha, und somit etwa 52 % der umgesetzten Maßnahmen, sind durch die Untere Landschaftsbehörde fertiggestellt abgenommen worden. Weitere erforderliche Maßnahmenflächen sind durch Pachtverträge oder Eigentum der</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG vollständig gesichert. Von den potenziellen Maßnahmenflächen erster Priorität hat das Unternehmen Zugriff auf über 60 ha und auf weitere 15 ha der zweiten Priorität."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-055</b></p>	
<p>"Mit Blick auf die angesprochenen Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Wirksamkeit der Maßnahmen ist zudem anzumerken, dass das vorgesehene Maßnahmenkonzept in dem bereits angesprochenen Vertrag durch den Landesbetrieb Wald und Holz, den Kreis Steinfurt sowie die Bezirksregierung Münster selbst bestätigt worden ist. Eine Wirksamkeit der Maßnahmen wurde hier nicht angezweifelt. Darüber hinaus ist die Art der Maßnahme bereits in anderen Vorhaben angewandt und bestätigt worden [FN14: Vgl. bspw. Waldumbau und Waldentwicklungsmaßnahmen für den LRT 9130 im Rahmen des Neubaus der Nord-West-</p> <p>Umfahrung Hamburg BVerwG. Urteil vom 06.11.2013. Az.: 9 A 14.12. juris, Rn. 96; akzeptiert auch in BVerwG, Urt. v. 23.04.2014. Az.: 9 A 25.12. juris, Rn. 88; VGH Kassel, Urteil vom 21.08.2009. Az.: 11 C 318/08.T. juris, Rn. 610; VGH Kassel, Urteil vom 17.06.2008. Az.: 11 C 1975/07.T. juris, Rn. 121-123.]. Durch die Integration der Kohärenzmaßnahmen in das FFH-Gebietsmanagement ist sichergestellt, dass die Maßnahmen funktionsfähig sind. Der mögliche time-lag-Effekt bei der Etablierung des Waldmeister-Buchenwaldes wird aufgrund des zeitlichen Vorlaufs der bereits umgesetzten Maßnahmen, der über 30 Jahre gestreckten Flächenverluste sowie des hohen Kohärenzverhältnisses von 1:4 (!) aufgehoben.</p> <p>Darüber hinaus ist anzumerken, dass eine Neubegründung von Buchenwald auf landwirtschaftlich genutzten Flächen lediglich maximal ein Viertel der vorzusehenden Maßnahmen ausmacht. Neben den Aufforstungen werden in einem Verhältnis von 1:3 bestehende Waldbestände umgebaut bzw. zu dem entsprechenden Lebensraumtyp entwickelt. Eine Prognoseunsicherheit in Bezug auf den Waldumbau, der aufgrund der Standortbedingungen eine Entwicklung hin zur potenziell natürlichen Vegetation vorsieht, ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zwar trifft dies in Bezug auf die grundsätzliche Einstufung als LRT zu, es ist hier jedoch auch die Bedeutung des Buchenwaldes als Lebensraum der charakteristischen Arten und Anhang II-Arten (u.a. Schwarzspecht und Gr. Mausohr) zu berücksichtigen, die auf ältere Bestände angewiesen sind.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Weiterhin belegen die Erfahrungen der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG aus der bisherigen Maßnahmenumsetzung im Bereich des Teutoburger Waldes, dass eine Wirksamkeit der Maßnahmen gegeben ist. Dies wird schließlich auch dadurch belegt, dass ein Großteil der Maßnahmen durch die Untere Landschaftsbehörde begutachtet und abgenommen wurde. Zudem finden insbesondere in den ersten Jahren nach der Maßnahmenumsetzung intensive Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen statt. Darüber hinaus erfüllen bereits junge Bestände die Anforderungen an den Lebensraumtyp Waldmeister-Buchenwald [FN15: vgl. Biotop- und Lebensraumtypenkatalog des LANUV 2017, S. 132 unter <a href="http://methoden.naturschutzinformationen.nrw.de/methoden/web/babefmedia-/sammelmappe_lrt-mai_2016.pdf">http://methoden.naturschutzinformationen.nrw.de/methoden/web/babefmedia-/sammelmappe_lrt-mai_2016.pdf</a>]. Gemäß Biotop- und Lebensraumtypenkatalog sind bereits geschlossene Bestände ab Dickungsalter ohne Krautschicht dem Lebensraumtyp zuzurechnen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-056</b></p>	
<p>"Was die Prognoseunsicherheiten aufgrund zunehmender Klimaextreme betrifft, ist zunächst anzumerken, dass sich die prozentuale Änderung der Niederschlagssumme 2021 bis 2050 gemäß der Zukunftsprojektionen des Klimaatlasses NRW im Bereich Lienen im Sommer mit lediglich -5 bis -1 % angegeben wird; im Frühling ist für den Bereich Lienen sogar eine Zunahme der Niederschlagssumme von 1 bis 5 % angegeben; für den nördlichen Bereich von Lengerich ist keine Änderung zu erwarten [FN16: Vgl. <a href="http://www.klimaaf.las.nrw.de">www.klimaaf.las.nrw.de</a>: Zukunftsprojektion Niederschlag: Prozentuale Änderung der Niederschlagssumme 2021-2050 bezogen auf 1971-2000. Szenario A1B. Modellsensemble, 50. Perzentil.]. Zudem führt das MKULNV aus, dass sich die flächenmäßigen Anteile einzelner Baumarten in den Wäldern Nordrhein-Westfalens durch den Klimawandel dahingehend verändern werden, dass die Fichte zunehmend unter Wärmestress steht und sich die Buche – da sie unanfälliger ist – weiter ausbreiten wird (MKULNV 2012, 6 sowie MKULNV 2013, 8). Da die Buche mildes Winter- und kühles, feuchtes Sommerklima bevorzugt, ist davon auszugehen, dass die Konkurrenzkraft in den höheren Lagen – wie sie auch in Teutoburger Wald vorliegen – eher zunehmen wird (MKULNV 2014, 25). Zudem wird angenommen, dass Buchenwälder in vielen</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der dt. Forstwirtschaftsrat schreibt hierzu: "Die Buche wird aufgrund ihrer breiten genetischen Basis gut mit dem Klimawandel zurechtkommen. Sie verfügt über eine sehr hohe Anpassungsfähigkeit an umweltbedingte Veränderungen. In den meisten Regionen kann sie wegen ihrer breiten Standortamplitude und ihrer vorhandenen genetischen Variation weiterhin für den Anbau empfohlen werden. (...). In den höheren Lagen der Mittelgebirge und der Alpen ist künftig mit einer Erweiterung des Areals und höherer Konkurrenzkraft zu rechnen. (...) Die Buche spielt aufgrund ihrer Angepasstheit eine besondere Rolle beim klimagerechten Waldumbau." (DFWR 2008:27)</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Gebieten von Nordrhein-Westfalen auch bei höheren Temperaturen (Anstieg der jährlichen Mitteltemperaturen bis 2 °C) und bei nur geringerem Rückgang der Sommerniederschläge gedeihen würden. Kritische Bereiche könne es ausschließlich an den Grenzen des Buchenvorkommens geben (MKULNV 2015, 19). Der Teutoburger Wald befindet sich jedoch nicht an der Verbreitungsgrenze, wie auch die aktuelle Verbreitung des LRT 9130 in Nordrhein-Westfalen zeigt (vgl. Abbildung 1 in Anhang 6.6 <i>[Hinweis: Der Anhang ist der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.].</i>). Zwar ist nicht auszuschließen, dass Erkrankungsstellen bspw. durch Buchenrindennekrosen zunehmen, diesen ist jedoch durch ein entsprechendes Waldschutzmanagement und Pflege der Wälder zu begegnen (MKULNV 2012, 22). Solche Pflegemaßnahmen (bspw. durch Ersatzpflanzungen) sind im Zuge landschaftspflegerischer Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ohnehin vorzusehen. Dies gilt auch für entsprechende Neubegründungen von Buchenwald auf landwirtschaftlichen Flächen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-057</b></p>	
<p>"Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass eine Funktionsfähigkeit der Kohärenzsicherungsmaßnahmen zum Zeitpunkt der Beeinträchtigungen gemäß ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht gefordert wird (siehe nur BVerwG, Urteil vom 06.11.2013, Az.: 9 A 14.12, juris, Rn. 94):</p> <p><i>'An die Beurteilung sind weniger strenge Anforderungen zu stellen als an diejenigen der Eignung von Schadensvermeidungs- und Minderungsmaßnahmen. Während für letztere der volle Nachweis ihrer Wirksamkeit zu fordern ist, weil sich nur so die notwendige Gewissheit über die Verträglichkeit eines Plans oder Projekts gewinnen lässt [...], genügt es für die Eignung einer Kohärenzsicherungsmaßnahme, dass nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand eine hohe Wahrscheinlichkeit ihrer Wirksamkeit besteht. Anders als bei der Schadensvermeidung und -minderung geht es bei der Kohärenzsicherung typischerweise darum, Lebensräume oder Habitate wiederherzustellen oder neu zu entwickeln. Dieser Prozess ist in aller Regel mit Unwägbarkeiten verbunden. Deshalb lässt sich der Erfolg der Maßnahme nicht von vornherein sicher feststellen, sondern nur prognostisch abschätzen. Würde man gleichwohl die Gewiss-</i></p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>heit des Erfolgseintritts fordern, müsste eine positive Abwägungsentscheidung regelmäßig am Kohärenzerfordernis scheitern. Das widerspräche dem Regelungszweck des Art. 6 Abs. 4 Unterabs. 1 FFH-Richtlinie'.</i></p> <p>Auch wenn hinsichtlich der vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen aus fachlicher Sicht keine Zweifel an deren Wirksamkeit bestehen, ist darauf hinzuweisen, dass nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bei wissenschaftlichen Unsicherheiten über die Wirksamkeit der Maßnahmen, die Möglichkeit besteht, ein sog. Risikomanagement vorzusehen. Dieses gewährleistet die fortdauernde ökologische Funktion der Schutzmaßnahmen und ordnet für den Fall, dass die Beobachtung nachträglich einen Fehlschlag der positiven Prognose anzeigt, geeignete Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen an (BVerwG, Urteil vom 17.01.2007, Az.: 9 A 20.05, juris, Rn. 55). Die Verankerung eines Monitorings bzw. Risikomanagements für die Kohärenzsicherungsmaßnahmen wäre im Zuge der Zulassung auf nachgelagerter Ebene möglich."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-058</b>	
<p>"Schließlich ist noch klarzustellen, dass es für das Überwiegen nicht darauf ankommt, dass von mehreren verfolgten öffentlichen Interessen – wie hier – jedes einzelne die Einbußen für das Netz Natura 2000 überwiegt, sondern entscheidend ist, dass die 'Summe' der Gemeinwohlbelange, also das gesamte Zielbündel überwiegend ist (BVerwG, Urteil vom 23.04.2014, Az.: 9 A 25.12, juris, Rn. 74)."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-059</b>	
<p><b>"3.4 Alternativenprüfung</b></p> <p>Des Weiteren verlangt § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG, dass keine weniger beeinträchtigenden zumutbaren Alternativen gegeben sein dürfen. Insoweit führt die Höhere Landschaftsbehörde aus (Anhang C, S. 21):</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>'Im Ergebnis liegen Alternativen wie z.B. die Darstellung von BSAB im Raum Vellern bei Neubeckum südlich der BAB 2 vor, die das FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' nicht beeinträchtigen und eine Versorgungssicherheit mit Kalkstein im Plangebiet für die kommenden 35 Jahre gewährleisten.'</i></p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 03.06.2010, Az.: 4 B 54.09, juris, Rn. 9) hat zur Alternativenprüfung nach § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG festgehalten:</p> <p><i>'Anders als die fachplanerische Alternativenprüfung ist die FFH-rechtliche Alternativenprüfung nicht Teil einer planerischen Abwägung. Der Behörde ist für den Alternativenvergleich kein Ermessen eingeräumt. Art. 6 Abs. 4 FFH-RL begründet aufgrund seines Ausnahmecharakters ein strikt beachtliches Vermeidungsgebot, das zu Lasten des Integritätsinteresses des durch Art. 4 FFH-RL festgelegten kohärenten Systems nicht bereits durchbrochen werden darf, wenn dies nach dem Muster der Abwägungsregeln des deutschen Planungsrechts vertretbar erscheint, sondern nur beiseitegeschoben werden darf, soweit dies mit der Konzeption größtmöglicher Schonung der durch die Habitat-Richtlinie geschützten Rechtsgüter vereinbar ist. [...] Die Anforderungen an den Ausschluss von Alternativen steigen in dem Maß, in dem sie geeignet sind, die Ziele des Vorhabens zu verwirklichen, ohne zu offensichtlichen – ohne vernünftigen Zweifel – unverhältnismäßigen Beeinträchtigungen zu führen.'</i></p> <p>sowie (BVerwG, Urteil vom 23.04.2014, Az.: 9 A 25.12, juris, Rn. 78):</p> <p><i>'Nur gewichtige naturschutzexterne Gründe können es rechtfertigen, zulasten des Integritätsinteresses des durch Art. 4 FFH-RL festgelegten kohärenten Systems die Möglichkeit einer Alternativlösung auszuschließen. Der Vorhabenträger darf von einer ihm technisch an sich möglichen Alternative erst Abstand nehmen, wenn diese ihm unverhältnismäßige Opfer abverlangt oder andere Gemeinwohlbelange erheblich beeinträchtigt; hierzu zählen auch Kostengründe.'</i></p> <p>Damit sind diejenigen Alternativen unzumutbar, deren Verwirklichungsaufwand – auch aus naturschutzexternen Gründen – außerhalb jedes vernünftigen Verhältnisses zu dem mit ihnen erreichbaren Gewinn für den Naturschutz steht, was am Gewicht der beeinträchtigten gemeinschaftlichen Schutzgüter zu messen ist, wofür wiederum</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Richtschnur die Schwere der Gebietsbeeinträchtigung, Anzahl und Bedeutung etwa betroffener Lebensraumtypen oder Arten sowie der Grad der Unvereinbarkeit mit den Erhaltungszielen sind (BVerwG, Urteil vom 17.05.2002, Az.: 4 A 28.01, juris, Rn. 37). Werden – wie hier – öffentliche Interessen durch privatwirtschaftliches Engagement erfüllt, so muss überdies die Grenze der Rentabilität gewahrt bleiben, da sich anderenfalls die mit dem privaten Gewinnerzielungsinteresse verbundenen öffentlichen Interessen nicht erreichen lassen (FRIEDRICHSSEN 2005: S. 231; vgl. auch VGH Kassel, Urteil vom 21.08.2009, Az.: 11 C318/08.T, juris, Rn. 439 und 500). Der Europäische Gerichtshof sieht die Alternativenprüfung ohnehin lediglich als Unterfall der schon im Zusammenhang mit dem Überwiegen vorzunehmenden Interessenabwägung an (siehe nur EuGH, Urteil vom 20.09.2007, Rs.: C-304'05, curia.europa.eu, Rn. 83 – Kommission/Italien).</p> <p>Vor diesem Hintergrund sind jedenfalls in Bezug auf das Erweiterungsvorhaben der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG keine weniger beeinträchtigenden <b>zumutbaren</b> Alternativen zum weiteren Kalksteinabbau im Teutoburger Wald gegeben. Eine Auseinandersetzung mit entsprechenden Alternativen (Zulieferung des Rohstoffs aus anderen Lagerstätten, Verlagerung der Produktion hin zu anderen Lagerstätten) ist in der vorgelegten Bedarfsanalyse erfolgt. Danach stellen weder eine Rohstoffzulieferung noch eine Produktionsverlagerung zumutbare Alternativen dar; denn mit diesen Alternativen sind erhebliche Abstriche vom Planungsziel verbunden, da der erforderliche Bedarf des Rohstoffs Kalk für die Produktion in Lienen durch Rückgriff auf Rohmaterial aus den betrachteten alternativen Lagerstätten am Thieberg, im Bereich Rheine (Dutumer Berg/Waldhügel), im Bereich Ahaus/Stadthohe sowie weiteren Bereichen innerhalb des Höhenzuges des Teutoburger Waldes nicht gedeckt werden kann. Einerseits entspricht das verfügbare Rohmaterial nicht der für die in Lienen hergestellten Produkte erforderlichen Qualität, andererseits steht das Rohmaterial nicht in ausreichender Menge zur Verfügung."</p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-060</b>	
"Darüber hinaus wird deutlich, dass – auch bei einer unterstellten Eignung des Rohmaterials an den Alternativstandorten – eine Nutzung des Rohmaterials an den Alter-	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>nativstandorten nicht realisierbar ist, da die Produktion am Werksstandort Lienen aufgrund der hohen Investitions- und Transportkosten bzw. die Investitionskosten für die Errichtung eines neuen Kalkwerks bei einer vollständigen Verlagerung der Produktion nicht mehr wirtschaftlich möglich wäre. Eine Überwälzung derartiger Kosten auf Anbieter und Kunden ist nicht zu realisieren, da der Markt keinen nennenswerten Spielraum für Preiserhöhungen zulässt.</p> <p>Sowohl die Zulieferung des Rohstoffs aus anderen Lagerstätten als auch die Verlagerung der Produktion hin zu anderen Lagerstätten käme daher einer Schließung gleich, so dass auch die Sicherung einer langfristig wettbewerbsfähigen und räumlich ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur sowie eines ausreichenden und vielfältigen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen auf diese Weise nicht gewährleistet werden kann."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b>  <b>Anregungsnummer: 10928-061</b></p>	
<p>"Darüber hinaus wäre die Zulieferung des Rohstoffs mit erheblichen Belastungen für die Umwelt sowie der in den angrenzenden Ortslagen ansässigen Bevölkerung verbunden. Zu nennen sind insbesondere die zusätzlichen Belastungen durch CO<sub>2</sub>, die im Widerspruch zu den Zielsetzungen des Klimaschutzgesetzes NRW stehen. Die Zunahme des LKW-Verkehrs durch die Zufahrten führt zugleich zu einer zunehmenden Unfallgefahr für die in den jeweiligen Orten lebende Bevölkerung sowie zunehmenden Belastungen durch Lärm und Luft-Schadstoffe [FN17: Bereits im Kalksteingutachten NRW ist ausgeführt, dass der Transport des Kalksteins aus dem Bereich Rheine zum Teutoburger Wald überwiegend auf Landstraßen mit mehreren Ortsdurchfahrten verlaufen müsste und neben der Verteuerung der Produkte zu Belastungen der Umweltsituation führen würde (H+H &amp; DIW 1997c, 655).]. Zudem wären die Neuaufschlüsse aufgrund der geologischen Situation mit einer nicht unerheblichen Flächeninanspruchnahme verbunden, die sich im Vergleich zur Inanspruchnahme bei einer Erweiterung des Abgrabungsbereichs in Lienen auf mehr als das Doppelte im Bereich Thieberg beläuft. Neben dem Verlust schutzwürdiger Böden ist in diesem Zusammenhang auch der Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen zu berücksichtigen."</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-062</b>	
<b>"4 Ergebnis und Schlussfolgerungen</b>  Im Ergebnis vernachlässigt somit die BASAB-Ausweisung im aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland nicht nur die Belange der Calcis Lienen GmbH & Co. KG, sondern sie führt auch auf Abwägungsfehler, so dass der Sachliche Teilplan Kalkstein rechtlich zu beanstanden wäre (bspw. durch die Landesplanungsbehörde). Zugleich wird aus den obigen Ausführungen sowie den bereits vorliegenden und mit diesem Einwendungsschreiben ergänzend vorgelegten Gutachten und Stellungnahmen deutlich, dass abwägungsfehlerfrei kein Weg an der Vergrößerung der Flächenkulisse der BSAB im Teutoburger Wald und zwar vor allem auch in Lienen vorbeiführt. Anderes mag in Bezug auf die Calcis Lienen GmbH & Co. KG allenfalls dann gelten, wenn nach Wertung der Regionalplanungsbehörde Ziff. 1.4 Satz 2 des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein i.V.m. Ziel 25.1 des Regionalplans Münsterland einer weiteren Abgrabung am Standort Lienen unterhalb von 10 ha nicht entgegenstünde, was aber derzeit nicht ausreichend sicher erkennbar ist."	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.  Eine Erweiterung der genehmigten Abgrabung des Unternehmens Calcis fällt nicht unter die in Ziel 1.4 festgelegte Ausnahme, da konkurrierende Ziele der Raumordnung - hier der direkt angrenzende BSN - entgegenstehen.
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-063</b>	
<b>"5 Quellennachweis</b>  <ul style="list-style-type: none"> <li>• BfN (Bundesamt für Naturschutz) (2013): Nationaler Bericht nach Art. 17 FFH-Richtlinie in Deutschland 2013, download unter <a href="https://www.bfn.de/0316_bericht2013.html">https://www.bfn.de/0316_bericht2013.html</a></li> <li>• BOSCH &amp; PARTNER (2016): Raumordnerische Bedarfsanalyse zum Kalksteinabbau der Lagerstätte Lienen im Teutoburger Wald Unterlage B.2</li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2005): Stellungnahme der Kommission auf Ersuchen Deutschlands nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen zur Genehmigung des Ausbaus des Flughafens Lüneburg, Brüssel, den 5. Mai 2009 K(2009) 3218,</li> </ul>	Die Hinweise auf verwendete Quellen und die Anlagen zur Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen. Insbesondere die Inhalte der Anlagen wurden bei der Formulierung von Ausgleichsvorschlägen in den Anregungsnummern berücksichtigt, in denen auf diese im Einzelnen hingewiesen wurde.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2003/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2003/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2006): Stellungnahme der Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen zu dem "Ersuchen des Königreichs Spanien betreffend das Bauvorhaben des neuen Hafens in Granadilla (Teneriffa)", download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</li> <li>• EU-KOMMISSION (Europäische Kommission) (2008): Implementation of Article 6 (4), first subparagraph, of Council Directive 92/43/EEC during the period 2004-2006 Summary Report Directorate General Environment European Commission 30 June 2008, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm</a></li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2011): Stellungnahme der Kommission vom 25. Januar 2011 auf Ersuchen Ungarns nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen zur Änderung des Entwicklungsplans für die Stadt Győr (Ungarn), Brüssel, den 25. Januar 2011 K(2011) 351, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</li> <li>• EU-KOMMISSION (Europäische Kommission) (2012): Implementation of Article 6 (4), first subparagraph, of Council Directive 92/43/EEC (Habitat Directive) period 2007-2011 summary report, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm</a></li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2015): Stellungnahme der Kommission vom 18.12.2015 auf Ersuchen Deutschlands nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen: Ausbau der B 173 zwischen Lichtenfels und Kronach, Bauabschnitt Michelau und Zettlitz (Deutschland/Bayern), Brüssel, den 18.12.2015 C(2015) 9085 final, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a></li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• FRIEDRICHSEN, L. (2005): Umweltbelastende Vorhaben und Alternativen in der Planfeststellung. Peter Lang. Frankfurt a.M.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2014): Klimawandel im Wald – Konzept für eine Anpassungsstrategie für Nordrhein-Westfalen Klimafolgen, Anpassungsmaßnahmen und klimadynamisches Waldinformationssystem; Auftragnehmer: UNIQUE forestry and land use GmbH, Freiburg.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2014): Wald im Klimawandel Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2013): Wald und Klimaschutz in NRW Beitrag des NRW Clusters ForstHolz zum Klimaschutz – Kurzfassung der Studie, Düsseldorf.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2015): Wald und Waldmanagement im Klimawandel Anpassungsstrategie für Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.</li> <li>• SCHINK, A. (2016): Die planerische Steuerung von Windenergieanlagen und Abgrabungen – Harte und weiche Tabuzonen. Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht (UPR). S. 366-367.</li> <li>• SCHOLZ, R.; MOENCH, C; HERZ, B. (2014): Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform. Nomos. Baden-Baden.</li> <li>• SCHROEDER, W. (2012): Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Kommentar. In: Streinz, R. (Hrsg.). 2. Auflage. C. H. Beck. München.</li> <li>• SPANNOWSKY, W. (2010): Die Zulässigkeit abwägungsdirigierender Verträge. Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR). S. 429-439.</li> <li>• SPANNOWSKY, W. (2010a): Raumordnungsgesetz, Kommentar. In: Spannowsky, W.; Runkel, P.; Goppel, K. (Hrsg.). C. H. Beck. München.</li> </ul>	

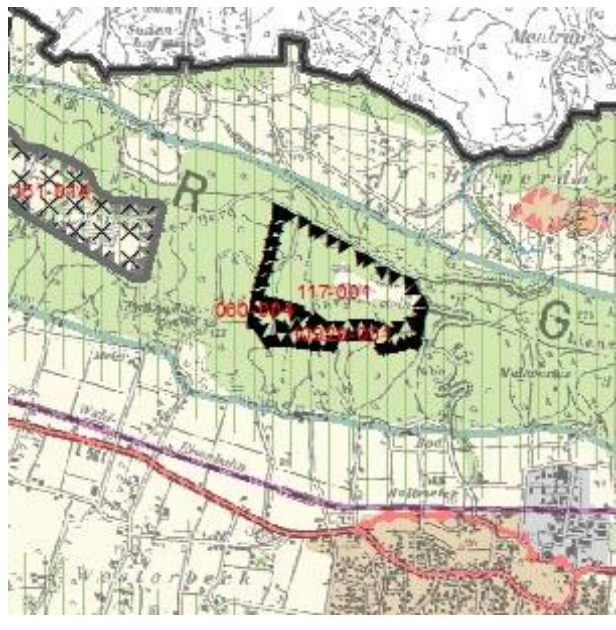
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>SUSTAIN CONSULT (2016) (Unterlage B.2-B): Bedeutung des Kalkwerkes Lienen der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Beschäftigung und regionale Wirtschaftsstruktur sowie für die Marktversorgung, erstellt im Auftrag der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG, Dortmund.</li> <li>WENDT, R. (2014): Grundgesetz, Kommentar. In: Sachs, M. (Hrsg.). 7. Auflage. C. H. Beck, München."</li> </ul> <p><i>[Die Bullets wurden zur besseren Übersichtlichkeit hinzugefügt.]</i></p> <p><b>"6 Anhang"</b></p> <p><i>[Hinweis: Die Anhänge "6.1 Gutachten DBC GmbH 2017" (Stellungnahme zu: "Beurteilung der Eignung des Kalks CL80 der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung von Kalksandstein BU176-1 (10.11.2016)" und Ergänzungen zu: "Besondere Merkmale des in Lienen abgebauten Kalksteins (Cenoman) und der daraus hergestellten Produkte insbesondere des Brandkalkes CL 80"), "6.2 Schreiben Deutsche VILO-MEX Tierernährung GmbH", "6.3 Schreiben der AGRAVIS Raiffeisen AG", "6.4 Schreiben der H. Thamann &amp; Leiber GmbH", "6.5 Rundschreiben BBS 'Auftragseingänge und weitere statistische Daten des Bauhauptgewerbes (Dezember 2016)'" und "6.6 Verbreitung des Waldmeister-Buchenwalds (LRT 9130) in NRW" sind hier nicht abgebildet, sondern der Synopse als gesonderte PDF-Datei »Synopse_Anhänge_10928.pdf« beigefügt.]</i></p>	
<b>Beteiligter: 10928 - Calcis Lienen GmbH &amp; Co KG</b> <b>Anregungsnummer: 10928-064</b>	
<p><i>[Im Nachgang zur Stellungnahme des Einwenders wurden mit Schreiben vom 06.07.2017 2 Stellungnahmen nachgereicht:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>die gutachterliche Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Bernhard Middendorf vom 15. Juni 2017 zu Fragen der Eignung des Kalks CL 80 der Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG für die Herstellung von Kalksandstein sowie</i></li> </ul>	<p>Die beiden Stellungnahmen sind in die Auswertung der eingegangenen Anregungen und Bedenken eingeflossen. Insofern wird den hier zum Erarbeitungsverfahren vorgebrachten Anmerkungen gefolgt.</p>

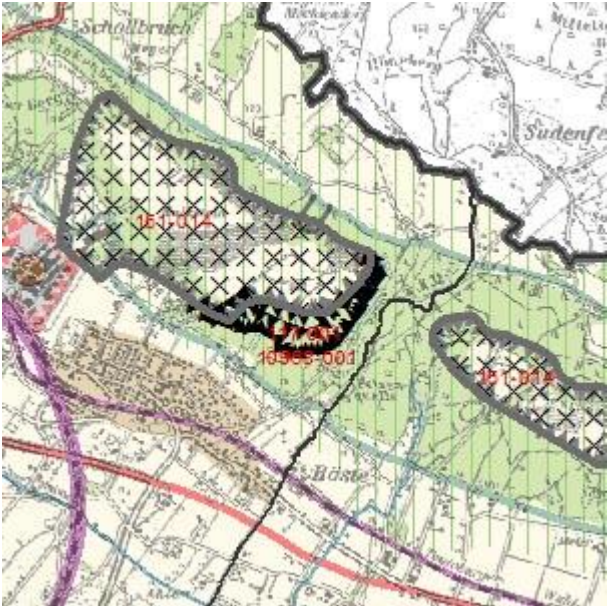
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>die Stellungnahme des Deutschen Verbandes Tiernahrung e. V. vom 29. Juni 2017 zu Fragen der Relevanz von Kalziumquellen für die Tierernährung</i></li> </ul> <p><i>Hinweis: Die beiden Stellungnahmen sind hier nicht abgebildet, sondern der Synopse als gesonderte PDF-Datei »Synopse_Anhänge_10928.pdf« beigefügt.]</i></p> <p>"[...]</p> <p>Es handelt sich hierbei nicht um eine nachgereichte – und damit verfristete – Einwendung, sondern um die ergänzende Untermauerung bereits fristgerecht vorgebrachter Einwände, denen im Rahmen des weiteren Planaufstellungsverfahrens ohnehin weiter nachgegangen werden muss, um eine sachgerechte Abwägungsentscheidung zu treffen.</p> <p>In der ausführlichen Stellungnahme [...] vom 24. März 2017 erfolgte sowohl eine dezierte Auseinandersetzung mit der von Ihnen bisher vertretenen These, die Beschaffenheit des Kalksteins sei für die Herstellung von Tiernahrung nicht relevant oder zumindest von untergeordneter Bedeutung, als auch mit der Annahme, der von unserer Mandantin produzierte und auf eine bestimmte Kalksteinqualität angewiesene CL 80 zeichne sich für die Kalksandsteinproduktion nicht durch Alleinstellungsmerkmale aus, so dass er ohne Weiteres substituierbar sei. Dem ist [...] gestützt durch die Aussagen entsprechender Kompetenzträger - entschieden widersprochen worden.</p> <p>Mit den nun nachgereichten Unterlagen erfolgt eine zusätzliche Wissensbekundung bzw. fachliche Einschätzung zweier weiterer unabhängiger Kompetenzträger. Dabei ist die gutachterliche Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Middendorf bereits im Anschreiben zur Stellungnahme vom 24. März 2017 ausdrücklich angekündigt worden. Diese Unterlagen stützen die von unserer Mandantin einwenderseits vorgebrachten Tatsachen und tragen daher substantiell dazu bei, die regionalplanerische Abwägung auf eine belastbare Grundlage zu stellen.</p>	<p>Den mit den weiteren Stellungnahmen verbundenen inhaltlichen Bedenken wird nicht gefolgt. Im Einzelnen sind diese weiteren Unterlagen insbesondere unter den Anregungsnummern 10928-009 bis -015 abgewogen worden. Vgl. dazu die angegebenen Ausgleichsvorschläge.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Außerdem weisen wir darauf hin, dass derzeit an der Universität Halle (Saale) die Auswirkung verschiedener Kalke auf den Tiernagen und die Tierernährung insgesamt am Beispiel von Geflügel untersucht wird und mit den Ergebnissen der Forschung in Bälde zu rechnen ist. Unsere Mandantin verfolgt das Forschungsvorhaben aufmerksam und wird Ihnen – unabhängig vom Ergebnis – den Abschlussbericht ebenfalls noch ergänzend zusenden, sobald er vorliegt. Bislang deutet aber alles darauf hin, dass sich die bereits in der Stellungnahme vom 24. März 2017 begründete Annahme einer erheblichen Relevanz der Beschaffenheit des Kalkes für die Qualität der Tiernahrung bestätigen wird.</p> <p>[...]"</p>	
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10930-001</b>	
<p>Über seine unter der Einwendernummer 5120 gruppiert erfassten Bedenken hinaus weist der Einwender auf folgende Aspekte hin:</p> <p>"[...] Die Substituierbarkeit unserer Produkte, wie sie in unserem Gutachten richtig dargestellt wurde, da nämlich alles substituierbar ist, außer Luft und Wasser, ist in dieser Region sehr schwer, wie umfangreiche Schreiben unserer Kunden, die Ihnen bereits vorliegen, glaubhaft gemacht haben."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10930-002</b>	
<p>"[...] Dass einem mittelständigen Unternehmen, welches seit Jahrzehnten für einen Fortbestand bzw. eine Erweiterung des Steinbruches kämpft und dies gemeinsam mit der Bezirksregierung, nach engen Absprachen und Richtlinien, getan hat, sich nun seitens der Behörden, auf Grund von Rechtsfortbildung, an keine Art von Vereinbarung mehr gehalten sieht, ist für mich bzw. für Kollegen aus der deutschen Wirtschaft, nicht nachvollziehbar.</p> <p>Wenn dies tatsächlich so umgesetzt wird, wird dieses Verfahren ein deutliches Warnsignal an die Wirtschaft sein, dass Vereinbarungen mit Land/ Politik nur einseitig gelebt werden."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In der im Jahr 2008 zwischen den Unternehmen und dem Land Nordrhein-Westfalen sowie dem Kreis Steinfurt geschlossenen Vereinbarung ist ausdrücklich in der Präambel vorangestellt worden, "dass notwendige Genehmigungsentscheidungen, einschließlich einer FFH-Verträglichkeitsprüfung, und die Fortschreibung des Regionalplanes weder vorweggenommen noch die zuständigen Entscheidungsträger präjudiziert werden".</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>Darüber hinaus wird unter "Ziel der Vereinbarung" eine Regelung bezüglich der Anrechenbarkeit naturschutzfachlicher Maßnahmen "im Falle einer etwaigen Nichtinanspruchnahme" festgelegt.</p> <p>Die Belange des Unternehmens Calcis sind in dem Verfahren zur Festlegung von Abgrabungsbereichen für den Rohstoff Kalkstein gebührend berücksichtigt worden. Dies belegt nicht zuletzt der jahrelange intensive Austausch mit dem Unternehmen.</p>
<b>Beteiligter: privat</b> <b>Anregungsnummer: 10930-003</b>	
<p>"Bei der Betrachtungsweise – Eingriff in ein FFH-Gebiet – steht in unserem Fall sicherlich der Waldmeisterbuchenwald auf der Seite des Naturschutzes. Hier ist, aus meiner persönlichen Sicht zu sagen, dass die Gewichtung des Lebensraum-Types 9130 (Waldmeisterbuchenwald) gegenüber einer Erweiterung des Steinbruches, im Grunde schon aufgehoben ist, da wir von 2006 bis heute über 44 ha Wald, von Fichte auf Buche, in Richtung 9130, für eine zukünftige Genehmigung, umgebaut haben. 27 ha, der o.g. Fläche, sind bereits durch die Untere Landschaftsbehörde und den Forst, abgenommen worden. Deshalb, kann aus meiner persönlichen Sicht, von einer Beeinträchtigung des FFH-Gebietes keinesfalls die Rede sein, eher von einer Bereicherung, da das FFH-Gebiet, nach einem Eingriff größer ist als vorher und mehr Fläche in Waldmeisterbuchenwald umgebaut ist, als vorher vorhanden war!"</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10964 - Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10964-001</b>	
<p>"[...]</p> <p>die Kalksandsteinindustrie ist die zweitgrößte mauersteinerzeugende Branche in Deutschland. Der Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V. vertritt die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Branche. Der Verband zählt 47 Mitglieder, in ihm sind insgesamt 80 Kalksandsteinwerke organisiert. Der Sachliche Teilplan Kalkstein des Regionalplans Münsterland berührt damit auch die Satzungsziele des Bundesverbandes Kalksandsteinindustrie e.V., weshalb der Verband hiermit Stellung nimmt.</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>In Grundsatz 9.1-1 und den Erläuterungen zu Ziel 9.2-1 des Landesentwicklungsplans ist ausgeführt, dass bei der Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze auch die Qualitäten berücksichtigt werden sollen. Diesem Auftrag wird der Sachliche Teilplan gerecht. Bei der Bedarfsermittlung ist zwischen Cenoman- und Mergel-Karbonatgestein unterschieden worden.</p>

<b>Anregungen und Bedenken / Hinweise</b>	<b>Ausgleichsvorschläge</b>
<p>Die massive Mauerwerksbauweise aus Kalksandstein steht als Synonym für Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Schutz, Sicherheit und Ökologie. Es handelt sich um einen Baustoff der Zukunft, der sich als in der Lage erwiesen hat, sich den permanent wechselnden Anforderungen der Bauwirtschaft anzupassen und hier teilweise auch voranzugehen. Dies gilt in besonderem Maße für den von der Firma Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG produzierten Brantkalk für hochwertige Kalksandsteinprodukte. Dazu wird Kalkstein bestimmter mineralischer Zusammensetzung benötigt. Dieser Kalkstein ist am Standort in Lienen vorhanden.</p> <p>Nach dem ausgelegten Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland soll jedoch hier künftig kein Kalkstein mehr abgebaut werden. Zur Begründung wird auf den fehlenden Bedarf verwiesen. Das kann auch Sicht des Bundesverbandes Kalksandsteinindustrie nicht nachvollzogen werden. Die Nachfrage an Kalksandsteinprodukten ist hoch, die Tendenz steigend. Ein Bedarf ist zweifelsohne gegeben.</p> <p>Mit dem ausgelegten Planentwurf wird sich dieser Bedarf nicht decken lassen, zumal im Planentwurf der Zementindustrie der Vorzug gegeben wird. Die Kalksandsteinindustrie scheint für den Planungsträger dagegen nicht existent oder jedenfalls nicht berücksichtigungenswert zu sein.</p> <p>Der Sachliche Teilplan Kalkstein des Regionalplans Münsterland ist daher aus Sicht des Bundesverbandes Kalksandsteinindustrie e.V. in diesem Punkt dringend überarbeitungsbedürftig. Das gilt besonders auch deshalb, weil die hier produzierende Firma Calcis Lienen GmbH &amp; Co. KG einen erheblichen Anteil des Absatzes der Kalksandsteinindustrie in Deutschland hält."</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10967-001</b>	
<p>"Der Regionalrat Münster hat in seiner Sitzung am 23.09.2013 beschlossen, die Festlegungen der Bereiche zur Sicherung und zum Abbau für den Rohstoff Kalkstein in einem eigenständigen sachlichen Teilplan durchzuführen. Maßgeblich für diese Entscheidung sind die Kalksteinlagerstätten im Bereich des Teutoburger Waldes, innerhalb des Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Gebiets ‚Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruption Berg‘.</p> <p>Auf dem dazugehörigen Gebiet der Stadt Lengerich wird in einem Zementwerk der Dyckerhoff GmbH ein weltweit einzigartiger Tiefbohr-Spezialzement produziert. Dieses Produkt kann nur dann wirtschaftlich hergestellt werden, wenn am Standort auch</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Grauzement gebrannt wird. Um auch künftig die Nachfrage zu bedienen und die Versorgungsreichweite von 35 Jahren gemäß Auftrag LEP zu erreichen, macht dies eine Flächen-Erweiterung des Steinbruchs Lengerich zur Versorgung über das Jahr 2038 notwendig. Wie die Bezirksregierung Münster in ihrem sachlichen Teilplan Kalkstein feststellt, steht der 'Versorgung der Volkswirtschaft mit dem Rohstoff Kalkstein nicht substantiell Raum zur Verfügung', wenn die derzeitige Abgrabungsstätte nicht erweitert würde. Gleichwohl vertritt sie die Auffassung, 'dass eine Erweiterung der genehmigten Abgrabung das Gebiet erheblich beeinträchtigt' und diese somit seitens der Behörden nicht in Frage kommt. Der Verein Deutscher Zementwerke e.V. (VDZ) nimmt dazu nachfolgend Stellung".</p> 	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10967-002</b>	
<p><b>"Rohstoffabbau und Naturschutz sind miteinander vereinbar"</b></p> <p>Zweifellos stellt die Rohstoffgewinnung einen Eingriff in die Natur dar, jedoch wird dieser von den Unternehmen der Zementindustrie durch die Einhaltung hoher Umweltstandards auf ein Mindestmaß begrenzt. Nach Beendigung des Abbaus entstehen in der Regel Flächen mit höherem Naturschutzwert als vor dem Eingriff. So können Natur- und Artenschutz Hand in Hand mit dem Rohstoffabbau gehen, wie die Abbaupraxis der deutschen Zementindustrie zeigt. Die für den Abbaubetrieb ausgewiesenen Flächen werden nur für eine begrenzte Zeit genutzt, anschließend folgt Zug um Zug eine Phase der Renaturierung oder der Rekultivierung, in welcher Flächen mit einem zuvor meist niedrigen Naturschutzwert von den Unternehmen in hochwertige Biotope verwandelt werden. Schon heute wird rund die Hälfte aller stillgelegten Abbauflächen renaturiert, die andere Hälfte für forstliche und landwirtschaftliche Rekultivierung genutzt. Die Abbauflächen der Zementindustrie stehen daher einer nachhaltigen Entwicklung nicht im Wege, sondern passen sich bereits seit vielen Jahren in verschiedene Entwicklungs- und Raumnutzungskonzepte ein. Auch am Standort Lengerich, an dem seit 145 Jahren Zement hergestellt wird, werden die Steinbruchsflächen hochwertig renaturiert. In Lengerich werden die in der Abgrabungsgenehmigung vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen sogar durch besondere Aktivitäten, wie z.B. die Beweidung von Steinbruchflächen mit Hilfe einer Schafherde durch die ANTL (Arbeitsgemeinschaft Tecklenburger Land) oder dem Canyon in der Interessengemeinschaft - Teuto weit darüber hinaus erfüllt."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In diesem konkreten Fall ist zu beachten, dass die Darstellung der BSAB in einem FFH-Gebiet erfolgen soll, was naturschutzfachlich und vor allem naturschutzrechtlich nicht mit "normalen" Eingriffen in Natur und Landschaft zu vergleichen ist.</p> <p>Grundsätzlich entwickeln sich in Steinbrüchen langfristig auch schützenswerte Biotope und sie bieten seltenen Arten Rückzugsräume. Die LRT und Arten, die in den Steinbrüchen vorkommen, sind jedoch andere als die, die im FFH-Gebiet geschützt werden. Hier handelt es sich um Wald-LRT und Arten, die an den Waldlebensraum gebunden sind.</p> <p>Auf abgegrabenen Flächen dauert es extrem lange bis sich wieder Bodenverhältnisse entwickelt haben, auf denen Buchenwald wachsen kann.</p>
<b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10967-003</b>	
<p><b>"Kalksteinbrüche weisen eine hohe Biodiversität auf"</b></p> <p>Die hohe Artenvielfalt sowohl in aktiven wie auch stillgelegten unverfüllten Steinbrüchen ergibt sich aus der Vielzahl von Biotoptypen auf diesen Flächen, die in der deutschen Kulturlandschaft so nur noch selten zu finden sind. Meist handelt es sich dabei</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>um Flächen mit extremen Standortbedingungen, die Primärlebensräume für sehr spezialisierte Arten darstellen. Manche Tiere und Pflanzen sind in ihrer Lebensweise sogar auf die dynamischen Veränderungen und Extremstandorte in betriebenen Abbaustätten angewiesen. Steilwände in Steinbrüchen bilden häufig geeignete Biotope z.B. für Felsenbrüter. Als weiteres Beispiel lässt sich die Uhu-Population in Hessen anführen. Das Hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz schätzt, dass 90 Prozent der Uhus in aktiven Abbaustätten leben und sich auch von der dortigen Lärmbelastung nicht negativ beeinflussen lassen. Letztendlich zeigt sich, dass die Biodiversität in den Abgrabungsregionen der deutschen Zementindustrie häufig höher ist als in deren Umfeld. In Lengerich geht es dabei um den Schutz von mehr als 100 Tier- und Pflanzenarten, die in den Steinbrüchen beheimatet sind und als bedrohte Arten auf der Roten Liste stehen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-004</b></p>	
<p><b>"Enge Anbindung des Rohstoffabbaus an Zementproduktion ist umweltschonend</b></p> <p>Bei der Zementherstellung kommt der engen räumlichen Anbindung an die Abbaustätten große Bedeutung zu. Alle in Deutschland ansässigen Werke mit Klinkerproduktion sind nicht zuletzt aus ökologischen und ökonomischen Gründen in unmittelbarer Nähe der entsprechenden Abbaustätten von Kalkstein oder Mergel angesiedelt, so dass der wichtigste Rohstoff unmittelbar vor Ort zu Klinker und Zement verarbeitet werden kann. Wären Zementwerke aufgrund verwehrter Abbaugenehmigungen gezwungen, ihre Rohstoffe aus größerer Entfernung ins Werk anzuliefern, würde dies nicht allein in einer zusätzlichen Kostenbelastung für das Unternehmen resultieren. Es ergäben sich auch negative Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt, da der Rohstofftransport sowohl das Verkehrsaufkommen als auch die Schadstoffemissionen erhöhen würde. Zudem ergäben sich für die ohnehin stark beanspruchte Infrastruktur weitere vermeidbare Belastungen. Insbesondere der Standort Lengerich ist aufgrund seiner geographischen Lage eine wichtige und unverzichtbare Stütze der Versorgung des Münsterlandes, des Emslandes und des nördlichen Ruhrgebietes mit Zement. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 4 Millionen Einwohnern in diesen Regionen und einem durch-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>schnittlichen Zementbedarf von ca. 330 kg pro Person und Jahr ist eine Zementproduktion von ca. 1,3 Millionen Tonnen Zement pro Jahr für diese Region notwendig, um alleine die bestehende Infrastruktur aufrechtzuerhalten und zu modernisieren."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-005</b></p>	
<p>"Der von der NRW-Landesregierung vor kurzem verabschiedete Klimaschutzplan für das Land Nordrhein-Westfalen benennt in dem Handlungsfeld 2 'Wirtschafts- und Güterverkehr' das übergeordnete Ziel, langfristig den Güterverkehr so klimafreundlich wie möglich zu gestalten. Es wird davon ausgegangen, dass das Transportaufkommen der Verkehrsträger in Summe zwischen 2010 und 2030 um 18 %, die Transportleistung um 38 % steigen wird. Diesem scheinbar unlösbaren Widerspruch wird mit einer Vielzahl von Maßnahmen begegnet, die darauf hinzielen, den Ausstoß von Treibhausgasen aus dem Sektor Verkehr zu mindern. Unter diesen Gesichtspunkten wäre es nicht nachvollziehbar, ein Transportgut, wie den Rohstoff Kalkstein z. B. aus nicht in der Nähe des Zementwerks gelegenen Steinbrüchen über viele Kilometer unter Erzeugung signifikanter zusätzlicher Treibhausgasemissionen zum Standort Lengerich zu transportieren. Der standortnahe Rohstoffabbau ist auch unter diesen Gesichtspunkten naheliegend und die bei weitem umweltfreundlichste Variante.</p> <p>[...]</p> <p>Auch im Falle der Übernahme der Produktion und Belieferung des Grauzements durch konkurrierende Unternehmen würden erhebliche Mehrbelastungen für die Umwelt durch längere Transportwege entstehen. Neben den höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen ist durch die zusätzlichen Lastverkehre insbesondere von höheren Lärm- und Stickstoffdioxidbelastungen an den jeweiligen Strecken auszugehen.</p> <p>Im Klimaschutzplan wird weiterhin unter der Maßnahme 'Effiziente Gestaltung von Produktions- und Transportketten' explizit als Ziel ausgewiesen, einem Anstieg des Güterverkehrsaufkommens durch Optimierung der Produktions- und Transportketten entgegen zu wirken. Potenziale werden insbesondere in der Optimierung von Produktionsabläufen und ihrer Abstimmung untereinander gesehen. Dadurch sollen letztendlich</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Zulieferverkehre minimiert werden. Auch unter diesen Gesichtspunkten ist der Transport des Rohstoffs Kalkstein aus einem entfernt liegenden Steinbruch zum Zementwerkstandort wie Lengerich kontraproduktiv und nicht nachvollziehbar."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-006</b></p>	
<p>"Erschwerend kommt hinzu, dass bei einem standortfernen Abbau Neuaufschlüsse anderer Lagerstätten erforderlich wären. Im Vergleich zur geplanten Erweiterung des Abgrabungsbereiches in Lengerich, würde bspw. eine Abgrabung im Bereich Thieberg zu einer 15-fachen bzw. im Bereich Neubeckum zu einer ca. 5-fach höheren Flächeninanspruchnahme schutzwürdiger Böden bzw. landwirtschaftlich genutzter Flächen führen. Zudem ist bei einem Neuaufschluss mit einer höheren Beeinträchtigung der dort vorkommenden wertvollen Landschaftsräume (bedeutsame Bereiche für den Biotopverbund, Lebensräume für geschützte Tiere und Pflanzen) verbunden."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Obwohl das Kalksteinvorkommen am Thieberg mit dem Dörper Berg schon im Kalkgutachten als wertvolle Lagerstätte identifiziert wurde, in diesem Gebiet kein Abgrabungsbereich festgelegt ist. Die Sicherung der Versorgung mit der Rohstoffqualität Cenoman-Karbonatgestein erfolgt über genehmigte Flächen bzw. die Erweiterung bestehender Steinbrüche.</p> <p>Die im Kreis Warendorf festgelegten Abgrabungsbereiche entsprechen dem Darstellungskonzept. Die auf der 2. Stufe berücksichtigten Kriterien "Erweiterung vor Neuaufschluss" und "Mächtigkeit" gewährleisten dabei eine möglichst geringe Flächeninanspruchnahme.</p>
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-007</b></p>	
<p><b>"Kalkstein wird auch in Zukunft Basis der Zementherstellung sein</b></p> <p>Die Produktion von Zement erfolgt in Prozessen und Anlagen, die schon einen langen Optimierungsprozess hinter sich haben. Auch wenn einige Anlagen zur Herstellung von Portlandzementklinker bzw. darauf basierenden Zementarten schon vergleichsweise alt und größere, modernere Anlagen grundsätzlich verfügbar sind, ist das Effizienzsteigerungspotenzial bei der Zementproduktion relativ gering und kann wirtschaftlich kaum erschlossen werden. Dies gilt in besonderer Weise für den Einsatz von Sekundärrohstoffen zur Schonung natürlicher Primärrohstoffe, insbesondere des Kalksteins. So ist fraglich, ob künftig die hierfür notwendigen industriellen Nebenprodukte</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

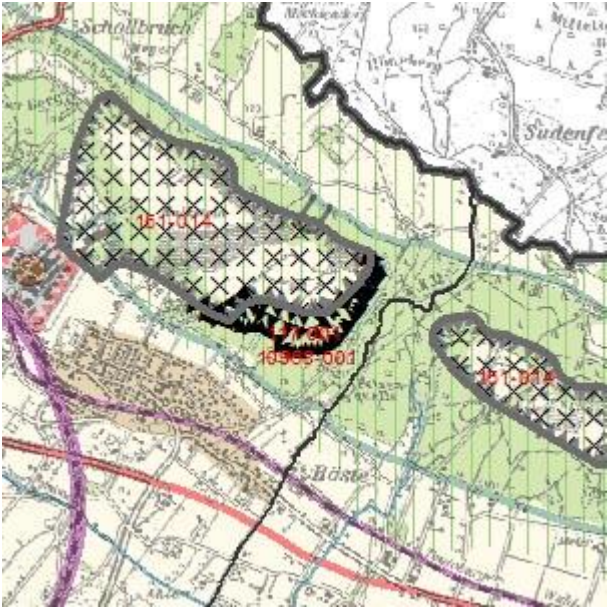
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>wie Flugaschen, Hüttensand, REA-Gips oder Gießereialsande angesichts der Energiewende und eines weiterhin stattfindenden Strukturwandels im Verarbeitenden Gewerbe im bisherigen Umfang bereitstehen werden."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-008</b></p>	
<p>"Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Ingenieurgesellschaft SST haben in einer 2016 erstellten Studie für den Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden (bbs) belegt, dass die Nachfrage nach Primär- und Sekundärrohstoffen der Steine-und-Erden-Industrie hierzulande bis zum Jahre 2035 mindestens stabil bleibt. Weiterhin wurde festgestellt, dass aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit von Sekundärrohstoffen die Substitutionsquote langfristig bestenfalls auf dem heutigen Niveau (ca. 15 Prozent) stagnieren dürfte. Die hiesige Zementindustrie hat im Jahr 2015 insgesamt 16 Prozent ihres Rohstoffbedarfs mittels Sekundärrohstoffen (ohne Berücksichtigung alternativer Brennstoffe) decken können und weist damit bereits heute eine hohe Ressourcenproduktivität auf.</p> <p>Alternative Zemente und Bindemittel könnten langfristig zwar auch einen Beitrag zur Schonung natürlicher Ressourcen leisten. Sie befinden sich jedoch derzeit noch im Entwicklungsstadium. Wichtig für ihre Weiterentwicklung sind eine dauerhaft zuverlässige Rohstoffbasis sowie mit üblichen Zementen vergleichbare Verarbeitungs- und Dauerhaftigkeitseigenschaften. Letztendlich zeigt sich, dass die Zementindustrie trotz aller technischen Fortschritte und Prozessoptimierungen auch langfristig auf die sichere Versorgung mit Kalkstein sowie weiteren primären Rohstoffen angewiesen sein wird. Daher wird auch für den Standort Lengerich Kalkstein ein unverzichtbarer Rohstoff für die Zementproduktion bleiben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b>  <b>Anregungsnummer: 10967-009</b></p>	
<p><b>"Steigende Zementnachfrage zieht höheren Kalksteinbedarf nach sich</b></p> <p>Die deutsche Zementindustrie wie auch die gesamte Steine-und-Erden-Industrie agiert stets bedarfsdeckend und nicht bedarfsweckend. Somit richtet sich die Menge des zu</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>gewinnenden Kalksteins an der Zementnachfrage aus; dies gilt hierzulande wie auch in den relevanten Absatzmärkten im Ausland.</p> <p>Der VDZ rechnet für die kommenden Jahre mit einem gleichmäßig wachsenden Zementmarkt in Deutschland. Treiber dieser Entwicklung ist im Wesentlichen die hohe Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln geht davon aus, dass dieser Bedarf nur dann gedeckt werden kann, wenn jährlich etwa 430.000 Wohnungen fertiggestellt werden. 2015 wurden laut amtlicher Statistik jedoch nur ungefähr 247.000 Wohnungen gebaut. Aufgrund der regionalspezifischen Verdichtung der Nachfrage auf Ballungsgebiete werden zunehmend mehrgeschossige Wohngebäude errichtet. Dies führt zu einem steigenden Bedarf an Zement, da der Einsatz von Stahlbetonkonstruktionen in diesem Bausegment nicht zuletzt aus Gründen der hohen Lebensdauer grundsätzlich höher ist als beim Ein- und Zweifamilienhausbau.</p> <p>Weitere Nachfrageimpulse resultieren aus den Erhöhungen des Verkehrswegeetats der Bundesregierung, um den fortschreitenden Substanzverfall der Straßen, Schienen und Wasserstraßen zu kompensieren. Auf den Tiefbausektor, dem auch Brücken und Tunnel zuzuordnen sind, entfällt mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Zementverbrauchs. Auch DIW/SST gehen in ihrer Studie zur 'Entwicklung der Nachfrage nach Primär- und Sekundärrohstoffen in Deutschland im Jahre 2035' von einer mindestens stabilen Nachfrage nach Kalkstein für die Zementherstellung aus (im Jahr 2015 ca. 36,9 Millionen Tonnen). Wahrscheinlicher ist derzeit jedoch ein durch die dynamische Baukonjunktur erhöhter Bedarf."</p>	
<b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10967-010</b>	
<b>Gefährdung des Standorts Lengerich durch Einschränkung der Rohstoffversorgung</b> <p>Eine Gefährdung des Standorts Lengerich ist vor dem Hintergrund des aktuellen Entwurfs des sachlichen Teilplans "Bereiche zur Sicherung und zum Abbau für den Roh-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>stoff Kalkstein' nach Ansicht des VDZ perspektivisch nicht auszuschließen. Dies be- träfe ebenfalls die dort tätigen Beschäftigten sowie auch Arbeitskräfte in den vor- und nachgelagerten Industriezweigen, wie z.B. dem Anlagenbau, der Transport- und Be- tonfertigteilindustrie. Neben einer zusätzlichen Belastung des örtlichen Arbeitsmarktes würden die Auswirkungen einer möglichen Standortschließung sozio-demografische sowie volkswirtschaftliche Entwicklungen in der Region Münsterland ungünstig beein- flussen (bspw. Bevölkerungsrückgänge und Kaufkrafteinbußen)."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10967 - VDZ - Verband Deutscher Zementwerke e.V.</b> <b>Anregungsnummer: 10967-011</b></p>	
<p>"Weiterhin ist der VDZ der Auffassung, dass Neuaufschlüsse von Kalksteinvorkommen in anderen Gebieten nicht dem Grundsatz 9.1-3 des Landesentwicklungsplans NRW entsprechen. Demnach soll zunächst die vollständige Gewinnung des Rohstoffs einer Lagerstätte ermöglicht werden.</p> <p>In der Gesamtbetrachtung besteht ein überwiegendes ökonomisches und soziales In- teresse an der vorsorgenden Rohstoffsicherung und damit der Versorgung der Wirt- schaft mit Rohstoffen im Sinne des Art. 6 Abs. 4 FFH-RL. Der VDZ spricht sich daher für eine Prüfung des sachlichen Teilplanentwurfs Kalkstein unter Berücksichtigung der in dieser Stellungnahme vorgetragenen Argumente aus. Dabei sollte der vollständigen Rohstoffgewinnung am Standort gegenüber einem Neuaufschluss an anderer Stelle der Vorzug gegeben werden."</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Prüfung der FFH-Verträglichkeit und die Abwägung zwischen den für die Darstel- lung von BSAB im Teutoburger Wald streitenden öffentlichen Interessen und dem In- tegritätsinteresse des davon betroffenen FFH-Gebietes berücksichtigen die vorgetra- genen Informationen. Dies führt jedoch nicht zu einem anderen Ergebnis der Prüfung.</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-001</b></p>	
<p><b>"Vorbemerkung</b></p> <p>Kalkstein lässt sich nur dort gewinnen, wo er geologisch vorhanden ist – in seiner La- gerstätte. Und da der Transport von Kalkstein kostenaufwändig und umweltbelastend ist, kann die Verarbeitung von Kalkstein zu Zement nur nahe an der Lagerstätte erfol-</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>gen. Aus dieser Standortgebundenheit ergibt sich die lange Tradition des Zementwerks in Lengerich, das rund 145 Jahre besteht und auch heute einen Stabilitätsfaktor für den regionalen Arbeitsmarkt und die regionale Wirtschaft darstellt.</p> <p>Das Zementwerk Lengerich ist in Richtung Nordwesten und Westen der äußerste Standort eines klinkerproduzierenden Zementherstellers und stellt damit die günstige Versorgung dieses Gebiets sicher. Aufgrund der besonderen Qualität und mineralogischen Zusammensetzung des anstehenden Kalksteins hat Dyckerhoff zudem Produkte mit innovativen Eigenschaften entwickelt, die eine wichtige Rolle auf dem Weltmarkt spielen. Alles spricht für einen langfristigen Bedarf für Kalkstein und die Zementprodukte aus Lengerich auch in der Zukunft.</p> <p>Der vorliegende Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland stellt jedoch für die Firma Dyckerhoff am Teutoburger Wald keine Erweiterungsflächen dar.</p> <p><i>[Hier folgt in der Anregung ein 'Ausschnitt aus dem Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland mit Darstellung der Bereiche zur 'Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze' ('BSAB') (Stand 16.02.2016, BSAB-Flächen hier unverändert gegenüber dem Stand vom 01.12.1997)'; s. Abb. am Ende der Anregungsnummer]</i></p> <p>Der Entwurf nimmt an, dass auch ohne die Erweiterungsflächen die Rohstoffversorgung am Standort Lengerich noch für ca. 22 Jahre ausreiche. Wenn aber die – zuvor erst noch durch ein Genehmigungsverfahren zu bestätigende – Option der Tieferlegung des Steinbruchs in Lengerich scheitern sollte, ergibt sich das Ende einer gesicherten Rohstoffversorgung sogar schon in 10 Jahren.</p> <p>Damit signalisiert der Entwurf ein vorzeitiges Ende für Kalksteinabbau und Zementproduktion in Lengerich, trotz des vorhandenen Bedarfs. Damit einher ginge der Verlust von mindestens 700 Arbeitsplätzen, davon rund die Hälfte in der Planungsregion. Damit einher ginge auch die Konzentration auf nur noch zwei dominante Zementanbieter</p>	

<b>Anregungen und Bedenken / Hinweise</b>	<b>Ausgleichsvorschläge</b>
<p>und somit eine wesentliche Verschlechterung des Marktes, insbesondere in der Planungsregion.</p> <p>Durch die regionalplanerische Ausweisung der beantragten Flächen könnten dieses künstliche Ende der Rohstoffsicherung und seine negativen Konsequenzen vermieden werden.</p> <p>Aus Sicht der Dyckerhoff GmbH wurden in dem vorliegenden Entwurf wichtige Argumente zugunsten der beantragten planerischen Ausweisung der Erweiterungsflächen unzureichend bzw. nicht berücksichtigt. Dyckerhoff sieht insbesondere die zugrundeliegende Einschätzung der Höheren Landschaftsbehörde der Bezirksregierung Münster, dass keine zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen, als nicht ausreichend begründet an.</p> <p>Die Dyckerhoff GmbH erhebt daher gegen den vorliegenden Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland Einwendungen. Die Einwendungen werden nachfolgend zunächst zusammenfassend dargestellt und anschließend ausführlich erläutert."</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-002</b>	
<p><b>"1 Überblick über die Einwendungen</b></p> <p><b>1. Der vorliegende Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland stellt – falls er förmlich so festgestellt werden sollte – eine unzulässige Negativplanung dar. Es besteht ein Widerspruch zwischen der Bedarfsermittlung für Kalkstein und der Begründung für die ausgewiesenen Vorranggebiete (BSAB), die diesen Bedarf befriedigen sollen.</b></p> <p>Bei der Ausweisung von Vorranggebieten mit der Wirkung von Eignungsgebieten – wie vom LEP vorgegeben und im vorliegenden Entwurf übernommen – wird auf der Ebene der Regionalplanung eine abschließende Entscheidung im Sinne des § 35 Abs.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>3 Satz 3 BauGB getroffen, Bei einer solchen abschließenden Festlegung darf nicht offen bleiben, ob die ausgewiesenen Flächen auch geeignet sind für den Zweck, dem sie dienen sollen. Die Regionalplanung darf daher keine Flächen berücksichtigen, die aus tatsächlichen Gründen (z.B. weil kein eigentumsrechtlicher Zugriff auf eine Fläche möglich ist) oder aus wirtschaftlichen Gründen (z.B. weil dort eine Rohstoffgewinnung wirtschaftlich nahezu ausgeschlossen ist) für die Rohstoffgewinnung nicht in Anspruch genommen werden können.</p> <p>Eine Prüfung, ob die festgelegten BSAB wirklich in der Lage sind, den begründeten prognostizierten Bedarf zu decken, ist nicht erfolgt Für die im Planentwurf als Alternative zu den beantragten Gebieten dargestellten Vorranggebiete ist daher planerisch nicht sichergestellt, dass der Bedarf dort gedeckt werden könnte. Vielmehr sprechen eigentumsrechtliche und wirtschaftliche Gründe dagegen. Darüber hinaus stellen sich auch an den alternativen Vorranggebieten naturschutzrechtliche Probleme. Siehe S. 8 ff"</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-003</b>	
<p><b>"2. Die Unternehmensinteressen der Dyckerhoff GmbH werden im Rahmen der planerischen Abwägung in dem vorliegenden Planentwurf nicht hinreichend berücksichtigt. Dies steht im Widerspruch zu § 7 Abs. 2 ROG, wonach bei der Aufstellung der Raumordnungspläne alle öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen sind.</b></p> <p>Nur aufgrund der Nicht-Berücksichtigung der Unternehmensinteressen kann der Planentwurf auch zu der sachlich falschen Aussage kommen, es werde den Belangen des Rohstoffabbaus eine hohe Durchsetzungsfähigkeit verschafft. Hier hat Dyckerhoff vielmehr gegenteilige Realitäten belegt. [...]"</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-004</b></p> <p><b>"3. Die Interessen der Dyckerhoff GmbH im Hinblick auf die Rohstoffversorgung verkörpern zugleich auch öffentliche Interessen, sie sind nicht rein 'privat'. Deutlich wird das insbesondere an den nachfolgend aufgeführten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen, die unmittelbar mit einer Aufgabe des Werkes Lengerich der Dyckerhoff GmbH &amp; Co. KG verbunden sind. Diese Sachverhalte werden in dem vorliegenden Planentwurf sowohl bei der planerischen Abwägung als auch bei der Darlegung der zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses im Zuge der gebietsschutzrechtlichen Abweichungsprüfung unzureichend bzw. nicht berücksichtigt.</b></p> <p>Die derzeit bereits ungünstige Marktstruktur eines Oligopols in der Region wird in ein Duopol verwandelt, da lediglich zwei konzernangehörigen Unternehmen in der Region verbleiben. Dies ist eine erhebliche Verschlechterung und führt zu weniger Wettbewerb, einer schlechteren Marktversorgung, einer Verteuerung der Produkte für die Bauwirtschaft sowie zu Verdrängungseffekten von kleineren Anbietern. Die Märkte in der Planungsregion sind besonders betroffen, denn hier liegt der derzeitige Marktanteil von Dyckerhoff für Grauzement bei etwa 30%. [...]</p> <p>Es gehen mindestens 700 Vollzeit Arbeitsplätze, davon mindestens 327 innerhalb der Planungsregion verloren. Neben der Belastung des Arbeitsmarktes verstärken sich dadurch die bereits derzeit ungünstigen strukturellen Entwicklungen in der Region (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern). Die Kaufkraft der Beschäftigten, insbesondere in kleinen und mittleren Kommunen wie Lienen und Lengerich, wird reduziert. Die Vermeidung von Arbeitsplatzverlusten und der verbundenen negativen strukturellen Folgen stellt offensichtlich, und zwar unabhängig von unvermeidbaren Prognoseunsicherheiten, ein öffentliches Interesse dar. [...]</p> <p>Da der Bedarf an dem Rohstoff Kalkstein bzw. den daraus hergestellten Produkten langfristig bestehen bleibt, muss er durch andere Unternehmen gedeckt werden. Die nordwestlich von Lengerich liegenden Abnehmer werden dann von den ausschließlich</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>östlich, südöstlich bzw. südlich von Lengerich gelegenen (also weiter von den Abnehmern entfernten) Konkurrenzunternehmen beliefert. Hierdurch entsteht ein <u>zusätzlicher</u> LKW-Verkehr von ca. 1.800.000 km pro Jahr, der einen <u>zusätzlichen</u> jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 1.600.000 kg bewirkt. Durch die längeren Transportwege entstehen <u>zusätzliche</u> Belastungen durch Lärm und Schadstoffe. Da die Transporte über andere Strecken erfolgen, ergeben sich außerdem neue Betroffenheiten und Akzeptanzprobleme. [...]</p> <p>Wenn die Lagerstätte Lengerich nicht erweitert wird, werden aufgrund des vorhandenen Bedarfs Neuaufschlüsse alternativer Lagerstätten erforderlich. Im Vergleich zur Inanspruchnahme bei einer Erweiterung des Abgrabungsbereiches in Lengerich sind diese bspw. im Bereich Thieberg mit einer 15-fachen (400 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) bzw. im Bereich Neubeckum mit einer 5-fach (123 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) höheren Flächeninanspruchnahme schutzwürdiger Böden bzw. landwirtschaftlich genutzter Flächen verbunden. [...]"</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-005</b>	
<p><b>"4. Der Bedarf an Tiefbohr- und Grauzement ist auch langfristig gegeben. Es sind keine Unsicherheiten in Bezug auf das künftige Erfordernis bzw. den Bedarf der Erweiterung erkennbar. [...]</b></p> <p>Tiefbohrzement wird international und in Europa vor allem zur Gewinnung von Öl- und Gasvorkommen eingesetzt. Öl und Gas, als Grundlage für Kraftstoffe und chemische Produkte sowie als Baustein der Energieversorgung stellen eine wichtige, langfristig benötigte Ressource dar – auch in den Klimaschutzszenarien, die das 2°-Ziel zugrunde legen.</p> <p>Die Produktion des Tiefbohrzements im Werk Lengerich beläuft sich auf einen Anteil von mindestens 20 % an der Gesamtzementproduktion des Werkes. Aufgrund der herausragenden Qualität des Produktes nimmt es eine bedeutende und perspektivisch wachsende Position in den internationalen Märkten ein, in afrikanischen und südameri-</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>kanischen Märkten sogar 80 bis 100%. Die besonderen Produkteigenschaften ermöglichen Bohrungen unter extremen Bedingungen (bspw. hohe Temperatur, hoher Druck). Aufgrund der besonderen Sicherheitsleistung des Produktes sinkt das Risiko für Umweltschäden und Unfälle.</p> <p>Grauzement ist im Verhältnis zu anderen Baustoffen ein kostengünstiger, nachhaltiger Baustoff, der im Tiefbau, im Hochbau und vor allem auch im Bereich Infrastruktur in vielfältigen Anwendungen eingesetzt wird. Wie auch der Planentwurf ausführt, kann von einer weiteren Steigerung der Substitution von Kalkstein durch industrielle Nebenprodukte nicht ausgegangen werden (vgl. Planentwurf Rn. 24). Es ist daher davon auszugehen, dass für den hier zu betrachtenden Versorgungszeitraum von 35 Jahren und darüber hinaus Zementbedarf und damit der Bedarf an Kalkstein besteht. Mit dem Zementwerk Lengerich stellt Dyckerhoff einen Anteil von ca. 30% der regionalen Marktversorgung."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-006</b>	
<p><b>"5. Für das beantragte erweiterte Abbaugelände in Lengerich sprechen zwingende Gründe des öffentlichen Interesses. Der derzeitige und zukünftige Bedarf für die durch die Dyckerhoff GmbH in Lengerich hergestellten Produkte sowie die nachteiligen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen im Falle einer Aufgabe der Produktion machen dies deutlich. [...]"</b></p> <p>Maßstab für das Vorliegen zwingender Gründe des öffentlichen Interesses ist nach höchstgerichtlicher Rechtsprechung ein durch Vernunft und Verantwortungsbewusstsein geleitetes staatliches Handeln. Dabei sind regionale und örtliche Besonderheiten sowie wirtschaftliche, soziale, kulturelle und regionale Anforderungen zu berücksichtigen, wie es auch die Regelungen der FFH-Richtlinie vorsehen. Zahlreiche durch die EU-Kommission dokumentierte Fälle, in denen Vorhaben über eine Abweichung zugelassen wurden, belegen die breite Anwendung dieser auf den individuellen Fall abstellenden Abwägungsgrundsätze.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Nicht erforderlich für das Vorliegen zwingender Gründe des öffentlichen Interesses sind dagegen völlig unausweichliche Sachzwänge oder mit Gewissheit eintretende Umstände. Eine derartige Anforderung an die Abwägung würde vielmehr angesichts der Unmöglichkeit, die Ereignisse in langfristigen Zeiträumen (hier 35 Jahre) mit Bestimmtheit vorherzusehen, eine spezifische Abwägung verhindern und damit die Abwägungsvorgabe der FFH Richtlinie nicht umsetzen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-007</b></p>	
<p><b>"6. Die Ergebnisse des im Jahre 1997 fertig gestellten Gutachtens 'Nutzungskonflikt Kalksteinabgrabung – Naturschutz' (Kalksteingutachten) stehen der beantragten Erweiterung nicht entgegen. Eine Festlegung auf eine 'Auslaufplanung' kann, entgegen anderslautenden öffentlichen Behauptungen, weder dem Gutachten, noch den Protokollen des begleitenden Arbeitskreises noch aus Beschlüssen des Regionalrates oder der Genehmigung der Landesregierung des damaligen Regionalplans sowie dem seitherigen Behördenhandeln entnommen werden. [...]</b></p> <p>Im Kalksteingutachten und in dem begleitenden Arbeitskreis wurde das Thema Auslaufplanung als eine Option diskutiert, jedoch im Ergebnis nicht aufgegriffen oder gar beschlossen. Auch in dem Erarbeitungsbeschluss und in dem Aufstellungsbeschluss für die Regionalplanänderung in 1997 findet sich keine Festlegung auf eine Auslaufplanung.</p> <p>Ebenso nicht in dem Genehmigungserlass des Umweltministeriums aus 1998. Vielmehr hat das seitherige Behördenhandeln offensichtlich die Erweiterungsoption für den Abbau bewusst offen gehalten und sogar vorbereitet. So werden in dem Vertrag mit dem Land zu Kohärenzsicherungs- sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aus dem Jahre 2008 ausdrücklich die 'mit Blick auf das Auslaufen der genehmigten Abgrabungsbereiche im Jahre 2017 bzw. 2025 [FN 1: Gemäß des Vertrags zwischen den Firmen Schencking (heute Calcis) und Dyckerhoff sowie dem Land Nordrhein-Westfalen sowie dem Kreis Steinfurt aus dem Jahr 2008.] benannten Interessenflächen der</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Firmen' einbezogen. Die 2013 erfolgte "Rechtsentwicklung" durch das Umweltministerium zielt auf erhöhte naturschutzfachliche Anforderungen hin, weist aber gleichzeitig ausdrücklich auf die Möglichkeit von Abgrabungen in einem FFH-Gebiet hin."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-008</b></p>	
<p><b>"7. Die für das beantragte Vorhaben vorliegenden Gemeinwohlinteressen überwiegen die Schutzinteressen des FFH-Gebiets. Neben den bereits dargestellten zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses an dem Vorhaben, ist eine entsprechende Gewichtung der Belange des Habitatschutzes in dem hier vorliegenden konkreten Einzelfall ausschlaggebend. [...]"</b></p> <p>Es ist von einer hohen Bedeutung des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' für das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 auszugehen. Jedoch hat das Gebiet für den Waldmeister-Buchenwald in NRW nicht die besonders hohe Bedeutung, die in der Stellungnahme der Höheren Landschaftsbehörde angenommen wird. Denn die Bestände des Waldmeister-Buchenwalds in dem betroffenen Gebiet zählen nicht zu den 10 größten Vorkommen in der kontinentalen Region in NRW. Gemäß LANUV sind vielmehr in 10 weiteren FFH-Gebieten größere Vorkommen des LRT 9130 vorhanden, die überwiegend weitaus größer sind als die Bestände in dem betroffenen FFH-Gebiet.</p> <p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) kann das Gewicht der Naturschutzseite in der Abwägung gemindert werden, wenn Kohärenzmaßnahmen ergriffen werden, die unmittelbar an den beeinträchtigten Gebietsbestandteilen ansetzen und einen Ausgleich innerhalb desselben Schutzgebiets schaffen. Dies ist im vorliegenden Fall gegeben. Die Realisierbarkeit und Wirksamkeit der vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen ist darüber hinaus aufgrund der konkreten Rahmenbedingungen in besonders hohem Maße gesichert.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Für die Umsetzung steht ein großer zeitlicher Vorlauf zur Verfügung, da die Inanspruchnahme der Flächen erst ab 2038 stattfindet. Die Beeinträchtigungen</li> </ul>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>erfolgen zudem ab 2038 lediglich schrittweise mit ca. 1,85 ha jährlich. Maßnahmen können daher frühzeitig realisiert und wirksam werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Kohärenzverhältnis von 1:4 sieht einen großen Umfang an Maßnahmen vor. So werden für die Verluste von 17,2 ha Weldmeister-Buchenwald 68,6 ha Waldmeister-Buchenwald entwickelt.</li> <li>• Das vorgelegte Kohärenzkonzept zeigt, dass im engen räumlichen und funktionalen Zusammenhang des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' ein Flächenpotenzial von ca. 95 ha für Aufforstungs- und ca. 155 ha für Umbaumaßnahmen zum LRT 9130 Waldmeister-Buchenwald vorhanden ist.</li> <li>• Buchenbestände sind gegenüber Wärmestress weniger anfällig, so dass von dem zunehmenden Klimawandel kein die Maßnahmenumsetzung behindernder Einfluss zu erwarten ist. Im Gegenteil wird seitens des Umweltministeriums aufgrund ihrer relativen Robustheit eine Ausbreitung der Buche erwartet.</li> <li>• Die Erfahrungen der Dyckerhoff GmbH aus bisherigen Maßnahmenverpflichtungen im Bereich des Teutoburger Waldes belegen, dass die vorgesehenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können.</li> <li>• Die vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen gründen im Übrigen auf einem seitens der LÖBF (heute LANUV) und dem Forstamt Steinfurt für das Umweltministerium im Jahr 2004 entwickelten Maßnahmenkonzept, welches im Jahr 2008 durch den Landesbetrieb Wald und Holz, den Kreis Steinfurt sowie die Bezirksregierung vertraglich bestätigt worden ist."</li> </ul>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-009</b>	
<b>"8. Zu der beantragten Erweiterung der Kalksteinbrüche in Lengerich gibt es keine zumutbare Alternative. Die Versorgung mit Kalkstein und den daraus her-</b>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>gestellten Zementprodukten kann daher für den Planungszeitraum von 35 Jahren nur mit der Ausweisung des Erweiterungsbereichs als BSAB gesichert werden. [...]</b></p> <p>Die Regionalplanungsbehörde und der von ihr beauftragte externe Gutachter haben die Aussage von Dyckerhoff bestätigt, dass eine zumutbare Alternative zur Erweiterung des Abbaus in Lengerich weder in Form einer Rohstoffzulieferung noch in Form einer Produktionsverlagerung vorhanden ist."</p>	<p>s. nachfolgende Erwiderungen.</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-010</b></p>	
<p><b>"2 Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe</b></p> <p><b>2.1 Räumliche Steuerung</b></p> <p>Das System der räumlichen Steuerung, wie es im Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalksteins zum Ausdruck kommt, kann im Ansatz akzeptiert werden. Jedoch kann der Anspruch, mit den zeichnerisch festgelegten Bereichen zur Sicherung und zum Abbau Oberflächen naher Bodenschätze (Abgrabungsbereiche) für den Rohstoff Kalkstein Vorranggebiete darzustellen, die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben (Ziel 1, Nr. 1.1 des Entwurfs) und außerhalb der dargestellten Bereiche die Gewinnung von Kalkstein ausschließen, mit dem vorliegenden Planentwurf nicht erreicht werden.</p> <p>Vorrang- und Eignungsgebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind Konzentrationszonen gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB. Sie führen dazu, dass außerhalb der festgelegten Gebiete eine entsprechende Rohstoffgewinnung in der Regel ausgeschlossen ist, von den im Planentwurf geregelten Ausnahmen (Ziel 1, Nr. 1.4) einmal abgesehen. Um die Ausschlusswirkung zu erreichen, hat sich in der Rechtsprechung ein mehrstufiger Prüfungsaufbau herausgebildet, von dem auch die Regionalplanungsbehörde bei dem Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein ausgegangen ist. Zunächst sind diejenigen Flächen auszuschneiden, die für die Sicherung der Rohstoffversorgung keinesfalls zur Verfügung stehen, weil der Rohstoffnutzung dort auf</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Regionalplanungsbehörde ist nach der im Darstellungskonzept beschriebenen Schrittfolge unter Berücksichtigung der Versorgung mit Tiefbohrzement zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Erweiterung des Steinbruches "Hohne" notwendig ist, um der Rohstoffversorgung mit Mergel-Karbonatgestein substantiell Raum zu schaffen. Durch die Erweiterung würde das FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" erheblich beeinträchtigt. Die Prüfung der Ausnahme vom Verbot der erheblichen Beeinträchtigung aber kommt zu dem Schluss, dass die öffentlichen Interessen gegenüber dem Integritätsinteresse des FFH-Gebiets nicht überwiegen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegenstehen (sogenannte 'harte' Tabuzonen) [FN 2: vgl. Rn. 35 der textlichen Festsetzung des Planentwurfs.] bzw. weil sie der Plangeber für von vornherein ungeeignet hält (sogenannte 'weiche' Tabuzonen). Hinsichtlich der dann verbleibenden Flächen (sogenannte 'Potentialflächen') hat der Plangeber anschließend einzelfallbezogen abzuwägen und die Abgrabungskonzentrationsbereiche festzulegen. In der dritten Stufe ist sodann, wovon auch der Planentwurf ausgeht (Rn. 37) zu prüfen, ob die ermittelten Abgrabungsbereiche der Sicherung der Rohstoffversorgung 'substantiell Raum geben'. [FN 3: Vgl. BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011 - 7 B 19/10 -, juris-Rn. 23; OVG Münster, Urteil vom 08.05.2012 - 20 A 3779/06 -, juris.]</p> <p>Die Regionalplanungsbehörde der Bezirksregierung Münster behandelt im Planentwurf FFH-Gebiete nicht als 'harte', sondern als 'weiche' Tabuzonen. Jedoch werden auch sie als ungeeignet für die Kalksteingewinnung eingestuft. Es ist dann nach Abzug der Tabuzonen nochmals zu prüfen, ob der Rohstoffgewinnung substantiell Raum gegeben worden ist. Ist das nicht der Fall, müssen die angelegten Kriterien nochmals überdacht werden. [FN 4: BVerwG, Urteil vom 13.12.2012 - 4 CN 1/11 -, juris-Rn. 10; BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011. - 7 B 19/10 -, juris-Rn. 23.] Wie schon in der Bedarfsanalyse Kalksteinabbau [FN 5: Unterlage B.1 zum Schreiben der Dyckerhoff GmbH vom 11.03.2016.] dargelegt worden ist, bedingt das auch, dass die Regionalplanungsbehörde solche Flächen nicht berücksichtigen darf, die aus tatsächlichen Gründen (z; B. weil kein eigentumsrechtlicher Zugriff auf eine Fläche möglich ist) oder aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. wenn dort eine Rohstoffgewinnung wirtschaftlich nahezu ausgeschlossen ist) für die Rohstoffgewinnung nicht in Anspruch genommen werden können.</p> <p>An diesem Planungskonzept gemessen, bestehen Mängel bei der Bedarfsermittlung, welche den Bedarf des Rohstoffs Kalkstein für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren ermitteln soll. Es bestehen sodann auch Mängel in Bezug auf den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis ('substantielles Raumverschaffen')."</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-011</b>	
<p><b>"2.2 Verhältnis von Bedarfsermittlung und Ausweisung</b></p> <p>Der Planentwurf (textliche Festsetzungen, Rn. 24) geht für die Bedarfsermittlung von dem durchschnittlichen Jahresverbrauch der zugelassenen, in Betrieb befindlichen Abgrabungen auf Basis der Genehmigungsdaten aus und schreibt den durchschnittlichen Jahresverbrauch linear fort. Das führt hier für die Dyckerhoff GmbH zu dem von der Regionalplanungsbehörde festgestellten Ergebnis, dass der Versorgungszeitraum für die Produktion von Grauzement [FN 6: Die im Zementwerk Lengerich hergestellten Zemente lassen sich in zwei Gruppen unterteilen: Zum einen die sog. Grauzemente, deren Eigenschaften nach der europäischen Norm EN 197-1 definiert sind (im Folgenden mit 'Grauzement' bezeichnet), und zum anderen die (dunkel gefärbten) Spezialzemente, zu denen ein sulfatbeständiger Normzement ('Sulfadur') und der nach der amerikanischen API-Norm hergestellte sog. Tiefbohrzement zählt (im Folgenden mit 'Tiefbohrzement' bezeichnet).] im vorhandenen Abgrabungsbereich 'mit 25 Jahren deutlich unter den im LEP-E geforderten 35 Jahren (liegt), so dass hier geprüft werden muss, ob die von Dyckerhoff beantragten Erweiterungsflächen erforderlich sind', was in der Folge von der Regionalplanungsbehörde ausdrücklich bejaht wird. [FN 7: vgl. Anlage 5 der Sitzungsvorlage 42/2016, S. 9, 14.] Jedoch gibt es einen Widerspruch zwischen der Bedarfsermittlung und der Ausweisung, denn bei den im Sachlichen Teilplan Kalkstein (Entwurf) dargestellten Vorranggebieten ist nicht sichergestellt, dass der angemeldete Bedarf dort befriedigt werden kann. Gerade angesichts des Anspruchs, Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen (Ziel 1, Nr. 1.1 des Entwurfs) und der damit verbundenen hohen Verbindlichkeit, dem hohen Konkretisierungsgrad und dem dadurch nach der Intention des Plangebers bewirkten weitgehenden Nutzungsausschluss der Rohstoffgewinnung auf anderen Flächen im Plangebiet hätte der Frage der Realisierbarkeit für das ausgewiesene Flächen-Angebot Rechnung getragen werden müssen. Ausschlaggebend ist immer die Möglichkeit einer objektiv substantiellen Rohstoffgewinnung. Dieses Kriterium bildet den Prüfstein, anhand dessen zu beurteilen ist, ob nicht in Wirklichkeit eine unzulässige Negativplanung vorliegt. Die Größe der planerisch dargestellten Bereiche ist kein Kriterium, das für sich allein bereits eine Aussage darüber ermöglicht, ob die Möglichkeit einer Rohstoffgewinnung besteht, ob sich die Rohstoffgewinnung im Planungsraum auch gegenüber</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Im LEP ist in den Erläuterungen zu Grundsatz 9.1-1 ausgeführt, dass planerische Rohstoffsicherung "die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft" ist und "nicht einzelne Betriebsstandorte" sichert. Die Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze sichern für den im LEP festgelegten Versorgungszeitraum auf Basis der bisher im Plangebiet abgebauten Mengen die Rohstoffversorgung. Die im Kreis Warendorf zur Versorgung mit Mergel-Karbonatgestein festgelegten Abgrabungsbereiche beruhen auf von Unternehmen gemeldeten Interessenflächen. Durch die, wenn auch nicht vollständige, Berücksichtigung von Grundstücken, für die ein Interesse an der Nutzung zu Abgrabungszwecken artikuliert wurde, wird u.a. dem Substanzgebot Geltung verschafft.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>anderen Nutzungen durchzusetzen vermag, ob ihr also substantiell Raum verschafft worden ist. Dies zu beurteilen, ist immer eine Frage des Einzelfalls. [FN 8: BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011 - 7 B 19/10, juris-Rn. 31.]</p> <p>Dazu hätte der Plangeber im Entwurf keine Bereiche festlegen dürfen, die aus tatsächlichen und/oder wirtschaftlichen Gründen nicht für eine Nutzung zur Kalksteingewinnung in Frage kommen. Steht beispielsweise das Eigentum eines Dritten einer Abgrabung entgegen, und ist bereits im Zuge der Regionalplanung eindeutig, dass eine Veräußerung zu Abbauzwecken ausgeschlossen ist, ist dies ein in der Planung zu berücksichtigendes Hindernis. Zwar kann eine genaue Prüfung der Flächenverfügbarkeit unter Umständen unterbleiben, jedoch nur dann, wenn dennoch sichergestellt ist, dass für die in den Konzentrationszonen festzulegende Nutzung substantieller Raum verbleibt. [FN 9: Vgl. OVG Münster, Urteil vom 29.01.2009 - 20 A 2034/06 -, juris-Rn. 6B OVG Münster, Urteil vom 06.09.2007 - 8 A 4566/04 -, juris-Rn. 193.] Der Plangeber muss sich bei der Festlegung von Konzentrationszonen – wie mit dem Sachlichen Teilplan Kalkstein beabsichtigt – vergewissern, dass sich die bedarfsmäßig ermittelten Mengen innerhalb des vom Plan erfassten Zeitrahmens auch wirklich in den festzulegenden Konzentrationszonen gewinnen lassen werden. Insofern sind also die Interessen der von der Darstellung der Konzentrationszonen betroffenen Eigentümer in den Blick zu nehmen. Anders herum sind auch die Interessen des Unternehmens, das den Kalkstein gewinnen möchte, an der Nutzung eigener, vorhandener Flächen zu berücksichtigen. Das gilt schon wegen der Pflicht des Plangebers zur abwägenden Berücksichtigung schutzwürdiger privater Belange, die ihm vor verfassungsrechtlichem Hintergrund [FN 10: Art. 14 Abs. 1 GG] obliegt. Eine Entscheidung ist immer nach den Umständen des Einzelfalls und den örtlichen Gegebenheiten zu treffen. Dabei steht fest, dass eine Betrachtung allein anhand der Größe einer auszuweisenden Fläche nicht geeignet ist. [FN 11: OVG Münster, Urteil vom 01.07.2013 - 2 D 46/12.NE -, juris.] Eine Fläche muss aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht für eine Rohstoffgewinnung angemessen nutzbar sein, um Teil eines Vorranggebiets mit der Wirkung von Eignungsgebieten für die Rohstoffgewinnung sein zu können. Zwar müssen die für Konzentrationszonen befindlichen Flächen nicht so beschaffen sein, dass sie eine bestmögliche Ausnutzung des Rohstoffs gewährleisten. [FN 12: Vgl. BVerwG, Beschluss vom 22.05.2014-4 B 56/13-, juris-Rn. 10.] Dies hat die Rechtsprechung jedoch für den Fall entschieden, dass im Planungsraum abbauwürdige Lagerstätten an Kies/Kiessand in mehr als 55 % der Fläche mit einer Mächtigkeit von mindestens 10 m</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>vorlagen. Damit handelte es sich um ein <u>Überangebot</u> (das BVerwG spricht hier von einer 'Rohstofffülle'). Was für eine 'Rohstofffülle' gilt, muss angesichts der gebotenen Einzelfallbetrachtung bei einem Rohstoff wie Kalkstein, der – zumal in der erforderlichen Qualität – nicht in einer 'Rohstofffülle' ansteht, anders gesehen werden. Wenn hier wirtschaftliche Gründe vorliegen, die bestimmte Flächen für den Abbau von Kalkstein ganz bestimmter Qualität und Zusammensetzung als sinnlos erscheinen lassen, dann bewegt sich die Regionalplanung bei der Darstellung von Konzentrationsflächen nicht vor dem Hintergrund einer 'Rohstofffülle', so dass die planerische Anforderung daran, einer Rohstoffgewinnung 'substantiell Raum verschaffen' zu müssen, deutlich ansteigt. Dies betrifft bspw. die im Bereich Beckum ausgewiesenen Abgrabungsbereiche, die nach Aussagen der Regionalplanungsbehörde den auf der Grundlage des durchschnittlichen Jahresverbrauchs des Werkes Lengerich ermittelten Bedarf decken sollen. [FN 13: WIERING 2017]"</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-012</b></p>	
<p>"Auch wenn Flächen so dargestellt werden, dass ein Neuaufschluss – noch dazu evtl. verbunden mit der Planung eines neuen Werks – aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft von niemandem ernsthaft erwogen werden wird, sei es für den einen Zementhersteller aufgrund zu großer Entfernung zum Anlagenstandort oder sei es für einen anderen Hersteller aufgrund fehlender eigentumsrechtlicher Verfügbarkeit, sind diese Flächen nach den Umständen des Einzelfalls nicht geeignet, der Rohstoffgewinnung substantiell Raum zu verschaffen. Das kann, auf den vorliegenden Fall übertragen, beispielsweise Flächen betreffen, die zwar im Planungsraum Münsterland liegen (Neubeckum), an denen aber aus wirtschaftlichen Gründen (die in den Planungsunterlagen sehr detailliert dargestellt sind) die Dyckerhoff GmbH keinen neuen Steinbruch wird erschließen kennen. Damit hätte man zwar in einem bestimmten Teil des Planungsgebiets rein rechnerisch den Rohstoffbedarf der Zementindustrie des gesamten Planungsraums abgedeckt. Dass ein solcher Ansatz nicht realistisch ist, wird jedoch bereits von der Regionalplanungsbehörde formuliert. [FN: 14: Sitzungsvorlage 42/2016, S. 5,1. Absatz; ferner Anlage 5 "Ergänzende Erläuterungen S. 9, 14]</p> <p>Für die Dyckerhoff GmbH wären solche Flächen 'wirtschaftlich unerreichbar'. Im Übrigen wären sie auch für die anderen im Planungsraum tätigen Zementhersteller nicht</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-011</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>erreichbar, soweit sie im Eigentum der Dyckerhoff GmbH stehen. Insbesondere darf die Regionalplanungsbehörde bei der Planung für die Rohstoffvorsorge bei Kalkstein nicht darauf hoffen, der Markt werde es – auf nicht erkennbare Weise – schon regeln, dass die letztlich regionalplanerisch freigegebenen Bereiche dann auch in Anspruch genommen werden. Selbst wenn die Dyckerhoff GmbH Flächen in Neubeckum an einen anderen Zementhersteller veräußern würde, würde das im System der Regionalplanung nur dazu führen, dass diese Flächen für die Dyckerhoff GmbH (erst recht) nicht mehr erreichbar wären und ansonsten die Rohstoffsicherung weit über den Planungshorizont hinaus ausgedehnt würde – allerdings nur für diejenigen Zementhersteller, die eigentumsrechtlich und auch wirtschaftlich den Zugriff auf diese Flächen ermöglichen könnten. Diese Hersteller waten somit, gemessen am Planungszeitraum, 'überversorgt' Auf diese Weise kann mithin keine realistische Perspektive für die tatsächliche Inanspruchnahme der dargestellten Konzentrationsflächen für die Zwecke der Kalksteingewinnung aufgezeigt werden. Damit hätte die Regionalplanung ihre aus § 2 Abs. 2 Nr. 4 S. 4 ROG und aus dem LEP NRW folgende Planungsaufgabe folglich verfehlt."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-013</b></p>	
<p><b>"2.3 Abwägung</b></p> <p><b>Abwägungsvorgang und Abwägungsergebnis</b></p> <p>Neben den Mängeln an der Bedarfsermittlung gibt es auch Mängel in Bezug auf den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis: Der Sachliche Teilplan Kalkstein nimmt für sich in Anspruch, die Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten als Ziele der Raumordnung [FN 15: § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG] zu definieren. Nach der Formulierung in § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG müssen Festlegungen als Ziele der Raumordnung in Regionalplänen dem Gebot einer umfassenden, abschließenden Abwägung entsprechen. [FN 16: vgl. auch § 7 Abs. 2 ROG] Werden durch die Ziele der Raumordnung bestimmte Nutzungen untersagt bzw. – bei der Ausweisung von Konzentrationszonen – mit einer Negativaussage der Unzulässigkeit bestimmter Nutzungen außerhalb dieser Flächen verbunden [FN 17: vgl. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB], muss auf dieser Ebene eine abschließende Abwägung privater Belange erfolgen. Dies beinhaltet, dass</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Wie in der Erwiderung zu 10968-11 ausgeführt, ist nicht einzelnen Unternehmen substantiell Raum zu verschaffen.</p> <p>Nach dem Darstellungskonzept des Sachlichen Teilplans werden in der ersten Stufe die Bereiche ermittelt, die für die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht zur Verfügung stehen. Dabei wird unterschieden zwischen Bereichen die nicht zur Verfügung stehen da auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse im Weg stehen (harte Tabuzonen) und solchen, die als Ergebnis eines Abwägungsprozesses aufgrund von planerischen Erwägungen nicht zur Verfügung stehen (weiche Tabuzonen). Als weiche Tabuzonen sind dabei insbesondere die Bereiche beurteilt worden, für die das jeweilige Fachgesetz einen Verbotstatbestand regelt. Da gleichzeitig aber auch eine Ausnahmeregelung getroffen wird, werden sie als weiche Tabuzone beurteilt. Die</p>

<b>Anregungen und Bedenken / Hinweise</b>	<b>Ausgleichsvorschläge</b>
<p>alle erkennbaren Belange in die Abwägung eingestellt und endgültig abgewogen werden. [FN 18: vgl. Schink 2016, 374f]</p> <p>Diesen Anforderungen genügt der vorgelegte Planentwurf nicht. Es entspricht zwar grundsätzlich dem Gebot gerechter Abwägung, wie hier das Vorgehen zur Bedarfsermittlung systematisch gestaltet wurde. [FN 19: Sachlicher Teilplan Kalkstein, Entwurf, Rn. 34 ff. des Textteils.] Nicht nachvollziehbar ist jedoch, wie die Interessen des Unternehmens Dyckerhoff GmbH (und damit auch die grundrechtsrelevanten Positionen des Unternehmens) in die Abwägung eingestellt werden. Nach dem Planentwurf spielen sie ausschließlich auf Stufe 2 des Abwägungsprozesses eine Rolle, also nach Abzug der harten Tabuzonen, aber auch nach Abzug der (ohne Berücksichtigung von Unternehmerinteressen festgelegten) weichen Tabuzonen. [FN 20: vgl. Rn. 36 des Textteils des Planentwurfs sowie die 'weiteren Kriterien' in Stufe 2 des Abwägungsprozesses, Rn. 59 ff. des Textteils des Planentwurfs.] Diese Nichtberücksichtigung der Unternehmensinteressen der Dyckerhoff GmbH steht im Widerspruch zu § 7 Abs. 2 ROG. Danach sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne 'die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen; bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung ist abschließend abzuwägen'.</p> <p>Wenn so vorgegangen wird, muss spätestens auf der 3. Stufe des Abwägungsprozesses, nämlich bei der Frage, ob der betroffenen Nutzung (Rohstoffgewinnung) an den positiv festgesetzten Standorten 'in substantieller Weise Raum verschafft wird', eine Berücksichtigung der Unternehmensinteressen erfolgen. Indes sieht der Textteil des Planentwurfs bei der 3. Stufe der Abwägung (Substanzgebot) in den Rn. 65 ff. die Berücksichtigung der Unternehmensinteressen der Dyckerhoff GmbH nicht vor. Hier wird vielmehr mit eher allgemeinen Formulierungen gearbeitet."</p>	<p>harten und weichen Tabuzonen des Darstellungskonzepts gewährleisten eine raumverträgliche Steuerung des Abtragungsgeschehens.</p> <p>Zur Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaft mit dem Rohstoff Kalkstein werden in der 2. Stufe des Planungsprozesses insbesondere die Interessenflächen der Abtragungsunternehmen berücksichtigt. Durch die Berücksichtigung von Flächen, die in einer Unternehmerbefragung und im Beteiligungsverfahren genannt wurden fließen entsprechend der Erläuterungen zu Ziel 9.2-1 des LEP "betriebliche Entwicklungsvorstellungen" in die Planung ein und es ist zu erwarten, dass "die Flächen in der Regel für Abtragungen genutzt werden können", also der Rohstoffgewinnung substantiell Raum geschaffen wird.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-014</b>	
<p>"Außerdem wird aus dem Umstand, dass die in besonderem Maße den Unternehmeninteressen entsprechenden Flächen (in Rn. 69 des Textentwurfs 'konfliktträchtige Flächen' benannt) als weiche Tabuzonen aus Potenzialfläche herausgenommen wurden,</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-13</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>entgegen der in den Planungsunterlagen durch Dyckerhoff belegten Realität abgeleitet, damit werde dem Belang des Rohstoffabbaus eine hohe Durchsetzungsfähigkeit verschafft. Diesbezüglich formuliert der Planentwurf eine sachlich falsche Aussage. Diese erfolgt in Kenntnis des Umstandes, dass in den Unterlagen des Unternehmens für den Sachlichen Teilplan Kalkstein ausdrücklich vorgetragen wurde, dass diejenigen Bereiche, die jetzt im Planentwurf im Bereich Beckum zeichnerisch dargestellt wurden, aus technischen und/oder wirtschaftlichen Gründen für den Abbau nicht in Frage kommen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-015</b></p>	
<p>"So wird auch dem Versorgungszeitraum von 35 Jahren (Ziel 9.2-2 [Versorgungszeiträume] des neuen LEP NRW) für Dyckerhoff nicht entsprochen, wie auch in Anlage 5 des Planentwurfs [FN 21: Ergänzende Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze im Teutoburger Wald.] ausgeführt wird. Dort [FN 22: Anlage 5. S. 14.] wird ausdrücklich festgehalten, dass die Ausweisung von BASB-Erweiterungsflächen für die Fa. Dyckerhoff am Standort Lengerich im FFH-Gebiet erforderlich ist, um die Versorgungsreichweite von 35 Jahren zu gewährleisten und damit substantiell Raum für die Rohstoffgewinnung zu schaffen. Auf diese Weise wird auch das Ziel 9.2-1 des neuen LEP NRW nicht erreicht, denn dazu gehören nach den Erläuterungen auch die Berücksichtigung der betrieblichen Entwicklungsvorstellungen und die Prognose, dass sich die Nutzungsmöglichkeit der Rohstoffgewinnung bei Entscheidungen auf nachfolgenden planerischen Ebenen durchsetzt.</p> <p>Insofern ist festzuhalten, dass die Erweiterung des Plangebiets in Lengerich {Erweiterung des Steinbruchs) in Gestalt einer Festlegung als Vorranggebiet mit der Wirkung eines Eignungsgebiets erforderlich ist. Hierfür besteht ein in den Planungsunterlagen durch die Dyckerhoff GmbH eindeutig belegter Bedarf, dem die Regionalplanungsbehörde gefolgt ist, der aber mit dem aktuellen Planentwurf nicht gedeckt würde. Die bisher vorliegende Planung erweist sich aus diesen Gründen insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung von Lagerstätten mit Kalkstein der erforderlichen Qualität als eine unzulässige Negativplanung.</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-10</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Damit entspricht der Planentwurf nicht den rechtlichen Erfordernissen, was den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis betrifft. Dis 'privaten' Interessen der Dyckerhoff GmbH, die im Hinblick auf die Rohstoffversorgung zugleich auch öffentliche Interessen verkörpern (siehe dazu im folgenden Abschnitt), werden nicht hinreichend berücksichtigt."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-016</b></p>	
<p><b>"Öffentliches Interesse an der Erweiterung des BSAB am Standort Lengerich</b></p> <p>Neben den privaten Interessen der Dyckerhoff GmbH streiten auch öffentliche, insbesondere wirtschaftliche Interessen gegen den Ausschluss von BSAB im Teutoburger Wald. Denn mit dem Wegfall des Kalksteinabbaus in Lengerich sind mehrere, regionalplanerisch relevante Nachteile von erheblichem Gewicht verbunden. So wurden in der vorgelegten Bedarfsanalyse sowie den ergänzenden Gutachten dargelegt, dass das Zementwerk in Lengerich eine marktrelevante Position für die Produktion von Grau- und Tiefbohrzementen besitzt. So nimmt das Zementwerk eine marktrelevante Position mit einer signifikanten Bedeutung für die Preis- und Mengengestaltung und mit einer großen Bedeutung für die Versorgung der Kunden in der Bauwirtschaft des betreffenden Absatzgebietes für Grauzement ein. Eine Aufgabe der Produktion in Lengerich, die ggf. rein mengenseitig durch die Produktion durch andere Unternehmen innerhalb des Absatzgebiets aufgefangen werden könnte, bliebe daher nicht ohne Folgen. So würde sich die derzeit bereits ungünstige Marktstruktur eines Oligopols noch weiter verschlechtern, da die innerhalb der Region verbleibenden zwei konzernangehörigen Unternehmen das bisher durch das Werk Lengerich bediente Drittel des Marktes (vgl. S. 26 ff) übernehmen und somit die bislang bestehende Marktform des Oligopols in ein Duopol verwandeln würden. Dies würde zu einer Verschlechterung der Marktversorgung führen, so dass es zu einer Erhöhung des Marktpreises bzw. einer Verteuerung der Produkte für die Bauwirtschaft käme. Zudem sind Verdrängungseffekte von kleineren Anbietern und eine Erweiterung des Verhaltensspielraums der verbliebenen finanzstarken Anbieter zur Preissetzung zu erwarten, die u.a. aggressive Preisstrategien zur Marktberreinigung ermöglichen. Schließlich kann im Falle einer Übernahme durch andere Unternehmen eine entsprechende Qualität der Produkte nicht sichergestellt werden."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die regionalplanerische Abwägung, ob die vorgetragenen ökonomischen Belange einer veränderten Markt- und Wettbewerbsstruktur aufgrund einer möglichen Schließung im Worst-Case einen Eingriff in das FFH-Gebiet rechtfertigen, ist vor allem wichtig, ob der Versorgungsauftrag des LEP NRW erfüllt werden kann oder nicht. Aus den beiden Wirtschaftsgutachten ist nicht erkennbar, dass im Fall einer Betriebsschließung der ermittelte Bedarf auf dem Markt nicht mehr gedeckt werden kann. Im Gegenteil stellen die Gutachten ausdrücklich fest, dass der Markt einen möglichen Produktionsausfall des hier in Rede stehenden Betriebe auffangen kann.</p> <p>Auf die Argumente, dass sich im Falle einer möglichen Schließung die Markt- und Wettbewerbsstruktur noch weiter verengen wird und auch höhere Marktpreise zu erwarten sind, wurde in den vorgelegten Gutachten bereits hingewiesen. Eine solche, wahrscheinlich eintretende Entwicklung wird seitens der Regionalplanungsbehörde nicht widersprochen. Es stellt sich angesichts der in den Gutachten gemachten Angaben zu den Produktionsmengen insgesamt und nach Wettbewerbern die Frage, inwieweit angesichts der starken oligopolistischen Marktstruktur sowohl in der Zementindustrie als auch bei der Kalkherstellung mit wenigen marktbeherrschenden Unternehmen in Deutschland eine freie Preisgestaltung wie auf anderen Märkten überhaupt noch stattfinden kann und ob nicht auch andere Aspekte einen wichtigen Einfluss auf die Preisgestaltung ausüben. Es stellt sich hier auch die Frage, inwieweit Importe mögliche Produktionsausfälle im Inland auffangen können – auch im Hinblick auf die Preisgestaltung.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-017</b></p>	
<p>"Des Weiteren wäre der Wegfall des Unternehmens mit nachteiligen sozialen und ökologischen Konsequenzen verbunden, die ebenfalls im öffentlichen Interesse stehen. So würde die Aufgabe des Werks Lengerich zu einem Verlust direkter und indirekter Beschäftigungseffekte führen. Innerhalb der Planungsregion des Regionalplans Münsterland wären davon 327 bis 345, innerhalb der relevanten Arbeitsmarktregion [FN 23: Die Arbeitsmarktregion umfasst die Kreise Steinfurt, Warendorf, Osnabrück sowie die kreisfreien Städte Münster und Osnabrück und wurde auf der Basis der Pendlerbeziehungen ermittelt (SUSTAIN CONSULT 2016,13).] 332 bis 350 und innerhalb eines Umkreises von 100 km ab Lengerich 376 bis 400 Vollzeit-Arbeitsplätze betroffen. Nimmt man keine regionale Eingrenzung des Betrachtungsraumes vor, so ergibt sich voraussichtlich ein Verlust von 700 bis 800 Vollzeit-Arbeitsplätzen [FN 24: Die angegebenen Spannen beruhen auf der Annahme, dass bei einer anteiligen Übernahme der Marktversorgung durch die drei alternativen Werke im Gebiet des Regionalplanes Münsterland im Umfang von 20% bis 30% der heutigen Produktion des Zementwerkes Lengerich das Beschaffungsvolumen proportional mit übernommen würde. Somit ergeben sich minimale und maximale Beschäftigungseffekte für die jeweilige Region.] (vgl. auch S. 30 f). [FN 25: SUSTAIN CONSULT 2016. 45.]"</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei allem Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familienangehörigen kann sich eine Abwägung der Regionalplanungsbehörde, inwieweit zu erwartende Beschäftigungs- und Arbeitsmarkteffekte im Falle der Schließung von einem der beiden Unternehmen als Worst-Case-Betrachtung einen Eingriff in das unmittelbar angrenzende FFH-Gebiet rechtfertigen oder nicht, nur in einer gesamtäumlichen Betrachtung orientieren, aber nicht am Schicksal einzelner Betroffener.</p> <p>Dieses vorausgesetzt, kommt die Regionalplanungsbehörde zu dem Ergebnis, dass die in den Gutachten angeführten Beschäftigungseffekte nicht erkennen lassen, dass eine mögliche Schließung der beiden Betriebe schwerwiegende, abwägungsrelevante Arbeitsmarkteffekte für das Plangebiet oder den Kreis Steinfurt mit Blick auf deren breit angelegte Wirtschaftsstruktur nach sich ziehen würden, auch nicht für die beiden Standortgemeinden. Die genannten Beschäftigungseffekte mögen als absolute Zahl auf den ersten Blick hoch erscheinen. Sie dürfen jedoch nicht ohne die jeweilige räumliche Bezugsebene und die dort vorhandene Beschäftigung und Arbeitslosenquote betrachtet werden. Bezieht man die Beschäftigtenzahlen der Betriebe und die indirekten Beschäftigungseffekte auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so wird gerade für die Planungsregion, aber auch für den Kreis Steinfurt deutlich, dass ihr Anteil deutlich unter 1 % liegt und angesichts der Wirtschaftsstruktur der Planungsregion bzw. des Kreises nicht zu strukturellen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt im Worst-Case führen wird. Selbst die Betrachtung der im Gutachten aufgeführten Beschäftigungseffekte in den beiden Standortkommunen zeigt, dass der Anteil der Effekte an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich unter 4 % liegt.</p> <p>Angesichts der in den letzten Jahrzehnten stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt (im Jahresdurchschnitt 2016 4,7 % bezogen auf alle Erwerbspersonen gegenüber 7,7 % landesweit und im November 2017 sogar 4,1 % gegenüber 7,0 % landesweit) kann nicht vermutet werden, dass die dortige Wirtschaft nicht in der Lage sein soll, eine mögliche Betriebsschließung im Worst-Case</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	zu kompensieren. Auch der im Gutachten zur Fa. Dyckerhoff erwähnte Beschäftigtenabbau von ca. 54 % bis 2005 lässt anhand der Zeitreihe der Arbeitslosenquote für den Kreis Steinfurt keine signifikanten Ausschläge erkennen. Zumindest hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz Finanzkrise.
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-018</b>	
<p>"Neben einer zusätzlichen Belastung des Arbeitsmarktes würden die Verluste die bereits derzeit ungünstigen Entwicklungen in der Region verstärken (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern). Auch würde die Kaufkraft der Beschäftigten, die bisher mit zusätzlicher Nachfrage und Wachstumsimpulsen für die gesamte Region verbunden war, reduziert – insbesondere in kleinen und mittleren Kommunen wie Lienen und Lengerich. Denn mit dem überregionalen Absatz des Werks Lengerich ist das Einwerben von zusätzlichem regionalem Einkommen verbunden, das nicht nur in Form von Aufträgen an Lieferanten und Dienstleistern, sondern auch durch die Kaufkraft der Beschäftigten zusätzliche Nachfrage und Wachstumsimpulse für die gesamte Region nach sich zieht."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-17</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-019</b>	
<p>"Darüber hinaus entstehen bei einem Wegfall des Unternehmens und der Übernahme der Produktion des Grauzements und der Belieferung des Kundenstammes der Dyckerhoff GmbH durch konkurrierende Unternehmen zusätzliche Umweltbelastungen durch längere und andere Transportwege. Nimmt man an, dass die im Mittel der Jahre 2012 bis 2014 vom Zementwerk Lengerich gelieferten 970.000 t Grauzement pro Jahr im Durchschnitt über eine 25 Kilometer längere Distanz transportiert werden müssten [FN 26: SUSTAIN CONSULT 2016, 69.], würde der LKW-Verkehr in einem Umfang von ca. 1.796.296 km pro Jahr zunehmen [FN 27: unter Berücksichtigung einer Tonnage pro LKW von 271 und erforderlichen Hin- und Rückfahrten.]. Demzufolge wäre mit einem durchschnittlichen Dieserverbrauch von ca. 610.741 Litern [FN 28: Nach IFEU (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH) S SGKV (Studien-gesellschaft für den kombinierten Verkehr e.V.) wird für den 40 t-Lkw von einem Treibstoffverbrauch bei durchschnittlicher gewichtsmäßiger Auslastung von 34 l/100 km</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>ausgegangen (vgl. <a href="https://www.iru.org/cms-filesystem-actian?file=ge_Publications/co2d.pdf">https://www.iru.org/cms-filesystem-actian?file=ge_Publications/co2d.pdf</a>)- [Februar 2016].] jährlich auszugehen, was einem zusätzlichen jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 1.618.463 kg CO<sub>2</sub> entspricht [FN 29: spezifische CO<sub>2</sub>-Emission: 901 g/km bei einem Verbrauch von 34 l/100 km: Angaben gemäß <a href="http://www.dekraonline.de/co2/co2_rechner.html">http://www.dekraonline.de/co2/co2_rechner.html</a> [Februar 2016].]. Neben den entstehenden CO<sub>2</sub>-Belastungen ist durch die zusätzlichen Lastverkehre insbesondere von zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Schadstoffe an den jeweiligen Strecken auszugehen. Bei der betroffenen Bevölkerung ist von sozialen Akzeptanzproblemen auszugehen."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-020</b>	
<p>"Zur Deckung des weiterhin bestehenden Bedarfs des Rohstoffes wären zudem Neuaufschlüsse anderer Lagerstätten erforderlich, welche – im Vergleich zur Inanspruchnahme bei einer Erweiterung des Abgrabungsbereiches in Lengerich – bspw. im Bereich Thieberg zu einer 15-fachen (400 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) bzw. im Bereich Neubeckum zu einer ca. 5-fach höheren (123 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) Flächeninanspruchnahme schutzwürdiger Böden bzw. landwirtschaftlich genutzter Flächen führen würde. Zudem ist der Neuaufschluss in der Regel mit einer erheblichen Beeinträchtigung der dort vorkommenden wertvollen Landschaftsräume (bedeutsame Bereiche für den Biotopverbund, Lebensräume für geschützte Tiere und Pflanzen) verbunden."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Obwohl das Kalksteinvorkommen am Thieberg mit dem Dörper Berg schon im Kalkgutachten als wertvolle Lagerstätte identifiziert wurde, in diesem Gebiet kein Abgrabungsbereich festgelegt ist. Die Sicherung der Versorgung mit der Rohstoffqualität Cenoman-Karbonatgestein erfolgt über genehmigte Flächen bzw. die Erweiterung bestehender Steinbrüche.</p> <p>Die im Kreis Warendorf festgelegten Abgrabungsbereiche für die Rohstoffqualität Mergel-Karbonatgestein entsprechen dem Darstellungskonzept. Die auf der 2. Stufe berücksichtigten Kriterien "Erweiterung vor Neuaufschluss" und "Mächtigkeit" gewährleisten dabei eine möglichst geringe Flächeninanspruchnahme.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-021</b>	
<p><b>"Verbundproduktion und deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung</b></p> <p>Die Regionalplanungsbehörde führt aus, dass eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Standortes Lengerich aufgrund der Produktion von Tiefbohrzement unterstellt werden könne, auch wenn Tiefbohrzement am Standort Lengerich nur in untergeordneten</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Mengen (3,5 bis 7 % des weltweiten Verbrauchs) produziert werde.</p> <p>Diesbezüglich ist auszuführen, dass die produzierten Mengen von 350.000 t/a in Bezug auf die Stellung im Weltmarkt nicht als 'untergeordnet' bezeichnet werden können. Zum Einen liegt der Marktanteil in einigen Ländern in Afrika und Südamerika bei 80 bis 100 %. Insbesondere dort, wo es um die Zementation von technisch anspruchsvollen Offshore-Projekten oder sehr tiefen Bohrungen geht. Durch die zunehmende Erschöpfung bestehender Öl- und Gasfelder ist weltweit ein eindeutiger Trend in Richtung tiefer und sehr tiefer Bohrungen mit extremen Temperatur- und Druckbedingungen festzustellen. Für solche Projekte werden hochwertige Zemente wie Dyckerhoff Tiefbohrzement aus Lengerich benötigt. Ein großer Teil der weltweiten Menge an Tiefbohrzement wird derzeit in den großen Förderregionen Nordamerika, Russland und dem Mittleren Osten in meist technisch nicht sehr anspruchsvollen Anwendungen verbraucht. Nimmt man diese Anwendungen aus der Bilanz heraus und berücksichtigt man, dass die künftige Förderung auch in diesen Regionen nicht zuletzt aufgrund steigender Klimaschutz- und Umweltschutzanforderungen anspruchsvoller sein wird, ergibt sich für den Tiefbohrzement aus Lengerich ein erheblicher und perspektivisch weiter wachsender weltweiter Marktanteil für die anspruchsvolleren Anwendungen und Fördergebiete.</p> <p>In Summe betrachtet ist Lengerich in Europas und Afrikas Öl- und Gasfeldern bereits heute marktführend. Weit mehr als die Hälfte aller Bohrlöcher werden dort mit Tiefbohrzement aus Lengerich erstellt. Zum Anderen wird der hohe Bedarf des Produktes dadurch belegt, dass die Kunden anders als beim Grauzement steigende Preise, die aufgrund der zunehmenden Frachtkosten in den Exportländern entstehen, in Kauf nehmen, obwohl Konkurrenzunternehmen vor Ort existieren und somit deutlich näher und günstiger sind. So nehmen die Frachtkosten bspw. für Kunden in Venezuela einen Anteil von 50 % vom Zementpreis ein. 64 Länder in Europa, Afrika, dem Nahen Osten, Asien und Südamerika erhalten ihren Zement aus Lengerich. Bei internationalen Ausschreibungen ist der Lengericher Tiefbohrzement vor Allem für Offshore-Projekte regelmäßig vorgeschrieben. Wenn weltweit ein Bohrloch zu erstellen ist, das geologisch und somit technologisch sehr anspruchsvoll ist (bspw. sehr hohe Temperaturen vorherrschen), ist der Lengericher Tiefbohrzement erste Wahl.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Gründe für die hohe Bedeutung im Weltmarkt liegen in der besonderen Qualität und hohen Sicherheitsleistung des in Lengerich hergestellten Produkts. Die Qualität von Tiefbohrzementen hat unmittelbaren Einfluss auf die Qualität einer Bohrlochzementation und damit auf die Sicherheit und Umweltverträglichkeit einer Bohrung. Denn innerhalb des Bohrlochs herrschenden extreme Bedingungen (Temperaturen bis 260°C, Drücke bis 200 MPa (= 2.000 bar) und aggressive Lagerstättenwässer). Nur ein Zement der regelmäßig (gleichmäßig) die richtigen Eigenschaften hat, garantiert die Herstellung einer Zementschlämme, die das Bohrloch über die gesamte Länge sicher abdichtet und abstützt. Im Umkehrschluss können Tiefbohrzemente mit Qualitätsmängeln z.B. zu Fehlstellen in der Zementation mit anschließenden Leckagen oder im ungünstigsten Fall sogar zu sogenannten 'blowouts' führen, so dass insbesondere klimarelevantes Methan freigesetzt wird. Ein wichtiger und durch den Lengericherer Tiefbohrzement vermiedener Fehlergrund hierfür ist die frühzeitige und unbeabsichtigte Vergelung von Zementschlämmen in gasführenden Bereichen mit hohen Lagerstättendrücken. Lengericher Tiefbohrzement wird bei allen Kunden als 'leicht zu verflüssigend' (easy-to-dispers) eingestuft. Zemente mit dieser Eigenschaft vergelen nicht frühzeitig und unbeabsichtigt während der Zementation. Die Zementschlämme überträgt also sicher den vollen hydrostatischen Druck auf die umliegenden Gebirgsschichten und beherrscht somit den Druck von Gas, Öl oder Wasser außerhalb des Bohrlochs. Wenn die Zementschlämme die vorgesehene Stelle im Bohrloch erreicht hat, soll sie andererseits schnellstmöglich vergelen und erhärten. Auch dieses sogenannte 'right-angle-set-Verhalten' ist eine besondere und bekannte Eigenschaft des Lengericher Tiefbohrzements.</p> <p>Durch die besondere Qualität wird im Ergebnis das Risiko für Bohrlochleckagen, Stör- und Unfälle und in der Folge für Klima- und Umweltschäden vermindert. In der öl- und Gasindustrie hat sich nach gravierenden Störfällen wie der Explosion der Plattform 'Deepwater Horizon' im April 2010 im Golf von Mexiko die Sicherheit beim Bohren als oberste Priorität durchgesetzt. Qualität und Sicherheit des Tiefbohrzements sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Die hohe Qualität des Lengericher Tiefbohrzements wird auch dadurch bestätigt, dass es in den vergangenen Jahren nicht eine Reklamation gegeben hat.</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Neben dem für die Produktion des Tiefbohrzementes erforderlichen Rohmaterials, welches durch die Lagerstätte Höste am Standort Lengerich zur Verfügung steht, ist der Standort Lengerich auch vor dem Hintergrund der weiteren Vermarktung des Produktes erforderlich. Denn wie die nachfolgende Abbildung zeigt [s. Abb. am Ende der Anregungsnummer], bietet der Standort eine hervorragende Anbindung an Wasserwege und Häfen, die für den weiteren Export des Tiefbohrzements notwendig sind. Über den Dortmund-Ems-Kanal und die Weser oder den Mittellandkanal geht der Transport umweltschonend z.B. nach Bremen. Dort erfolgt der Umschlag in einen gecharterten Frachter. Nach drei Wochen wird eine Ladung in Westafrika gelöscht. Keiner der Wettbewerber aus Europa ist in der Lage so schnell und in so großen Mengen Baustellen zu beliefern wie das Werk Lengerich."</p> <p>[Hinweis: Die Abbildung ist in der gesonderten PDF-Datei »Synopsis-Anhänge_10968.pdf« der Synopsis beigelegt.]</p> <p>Abb. 1: Lage des Zementwerks Lengerich zu Wasserstraßen und Häfen mit hervorragender Anbindung für den weiteren Export des Tiefbohrzements</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-022</b>	
<p>"Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die deutsche Wirtschaft in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig ist. So ist gemäß BPB (2016) fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export abhängig. Bundes- wie Landesregierung betonen die Bedeutung der Exportwirtschaft und dabei insbesondere der mittelständischen 'hidden Champions', die mit Spezialprodukten weltweit auf Nischenmärkten erfolgreich sind. Die Dyckerhoff GmbH ist in Bezug auf den Tiefbohrzement als einziger Zementhersteller in Deutschland ein solcher 'hidden Champion' [FN 30: ZEW 2015, 11f.]."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Bei der Bedarfsermittlung sind die Rohstoffexporte berücksichtigt.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-023</b>	
<p>"Die dargestellten Zusammenhänge, die teilweise bereits Gegenstand der seitens der Dyckerhoff GmbH im Zusammenhang mit der Bedarfsanalyse erstellten Gutachten sind, werden von der Regionalplanungsbehörde zwar grundsätzlich für plausibel gehalten. Gleichzeitig hinterfragt sie verschiedene Aussagen. Diesbezüglich wird ausgeführt:</p> <p><i>'Zu hinterfragende Aussagen betreffen z. B. die Preisgestaltung: Einerseits wird behauptet, dass die Fa. Dyckerhoff 'eine marktrelevante Position bei der Herstellung von Grauzementen mit einer signifikanten Bedeutung für die Preis- und Mengengestaltung' innehat und ,die Produktpalette der (Zement-) Hersteller aufgrund kundenspezifischer Anforderungen zunehmend differenzierter sei', andererseits herrsche ein 'harter Preiswettbewerb' aufgrund überwiegend normierter Produkte, 'eine Differenzierung über Produktqualitäten sei nur begrenzt möglich' und 'eine Überwälzung der Kosten auf Kunden sei unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen nicht möglich'. Diese Begründungen erscheinen auf den ersten Blick zumindest widersprüchlich. Auch die Unternehmenswertberechnung anhand der DCF-Methode (Discounted Cash Flow) lässt Fragen offen, z. B. hinsichtlich der Ermittlung des Kapitalisierungszinssatzes oder der einbezogenen Kostenbestandteile.'</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

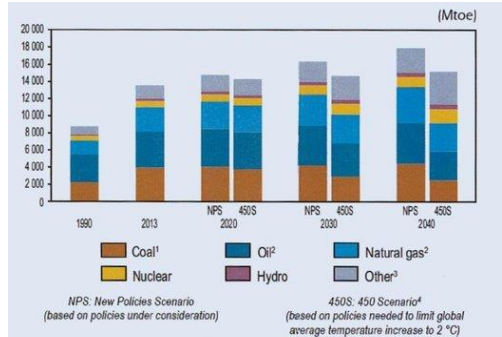
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Was die <b>Preisgestaltung</b> betrifft, so ist die Argumentation nicht widersprüchlich, sondern beleuchtet zwei unterschiedliche Aspekte. Die Aussage, dass Dyckerhoff eine marktrelevante Position bei Grauzementen und damit für Preise und Mengen im Markt einnimmt, ergibt sich aus der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsbetrachtung für die Haupt-Absatzregion des Werks Lengerich. Würde Dyckerhoff als Wettbewerber entfallen, ergäbe sich bei einem konstanten Marktvolumen ein Einfluss auf die Preisbildung. In der aktuellen Marktsituation besteht im Markt NRW, wie nachgewiesen, ein 'harter Preiswettbewerb'. Eine Preiserhöhung zur Deckung von Mehrkosten bedingt durch größere Entfernungen für Rohmaterialtransporte ins Werk Lengerich oder durch erhöhte Transportkosten zu Kunden aufgrund einer Verlegung des Produktionsstandorts könnte am Markt nicht umgesetzt werden und würde zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil des Unternehmens führen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-024</b></p>	
<p>"Mit Bezug zur <b>Unternehmensberechnung</b> ist zusätzlich auszuführen, dass in Deutschland traditionell das 'Discounted Cash Flow'-Verfahren (DCF-Verfahren), ein Ertragswertverfahren, für Unternehmensbewertungen verwendet wird. Das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) hat dieses als 'berufsständischer nationaler Standardsetzer' anerkannt. Mit Hilfe des DCF-Verfahrens wird der Wert eines Unternehmens durch Diskontierung (Abzinsung) von Cash Flows ermittelt. Die zukunftsorientierte Bewertung basiert auf dem Konzept der Kapitalwertmethode. Diese vergleicht zu erwartende zukünftige Erträge des Unternehmens mit der am Kapitalmarkt alternativ zu erzielenden Rendite (Kapitalkosten als Opportunitätskosten der Investoren). Der Kapitalisierungszins stellt den zentralen Vergleichsmaßstab zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit einer Investition dar. Im Zinssatz berücksichtigt werden die Eigenkapitalkosten, der Marktwert des Eigenkapitals (Unternehmenswert), die Fremdkapitalkosten, der Marktwert des Fremdkapitals sowie der Unternehmens Steuersatz gemäß der testierten Jahresabschlüsse der Dyckerhoff GmbH. Die Entwicklung dieser Prämissen erfolgte auf Grundlage anerkannter Wirtschaftsprognosen. Dies entspricht einer langjährigen Praxis im Unternehmen Dyckerhoff, die mit führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Deutschland festgelegt wurde.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Die Berechnung der Cash Flows erfolgte auf Basis von Ist-Ergebnissen des Standortes Lengerich, die zu den testierten Jahresabschlüssen der Dyckerhoff GmbH übergeleitet wurden sowie den vorgelegten entsprechenden Planungen. Die Einschätzung der künftigen Entwicklung von Mengen, Erlösen und Kosten wurde im Rahmen der Gutachten ausführlich dokumentiert.</p> <p>Sämtliche Fragen des bestellten Prüfers der Bezirksregierung Münster für das Gutachten wurden rückhaltlos beantwortet. So führt auch die Regionalplanungsbehörde aus, dass die Aussagen des Gutachtens der Firma Dyckerhoff bestätigt werden.</p> <p>'Weder eine Rohstoffzulieferung noch eine Produktionsverlagerung stellen zumutbare Alternativen dar. Somit gewährleistet nur eine Verbundproduktion am Standort Lengerich die Versorgung der Wirtschaft mit dem Spezialprodukt 'Tiefbohrzement'. Hierfür wiederum ist eine Erweiterung der Abgrabungsfläche am Standort Lengerich erforderlich. Das bedeutet, die Ausweisung von BSAB-Erweiterungsflächen für die Fa. Dyckerhoff am Standort Lengerich – im FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' ist erforderlich, um die Versorgungsreichweite von 35 Jahren zu gewährleisten und damit substantiell Raum für die Rohstoffgewinnung zu schaffen.' [FN 31: Ergänzende Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau Oberflächen naher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald (Anlage 5 der Sitzungsvorlage 42/2016 für den Erarbeitungsbeschluss des Regionalrats am 12.12.2016), Seite 14.]"</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-025</b>	
<p><b>"3 Stellungnahme der Höheren Landschaftsbehörde der Bezirksregierung Münster zur Abweichungsprüfung</b></p> <p><b>3.1 Öffentliches Interesse</b></p> <p>Die Höhere Landschaftsbehörde (HLB) geht in Ihrer Stellungnahme davon aus, dass eine Ausnahme von dem Verbot der erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebie-</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Nach dem Darstellungskonzept werden aus den nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen verbleibenden Flächen in der 2. Stufe des Planungsprozesses anhand weiterer Kriterien die Abgrabungsbereiche festgelegt. Abschließend wird in der 3. Stufe geprüft, ob die so ermittelten Abgrabungsbereiche der Rohstoffversorgung substantiell Raum geben.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>tes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' (nachfolgend FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes') aus <b>gesetzlichen bzw. planerischen Vorgaben</b> – hier den Vorgaben des LEP – nicht abgeleitet werden kann, da nach Auskunft des Dezernats 32 'Regionalentwicklung' eine Festlegung von BSAB in Bezug auf den Rohstoff Kalk im Regionalplan Münsterland für 35 Jahre auch erfolgen könne, ohne Flächen im o.g. FFH-Gebiet in Anspruch zu nehmen; dies selbst dann, wenn man die unterschiedlichen Rohstoffqualitäten und die daraus hergestellte Produktpalette [FN 32: vgl. BOSCH &amp; PARTNER 2016a, 27 und 3ff.] bei der Darstellung berücksichtigt (vgl. Anhang C des Umweltberichts).</p> <p>In Bezug auf die planerischen Vorgaben geht die HLB insofern von unzureichenden Voraussetzungen aus. Ein öffentliches Interesse ist allein aufgrund der regionalplanerischen Feststellung, die sich intensiv mit der Frage der Erforderlichkeit der Ausweisung für die Versorgungssicherheit in der Planungsregion auseinandergesetzt hat, gegeben (vgl. auch Ausführungen unten). Denn gemäß der Ausführungen der Regionalplanungsbehörde im Dokument 'Ergänzende Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald', welches dem Erarbeitungsbeschluss beigelegt ist, ist die Ausweisung von BSAB-Erweiterungsflächen für die Fa. Dyckerhoff am Standort Lengerich - im FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' erforderlich, um die Versorgungsreichweite von 35 Jahren zu gewährleisten und damit substantiell Raum für die Rohstoffgewinnung zu schaffen."</p>	<p>Die Produktion von Tiefbohrzement hat eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung, dem erforderlichen Rohstoff ist daher substantiell Raum zu geben. Dieser Raum ist mit dem genehmigten Steinbruch "Höste" vorhanden. Nach Angaben des Unternehmens aber kann der Tiefbohrzement wirtschaftlich nur im Verbund mit sog. "Grauzement" produziert werden. Ein von der Regionalplanungsbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt im Ergebnis die Angaben des Unternehmens. Somit gewährleistet nur eine Verbundproduktion am Standort Lengerich die Versorgung der Wirtschaft mit Tiefbohrzement. Um hierfür substantiell Raum zu geben, wäre eine Erweiterung des Steinbruches "Hohne" erforderlich.</p> <p>Durch eine Erweiterung würde das FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" erheblich beeinträchtigt, so dass ein Abgrabungsbereich nur dann festgelegt werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 BNatSchG erfüllt sind. Eine Alternative zur Verbundproduktion ist nach dem Ergebnis der raumordnerischen Betrachtung nicht gegeben. Es bleibt zu prüfen, ob "aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses" der Eingriff in das FFH-Gebiet zu rechtfertigen ist. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tiefbohrzements ist dabei ein öffentliches Interesse. Da der in Lengerich produzierte Tiefbohrzement allerdings zu 100 % exportiert wird, kommt der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung kein so hohes Gewicht zu. Auch unter Berücksichtigung der weiteren öffentlichen Interessen kommt die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Abweichungsprüfung daher zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Interessen gegenüber der Integrität des FFH-Gebiets nicht überwiegen.</p> <p>Substantiell Raum ist grundsätzlich dann gegeben, wenn der im LEP festgelegte Versorgungszeitraum von 35 Jahren abgedeckt ist. Nach den Erläuterungen zu Ziel 9.2-2 aber ist "eine Unterschreitung der Zeiträume ... möglich, wenn sich im Rahmen der Abwägung ergibt, dass geeignete Flächen für 20 bzw. 35 Jahre nicht zur Verfügung stehen". Nach dem Ergebnis der Abweichungsprüfung ist die zur Sicherstellung der Verbundproduktion für einen Versorgungszeitraum von 35 Jahren benötigte Fläche nicht geeignet.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>Der Sicherung der Versorgung mit dem für die Produktion des Grauzements insbesondere erforderlichen Rohstoffes Mergel-Karbonatgestein kann an anderer Stelle substantiell Raum gegeben werden. Die Abgrabungsbereiche im Kreis Warendorf sichern die Versorgung mit dieser Rohstoffqualität für 35 Jahre.</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-026</b></p>	
<p>"Darüber hinaus bestehen bei der HLB Zweifel am Vorliegen eines öffentlichen Interesses, da die Erweiterung des Steinbruchs mit erheblichen <b>Prognoseunsicherheiten</b> verbunden sei. Im Einzelnen wird folgendes ausgeführt:</p> <p><i>'Denn niemand kann mit Bestimmtheit vorhersagen, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugrunde gelegte öffentliche Interesse an der Gewinnung bis dahin Bestand hat. Des Weiteren kann nicht mit Bestimmtheit vorhergesagt werden, dass die Voraussetzung der Verbundproduktion, die derzeit Grundlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist, auch 2038 noch so gilt. (...) Weder ist absehbar ob die Produktion von Tiefbohrzementen auch im Jahre 2038 nur im Rahmen einer Verbundproduktion möglich wäre, noch kann man mit Sicherheit voraussagen, dass eine Zulieferung des Kalks für die Grauzemente aus anderen Steinbrüchen im Jahre 2038 unwirtschaftlich sein wird und damit keine zumutbare Alternative darstellen würde.'</i></p> <p>Diese Ausführungen genügen den rechtlichen Anforderungen nicht. Zunächst ist mit Bezug zu den Prognoseunsicherheiten, die das Gewicht des öffentlichen Interesses mindern, davon auszugehen, dass 'sichere Prognosen' dem Maßstab der Regionalplanung nicht gerecht werden. So geht die ständige Rechtsprechung davon aus, dass Prognosen mit einem Prognosehorizont von mehr als zehn Jahren naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet sind, demnach wäre eine Regionalplanung mit einem Planungshorizont von 35 Jahren grundsätzlich nicht möglich. Zwar ist Prognoseunsicherheiten im Rahmen der Abwägung beim Tatbestandsmerkmal des Überwiegens Rechnung zu tragen, sie führen aber nicht per se zur Abweichungsunfähigkeit. Anderenfalls müssten sämtliche planerische Vorhaben an diesem Kriterium scheitern, die bereits im Rahmen der höchstrichterlichen Rechtsprechung bestätigt worden sind. Prognoseunsicherheiten als solche werden nach gefestigter Rechtsprechung gerade bei langfristig angelegten Planungen akzeptiert (sie sind bei derartigen Zeiträumen, wie es z. B. das</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die Anerkennung öffentlicher Interessen und vor allem für ihr Gewicht in der Abwägung spielen Prognoseunsicherheiten durchaus eine Rolle. "Bei der Gewichtung sind auch die mit der Planung verbundenen Prognoseunsicherheiten zu bewerten. Je weiter die Unsicherheiten reichen, desto geringer wiegt grundsätzlich das öffentliche Interesse an dem Vorhaben (BVerwG, Urt. v. 09.07.2009 - 4 C 12/07 - BVerwGE 134, 166 Rn. 17)" (zitiert in OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 79).</p> <p>Es ist zwar grundsätzlich zutreffend, dass in der Landes- und Regionalplanung - gerade bei der Festlegung von BSAB, die auf 35 Jahre ausgelegt sind - mit Prognosen gearbeitet werden muss, nichtsdestotrotz werden die Prognoseunsicherheiten größer wenn die Planungszeiträume länger werden und somit nimmt das Gewicht des entsprechenden öffentlichen Belanges ab (s. u.a. BVerwG Beschluss v. 22.06.2015 - 4 B 59.14, Rn. 30 ).</p> <p>Die Prognoseunsicherheiten sind zudem nicht der alleinige Grund für die negative Abweichungsentscheidung.</p> <p>In den genannten Urteilen wird u.a. bestätigt, dass bei der Bedarfsermittlung gewisse Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen, die einen Versorgungszeitraum von 35 Jahren gewährleisten sollen, immanent sind. Dies wird nicht bestritten.</p> <p>Bei der Planung von BSAB in ein NATURA 2000-Gebiet hinein handelt es sich nicht um den normalen Planungsfall in der Landes- oder Regionalplanung.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>OVG Münster mehrfach ausgedrückt hat, 'unvermeidlich') und führen nicht dazu, dass dadurch das Gewicht des öffentlichen Interesses an der Versorgung mit Rohstoffen (hier: Festgestein, Kalkstein) vermindert würde. [FN 33: Vgl. OVG Münster, Urteil vom 03.12.2009 - 20 A 628/05, Juris-Rn. ;15; Urteil bestätigt durch BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011 - 7 B 19/10, Juris; OVG Münster, Urteil vom 26.09.2013 - 16 A 1295/08, Juris-Rn. 90; vgl. auch VGH Mannheim, Urteil vom 23.09.2013-3 S 284/11, Juris-Rn. 185, zur Zulässigkeit von Schätzungen und Prognosewahrscheinlichkeiten, wenn normkonkretisierende Maßstäbe fehlen.] Da der LEP NRW in seinem Ziel Nr. 9.2-2 die Versorgungszeiträume für Festgesteine auf 'mindestens 35 Jahre' festlegt, ergibt sich für die nachfolgende Planungsstufe auch, dass der Plangeber des Regionalplans sich diesem Planungszeitraum nicht 'verweigern' kann mit der Behauptung, der Planungszeitraum sei für eine sichere Prognose zu lang. Mangels anderer Anhaltspunkte und gerade auch angesichts des von Dyckerhoff belegten technisch-wirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen der Produktion von Tiefbohrzementen und der Produktion von Grauzementen ist diese Verbundproduktion der Prognose über den vom LEP NRW vorgegebenen Planungszeitraum zugrunde zu legen. In Lengerich wird Tiefbohrzement auch zukünftig ausschließlich in Verbundproduktion herstellbar sein. Denn die Zusammenhänge in Bezug auf die Produktion gelten auch für die Zukunft. Eine Zementproduktionsanlage mit hohen Kapitalanforderungen für einzelne Produktionsstufen und entsprechenden Fixkosten ist nur sinnvoll zu betreiben, wenn eine hohe Auslastung erreicht werden kann. Der Tiefbohrzement wird daher ein Spezialprodukt bleiben, das im Verhältnis zum Grauzement in Mengen von mindestens 20 % hergestellt wird."</p>	<p>Planungen außerhalb von NATURA 2000-Gebieten sind von dieser Problematik i.d.R. nicht betroffen, so dass die Rohstoffindustrie dort perspektivisch rechtssicher planen kann.</p> <p>Der Teutoburger Wald ist im LEP als Gebiet für den Schutz der Natur ausgewiesen. Im entsprechenden Ziel 7.2-2 ist festgelegt, dass diese Gebiete für den landesweiten Biotopverbund (Ziel 7.2-1) zu sichern und in den Regionalplänen als BSN auszuweisen sind (letzteres ist im Regionalplan Münsterland erfolgt). In Gebieten / Bereichen zum Schutz der Natur haben die Ziele des Naturschutzes Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. Beeinträchtigungen sind zu vermeiden und nur unter besonderen Umständen möglich (Ziel 7.2-3). Das gleiche gilt für Waldbereiche (Ziel 7.3-1). Grundsatz 9.1-1 stellt klar, dass durch die Darstellung von BSAB keine Standorte, sondern die Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen gesichert wird.</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-027</b></p>	
<p>"Die angesprochenen Unsicherheiten der Prognose werden im Übrigen nicht geteilt. Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Tiefbohr- und Grauzement in der Zukunft weiterhin gegeben sein wird. Tiefbohrzement wird vor allem zur Gewinnung von Öl- und Gasvorkommen eingesetzt. Öl und Gas als weltweit weiterhin wichtiger Energieträger und Grundlage für Kraftstoffe und Chemie in vielen Bereichen unseres Lebens, werden auch in Zukunft eine wichtige Ressource darstellen. So geht auch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe davon aus, dass Erdöl der weltweit wichtigste Energielieferant ist und in absehbarer Zukunft bleiben wird. Erdgas</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>stellt nach Erdöl und Hartkohle den dritt wichtigsten Energieträger dar. [FN 34: BGR 2016, 11f.] Auch die International Energy Agency (IEA) bestätigt dies – auch unter Berücksichtigung der Voraussetzung des 2° Szenarios. Denn nach den Berechnungen der IEA wird der Verbrauch von Öl und Gas, zu deren Förderung Tiefbohrzement unabdingbar ist, in den nächsten Jahrzehnten auf hohem Niveau bleiben (...) [s. Abb. am Ende der Anregungsnummer]) und somit auch der Bedarf an dem dafür erforderlichen Rohstoff Kalkstein.</p> <p>Grauzement ist im Verhältnis zu anderen Baustoffen ein kostengünstiger, nachhaltiger Baustoff, der im Tiefbau, im Hochbau und vor allem auch im Bereich Infrastruktur in vielfältigen Anwendungen weltweit eingesetzt wird. Derzeit kam kein bekanntes Material aus Zement hergestellten Beton umfassend substituieren. Allein in Deutschland werden seit Jahren rd. 27 Mio. Tonnen Zement pro Jahr verbraucht. [FN 35: VDZ 2017.] Es ist daher davon auszugehen, dass für den hier zu betrachtenden Versorgungszeitraum von 35 Jahren und darüber hinaus Zementbedarf und damit der Bedarf an Kalkstein besteht. Denn auch der Planentwurf des Teilplans Kalkstein führt auf der Grundlage des seitens der Landesregierung in Auftrag gegebenen Recyclinggutachtens aus, dass die Substitution von Kalkstein durch industrielle Nebenprodukte schon heute in hohem Maße praktiziert wird und von einer weiteren Steigerung der Recyclingquote nicht ausgegangen werden kann. [FN 36: vgl. Planentwurf Rn. 24.]"</p>  <p><b>Abb. 2: Primärenergieverbrauch von Treibstoffen bis 2040 (IEA 2015)</b> NPS: Base-Scenario, unter der Prämisse eines breiten Konsenses aller Staaten zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen; 450-Scenario: Unter Berücksichtigung aller Maßnahmen, die zu einer Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Konzentration von 450 ppm (in etwa einem Temperaturanstieg um 2°C entsprechend) führen; Mtoe: Million tons of Oil-Equivalent (1 Mtoe = 11,63 TWh)</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-028</b>	
<p>"Auch die Unwirtschaftlichkeit der Zulieferung des Kalksteins wird sich in den nächsten 35 Jahren und darüber hinaus bestätigen. Zement ist ein Produkt mit großem Volumen und hohem Gewicht und mit entsprechend hoher Belastung für ein Transportmittel durch Energiekosten, mechanische Belastung, Umweltbelastung durch Lärm, Staub, Abgas sowie Personalanforderungen. Daraus resultieren Transportkosten; die im Verhältnis zum Erlös des Produktes Zement relativ hoch sind und erheblich die Marge sowie die Preise beeinflussen. Vor dem Hintergrund sich verknappender Rohstoffe, wachsender Umweltaforderungen, wachsender Sicherheitsanforderung sowie politischer Aspekte sind steigende Transportkosten zu erwarten. Bislang sind keine alternativen Transportmittel für Schwergüter bekannt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass für die Produktion einer Tonne Zement die doppelte Menge an Rohmaterial notwendig ist. Bei anhaltendem Bedarf von mineralischen Produkten wie Zement ist daher bei einem entsprechenden Transportvolumen mit steigenden Kosten zu rechnen. Damit ist von keiner maßgeblichen Veränderung der aktuellen wirtschaftlichen Betrachtung auszugehen."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-029</b>	
<p>"Die HLB führt mit Bezug zum Rohstoffbedarf und den daraus hergestellten Produkten des Weiteren aus, dass eine Ausnahme von dem Verbot der erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes schon deshalb nicht gerechtfertigt sei, da der für die Herstellung von Tiefbohrzementen notwendige Kalk mit einem CaCO<sub>3</sub>-Gehalt &gt; 83% in den bereits genehmigten Steinbrüchen 'Hohne' und 'Höste' noch in erheblichen Mengen vorhanden sei und dadurch der Bedarf für die kommenden 90 Jahre gedeckt sei.</p> <p>Bezüglich der Ausführungen, dass Kalk mit einem CaCO<sub>3</sub>-Gehalt &gt; 83% in den bereits genehmigten Steinbrüchen 'Hohne' und 'Höste' noch in erheblichen Mengen vorhanden ist, ist anzumerken, dass das in Höste vorhandene Material einen CaCO<sub>3</sub>-Gehalt von ca. 90 % aufweist. Der Einsatz dieses hochwertigen Materials, welches für die Herstellung der Grauzemente durch einen erheblichen Anteil an Zusatzstoffen (Ton und Sand) [FN 37: Berechnungen in Bezug auf das Rohmaterial im Bereich Thieberg</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>haben gezeigt, dass ein Zusatz von ca. 4 % Sand und ca. 5 % Ton erforderlich wäre, so dass ein zusätzlicher Abbaustandort für Ton und Sand aufgeschlossen werden müsste, der ein Abbauvolumen von bis zu 70.000 t Sand neben der bestehenden Sandgrube in Hohne mit 40.000 t bzw. 80.000 t Ton jährlich ermöglichen müsste (BOSCH S PARTNER 2016a, 50f.) abgewertet werden müsste, wäre im Sinne eines effizienten Einsatzes des endlichen Rohstoffs Kalkstein nicht ressourcenschonend. Der Einsatz würde somit dem Grundsatz der flächensparenden Gewinnung von Rohstoffen des LEP entgegenstehen. Dieser sieht vor, dass Lagerstätten, in denen mehrere abbauwürdige Rohstoffe liegen, im Sinne einer möglichst effizienten und sparsamen Flächeninanspruchnahme gebündelt gewonnen werden sollen, soweit dies technisch machbar und wirtschaftlich raumverträglich durchführbar ist. [FN 38: Grundsatz 9.1-3 LEP NRW sowie Erläuterungen zu 9.1-3.]"</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-030</b></p>	
<p>"Mit Bezug zu den wirtschaftlichen Aspekten stellt die HLB zunächst fest, dass bereits die derzeitige Marktstruktur als ungünstig zu bewerten sei. Zudem stelle sich bei einem Marktanteil von 9,4% in Bezug auf Zementklinker die Frage, ob der Wegfall der Produktion tatsächlich gravierende Auswirkungen auf das deutschlandweite Marktgeschehen haben werde. Ein öffentliches Interesse werde insbesondere deshalb nicht gesehen, da dieser Marktanteil in jedem Fall substituierbar sei.</p> <p>Diesbezüglich ist festzustellen, dass die derzeit bereits bestehende ungünstige Marktstruktur eines homogenen Oligopols impliziert, dass sich im Falle eines Wegfalls der Dyckerhoff GmbH weitere Verschlechterungen in der Marktstruktur abbilden. So ist – im Gegenteil – bereits durch die gefestigte kartellrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und der Oberlandesgerichte bestätigt, dass bei Märkten mit einem hohen Konzentrationsgrad schon eine geringfügige Beeinträchtigung des Restwettbewerbs oder potenziellen Wettbewerbs genügt, um zu einer (auch) rechtlich relevanten weiteren Verschlechterung der Marktstruktur zu kommen [FN 39: Ständige Rechtsprechung der Kartellsenate, vgl. BGH, Beschluss vom 19.06.2012 - KVR 15/11, Juris-Rn. 17; BGH, Beschluss vom 21.12.2004 - KVR 26/03, Juris-Rn. 24 ff.; BGH, Beschluss vom 06.03.2001 - KVR 18/99, Juris-Rn. 29; KG Berlin, Beschluss vom 23.12.1998 -</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-016</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
Kart 13/98, Juris; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 22.12.2010 - VI-Kart 4/09 (V), juris, Rn. 97 m.w.N.]."	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-031</b>	
<p><u>10968-031:</u></p> <p>"Hinsichtlich des Marktanteils der Dyckerhoff GmbH in Bezug auf Zementklinker geht die HLB in Ihrer Stellungnahme zudem von unzureichenden Voraussetzungen aus. So wird in der Bedarfsanalyse zwar dargelegt, dass der Anteil des Zementwerkes Lengerich an der gesamten Produktion von Zementklinker durch alle 15 relevanten Werke mit einer hervorragenden Lage zu Teilbereichen des Absatzgebietes des Werkes Lengerich im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2014 bei 9,4% lag [FN 40: vgl. Sustain Consult 2016,63 (Der Maximalwert in diesem Zeitraum lag bei 11,1% und der Minimalwert bei 7,9%). Unter 'relevanten Werken' werden diejenigen Klinker produzierende Zementwerke verstanden, die zum Absatzgebiet des Zementwerkes Lengerich in einer Entfernung von bis zu 300 Straßen-km Entfernung liegen (vgl. Sustain-Consult 2016,40).] (vgl. nachfolgende Abb. 3, in der die in diesem Zusammenhang relevanten Werke sowie der Bezugsraum dargestellt sind [s. oberer Teil der Abb. am Ende der Anregungsnummer – Abb. 3: Relevante Zementwerke innerhalb des Absatzgebietes dieser Werke. Die Ausführungen unter dem Abb.-Titel lauten:</p> <p><i>'Unter 'relevanten Werken' sind gemäß SUSTAIN-CONSULT (2016, 40) diejenigen Klinker produzierende Zementwerke zu verstehen, die zum Absatzgebiet des Zementwerkes Lengerich in einer Entfernung von bis zu 300 Straßen-km Entfernung liegen (rote Punkte). Das 'relevante' Liefer- bzw. Absatzgebiet (250 km Radius Luftlinie d. Liefergebietes) der hier betrachteten 'relevanten' Werke ist durch eine gestrichelte dunkelrote Linie markiert. Der im Gutachten von Sustain-Consult mit im Mittel 9,4 % berechnete Anteil des Zementwerkes Lengerich an der gesamten Produktion der 15 'relevanten Werke' bezieht sich somit auf das durch die dunkelrote Linie umrandete Gebiet (Anteil des Zementwerkes Lengerich an der Klinkerproduktion aller 15 relevanten klinkerproduzierenden Anbieter für das Absatzgebiet der relevanten Werke)']</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Gleichzeitig ist in den vorgelegten Gutachten ausgeführt, dass dieser Wert offensichtlich weit unter den Marktanteilen liegt, die das Zementwerk Lengerich in seinem Absatzgebiet tatsächlich erreicht. Denn die Absatzgebiete der übrigen Werke erstrecken sich deutlich weiter in Richtung Norden, Nordosten, Osten, Südosten oder Süden, so dass das Absatzgebiet des Werkes Lengerich aufgrund deutlich größerer Transportdistanzen in weiten Teilen nicht bedient werden kann. Wie die nachfolgende Abbildung [s. 2. Teil der Abb. am Ende der Anregungsnummer – Abb. 4: Liefergebiet der in Lengerich produzierten Zemente] zeigt, wurden innerhalb der letzten fünf Jahre durchschnittlich die Hälfte der produzierten Zemente in Bereiche nordwestlich des Werkes versandt (vgl. auch Abb. 2-16 der Bedarfsanalyse, in der die Kunden differenziert dargestellt sind).</p> <p>Die vorgelegten Gutachten beleuchten bislang wohl unzureichend, dass bezogen auf das Hauptabsatzgebiet für Grauzement durch das Zementwerk Lengerich weitaus größere Marktanteile erzielt werden. Die nachfolgenden Überlegungen sollen diesen Aspekt daher nochmals verdeutlichen. Nimmt man bspw. an, dass die vier Zementwerke innerhalb der Region des Münsterlandes (Holcim, HeidelbergCement AG, Phoenix Zementwerke und Dyckerhoff) ihr gesamtes Produktportfolio ausschließlich ins Münsterland liefern würden, würde Dyckerhoff einen Marktanteil von ca. 32 % einnehmen [FN 41: Grundlage für die Berechnung sind die CO2-Zuteilungen und -Emissionen in den Jahren 2005 bis 2014, auf deren Grundlage die Produktionsmengen der jeweiligen Werke ermittelt wurden: Holcim in Beckum: 6.239.552 t; HeidelbergCement AG in Ennigerloh: 5.998.926 t; Phoenix Zementwerke in Beckum: 2.747.326 t; Dyckerhoff GmbH in Lengerich: 6.876.403.].</p> <p>In Anlehnung an eine Berechnungsmethode, die auch dem Kalksteingutachten zugrunde lag [FN 42: H+HSDIW1997 240f.], und die den Zementverbrauch pro Kopf und Jahr berücksichtigt, ergibt sich ebenfalls, dass die höchsten Marktanteile innerhalb von 100 km ab Werk liegen (vgl. Abb. 5 [s. 3. Teil der Abb. am Ende der Anregungsnummer – Abb. 5: Marktanteile des Werks Lengerich der Dyckerhoff GmbH in angrenzenden Räumen bis 300 km]). Dabei wurden zunächst die Liefermengen des Werks Lengerich in Bezug auf verschiedene Entfernungen ermittelt, so dass die Tonnagen pro km2 ermittelt werden können. Auf dieser Grundlage kann der Marktanteil mit Bezug</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise

zum durchschnittlichen Zementverbrauch pro Kopf ermittelt werden (vgl. Tab. 1 [s. unterer Teil der Abb. am Ende der Anregungsnummer – Tab. 1: Berechnung der Marktanteile des Werks Lengerich der Dyckerhoff GmbH in angrenzenden Räumen (bis 300 km)] [FN 43: Die Berechnung erfolgte mit Bezug zum durchschnittlichen Zementverbrauch pro Kopf und Jahr von 335 kg im Jahr 2014 (VDZ 2017) sowie der Bevölkerungsdichte Deutschlands mit 230 Ein/rohnern/km2 in 2015 (Statistisches Bundesamt: <http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/deJb01JahrTab1.asp>).].

Auch hier wird deutlich, dass der Marktanteil innerhalb der angrenzenden Region, insbesondere innerhalb eines Radius von bis zu 75 km, deutlicher höher liegt. Innerhalb dieses Bereiches liegt der durchschnittliche Marktanteil ebenfalls bei 30 %."

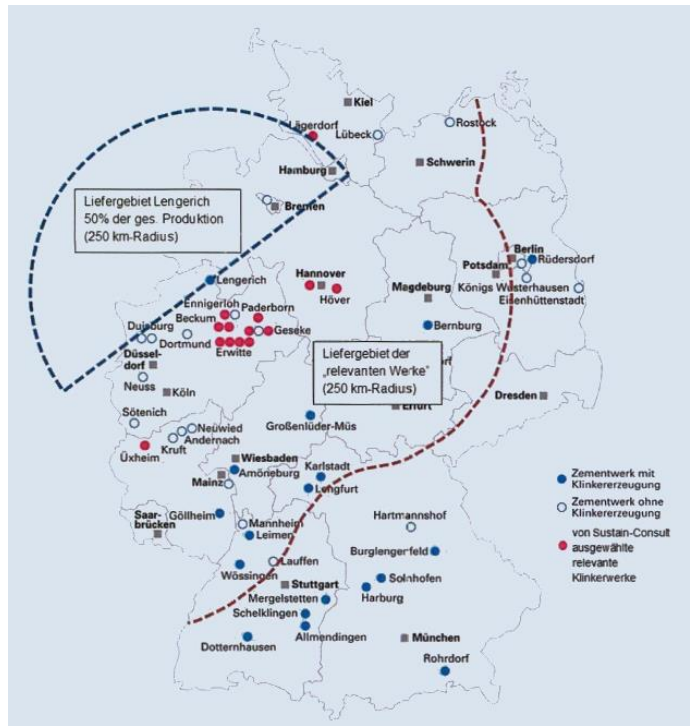


Abbildung 3

Ausgleichsvorschläge

Anregungen und Bedenken / Hinweise

Ausgleichsvorschläge



Abbildung 4



Abb. 5: Marktanteile des Werks Lengerich der Dyckerhoff GmbH in angrenzenden Räumen bis 300 km  
Bis 75 km Entfernung vom Werk erreichen die Marktanteile des Dyckerhoff-Zementes über 35%. Danach fällt mit zunehmender Entfernung der Marktanteil deutlich unter 5%. Im Radius von 75 km liegen sowohl der Kreis Steinfurt wie auch das Planungsgebiet des Regionalplans.

Abbildung 5

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge																																																																																														
<div>Tab. 1: Berechnung der Marktanteile des Werks Lengerich der Dyckerhoff GmbH in angrenzer den Räumen (bis 300 km)</div> <table><tr><th colspan="3">Radius der Belieferung ab Werk Lengerich</th><th rowspan="2">Raum der Belleferung (in km²)</th><th rowspan="2">Zement/km² (in t)</th><th rowspan="2">Zementver- brauch/Ein- wohner (in kg)</th><th rowspan="2">Marktanteil Werk Lenge- rich (in %)</th></tr><tr><th>von km</th><th>bis km</th><th>durchschnittlicher Zementversand der letzten 5 Jahre (2012 bis 2016) (in t)</th></tr><tr><td>0</td><td>25</td><td>82.113</td><td>1.963</td><td>27,84</td><td>121,02</td><td>36%</td></tr><tr><td>25</td><td>50</td><td>96.414</td><td>5.890</td><td>14,75</td><td>64,15</td><td>19%</td></tr><tr><td>50</td><td>75</td><td>485.031</td><td>9.817</td><td>28,35</td><td>123,24</td><td>37%</td></tr><tr><td>75</td><td>100</td><td>155.081</td><td>13.744</td><td>11,50</td><td>50,00</td><td>15%</td></tr><tr><td>100</td><td>125</td><td>128.311</td><td>17.671</td><td>5,48</td><td>23,81</td><td>7%</td></tr><tr><td>125</td><td>150</td><td>107.640</td><td>21.598</td><td>3,37</td><td>14,64</td><td>4%</td></tr><tr><td>150</td><td>175</td><td>35.421</td><td>25.525</td><td>1,79</td><td>7,80</td><td>2%</td></tr><tr><td>175</td><td>200</td><td>11.583</td><td>29.452</td><td>1,62</td><td>7,04</td><td>2%</td></tr><tr><td>200</td><td>225</td><td>10.246</td><td>33.379</td><td>0,63</td><td>2,75</td><td>1%</td></tr><tr><td>225</td><td>250</td><td>2.110</td><td>37.306</td><td>4,94</td><td>21,46</td><td>6%</td></tr><tr><td>250</td><td>275</td><td>15251</td><td>41.233</td><td>0,07</td><td>0,32</td><td>0%</td></tr><tr><td>275</td><td>300</td><td>2857</td><td>45.160</td><td>0,01</td><td>0,06</td><td>0%</td></tr></table> <div>Tabelle1</div>	Radius der Belieferung ab Werk Lengerich			Raum der Belleferung (in km²)	Zement/km² (in t)	Zementver- brauch/Ein- wohner (in kg)	Marktanteil Werk Lenge- rich (in %)	von km	bis km	durchschnittlicher Zementversand der letzten 5 Jahre (2012 bis 2016) (in t)	0	25	82.113	1.963	27,84	121,02	36%	25	50	96.414	5.890	14,75	64,15	19%	50	75	485.031	9.817	28,35	123,24	37%	75	100	155.081	13.744	11,50	50,00	15%	100	125	128.311	17.671	5,48	23,81	7%	125	150	107.640	21.598	3,37	14,64	4%	150	175	35.421	25.525	1,79	7,80	2%	175	200	11.583	29.452	1,62	7,04	2%	200	225	10.246	33.379	0,63	2,75	1%	225	250	2.110	37.306	4,94	21,46	6%	250	275	15251	41.233	0,07	0,32	0%	275	300	2857	45.160	0,01	0,06	0%	
Radius der Belieferung ab Werk Lengerich			Raum der Belleferung (in km²)					Zement/km² (in t)	Zementver- brauch/Ein- wohner (in kg)	Marktanteil Werk Lenge- rich (in %)																																																																																					
von km	bis km	durchschnittlicher Zementversand der letzten 5 Jahre (2012 bis 2016) (in t)																																																																																													
0	25	82.113	1.963	27,84	121,02	36%																																																																																									
25	50	96.414	5.890	14,75	64,15	19%																																																																																									
50	75	485.031	9.817	28,35	123,24	37%																																																																																									
75	100	155.081	13.744	11,50	50,00	15%																																																																																									
100	125	128.311	17.671	5,48	23,81	7%																																																																																									
125	150	107.640	21.598	3,37	14,64	4%																																																																																									
150	175	35.421	25.525	1,79	7,80	2%																																																																																									
175	200	11.583	29.452	1,62	7,04	2%																																																																																									
200	225	10.246	33.379	0,63	2,75	1%																																																																																									
225	250	2.110	37.306	4,94	21,46	6%																																																																																									
250	275	15251	41.233	0,07	0,32	0%																																																																																									
275	300	2857	45.160	0,01	0,06	0%																																																																																									
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-032</b>																																																																																															
<p>"Bereits in der Bedarfsanalyse wird dargelegt, dass die Produktion von Grauzement grundsätzlich durch andere Unternehmen übernommen werden könnte. Die Ausführung der HLB, dass der Marktanteil substituierbar sei, trifft insoweit zu</p> <p>Doch ist im Rahmen der regionalplanerischen Ausweisung von Abgrabungsflächen nicht entscheidend, ob das aus dem Kalkstein hergestellte Produkt substituierbar ist. Denn letztlich lässt sich jedes Produkt im Markt ersetzen. So hat das Oberverwaltungsgericht Münster bereits im Zusammenhang mit der Grundabtretung (Enteignung) zum Zwecke der Braunkohlegewinnung festgehalten:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im selben Urteil führt das BVerwG jedoch auch Folgendes aus (Rn 21):</p> <p>"Damit ist aber zunächst nur gesagt, welche Zwecke generell dem Allgemeinwohl dienen und damit eine Enteignung rechtfertigen können. Jedoch ist nicht kraft Gesetzes festgestellt, dass jede von einem Unternehmen beabsichtigte Gewinnung von Bodenschätzen dem Allgemeinwohl dient. Ob dies konkret der Fall ist, bedarf vielmehr der Prüfung und Entscheidung im Einzelfall. Der Abbau von Bodenschätzen hat nicht stets Vorrang vor anderen öffentlichen Interessen und vor dem Eigentum Dritter. Die Enteignung ist im Einzelfall nur aufgrund einer Gesamtabwägung zulässig. Im Rahmen dieser Abwägung ist zunächst zu prüfen, ob das öffentliche Interesse an der Gewinnung</p>																																																																																														

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>'Für die Beurteilung der Frage, ob das Vorhaben dem Allgemeinwohl 'dient', ist nicht maßgebend, ob im Bundesgebiet oder in erheblichen Teilbereichen 'die Lichter ausgehen'. Ausreichend ist vielmehr, dass das Vorhaben einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung im Bundesgebiet leistet und auf absehbare Zeit – für den maßgeblichen Prognosezeitraum – leisten wird und deshalb vernünftigerweise geboten ist.'</i> [FN 44: OVG Münster, Urt. v. 21.12.2007 - 11 A 3051/06 -, juris, Rdnr. 67.]</p> <p>Dies wurde vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt [FN 45: BVerwG, Beschl. v. 20.10.2008 - 7 B 21/08 - , juris. Rdnr. 31.]. Noch deutlicher brachte dies das Bundesverwaltungsgericht an anderer Stelle – ebenfalls im enteignungsrechtlichen Kontext – zum Ausdruck:</p> <p>'Es ist unerheblich, ob der benötigte Rohstoff derzeit aus anderen Gruben gewonnen werden könnte, wenn die Beigeladene ihren Tagebau einstellen müsste. Für die Zuleitung muss nicht rechnerisch nachgewiesen werden, dass ohne grenzüberschreitenden Abbau aktuell eine Unterversorgung des Marktes eintritt. Anderenfalls ließe sich für fast jeden Tagebau begründen, dass er nicht erforderlich ist, solange aktuell ein verbleibender Tagebau in der Lage ist, Lavasand zu liefern.' [FN 46: BVerwG, Urt. v. 20.11.2008 - 7 C 10/08 -, juris. Rdnr. 50.]</p> <p>Die maßgebliche Frage ist daher nicht, ob die aus dem betreffenden Kalkstein hergestellten Produkte substituierbar sind, sondern ob mit Blick auf diese Produkte die weitere Gewinnung dieses Kalksteins vernünftigerweise geboten ist. Bei der Beantwortung der Frage, was vernünftigerweise geboten ist, spielen aber die absehbaren Folgen einer etwaigen Substitution im Hinblick auf die in der Regionalplanung im Übrigen zu beachtenden bzw. zu berücksichtigenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung eine entscheidende Rolle.</p> <p>Vor dem Hintergrund eines öffentlichen Interesses sind daher die Konsequenzen von Relevanz, die sich aus dem Wegfall des Marktanteils ergeben, wie bereits unter Punkt 2 beschrieben (Verschlechterung der Marktversorgung, Erhöhung des Marktpreises bzw. Verteuerung der Produkte, Verdrängungseffekte von kleineren Anbietern und eine Erweiterung des Verhaltensspielraums der verbliebenen finanzstarken Anbieter,</p>	<p>gerade des bestimmten Bodenschatzes zur Versorgung des Marktes mit Rohstoffen so gewichtig ist, dass es den Zugriff auf privates Eigentum erfordert. Zu prüfen ist ferner, ob andere, gewichtigere Allgemeinwohlinteressen, beispielsweise solche des Natur- und Landschaftsschutzes, der Gewinnung des Bodenschatzes an dieser Stelle entgegenstehen. Ein Vorhaben, das zwar dem gesetzlich bestimmten Enteignungszweck dient, dem aber überwiegende öffentliche Belange anderer Art entgegenstehen, dient nicht dem Allgemeinwohl (Urteil vom 14. Dezember 1990 - BVerwG 7 C 5.90 - a.a.O. &lt;252&gt;; Urteil vom 24. Oktober 2002 - BVerwG 4 C 7.01 - BVerwGE 117, 138 &lt;139&gt; = Buchholz 11 Art. 14 GG Nr. 342)."</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
die u.a. aggressive Preisstrategien zur Marktbereinigung ermöglichen, Verlust von Beschäftigungseffekten etc.)."	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-033</b>	
<p>"Mit Bezug zu dem in der Bedarfsanalyse beschriebenen Verlust von Arbeitsplätzen, die ein öffentliches Interesse begründen, führt die HLB aus:</p> <p><i>'Auch hier ist nochmals zu betonen, dass bezüglich der Lage am Arbeitsmarkt im Jahre 2038 eine große Prognoseunsicherheit besteht, ob und inwieweit ein öffentliche Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze gegeben sein wird. Auch eine erhebliche Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung nicht auszuschließen. Auch hier ist nochmals zu betonen, dass bezüglich der Lage am Arbeitsmarkt im Jahre 2038 eine große Prognoseunsicherheit besteht, ob und inwieweit ein öffentliche Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze gegeben sein wird. Auch eine erhebliche Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung nicht auszuschließen.'</i></p> <p>Ganz im Gegenteil ist es so, dass der Verlust direkter und indirekter Beschäftigungseffekte in jedem Fall im öffentlichen Interesse steht. Denn neben den 225 Vollzeitarbeitsplätzen, die als Beschäftigte des Werks Lengerich entfallen, entstehen weitere Beschäftigungseffekte, die sich wie folgt darstellen (zur Abgrenzung der Bezugsräume vgl. Abb. 6):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Innerhalb der Planungsregion gehen mindestens 327 Vollzeitarbeitsplätze (225 im Werk Lengerich sowie 102 weitere bei Lieferanten),</li> <li>• innerhalb der Arbeitsmarkregion gehen mindestens 332 Vollzeitarbeitsplätze (225 im Werk Lengerich sowie 107 weitere bei Lieferanten) verloren.</li> <li>• 700 Vollzeitarbeitsplätze gehen verloren, sofern keine räumliche Einschränkung vorgenommen wird (225 im Werk Lengerich sowie 475 weitere bei Lieferanten).</li> </ul>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Geteilt wird die Einschätzung der grundsätzlichen Anerkennung der Sicherung von Arbeitsplätzen als öffentliches Interesse (BVerwG, 4 C 12.07 - Urteil vom 09.07.2009, Rn. 23).</p> <p>s. auch Erwiderung zu 10968-017</p> <p>Darüber hinaus geht das Gutachten der Stadt Ibbenbüren zur Kohlekonversion in Zusammenarbeit mit GEORG CONSULTING –trotz der hohen Arbeitsplatzverluste - aber davon aus, dass der Strukturwandel aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung und der tragfähigen Strukturen der Region positiv ablaufen wird:</p> <p>"Die Beschäftigungsentwicklung in der Kohleregion Ibbenbüren übertrifft die Entwicklung in Vergleichsregionen. In den vergangenen Jahren sind in allen Sektoren, sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleistungen, neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. (...) Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Industriebeschäftigung durch das Auslaufen des Kohlebergbaus im Jahr 2018 zurückgehen wird. Die Region hat aber aufgrund einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur das Potenzial, diese strukturellen Veränderungen durch das Wachstum anderer Wirtschaftszweige zu kompensieren." (Stadt Ibbenbüren: Potenzialanalyse 2016, S. 30)</p> <p>Das hat auch in einem Experten-Gespräch Karl-Friedrich Schulte-Uebbing, Hauptgeschäftsführer der IHK Nord-Westfalen bestätigt (Ibbenbürener Volkszeitung vom 28.07.2017). Herr Schulte-Uebbing äußerte sich zu dem mit dem Ende des Bergbaus im Jahr 2018 verbundenen Strukturwandel wie folgt: "Strukturwandel? Das ist erledigt! Irgendwann ist es gut damit." In dem Artikel heißt es weiter: Die Region " sehnt sich förmlich schon nach den Arbeitskräften".</p>

## Ausgleichsvorschläge



Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-034</b>	
<p>"Neben der zusätzlichen Belastung des Arbeitsmarktes verstärken die Verluste die bereits derzeit ungünstigen Entwicklungen in der Region (bspw. Rückgang der Bevölkerung, steigende Zahl von Auspendlern) und reduzieren die Kaufkraft der Beschäftigten, die bisher mit zusätzlicher Nachfrage und Wachstumsimpulsen für die gesamte Region verbunden waren. Zudem kann sich das derzeitige Beschäftigungsniveau schnell ändern. So sind die Auswirkungen der Zechenstilllegungen in Ibbenbüren noch nicht am Arbeits-Markt angekommen. Das Zementwerk in Lengerich, für das langfristiger Bedarf besteht, ist demgegenüber ein Stabilitätsfaktor für die Region."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-033</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-035</b>	
<p>"Auch bezüglich der <b>Umweltbelastungen</b> im Falle einer Aufgabe der Produktion der Dyckerhoff GmbH in Lengerich geht die HLB von unzureichenden bzw. falschen Annahmen aus. Hierzu wird ausgeführt, dass eine Aufgabe des Steinbrüche 'Hohne' und 'Höste' sowie des Zementwerks Lengerich auch zu einer Entlastung von Ortsdurchfahrten im Bereich des Teutoburger Waldes führen würde und der zusätzliche Lieferverkehr durch andere Unternehmen im Verhältnis zum Gesamtverkehrsaufkommen des Schwerlastverkehrs auf deutschen Autobahnen, dem Binnenschiff und auf der Schiene zu vernachlässigen sei.</p> <p>In der Bedarfsanalyse sind die Belastungen dargestellt, die sich aufgrund der <b>zusätzlichen und anderen Transportwege</b> im Falle einer Übernahme der Belieferungen durch konkurrierende Unternehmen ergeben. Diese Zusatzbelastungen sind dadurch bedingt, dass sich aufgrund der Lage der konkurrierenden Unternehmen zusätzliche Transportwege ergeben, sofern das Absatzgebiet im nördlichen Bereich von Lengerich, welches derzeit überwiegend durch das Werk Lengerich beliefert wird, weiterhin beliefert werden soll. [FN 47: vgl. auch Abb. 4 sowie BOSCH &amp; PARTNER 2016a, Abb. 3-7.]</p> <p>Zwar ist davon auszugehen, dass es zu einer Entlastung der Ortsdurchfahrten in Lengerich kommt. Da der Bedarf an Zement in der Region jedoch auch bei einer Aufgabe</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>des Werks Lengerich weiterhin bestehen bleibt, werden sich die Verkehre in andere Bereiche in der Planungsregion verlagern und hier gleichermaßen zu entsprechenden Belastungen (Lärm, Luftschadstoffe, Erhöhung der Unfallgefahr) führen. Der Zement würde aus dem östlichen Münsterland bspw. über Glandorf, Kattenvenne und an Lengerich vorbei transportiert. Demzufolge würde der LKW-Verkehr in einem Umfang von ca. 1.800.000 km pro Jahr zunehmen [FN 48: unter Berücksichtigung einer Tonnage pro LKW von 27 t und erforderlichen Hin- und Rückfahrten.]. Es wäre mit einem durchschnittlichen zusätzlichen Dieserverbrauch von 611.000 Litern [FN 49: Nach IFEU (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH) &amp; SGKV (Studiengesellschaft für den kombinierten Verkehr e.V.) wird für den 40 t-Lkw von einem Treibstoffverbrauch bei durchschnittlicher gewichtsmäßiger Auslastung von 34 l/100 km ausgegangen (vgl. <a href="https://www.iru.org/cms-files-system-action?file=ge_Publications/co2d.pdf">https://www.iru.org/cms-files-system-action?file=ge_Publications/co2d.pdf</a>) [Februar 2016].] jährlich auszugehen, was einem zusätzlichen jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 1.600.000 kg CO<sub>2</sub> entspricht [FN 50: spezifische CO<sub>2</sub>-Emission: 901 g/km bei einem Verbrauch von 34 l/100 km: Angaben gemäß <a href="http://www.dekraonline.de/co2/co2_rechner.html">http://www.dekraonline.de/co2/co2_rechner.html</a> [Februar 2016].]. Neben den entstehenden CO<sub>2</sub>-Belastungen ist durch die zusätzlichen Lastverkehre insbesondere von zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Schadstoffen sowie einer zunehmenden Unfallgefahr an den jeweiligen Strecken auszugehen.</p> <p>Eine Vernachlässigung dieser Mengen ist nicht nachvollziehbar, insbesondere nicht vor dem Hintergrund der Ziele des Klimaschutzgesetzes NRW, welches gemäß § 3 vorsieht, dass die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden soll. So sieht § 3 Abs. 2 des Klimaschutzgesetzes NRW weiterhin vor, dass bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen der Ressourcen- und Energieeffizienz eine besondere Bedeutung zukommt. Gemäß Klimaschutzplan ist der motorisierte Straßenverkehr Hauptverursacher der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen. Dieser trägt mit insgesamt rund 90 Prozent zu den Emissionen in diesem Sektor bei, wobei rund 68 Prozent (zirka 23,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>) auf den Personenverkehr und zirka 23 Prozent (zirka 7,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>) auf den Güterverkehr auf der Straße zurückzuführen sind. Daher formuliert der Klimaschutzplan das Ziel den Güter-</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>verkehr so klimafreundlich wie möglich zu gestalten und den Zuwachs des Güterverkehrs durch entsprechende Rahmenbedingungen zu begrenzen. [FN 51: MKULNV 2015.]</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-036</b></p>	
<p><b>"3.2 Zwingende Gründe des öffentlichen Interesses</b></p> <p>Darüber hinaus führt die HLB aus, dass keine zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses vorlägen. Hierzu ist zunächst und grundsätzlich zu berücksichtigen, dass mit den 'zwingenden Erfordernissen' seitens des Gesetzgebers und der Rechtsprechung zu keiner Zeit das Vorliegen von unausweichlichen Sachzwängen oder mit Gewissheit eintretenden Umständen gemeint war. Insoweit ist auch nicht zwingende Voraussetzung, dass die betreffenden 'zwingenden Erfordernisse' eine explizite primärrechtliche Anerkennung gefunden haben oder europaweite Relevanz aufweisen, wie die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Hemmnissen für die Warenverkehrsfreiheit zeigt. [FN 52: hierzu SCHROEDER 2012: Art. 36 AEUV Rn. 33.] In Bezug auf Art. 6 Abs. 4 FFH-RL wird dies durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 24.11.2011 [FN 53: Rs.: C-404/09, curia.europa.eu, Rn. 109 - Alto Sil.] bestätigt, in dem dieser festgehalten hat, dass die Bedeutung der 'Bergbautätigkeit für die ortsansässige Wirtschaft' ein zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses sein kann. Das in diesem Fall in Rede stehende Bergbauvorhaben hatte allenfalls regionale Bedeutung; für die EU als solche oder den Binnenmarkt war es ohne jede Relevanz. Auch in weiteren einschlägigen Entscheidungen ist keine Rede von Sachzwängen, Gewissheiten und europaweiter Relevanz. [FN 54: siehe z.B. EuGH, Urteil vom 16.02.2012, Rs.: C-182/10, curia.europa.eu, Rn. 75 - Solvay.] § 34 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG und Art. 6 Abs. 4 FFH-RL setzen lediglich ein durch Vernunft und Verantwortungsbewusstsein geleitetes staatliches Handeln voraus. Erforderlich ist eine Abwägung. Das Gewicht der für das Vorhaben streitenden Gemeinwohlbelange muss auf der Grundlage der Gegebenheiten des Einzelfalls nachvollziehbar bewertet und mit den gegenläufigen Belangen des Habitatschutzes abgewogen werden. [FN 55: vgl. BVerwG, Urteil vom 11.08.2016 - 7 A 1/15 - Weservertiefung -, Juris-Rn. 104;</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Es ist richtig, dass in jedem Einzelfall eine Abwägung zwischen den für das Vorhaben streitenden öffentlichen Interessen und den Belangen des Habitatschutzes erforderlich ist. Die verschiedenen Genannten Fälle aber sind kaum miteinander zu vergleichen.</p> <p>Aus den Unterlagen zu den genannten Beispielen ist die Schwere des Eingriffs / die tatsächliche Betroffenheit des Gebietes nicht immer zu erkennen.</p> <p>In den Fällen mit Stellungnahmen der Kommission geht es oft um Straßenbau und extrem kleine Flächen oder um riesige (Wirtschafts)Projekte mit großen Betroffenheiten, aber auch erheblichen Volkswirtschaftlichen Dimensionen und entsprechenden Maßnahmen (z.B. Stellungnahme KOM vom 14.09.2011 (Schiersteiner Brücke A 643/Deutschland) oder Stellungnahme KOM vom 25.11.2011 (Győr/Ungarn).</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>BVerwG, Urteil vom 12. März 2008 - 9 A 3.06 Juris-Rn. 148 ff. und BVerwG, Urteil vom 9. Juli 2009 - 4 C 12.07, Juris-Rn. 13.]</p> <p>Die Regelungen der FFH-Richtlinie sehen ausdrücklich vor, dass die Verwirklichung der Zielsetzungen unter Berücksichtigung 'regionaler und örtlicher Besonderheiten' sowie 'wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und regionaler Anforderungen' erfolgen muss. Diese Kriterien werden in der Praxis angewandt, wie eine ganze Reihe anderer Vorhaben, die über eine Abweichung zugelassen worden sind und deren Abweichung seitens des BVerwG bzw. der Europäischen Kommission bestätigt wurde, belegen. So ist bspw. dem nationalen Bericht nach Art. 17 der FFH-Richtlinie aus dem Jahr 2013 [FN 56: BFN 2013, Annex A Punkt 5.] zu entnehmen, dass eine Abweichung regelmäßig bspw. für den Neubau oder die Verlegung von Ortsumgehungen bzw. Bundesstraßen, Radwege, Bebauungspläne oder die Erweiterungen bzw. die Errichtung von Wohnbebauungen zugelassen wurde. Auch bei diesen Vorhaben ist nicht davon auszugehen, dass eine Vorhabenbegründung mit Blick auf eine europäische Dimension dargelegt worden ist. Gleiches zeigen die Auswertungen der EU-Kommission zu den Verfahren nach Art 6 Abs. 4 FFH-Richtlinie (Reports on derogations) [FN 57: EU-KOMMISSION 2008 sowie EU-KOMMISSION 2012.], die für den Zeitraum 2004 bis 2006 sowie 2007 bis 2011 vorliegen und Abweichungen nach Art. 6 Abs. 4 FFH-Richtlinie bspw. für einen Kalksteinbruch, den Kohleabbau der Zeche Walsum oder die Erweiterung von Gewerbegebieten oder touristischen Zentren dokumentieren. Ebenso belegen dies die im Rahmen von Abweichungsverfahren vorliegenden Stellungnahmen der EU-Kommission, in denen die Zulassung der Abweichungen für die Stärkung eines Wirtschaftsstandortes bzw. die Gewährleistung der Attraktivität für Wirtschaftsansiedlungen [FN 58: EU-KOMMISSION 2015.], die Erweiterungen und Errichtungen von Gewerbebetrieben [Fn 59: EU-KOMMISSION 2011.] oder die Förderung einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region [FN 60: EU-KOMMISSION 2006. 6; EU-KOMMISSION 2005, 5.] nicht in Frage gestellt werden."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-037</b></p>	
<p>"Zu den Prognoseunsicherheiten wurde bereits unter Punkt 3.1.1 Stellung genommen. Zudem ist zu betonen, dass auch mit Blick auf das Merkmal zwingend keine tatsächli-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>che Eintrittswahrscheinlichkeit darzulegen ist. Denn dies würde eine Abweichungsent-scheidung für geplante Vorhaben vollständig verhindern. So sprechen auch FÜßER &amp; LAU lediglich von beachtlichen Wahrscheinlichkeiten, die im vorliegenden Fall ausführ-lich dargelegt werden können (vgl. oben)."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-038</b></p>	
<p>"Gemessen daran liegen für das Erweiterungsvorhaben der Dyckerhoff GmbH zwin-gende Gründe im Sinne des § 34 Abs. 3 BNatSchG vor. Denn wie bereits dargelegt werden mit der Erweiterung des Steinbruchs der Dyckerhoff GmbH neben rein privat-wirtschaftlichen Zielen gewichtige, sogar zwingende öffentliche Interessen verfolgt. [FN 61: Zur Einordnung der Rohstoffgewinnung als im öffentlichen Interesse biegender siehe <i>Frenz</i>, in: <i>Frenz/Müggenborg</i> (Hrsg.), <i>BNatSchG</i>, 2. Aufl. 2016, § 34, Rn. 135,140.] Dies äußert sich neben der gesetzlichen Vorgabe in § 2 Abs. 2 Nr. 4 S. 4 ROG zum Einen in planerischen Vorgaben wie bspw. der Zielvorgabe des LEP, die die Festlegung von Abgrabungsbereichen zur Sicherung eines Versorgungszeitraumes von 35 Jahren für Festgestein vorsieht. Zudem soll gemäß LEP eine flächensparende und vollständige Gewinnung eines Rohstoffes und eine gebündelte Gewinnung aller Rohstoffe einer Lagerstätte erfolgen. Zwingende Gründe des öffentlichen Interesses werden zum Anderen durch den derzeitigen und zukünftigen Bedarf der durch die Dyckerhoff GmbH hergestellten Produkte, der sich in den Absatzanteilen auf den ent-sprechenden Märkten ausdrückt, sowie die nachteiligen wirtschaftlichen und ökologi-schen Konsequenzen in Verbindung mit der Aufgabe der Produktion am Standort Len-gerich deutlich."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-025</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-039</b></p>	
<p>"Dem stehen auch nicht die Ergebnisse des im Jahre 1997 fertig gestellten Gutachtens 'Nutzungskonflikt Kalksteinabgrabung – Naturschutz' (Kalksteingutachten) entgegen. Auf der Grundlage dieses Gutachtens wurden 1998 Abgrabungsflächen in den damali-gen Regionalplan [FN 62: GEP Regierungsbezirk Münster - Teilabschnitt Münsterland - vom 06.12.1999; Teil I aufgestellt durch den Bezirksplanungsrat des Regierungsbe-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Kalkgutachten wurde aber auch deutlich gemacht, dass der sog. "Gutachtervor-schlag", auf den man sich am Ende geeinigt hat, für den Naturschutz und den Erhalt des Biotopverbundes die gerade noch tragbare Lösung darstellt (S. 30 Kurzfassung</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>zirks Münster am 02. Dezember 1996 mit Ergänzungen in 1997-1999, Teil II aufgestellt durch den Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Münster am 01. Dezember 1997.] aufgenommen. Hinsichtlich der Ausweisung weiterer Abgrabungsbereiche gab es hingegen keine abschließende Festlegung. Das Protokoll der Abschlusssitzung des das Kalksteingutachten begleitenden Arbeitskreises, die am 31.05.1999 in Lengerich stattgefunden hat, dokumentiert vielmehr die bewusste Offenhaltung bzgl. weiterer Abgrabungsbereiche. Wörtlich heißt es dort:</p> <p><i>'Seitens des Naturschutzes besteht die Zielvorstellung, dass es nach 25 Jahren keiner Erweiterung der bestehenden Abgrabungen mehr bedarf. Diese Vorstellung trifft auf Gegenrede bei Industrie und Kommunen.'</i></p> <p>Auslaufszszenarien wurden zwar ausführlich diskutiert, jedoch im GEP-Verfahren weder im Erarbeitungsbeschluss vom 09.06.1997, noch im entsprechenden Aufstellungsbeschluss vom 01.12.1997, noch in der darauf Bezug nehmenden ministeriellen Genehmigung vom 24.07.1998 aufgegriffen. Aus der Kurzfassung des Kalksteingutachtens [FN 63: H+H &amp; DIW, S. 362.] ist zudem statt Auslaufplanung eine gegenteilige Zielrichtung zu entnehmen. Denn hier wird ausgeführt, dass nicht vollständig ausgebeutete Gruben nicht verfüllt, sondern vielmehr offen gelassen werden sollen, da bei zunehmender Rohstoffverknappung zukünftig möglicherweise wieder auf solche bereits aufgeschlossenen Lagerstätten zurückgegriffen werden muss."</p>	<p>Kalkgutachten). Ferner wurde dort angeregt die damals gewährten 25 Jahre Abbausicherheit zu nutzen, um sich Gedanken über wirtschaftliche Umstrukturierungen im Raum Lengerich / Lienen zu machen (S. 33).</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-040</b></p>	
<p>"Des Weiteren hat im Nachgang zur Genehmigung des Regionalplans das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) die Bezirksregierung Münster im März 2006 beauftragt, die Verhandlungen mit den kalksteinabgrabenden Firmen über eine vertragliche Vereinbarung fortzuführen.</p> <p>Grundlage war ein Erlass des MUNLV aus September 2005, wonach <i>'es insbesondere bei größeren Natura 2000-Gebieten häufig genügen (wird), nur die Kernzonen (FFH-Lebensräume) – ggf. einschließlich vorgelagerter Pufferzonen und angemessener die Lebensräume verbindenden Teilflächen – als NSG und die anderen Bereiche als LSG</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausweisung als NSG / LSG hat jedoch keine Auswirkung auf die FFH-VP, da trotzdem beide Bereiche FFH-Gebiet sind. Die unterschiedliche Ausweisung von NSG und LSG war seinerzeit nicht durch unterschiedlichen Wertigkeiten der jeweiligen Flächen begründet.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>festzusetzen bzw. auszuweisen.'</i> [FN 64: vgl. Gesprächsvermerk zur Umsetzung der FFH-Richtlinie im Bereich des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' vom 27.04.2006 vom 30.05.2006.]</p> <p>Hiernach hat die HLB die Leitung der Verhandlungen im Mai 2006 begonnen und hierzu u.a. die Vertreter der kalksteinabgrabenden Industrie, der Naturschutzverbände, der LÖBF, des Kreises Steinfurt und der Forstbehörde eingeladen. Zu Eingang betonte der Leiter der HLB (Herr Blumenroth), die für die Fortführung bzw. Kooperation des Unterschutzstellungsverfahrens zuständig war, ausdrücklich, dass Erhaltungsziele und Schutzzweck wie auch das Verschlechterungsverbot unabhängig von der Schutzkategorie zu gewährleisten seien. Ebenso bestünde die Verpflichtung zur Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung im Falle einer Erweiterung der Abgrabungsgebiete nach 2017 bzw. 2025 unabhängig von der Schutzkategorie. Auch die rechtzeitige Einbindung der EU in den Abstimmungsprozess um eine mögliche Erweiterung der Abgrabungsflächen und Eingriffskompensation (Schaffung von Kohärenzmaßnahmen) sei unerlässlich. Die Vertreter der LÖBF bestätigten die Aussagen von Herrn Blumenroth. [FN 65: vgl. Gesprächsvermerk zur Umsetzung der FFH-Richtlinie im Bereich des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' vom 27.04.2006 vom 30.05.2006.]</p> <p>Die Gespräche mündeten in einer Vereinbarung, um die Anrechenbarkeit naturschutzfachlicher Maßnahmen für etwaige zukünftige Abbauvorhaben verbindlich festzulegen und damit positive Voraussetzungen für Regionalplanänderungen und Genehmigungen zu schaffen [FN 66: vgl. Punkt A 'Ziel der Vereinbarung' der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch die Bezirksregierung Münster und den Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Münsterland – im Folgenden Land genannt –, dem Kreis Steinfurt, vertreten durch den Landrat, – im Folgenden Kreis genannt –, der Dyckerhoff AG, vertreten durch den Vorstand – im Folgenden Dyckerhoff genannt – und der Schencking Kalk- und Kalksandsteinwerke GmbH &amp; Co. KG Münster, vertreten durch die Geschäftsführung, – im Folgenden Schencking genannt – vom 19.03.2008 (nachfolgend Vereinbarung).].'</p> <p>Die Vereinbarung wurde am 19.03.2008 zwischen den Firmen Schencking (heute Calcis) und Dyckerhoff einerseits und dem Land Nordrhein-Westfalen sowie dem Kreis</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Steinfurt andererseits unterzeichnet und nimmt in der Präambel auf die Interessenflächen der Firmen für zukünftige Abgrabungen Bezug:</p> <p><i>'Das gilt sowohl für den derzeit rechtlich zulässigen Kalksteinabbau (Bestandsschutz) als auch für die mit Blick auf das Auslaufen der genehmigten Abgrabungsbereiche im Jahre 2017 bzw. 2025 benannten Interessenflächen der Finnen.'</i></p> <p>Ebenso wird ausgeführt:</p> <p><i>'Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass vorgezogene Kompensationsmaßnahmen und/oder Kohärenzsicherungsmaßnahmen, die von den Abgrabungsfirmen im Vorgriff auf zukünftige Genehmigungen (insbesondere solche nach § 3 AbgrabG, §§ 52 ff BBergG oder §§6, 16 BimSchG) [...] unter Berücksichtigung des Kompensationskonzeptes durchgeführt werden, als Maßnahmen gem. § 48d Abs. 7 LG anerkannt werden und als Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nach §§ 4a u. 5a LG sowie als Ersatzaufforstung nach § 39 LFoG Anrechnung finden. Unter der Voraussetzung, dass die zwischen den Vereinbarungsparteien abgestimmten Maßnahmen durchgeführt werden, gehen die Parteien davon aus, dass die Kohärenz des europäischen ökologischen Netzes 'Natura 2000' sichergestellt ist.'</i></p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-041</b>	
<p>"Auch die 2013 durch das Umweltministerium NRW angesprochene 'Rechtsentwicklung', infolge derer die Berücksichtigung von 'Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen' im Zuge der Erheblichkeitsbeurteilung der FFH-Verträglichkeitsprüfung ausgeschlossen wurde, schließt weitere Abgrabungen nicht ausdrücklich aus. Es wird ausdrücklich betont, dass Abgrabungsmaßnahmen auch innerhalb von FFH-Gebieten, zwar unter nunmehr noch stringenteren Bedingungen, möglich sind.</p> <p>Wenn eine Auslaufplanung festgelegt gewesen wäre, ließe sich nicht begründen, warum landesseitig</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>das Kompensationsgutachten initiiert und in einem langjährigen Prozess mit-gestaltet sowie darüber ein Vertrag abgeschlossen wurde,</li> <li>im Zuge der "Rechtsentwicklung" durch das Umweltministerium ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass Abgrabungen im FFH-Gebiet – zwar unter er-höhten Anforderungen – durchaus möglich wären."</li> </ul>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-042</b>	
<p>"Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass es keine Festlegung in Bezug auf eine 'Auslaufplanung' gibt. Sie wurde zwar im Zuge der Erarbeitung des Kalksteingut-achtens und des Erarbeitungsverfahrens zum GEP diskutiert, jedoch nicht aufgegriffen oder gar beschlossen. Ebenso spricht der Vertrag mit dem Land zu Kohärenzsiche-rungs- sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für etwaige zukünftige Abbauvorha-ben aus dem Jahre 2008 dagegen. Die 2013 erfolgte 'Rechtsentwicklung' zielt auf er-höhte naturschutzfachliche Anforderungen hin, weist aber ausdrücklich aufdie Möglich-keit von Abgrabungen in einem FFH-Gebiet hin."</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-043</b>	
<p>"Eine Festlegung in Bezug auf eine zeitliche Begrenzung des Kalkabbaus durch Dyckerhoff in Lengerich ergibt sich auch nicht aus der für den Steinbruch zuletzt erteil-ten Genehmigung nach dem BImSchG vom Februar 1999. Die darin enthaltene Befris-tung auf einen Zeitraum von 25 Jahren folgte der seinerzeit geltenden raumordnungs-rechtlichen Planungsperspektive für mineralische Rohstoffe von zunächst 25 Jahren Versorgungssicherheit, an die sich weitere 25 Jahre Vorratssicherung regionalplane-risch anschlossen. Diese Planungsperspektive greift die BImSchG-Genehmigung für die Versorgungssicherheit mit der Festlegung auf 25 Jahre nur auf. Ein darüber hinaus gehender Aussagegehalt ist der Genehmigung schon sprachlich an keiner Stelle zu entnehmen, abgesehen davon, dass eine Genehmigung nach dem BImSchG außer-halb ihres Geltungsbereichs, der durch den Genehmigungsgegenstand nach Antrag definiert ist, aus rechtlichen Gründen gar keine Festlegungen treffen kann. Eine Art</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>'Negativaussage' dahingehend, nach der Ausschöpfung dieser Genehmigung sei der Kalkabbau in Lengerich durch Dyckerhoff beendet, kann aus der BImSchG-Genehmigung vom Februar 1999 deshalb nicht abgeleitet werden."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-044</b></p>	
<p><b>"3.3 Überwiegen</b></p> <p>Für die Beurteilung, ob sich die zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses der Abgrabungserweiterung gegenüber den Belangen des Gebietsschutzes bzw. des Naturschutzes durchsetzen können, ist eine Abwägung erforderlich. Das Gewicht der für das Vorhaben streitenden Gemeinwohlbelange muss auf der Grundlage der Gegebenheiten des Einzelfalls nachvollziehbar bewertet und mit den gegenläufigen Belangen des Habitatschutzes abgewogen werden. [FN 67: vgl. BVerwG, Urteile vom 12. März 2008 - 9 A 3.06 - BVerwGE 130, 299 Kn. 148 ff. und vom 9. Juli 2009 - 4 C 12.07 - BVerwGE 134,166 Rn. 13.]</p> <p>Das Gewicht, mit dem auf der anderen Seite das Interesse an der Integrität der betroffenen FFH-Gebiete in die Abwägung einzustellen ist, hängt entscheidend von der Tragweite der Beeinträchtigungen ab. Erforderlich ist eine Beurteilung der Beeinträchtigungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Entscheidend sind neben dem Ausmaß der Beeinträchtigung unter anderem die Bedeutung des betroffenen Vorkommens und sein Erhaltungszustand, der Grad der Gefährdung des betroffenen Lebensraumtyps oder der Art und ihre Entwicklungsdynamik. Grundlage der Bewertung ist die FFH-Verträglichkeitsuntersuchung. [FN 68: BVerwG. Urteil vom 9. Juli 2009 - 4 C 12.07 - BVerwGE 134. 166 Rn. 26.]</p> <p>Mit Bezug zur <b>Bedeutung des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes'</b> bzw. dem in die Abwägung einzustellenden <b>Gewicht des Integritätsinteresses</b> nimmt die HLB Bezug auf die Ausführungen des LANUV und führt folgendes aus:</p> <p><i>'Der Teutoburger Wald stellt, entsprechend der Gebietsbeschreibung durch das LANUV, eines von insgesamt vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>Buchenwald (LRT 9130) in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW.'</i></p> <p>Des Weiteren wird an späterer Stelle ausgeführt:</p> <p><i>Die Bedeutung des FFH-Gebietes innerhalb des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 ist daher sehr groß und kann bzw. muss durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen noch deutlich gesteigert werden. Neben der Fläche an sich ist auch deren Verbundfunktion im Europäischen Schutzgebietsnetz NATURA 2000 zu betrachten. Diese ist bereits durch den Steinbruch 'Hohne' empfindlich unterbrochen, da sich zwischen den Gebietsteilen westlich und östlich des Steinbruchs eine große Lücke auftut, in der die entsprechenden FFH-Lebensraumtypen nicht (mehr) vorkommen. Diese Lücke würde durch eine Erweiterung noch deutlich vergrößert.'</i></p> <p>Es ist davon auszugehen, dass das FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' für das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 eine hohe Bedeutung einnimmt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Bedeutung ein so hohes Gewicht zukommt, dass sich die für das Vorhaben streitenden Gemeinwohlbelange an einer europäischen Dimension messen lassen müssen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-045</b></p>	
<p>"Diesbezüglich ist zunächst von Bedeutung, dass sich die Ausführungen des LANUV zur Bedeutung des FFH-Gebietes auf den Raum des Teutoburger Waldes <b>insgesamt</b> beziehen, der sich vom Tecklenburger Land bis Horn-Bad Meinberg erstreckt.</p> <p><i>'Der Teutoburger Wald stellt insgesamt eines von vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister- Buchenwald in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW (Weser- und Weser-Leine-Bergland), das sich nach Südosten (Thüringer Becken und Randplatten) fortsetzt. Die nördlichen Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges gehören somit zu einem landesweit bedeutsamen Korridor für Buchenwälder auf Kalkgestein und haben</i></p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Zu den vorgetragenen Argumenten ist eine Stellungnahme des LANUV eingeholt worden. In seiner Stellungnahme stellt das LANUV fest:</p> <p>Das BfN hat in einem Handbuch (1998) "Das europäische Schutzgebietssystem Natura2000" auf S. 338 für den LRT 9130 in Deutschland vier Hauptvorkommen ausgewiesen. Eines dieser Hauptvorkommen sind die benachbarten "Naturräumlichen Haupteinheiten" D36 und D18. Das FFH-Gebiet DE-3813-302 "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" liegt in D36. Der Teutoburger Wald stellt in seiner NW-SO Ausrichtung eine Verbundachse für diesen LRT in D36 dar; das strittige</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>daher eine hohe Bedeutung.</i>' [FN 69: vgl. <a href="http://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedoWde/fachinfo/listeiVmeldedok/DE-3-813-302">http://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedoWde/fachinfo/listeiVmeldedok/DE-3-813-302</a> [Abfrage Januar 2017]]</p> <p>Das FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' stellt jedoch lediglich einen Teil dieses Verbreitungsgebietes dar. Neben dem FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes', in dem sich nach aktuellen Angaben des LANUV 435,87 ha des hier zu betrachtenden Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) befinden, sind die folgenden FFH-Gebiete in diesem Raum ausgewiesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 'Sandsteinzug Teutoburger Wald' (DE-3712-302) mit 9,26 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130),</li> <li>• 'Östlicher Teutoburger Wald' (DE-4017-301) mit 2.251,70 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) [FN 70: Flächenangaben zum LRT 9130 gemäß Datensatz des LANUV zu den Lebensraumtypen in NRW (Grafikdaten der Natura 2000 Lebensraumtypen mit Stand vom Juni 2016: <a href="http://natura2000-meldedDk.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads.">http://natura2000-meldedDk.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downloads.</a>] sowie</li> <li>• 'Teutoburger Wald, Kleiner Berg' (DE 3813-331) in Niedersachsen mit 1.265 ha Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) [FN 71: Angaben gemäß Standarddatenbogen: <a href="http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_20-00/downloads_zi._natura_2000/46104.html">http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_20-00/downloads_zi._natura_2000/46104.html</a>].</li> </ul> <p>Von den insgesamt 3.961,83 ha Waldmeister-Buchenwald innerhalb des Teutoburger Waldes nehmen die 435,87 ha daher einen Anteil von 11 % ein."</p>	<p>Gebiet liegt dabei am NW-Ende dieser Achse und damit an der nordwestlichen Verbreitungsgrenze des LRT und seiner charakteristischen Arten in seinem Hauptverbreitungsgebiet. (Siehe <a href="#">natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/waelder.pdf</a>)</p> <p>Die Verbreitung/Distribution des LRT 9130 erlitt bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.</p> <p>Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können.</p> <p>Zugleich ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor.</p> <p>Von der Gesamtfläche des FFH-Gebiets DE-3813-302 "Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" von rund 720 ha entfällt mit rund 420 ha der größte Anteil auf den LRT 9130. Dieser war mithin einer der wesentlichen Meldegründe.</p> <p>Entgegen der hier gemachten Darstellung wird die Bedeutung eines Gebietes nicht durch einen Rangplatz auf einer Liste (für die kontinentale biogeographische Region) bestimmt.</p> <p>Entscheidend für die Bedeutung eines FFH-Gebietes sind dessen Repräsentativität, dessen Erhaltungszustand und dessen Relative Fläche, zusammengefasst in einer Gesamtbeurteilung [...]</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>Die Bedeutung wird einzelgebiets- bzw. LRT-weise ermittelt. Ein Vergleich mit anderen Gebieten wäre dort nur insofern möglich, als verschiedene Aspekte über relevante Elemente (z. B. Randlage, Biotopverbundaspekte, besondere Artenausstattung) in die Gesamtbeurteilung einbezogen werden können.</p> <p>Für DE-3813-302 "Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" steht im SDB für 420 ha LRT 9130 folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Repräsentativität A – Hervorragende Repräsentativität</li> <li>• Erhaltungszustand B – guter Erhaltungszustand</li> <li>• Relative Fläche C – 0 -2% der Gesamtfläche des LRT (in Deutschland)</li> <li>• Die integrierende Gesamtbeurteilung ist "B – guter Wert"</li> <li>• Mit diesem Kriterium wird eine Gesamtbeurteilung des Wertes des Gebiets für die Erhaltung des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps vorgenommen. Es dient einer integrierten Bewertung der vorherigen Kriterien unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Gewichts, das diese für den betreffenden Lebensraum haben können. Es können auch andere Aspekte zur Beurteilung der relevantesten Elemente herangezogen werden, um den positiven bzw. negativen Einfluss auf die Erhaltung des Lebensraumtyps global zu erfassen. Die "relevantesten" Elemente können je nach Lebensraumtyp variieren; denkbar sind menschliche Aktivitäten im Gebiet oder in benachbarten Gebieten, die den Erhaltungszustand des Lebensraumtyps beeinflussen können, die Eigentumsverhältnisse, der rechtliche Status des Gebiets, die ökologischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebensraumtypen und Arten usw.</li> </ul> <p>DE 30.7.2011 Amtsblatt der Europäischen Union L 198/39</p> <p><i>Lesehilfe:</i></p> <p><i>Für das Gebiet DE-3813-302 Nördl. Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg bzw. dort den LRT 9130 weist der Standarddatenbogen also den höchsten Repräsentativitätsgrad "A – hervorragende Repräsentativität" aus:</i></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p><i>"Anhand des Repräsentativitätsgrades lässt sich ermessen, "wie typisch" ein Lebensraumtyp ist." Der LRT 9130 ist in diesem Gebiet also für den Naturraum D36 in hervorragendem Maße typisch!</i></p> <p><i>Der aktuelle Erhaltungszustand dieses Lebensraumtyps im Gebiet ist mit "B – guter Erhaltungszustand" bewertet. Diese Einschätzung erfolgte auf der Grundlage von Felderhebungen, die Datenqualität ist also richtigerweise mit "G – gut" angegeben. Der Erhaltungszustand wird aus drei Kriterien gemittelt: "Erhaltungsgrad der Struktur und der Funktionen des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps und Wiederherstellungsmöglichkeit." Das LANUV bewertet diese Kriterien im Rahmen der so genannten</i></p> <p><i>Erhaltungszustandsbewertung für Strukturen, Artenzusammensetzung (als Merkmal für Funktionen) und Beeinträchtigungen (als Merkmal für Wiederherstellungsmöglichkeit) für jede einzelne Biotoptypenfläche und mittelt diese Werte dann für den Eintrag in den SDB.</i></p> <p><i>Die Relative Fläche des LRT im Gebiet ist methodisch bedingt fast immer "C", weil sie den Anteil des LRT im Gebiet an dem Gesamtvorkommen des LRT in Deutschland angibt.</i></p> <p><i>Mit der integrierenden Gesamtbeurteilung "B – guter Wert" ist die Bedeutung des LRT vollumfänglich und generalisierend ausgedrückt.</i></p> <p><i>Die Verbreitung/Distribution des LRT 9130 erlitt bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.</i></p> <p><i>Insgesamt hat das FFH-Gebiet eine hohe Bedeutung für das Netz Natura 2000 im europäischen, nationalen, landesweiten und regionalen Maßstab. Der Teutoburger Wald stellt insgesamt eines von vier Hauptvorkommen des Lebens-</i></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
	<p>raumtyps Waldmeister-Buchenwald in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW (Weser- und Weser-Leine-Bergland), das sich nach Südosten (Thüringer Becken und Randplatten) fortsetzt. Die nördlichen Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges gehören somit zu einem landesweit bedeutsamen Korridor für Buchenwälder auf Kalkgestein und haben daher eine hohe Bedeutung.</p> <p>Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können. In diesem größeren Zusammenhang sind die bestehenden Abgrabungen, insbesondere der Fa. Dyckerhoff, bereits jetzt ein Hindernis. Je mehr solcher Hindernisse in Folge nacheinander aufgereiht sind, umso schwieriger wird ein solcher Austausch.</p> <p>Zugleich ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor. Wie schon zuvor dargestellt sind größere Unterbrechungen der Lebensraumkontinuität für solche Prozesse nachteilig.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-046</b>	
<p>"Des Weiteren ist die Verbreitung des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald in Nordrhein-Westfalen in den Blick zu nehmen. Gemäß den Angaben des LANUV weist der LRT 9130 in ganz Nordrhein-Westfalen eine Fläche von 37.330 ha auf, wovon sich 32.430 ha in der kontinentalen biogeografischen Region und 4.900 ha in der atlantischen biogeografischen Region befinden [FN 72: Angaben gemäß FFH-Bericht 2013 des Landes NRW (unter: <a href="http://ffh-ber-cht-2013.naturschutzinformationen.nrw.de/ffhbericht-2013/de/nrw-bericht-karten/anhang-d/waelder">http://ffh-ber-cht-2013.naturschutzinformationen.nrw.de/ffhbericht-2013/de/nrw-bericht-karten/anhang-d/waelder</a>).].- Innerhalb von FFH-Gebieten liegen ca. 19.030 ha (16.760 ha in der kontinentalen und 2.271 ha in der atlantischen biogeografischen Region) [FN 73: Flächenangaben zum</p>	<p>Den Bedenken wird gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-045</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge															
<p>LRT 9130 gemäß Datensatz des LANUV zu den Lebensraumtypen in NRW (Grafikdaten der Natura 2000 Lebensraumtypen mit Stand vom Juni 2016: <a href="http://natura2000-meldedDk.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downfoads.">http://natura2000-meldedDk.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/downfoads.</a>].</p> <p>Im Hinblick auf die Bedeutung des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' für den Waldmeister-Buchenwald in NRW ist anzumerken, dass sich die Bestände innerhalb des FFH-Gebietes nicht unter den 10 größten Vorkommen in der kontinentalen Region in NRW befinden. Gemäß Angaben des LANUV sind in 10 weiteren FFH-Gebieten größere Vorkommen des LRT 9130 vorhanden. In einem Großteil der Gebiete ist der Flächenanteil des LRT weit über 500 ha. So umfasst das FFH-Gebiet 'Egge' bspw. eine Fläche von 1.962,64 ha (vgl. Tabelle 6-1 in Anhang 6.1) <i>[Hinweis: Die Tabelle befindet sich in der der Synopse beigefügten gesonderten PDF-Datei »Synopse-Anhänge_10968.pdf«.</i>].</p> <p>In Deutschland insgesamt umfasst gemäß nationalem Bericht nach Art. 17 FFH-Richtlinie die aktuelle Fläche des Lebensraumtyps in gemeldeten Gebieten in der kontinentalen biogeografischen Region mindestens 291.069 ha und maximal 300.003 ha (mindestens 328.881 ha innerhalb von FFH-Gebieten deutschlandweit) [FN 74: <a href="https://www.bfn.de/fileadmin/VMDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht/Lebensraumtypen/kontinental_waelder.pdf">https://www.bfn.de/fileadmin/VMDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht/Lebensraumtypen/kontinental_waelder.pdf</a>].</p> <p>Die Bundeswaldinventur gibt für ganz Deutschland einen Umfang von Waldmeister-Buchenwald mit 1,4 Mio. ha an [FN 75: <a href="https://www.bundeswaldinventur.de/index.php?id=671">https://www.bundeswaldinventur.de/index.php?id=671</a>]. Eine Übersicht über die Flächenumfänge des Vorkommens des Lebensraumtyps im Verhältnis zu der innerhalb des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' erfolgenden Inanspruchnahme gibt die nachfolgende Abbildung."</p>																
<table><tr><th></th><th colspan="4">Vorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)</th></tr><tr><th>Umfang der Beeinträchtigungen durch die Steinbrucherweiterung</th><th>FFH-Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“</th><th>FFH-Gebiete im gesamten Teutoburger Wald</th><th>Kontinentale biogeografische Region in NRW (innerhalb von FFH-Gebieten)</th><th>Kontinentale biogeografische Region in Deutschland: innerhalb von FFH-Gebieten</th></tr><tr><td>17,2 ha</td><td>435,87 ha</td><td>3.961,83 ha</td><td>32.430 ha (16.760 ha)</td><td>mindestens 291.069 ha</td></tr></table> <p>Abb. 7: Vorkommens des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald im Verhältnis zu der innerhalb des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“ erfolgenden Inanspruchnahme</p>		Vorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)				Umfang der Beeinträchtigungen durch die Steinbrucherweiterung	FFH-Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“	FFH-Gebiete im gesamten Teutoburger Wald	Kontinentale biogeografische Region in NRW (innerhalb von FFH-Gebieten)	Kontinentale biogeografische Region in Deutschland: innerhalb von FFH-Gebieten	17,2 ha	435,87 ha	3.961,83 ha	32.430 ha (16.760 ha)	mindestens 291.069 ha	
	Vorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)															
Umfang der Beeinträchtigungen durch die Steinbrucherweiterung	FFH-Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes“	FFH-Gebiete im gesamten Teutoburger Wald	Kontinentale biogeografische Region in NRW (innerhalb von FFH-Gebieten)	Kontinentale biogeografische Region in Deutschland: innerhalb von FFH-Gebieten												
17,2 ha	435,87 ha	3.961,83 ha	32.430 ha (16.760 ha)	mindestens 291.069 ha												

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-047</b>	
<p>"Was die Verbundfunktion im europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 und die Unterbrechung dieser Verbundfunktion durch die Steinbrüche betrifft, ist zu berücksichtigen, dass die Steinbrüche bereits vor der Meldung des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' bestanden. Eine empfindliche Unterbrechung wurde demnach durch das Land NRW im Zuge der Gebietsmeldung nicht gesehen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass gefährdete Pflanzen- und Tierarten im Bereich der Steinbrüche [bspw. Orchideen, Uhu) dem Gebiet eine besondere naturschutzfachliche Bedeutung verleihen. [FN 76: <a href="http://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/veroeffentlichungen/loebf/oekologie/fb_teutoburger_wald.pdf">http://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/veroeffentlichungen/loebf/oekologie/fb_teutoburger_wald.pdf</a>]</p> <p>Dies ist letztlich auch der Interessengemeinschaft Teutoburger Wald e.V. zu verdanken, die als Zusammenschluss von Naturschützern (Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz Tecklenburger Land e. V. - ANTL) und Steinbruchbetreibern sowie den Kommunen Lengerich und Lienen und dem DGB mit vielfältigen Aktivitäten (bspw. Schafbeweidung, Pflege der Niederwälder und Magerrasen) zum Erhalt und zur Pflege des Naturraumes beiträgt. So müssen beispielsweise Flächen mit Trockenrasen kontinuierlich von natürlichem Bewuchs und somit von Nährstoffeinträgen freigehalten werden. Dies wird insbesondere durch eine eigens hierfür initiierte Wanderschafherde gewährleistet, die heute rund 600 Tiere umfasst."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Zur Bedeutung des FFH-Gebiets ist nach dem Beteiligungsverfahren noch eine Stellungnahme des LANUV eingeholt worden. In seiner Stellungnahme kommt das LANUV zu dem Ergebnis, dass die Erweiterungsflächen von besonderer Bedeutung für die Integrität des FFH-Gebiets sind.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-048</b>	
<p>"Eine seitens der Naturschutzverwaltung angenommene besonders hohe Bedeutung des Gebietes ist auch vor dem Hintergrund nicht erkennbar, dass entsprechende Maßnahmen im Rahmen des FFH-Managements bislang nicht umgesetzt worden sind. Es ist anzunehmen, dass die Priorität auf anderen Natura 2000-Gebieten liegt.</p> <p>Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann das Gewicht der Naturschutzseite dadurch gemindert werden, dass Kohärenzmaßnahmen ergriffen werden, die unmittelbar an den beeinträchtigten Gebietsbestandteilen ansetzen und einen Ausgleich innerhalb desselben Schutzgebiets schaffen. [FN 77: BVerwG, Urteil</p>	<p>Den Bedenken wird gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-045</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>vom 09.07.2009, Az.: 4 C 12.07, juris, Rn. 28; BVerwG, Beschluss vom 03.06.2010, Az.: 4 B 54.09, iuris, Rn.21.] Die HLB ist insoweit skeptisch (Anhang C, S. 20):</p> <p><i>Bislang wurden seitens der Dyckerhoff GmbH allerdings lediglich 1,5 ha Nadelwald innerhalb des FFH-Gebiets in Laubwald umgebaut. Da die Erweiterung des Abbaus am Hohner Berg jedoch erst im Jahre 2038 beginnen soll, wäre derzeit noch ein ausreichender zeitlicher Vorlauf gegeben. Erhebliche Unsicherheiten bestehen jedoch dann, dass sich die Maßnahmen innerhalb des prognostizierten Zeitraums tatsächlich zu FFH-Lebensräumen entwickeln. So ist die Neubegründung von Buchenwald auf landwirtschaftlichen Flächen mit erheblichen Unsicherheiten und Ausfallmöglichkeiten behaftet. Die zunehmenden Klimaextreme der letzten Jahre, vor allem Frühjahrstrockenheit und Dürren in den Sommermonaten führen dazu, dass die Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen zumindest auch aus diesem Grund einer hohen Prognoseunsicherheit unterworfen ist. Hinzu kommt, dass der Bodenmarkt in der Region ausgesprochen angespannt ist und aus Sicht der HLB Zweifel daran bestehen, dass die erforderlichen Flächen in und außerhalb des in Rede stehenden FFH-Gebietes mobilisiert werden können.</i></p> <p>Die Skepsis der HLB ist nicht nachvollziehbar. Wie seitens der HLB selbst ausgeführt wird, ist es ausreichend, dass die Umsetzung der Kohärenzsicherungsmaßnahmen durch die Dyckerhoff GmbH im Jahre 2023 beginnt. Insofern verwundert es nicht, dass bisher 'lediglich' 1,5 ha Nadelwald innerhalb des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' in Laubwald umgewandelt worden sind."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-049</b></p>	
<p>"Zudem erschwert der bisher ungeklärte Umgang mit den Erweiterungsflächen im Rahmen der Regionalplanung die konkrete Verwirklichung der Maßnahmenplanung seitens Dyckerhoff. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass die im Vertrag konkretisierten Rahmenbedingungen weit über die rechtlich erforderlichen Anforderungen hinausgehen. So ist rein rechtlich die Funktionsfähigkeit der Maßnahmen nicht schon für den Zeitpunkt der Beeinträchtigung gefordert. Sogar 'time-lags' können hingenommen werden, solange zeitliche Verzögerungen nicht das Ziel (keine 'Netto-Verluste' für die globale Kohärenz des Netzes Natura 2000) in Frage stellen. [FN 78:</p>	<p>Den Bedenken wird gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-045</p>

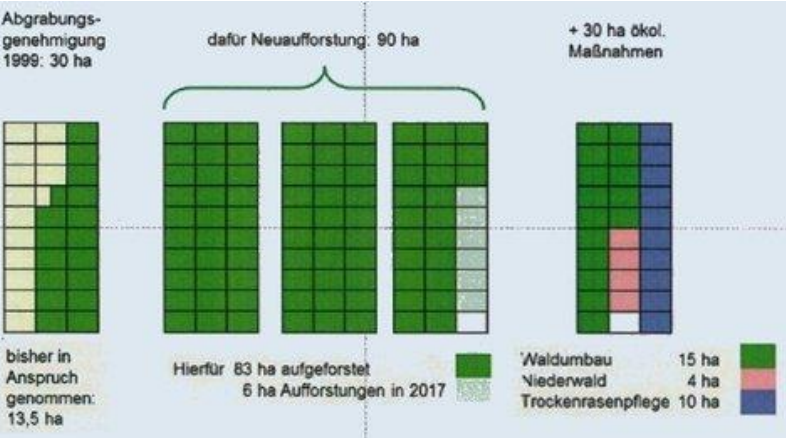
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Siehe dazu Frenz, in: Frenz/Müggenborg (Hrsg.), BNatSchG, 2. Auflage 2016, § 34, Rn. 162 ff., 164 m.w.N.] In Übereinstimmung damit führt das BVerwG aus:</p> <p><i>'In zeitlicher Hinsicht muss zumindest sichergestellt sein, dass das Gebiet unter dem Aspekt des beeinträchtigten Erhaltungsziels nicht irreversibel geschädigt wird (...). Ist das gewährleistet, lässt sich die Beeinträchtigung aber – wie im Regelfall – nicht zeitnah ausgleichen, so ist es hinnehmbar, wenn die Kohärenzsicherungsmaßnahmen rechtzeitig bis zur Vollendung des Vorhabens ergriffen, die Funktionseinbußen hingegen erst auf längere Sicht wettgemacht werden (...) [FN 79: BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 - 9 A 14.12, Rn. 93.]'</i></p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-050</b></p>	
<p>"Mit Blick auf die von der HLB angenommenen Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Wirksamkeit der Maßnahmen ist zunächst anzumerken, dass das seitens der LÖBF (jetzt LANUV) und dem Forstamt Steinfurt für das Umweltministerium im Jahr 2004 entwickelte Maßnahmenkonzept in dem bereits angesprochenen Vertrag aus 2008 durch den Landesbetrieb Wald und Holz, den Kreis Steinfurt sowie die Bezirksregierung bestätigt worden ist (vgl. hierzu auch Anhang 6.2, in dem das Maßnahmenkonzept dargestellt ist, das vier Jahre später als Grundlage für den Vertrag herangezogen wurde [Hinweis: Der Anhang befindet sich in der der Synopse beigefügten gesonderten PDF-Datei »Synopse-Anhänge_10968.pdf«.). Eine Wirksamkeit der Maßnahmen wurde hier nicht angezweifelt. Darüber hinaus ist die Art der Maßnahme bereits in anderen Vorhaben angewandt und bestätigt worden [FN 80: Vgl. bspw. Waldumbau und Waldentwicklungsmaßnahmen für den LRT 9130 im Rahmen des Neubaus der Nord-West-Umfahrung Hamburg (BVerwG, Urteil vom 06. November 2013 - 9 A 14/12 BVerwGE 148, 373-399, Rn. 96).] Und auch die Erfahrungen der Dyckerhoff GmbH aus der bisherigen Maßnahmenumsetzung im Bereich des Teutoburger Waldes belegen die Wirksamkeit der Maßnahmen. Durch die Integration der Kohärenzmaßnahmen in das FFH-Gebietsmanagement ist sichergestellt, dass die Maßnahmen funktionsfähig sind. Der mögliche time-lag-Effekt bei der Etablierung des Waldmeister-Buchenwaldes wird aufgrund des langjährigen zeitlichen Vorlaufs der Maßnahmen, der über</p>	<p>Den Bedenken wird gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-045</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>einen langen Zeitraum sukzessive erfolgenden Flächenverluste (jährlich ca. 1,85 ha) sowie des hohen Kohärenzverhältnisses von 1 : 4 aufgehoben.</p> <p>Eine Neubegründung von Buchenwald auf landwirtschaftlich genutzten Flächen macht lediglich maximal ein Viertel der vorzusehenden Maßnahmen aus. Neben den Aufforstungen werden vielmehr in einem Verhältnis von 1 : 3 bestehende Waldbestände umgebaut bzw. zu dem entsprechendem Lebensraumtyp entwickelt. Eine Prognoseunsicherheit in Bezug auf den Waldumbau, der aufgrund der Standortbedingungen eine Entwicklung hin zur potentiell natürlichen Vegetation vorsieht, kann daher nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Darüber hinaus erfüllen bereits junge Bestände die Anforderungen an den Lebensraumtyp Waldmeister-Buchenwald [FN 81: vgl. Biotop- und Lebensraumtypenkatalog des LANUV 2017, S. 132 unter <a href="http://methoden.naturschut_informationen.nrw.de/methoden/web/babel/mecia/sammelmappelrt_mai_2016.pdf">http://methoden.naturschut_informationen.nrw.de/methoden/web/babel/mecia/sammelmappelrt_mai_2016.pdf</a>]. Gemäß Biotop- und Lebensraumtypenkatalog sind bereits geschlossene Bestände ab Dickungsalter ohne Krautschicht dem Lebensraumtyp zuzurechnen."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-051</b></p>	
<p>"Was die Prognoseunsicherheiten aufgrund zunehmender Klimaextreme betrifft, ist zunächst anzumerken, dass die prozentuale Änderung der Niederschlagssumme 2021 bis 2050 gemäß der Zukunftsprojektionen des Klimaatlasses NRW im Bereich Lengerich im Sommer mit lediglich -5 bis -1 % angegeben wird; im Frühling ist für den nördlichen Bereich von Lengerich keine Veränderung und für den südlichen Bereich von Lengerich sogar eine Zunahme der Niederschlagssumme von 1 bis 5 % angegeben [FN 82: Vgl. <a href="http://www.klimaatlas.nrw.de">www.klimaatlas.nrw.de</a>: Zukunftsprojektion Niederschlag: Prozentuale Änderung der Niederschlagssumme 2021-2050 bezogen auf 1971-2000, Szenario A1B, Modellensemble, 50. Perzentil]. Zudem führt das MKULNV aus, dass sich die flächenmäßigen Anteile einzelner Baumarten in den Wäldern Nordrhein-Westfalens durch den Klimawandel dahingehend verändern werden, dass die Fichte zunehmend unter Wärmestress steht und sich die Buche – da sie weniger anfällig ist – weiter ausbreiten wird. [FN 83: MKULNV 2012, 6 sowie MKULNV 2013, 8.] Da die Buche mildes Winter-</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der dt. Forstwirtschaftsrat schreibt hierzu: "Die Buche wird aufgrund ihrer breiten genetischen Basis gut mit dem Klimawandel zurechtkommen. Sie verfügt über eine sehr hohe Anpassungsfähigkeit an umweltbedingte Veränderungen. In den meisten Regionen kann sie wegen ihrer breiten Standortamplitude und ihrer vorhandenen genetischen Variation weiterhin für den Anbau empfohlen werden. (...). In den höheren Lagen der Mittelgebirge und der Alpen ist künftig mit einer Erweiterung des Areal und höherer Konkurrenzkraft zu rechnen. (...) Die Buche spielt aufgrund ihrer Angepasstheit eine besondere Rolle beim klimagerechten Waldumbau." (DFWR 2008:27)</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>und kühles, feuchtes Sommerklima bevorzugt ist davon auszugehen, dass die Konkurrenzkraft in den höheren Lagen – wie sie auch im Teutoburger Wald vorliegen – eher zunehmen wird. [FN 84: MKULNV 2014, 25.] Zudem wird davon ausgegangen, dass Buchenwälder in vielen Gebieten von NRW auch bei höheren Temperaturen (Anstieg der jährlichen Mitteltemperaturen bis 2 °C) und bei dem zu erwartenden nur geringem Rückgang der Sommerniederschläge gedeihen würden. Kritische Bereiche könnte es ausschließlich an den Grenzen des Buchenvorkommens geben. [FN 85: MKULNV 2015, 19.] Der Teutoburger Wald befindet sich jedoch nicht an der Verbreitungsgrenze, wie auch die aktuelle Verbreitung des LRT 9130 in NRW zeigt (vgl. Abbildung 6-1 in Anhang 6.1 <i>[Hinweis: Der Anhang befindet sich in der der Synopse beigefügten gesonderten PDF-Datei »Synopsis-Anhänge_10968.pdf«.</i>]). Zwar ist nicht auszuschließen, dass Erkrankungswellen bspw. durch Buchenrindennekrosen zunehmen, diesen ist jedoch durch ein entsprechendes Waldschutzmanagement und Pflege der Wälder zu begegnen. [FN 86: MKULNV 2012, 22.] Solche Pflegemaßnahmen (bspw. durch Ersatzpflanzungen) sind im Zuge landschaftspflegerischer Maßnahmen ohnehin im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzusehen. Dies gilt auch für entsprechende Neubegründungen von Buchenwald auf landwirtschaftlichen Flächen."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-052</b>	
<p>"Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass eine Funktionsfähigkeit der Kohärenzsicherungsmaßnahmen zum Zeitpunkt der Beeinträchtigungen gemäß ständiger Rechtsprechung des BVerwG nicht gefordert wird:</p> <p><i>'An die Beurteilung sind weniger strenge Anforderungen zu stellen als an diejenigen der Eignung von Schadensvermeidungs- und Minderungsmaßnahmen. Während für letztere der volle Nachweis ihrer Wirksamkeit zu fordern ist, weil sich nur so die notwendige Gewissheit über die Verträglichkeit eines Plans oder Projekts gewinnen lässt (vgl. Urteil vom 17. Januar 2007 a.a.O. Rn. 54 ff.), genügt es für die Eignung einer Kohärenzsicherungsmaßnahme, dass nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand eine hohe Wahrscheinlichkeit ihrer Wirksamkeit besteht. Anders als bei der Schadensvermeidung und -minderung geht es bei der Kohärenzsicherung typischerweise darum, Lebensräume oder Habitate wiederherzustellen oder neu zu entwickeln. Dieser Prozess ist in aller Regel mit Unwägbarkeiten verbunden. Deshalb lässt sich</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>der Erfolg der Maßnahme nicht von vornherein sicher feststellen, sondern nur prognostisch abschätzen. Würde man gleichwohl die Gewissheit des Erfolgseintritts fordern, müsste eine positive Abwägungsentscheidung regelmäßig am Kohärenzerfordernis scheitern. Das widerspräche dem Regelungszweck des Art. 6 Abs. 4 Unterabs. 1 FFH-Richtlinie'. [FN 87: ständige Rechtsprechung BVerwG. vgl. bspw. BVerwG, Urt. v. 06.11.2013- 9 A 14.12, Juris Rn. 94; siehe dazu ferner Frenz, in: Frenz/Müggenborg (Hrsg.), BNatSchG, 2. Auflage 2016, § 34, Rn 157 ff., 158.]</i></p> <p>Unabhängig davon, dass – wie dargelegt – hinsichtlich der vorgesehenen Kohärenzmaßnahmen keine Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen bestehen, ist darauf hinzuweisen, dass nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG bei wissenschaftlichen Unsicherheiten über die Wirksamkeit der Maßnahmen, die Möglichkeit besteht, ein sogenanntes Risikomanagement vorzusehen. Dieses gewährleistet die fortdauernde ökologische Funktion der Schutzmaßnahmen und ordnet für den Fall, dass die Beobachtung nachträglich einen Fehlschlag der positiven Prognose anzeigt, geeignete Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen an [FN 88: BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 - 9 A 20/05. Rn. 55.]. Die Verankerung eines Monitorings bzw. Risikomanagements für die Kohärenzmaßnahmen wäre im Zuge der Zulassung auf nachgelagerter Ebene möglich."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-053</b>	
<p>"Bezüglich der Zweifel der HLB, dass die erforderlichen Flächen in und außerhalb des in Rede stehenden FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' mobilisiert werden können, ist nicht nachvollziehbar, woraus sie sich begründen. Das vorgelegte Kohärenzkonzept [FN 89: vgl. Bosch S Partner 2016b.] zeigt, dass im engen räumlichen und funktionalen Zusammenhang des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' ein Flächenpotenzial von ca. 95 ha für Aufforstungs- und ca. 155 ha für Umbaumaßnahmen zum LRT 9130 Waldmeister-Buchenwald vorhanden ist. Darüber hinaus existieren weitere standörtlich gut geeignete Bereiche im Waldverbund des Teutoburger Waldes sowie in der gleichen naturräumlichen Haupteinheit, derselben biogeografischen Region und in relativ geringer Entfernung von 10 bis max. 25 km zum Eingriffsgebiet, so dass sich ein Flächenpotenzial von weiteren ca. 220 ha für</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Es ist zutreffend, dass das Kompensationskonzept eine ausreichend große Flächenkulisse geeigneter Maßnahmen darstellt. In Anbetracht der allseits bekannten Flächenknappheit insbesondere bezogen auf die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Nutzfläche ist es aus Sicht der HNB jedoch durchaus zu bedenken, dass die Flächenkonkurrenz speziell die Verfügbarkeit der erforderlichen Aufforstungsflächen einschränken kann.</p> <p>Für die Kompensation der bisherigen Abgrabungen nach Eingriffsregelung waren bislang die Anforderungen an den Standort und den wiederherzustellenden LRT nicht so</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Aufforstungs- und ca. 190 ha für Umbaumaßnahmen zum LRT 9130 Waldmeister-Buchenwald ergibt.</p> <p>Darüber hinaus belegen die Erfahrungen im Zusammenhang mit den bisherigen Verpflichtungen zur Durchführung von Kompensationsmaßnahmen, dass Schwierigkeiten mit der Umsetzung der Maßnahmen nicht bestehen, wie die nachfolgende Abbildung zeigt [s. Abb. am Ende der Anregungsnummer]. So sind mit Bezug zur bestehenden Abgrabungsgenehmigung von 1999 bislang 13,5 ha Waldfläche in Anspruch genommen worden. Im Rahmen der Ausgleichsverpflichtungen wurden in diesem Zusammenhang bereits 83 ha aufgeforstet. Von den 83 ha sind bereits 48 ha behördlich abgenommen, d.h. die Wirksamkeit der forstlichen Kompensationsmaßnahme wurde durch die Untere Landschaftsbehörde und das Regionalforstamt Münsterland geprüft und schriftlich bestätigt. Die übrigen 35 ha befinden sich derzeit in Pflege und werden aller Voraussicht nach aufgrund der bereits laufenden behördlichen Prüfungen innerhalb der nächsten ein bis drei Jahre – je nach Fläche – behördlich abgenommen. Für weitere 6 ha ist die Eignung durch die fünf Behörden fachlich geprüft und bestätigt worden. Diese 6 ha werden in 2017 aufgeforstet. Es bleibt ein Umfang von einem ha, für den aktuell die Flächen behördlicherseits für die Eignung als forstliche Kompensationsmaßnahme geprüft werden. Somit sind die erforderlichen Neuaufforstungen von insgesamt 90 ha fast vollständig umgesetzt, obwohl eine Inanspruchnahme der Flächen noch nicht einmal auf der Hälfte der Fläche erfolgt ist.</p> <p>Neben den Neuaufforstungen sind aus den bestehenden Ausgleichsverpflichtungen zudem Waldumbaumaßnahmen in einem Umfang von 15 ha vorgesehen. Auch diese Maßnahmen sind bereits auf einer Fläche von 8 ha abgeschlossen, weitere 7 ha befinden sich in der Umsetzung. Da die Fichtenentnahme hier – auf Wunsch des Forstamtes – in mehreren zeitlichen Abständen erfolgt, werden auch diese Flächen voraussichtlich in zirka 5 Jahren fertiggestellt sein."</p>	<p>eng gefasst wie bei einem Eingriff in ein FFH-Gebiet, so dass in Bezug auf die Flächenauswahl flexibler agiert werden konnte.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<div><p>Abgrabungs-genehmigung 1999: 30 ha</p><p>dafür Neuaufforstung: 90 ha</p><p>+ 30 ha ökol. Maßnahmen</p><p>bisher in Anspruch genommen: 13,5 ha</p><p>Hierfür 83 ha aufgeforstet 6 ha Aufforstungen in 2017</p><p>Waldumbau 15 ha Niederwald 4 ha Trockenrasenpflege 10 ha</p><p><b>Abb. 8: Bereits durchgeführte Kompensationsmaßnahmen der Dyckerhoff GmbH (Stand Dezember 2016)</b></p><p>Für die 1999 erteilte Abgrabungsgenehmigung für 30 ha sind als Kompensationsmaßnahme Neuaufforstungen im Rahmen von 90 ha und zusätzlich 30 ha ökologische Maßnahmen gefordert worden, d.h. es waren Kompensationsmaßnahmen im Verhältnis 1:4 zu leisten. Bis heute, d.h. 12 Jahre nach Inanspruchnahme der Genehmigung, sind von den geforderten Maßnahmen 98% umgesetzt worden, obwohl erst knapp 50 % der genehmigten Flächen in Anspruch genommen worden sind.</p></div>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-054</b></p>	
<p><b>"3.4 Alternativenprüfung</b></p> <p>§ 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG verlangt, dass keine weniger beeinträchtigenden zumutbaren Alternativen gegeben sein dürfen. Insoweit führt die HLB aus (Anhang C, S. 21):</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine intensive Prüfung möglicher Alternativen und ihrer Zumutbarkeit ist hier jedoch nicht erforderlich, da das öffentliche Interesse an der Darstellung des BSAB nicht die Integrität des FFH-Gebietes überwiegt. Da gem. § 34 Abs. 3 BNatSchG alle Abweichungsgründe kumulativ vorliegen müssen, ist daher eine weitere Befassung mit Alternativen in der FFH-VP nicht erforderlich.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p><i>'Im Ergebnis liegen Alternativen wie z.B. die Darstellung von BSAB im Raum Vellern bei Neubeckum südlich der BAB 2 vor, die das FFH-Gebiet 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg' nicht beeinträchtigen und eine Versorgungssicherheit mit Kalkstein im Plangebiet für die kommenden 35 Jahre gewährleisten.'</i></p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht [FN 90: BVerwG, Beschluss vom 03.06.2010 - 4 B 54/09, Juris-Rn. 9.] hat zur Alternativenprüfung nach § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG festgehalten:</p> <p><i>'Anders als die fachplanerische Alternativenprüfung ist die FFH-rechtliche Alternativenprüfung nicht Teil einer planerischen Abwägung. Der Behörde ist für den Alternativenvergleich kein Ermessen eingeräumt. Art. 6 Abs. 4 FFH-RL begründet aufgrund seines Ausnahmecharakters ein strikt beachtliches Vermeidungsgebot, das zu Lasten des Integritätsinteresses des durch Art. 4 FFH-RL festgelegten kohärenten Systems nicht bereits durchbrochen werden darf, wenn dies nach dem Muster der Abwägungsregeln des deutschen Planungsrechts vertretbar erscheint, sondern nur beiseitegeschoben werden darf, soweit dies mit der Konzeption größtmöglicher Schonung der durch die Habitat-Richtlinie geschützten Rechtsgüter vereinbar ist. [...] Die Anforderungen an den Ausschluss von Alternativen steigen in dem Maß, in dem sie geeignet sind, die Ziele des Vorhabens zu verwirklichen, ohne zu offensichtlichen – ohne vernünftigen Zweifel – unverhältnismäßigen Beeinträchtigungen zu führen.'</i></p> <p>Ferner hat das BVerwG ausgeführt: [FN 91: BVerwG, Urteil vom 23.04.2014 - 9 A 25/12, Juris-Rn. 78; dazu auch Frenz, in: Frenz/Müggenborg (Hrsg.), BNatSchG, 2. Auflage 2016, § 34, Rn. 121 ff., 124 mit weiteren Rechtsprechungsnachweisen.]</p> <p><i>'Nur gewichtige naturschutzexterne Gründe können es rechtfertigen, zulasten des Integritätsinteresses des durch Art. 4 FFH-RL festgelegten kohärenten Systems die Möglichkeit einer Alternativlösung auszuschließen. Der Vorhabenträger darf von einer ihm technisch an sich möglichen Alternative erst Abstand nehmen, wenn diese ihm unverhältnismäßige Opfer abverlangt oder andere Gemeinwohlbelange erheblich beeinträchtigt; hierzu zählen auch Kostengründe.'</i></p>	<p>Substantiell Raum ist grundsätzlich dann gegeben, wenn der im LEP festgelegte Versorgungszeitraum von 35 Jahren abgedeckt ist. Nach den Erläuterungen zu Ziel 9.2-2 aber ist "eine Unterschreitung der Zeiträume ... möglich, wenn sich im Rahmen der Abwägung ergibt, dass geeignete Flächen für 20 bzw. 35 Jahre nicht zur Verfügung stehen". Nach dem Ergebnis der Abweichungsprüfung ist die zur Sicherstellung der Verbundproduktion für einen Versorgungszeitraum von 35 Jahren benötigte Fläche nicht geeignet.</p> <p>Der Sicherung der Versorgung mit dem für die Produktion des Grauzements insbesondere erforderlichen Rohstoffes Mergel-Karbonatgestein kann an anderer Stelle substantiell Raum gegeben werden. Die Abgrabungsbereiche im Kreis Warendorf sichern die Versorgung mit dieser Rohstoffqualität für 35 Jahre.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Vor diesem Hintergrund ist im Zuge der Alternativenprüfung neben der Beeinträchtigung des FFH-Gebietes 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes' auch die Zumutbarkeit entsprechender Alternativen zu berücksichtigen. So muss die Auswahl gemäß Generalanwältin KOKOTT in der abschließenden Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht zwangsläufig auf die das Gebiet am wenigsten stark beeinträchtigende Alternative fallen; sie bedarf vielmehr einer Abwägung zwischen der Beeinträchtigung des Schutzgebietes und den jeweils einschlägigen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses [FN 92: Schlussanträge GA Kokott v. 27.04.2006 - C-239/04, Rn. 44 mit Bezug zu "Abweichung.]. Obgleich im Rahmen der Alternativenprüfung des § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG nur öffentliche Interessen von Relevanz sind, können die Auswirkungen auf die konkret im Raum anzutreffenden, den jeweiligen Bedarf generierenden Unternehmen nicht ausgeblendet werden. Ihr Ausscheiden aus dem Markt zieht nämlich – wie oben bereits dargelegt – Folgen nach sich, die wiederum ihrerseits öffentliche Interessen in einer Art und Weise berühren, welche die entsprechende Alternative unzumutbar macht. Dies wurde im Übrigen sowohl durch die Regionalplanungsbehörde als auch durch den durch die Bezirksregierung extern beauftragten Gutachter bestätigt. Gemäß der 'Ergänzenden Erläuterungen zur Festlegung von Bereichen zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) im Teutoburger Wald' stellen weder eine Rohstoffzulieferung noch eine Produktionsverlagerung zumutbare Alternativen dar, so dass eine Erweiterung der Abgrabungsflächen am Standort Lengerich zur Sicherung der Versorgungssicherheit für die Rohstoffgewinnung von 35 Jahren erforderlich ist.</p> <p>Damit bestätigt die Regionalplanungsbehörde die Ausführungen der Bedarfsanalyse [FN 93: vgl. BOSCH &amp; PARTNER 2016a.]. Eine Auseinandersetzung mit entsprechenden Alternativen – Beschränkung der Produktion am Standort Lengerich auf Tiefbohrzemente; Zulieferung des Rohstoffes aus anderen Lagerstätten; Verlagerung der Produktion hin zu anderen Lagerstätten – ist in der vorgelegten Bedarfsanalyse erfolgt. Hier wurde die Unzumutbarkeit der betrachteten Alternativen ausführlich dargelegt."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-055</b>	
"So ist das derzeitige besondere Produktportfolio der Dyckerhoff GmbH ausschließlich mit den in Lengerich und Höste vorliegenden Lagerstätten zu bedienen, die sich	Den Bedenken wird nicht gefolgt.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>dadurch auszeichnen, dass Rohmaterial in unterschiedlichen Qualitäten und der erforderlichen chemischen Zusammensetzungen an einem Standort abgebaut werden kann. An den betrachteten Alternativstandorten liegt das Rohmaterial nicht in einer vergleichbaren Qualität vor, so dass die Zumischung anderer Rohstoffe (Sand und Ton bzw. höherwertiges Material) in erheblichem Umfang erforderlich ist (vgl. Punkt 3.1), die mit zusätzlichen Aufschlüssen bzw. Transporten verbunden sind. Zudem sind besondere Qualitätsmerkmale, die einen Teil der Lengericher Produkte auszeichnen, wie Frühfestigkeit, hohe Festigkeit, einheitlich helle Farbe, mit dem Rohmaterial der alternativen Lagerstätten nicht zu erreichen.</p> <p>Eine Zulieferung des Rohstoffes aus dem Bereich Thieberg als auch aus dem Bereich Neubeckum wäre aufgrund der hohen Transport- und Investitionskosten mit einer Aufgabe der Produktion am Standort Lengerich verbunden, da eine wirtschaftliche Fortführung des Unternehmens nicht möglich wäre. Eine Preissteigerung des Preises für Grauzement, der die wirtschaftlichen Defizite auffangen könnte, ist unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen nicht zu erzielen.</p> <p>Auch die Beschränkung der Produktion am Standort Lengerich auf Tiefbohrzemente würde zu unzumutbaren Abstrichen von den Planungszielen führen. Denn die alleinige Herstellung von Tiefbohrzementen ist nicht wirtschaftlich möglich, da der Anteil der Tiefbohrzemente an der gesamten Zement-Produktionsmenge des Werkes nicht anlagenauslastend ist, sondern im Durchschnitt bei mindestens 20 % liegt. Die Aufrechterhaltung der produktübergreifenden Infrastruktur für den Produktionszweig Tiefbohrzemente ist nicht rentabel. Gleiches gilt für die vollständige Verlagerung der Produktion hin zu anderen Lagerstätten, die aufgrund der hohen Investitionskosten für die Neuerichtung eines Zementwerkes ebenfalls nicht rentabel umsetzbar wäre. Hinzu kommt, dass der Neubau entsprechender Produktionsstätten vor dem Hintergrund eines effizienten Einsatzes von Ressourcen negativ zu werten ist, da er den Verbrauch von Primärbaustoffen mit sich bringt.</p> <p>Sämtliche Alternativen kommen somit letztlich einer Schließung des Werks Lengerich gleich. Wie bereits erwähnt wäre im Falle einer Aufgabe der Produktion am Standort Lengerich mit erheblichen Konsequenzen auf die Wirtschaft bzw. die Marktstruktur, die Beschäftigungseffekte in der Region sowie auf die Umwelt zu rechnen."</p>	<p>Die Produktion von Tiefbohrzement hat eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung, dem erforderlichen Rohstoff ist daher substantiell Raum zu geben. Dieser Raum ist mit dem genehmigten Steinbruch "Höste" vorhanden. Nach Angaben des Unternehmens aber kann der Tiefbohrzement wirtschaftlich nur im Verbund mit sog. "Grauzement" produziert werden. Ein von der Regionalplanungsbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt im Ergebnis die Angaben des Unternehmens. Somit gewährleistet nur eine Verbundproduktion am Standort Lengerich die Versorgung der Wirtschaft mit Tiefbohrzement. Um hierfür substantiell Raum zu geben, wäre eine Erweiterung des Steinbruches "Hohne" erforderlich.</p> <p>Durch eine Erweiterung würde das FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" erheblich beeinträchtigt, so dass ein Abgrabungsbereich nur dann festgelegt werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 BNatSchG erfüllt sind. Eine Alternative zur Verbundproduktion ist nach dem Ergebnis der raumordnerischen Betrachtung nicht gegeben. Es bleibt zu prüfen, ob "aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses" der Eingriff in das FFH-Gebiet zu rechtfertigen ist. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tiefbohrzements ist dabei ein öffentliches Interesse. Da der in Lengerich produzierte Tiefbohrzement allerdings zu 100 % exportiert wird, kommt der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung kein so hohes Gewicht zu. Auch unter Berücksichtigung der weiteren öffentlichen Interessen kommt die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Abweichungsprüfung daher zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Interessen gegenüber der Integrität des FFH-Gebiets nicht überwiegen.</p> <p>s. auch Erwiderung zu 10968-054</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-056</b>	
<p>"Selbst wenn man voraussetzen würde, dass eine Zulieferung des Rohstoffes möglich wäre, wäre darüber hinaus zu berücksichtigen, dass eine Zulieferung des Rohstoffes mit erheblichen zusätzlichen Belastungen für die Umwelt sowie der in den an Transportwegen angrenzenden Ortslagen ansässigen Bevölkerung verbunden wäre. Zu nennen sind insbesondere die zusätzlichen Belastungen durch CO<sub>2</sub> (bspw. 5.734 t CO<sub>2</sub> bei der alternativen Lagerstätte Thieberg bzw. 4.862 t CO<sub>2</sub> bei der alternativen Lagerstätte Beckum), die im Widerspruch zu den Zielsetzungen des Klimaschutzgesetzes NRW stehen. Die Zunahme des LKW-Verkehrs durch die Zufahrten (in Höhe von 474 LKW pro Tag bei der alternativen Lagerstätte Thieberg bzw. 402 LKW pro Tag bei der alternativen Lagerstätte im Bereich Beckum) führt zugleich zu zunehmenden Belastungen durch Lärm und Schadstoffe. Von sozialen Akzeptanzproblemen bei der neu und verstärkt betroffenen Bevölkerung ist auszugehen. Denn durch die Zulieferung aus dem Bereich Thieberg käme es aufgrund der benötigten und zu transportierenden Mengen von 5.920 t pro Tag zu einem zusätzlichen Verkehrsvolumen von 494 Fahrzeugen für die Region pro Tag – und dies im Schwerlastbereich. Für eine Zulieferung aus dem Bereich der Lagerstätte Beckum wäre der Transport von 5.020 t Kalkstein pro Tag erforderlich, so dass ein zusätzliches Verkehrsvolumen von 418 Fahrzeugen für die Region pro Tag erzeugt würde. Weitere 122 LKW pro Tag ergeben sich aus der erforderlichen Zufuhr von hochprozentigem Massenkalk aus Höste (ca. 1.500 t), der dem niederwertigeren Material aus Beckum zur Produktion von Grauzement zugesetzt werden muss. [FN 94: vgl. BOSCH &amp; PARTNER 2016a.]"</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-55</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-057</b>	
<p>"Darüber hinaus wären die Neuaufschlüsse aufgrund der geologischen Situation mit einer nicht unerheblichen Flächeninanspruchnahme verbunden, die sich im Vergleich zur Inanspruchnahme bei einer Erweiterung des Abgrabungsbereiches in Lengerich auf das 15-fache im Bereich Thieberg (400 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) bzw. auf das 5-fache im Bereich Neubeckum (123 ha an Stelle von 27 ha in Lengerich) beläuft. Neben dem Verlust schutzwürdiger Böden ist in diesem Zusammenhang auch der Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen zu berücksichtigen. Des Weiteren ist</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Zwar ist schon im Kalkgutachten das Kalksteinvorkommen am Thieberg als wertvolle Lagerstätte identifiziert worden, der Sachliche Teilplan aber sichert die Versorgung mit Kalkstein für einen Versorgungszeitraum von mindestens 35 Jahren ohne die Festlegung eines BSAB am Thieberg.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>aufgrund von Schutzgebietsausweisungen sowie Vorkommen planungsrelevanter Arten (bspw. Kiebitz, Mornellregenpfeifer) absehbar, dass mit dem Abbau auch dort naturschutzrechtliche Konflikte zu erwarten sind."</p>	
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-058</b></p>	
<p>"Die im Rahmen der Bedarfsanalyse betrachteten alternativen Lagerstätten beziehen sich im Wesentlichen auf die Bereiche am Thieberg/Neuenkirchen sowie Vellern Nord in Neubeckum. Die Aussagen treffen jedoch gleichermaßen für die im derzeitigen Planentwurf im Bereich Beckum dargestellten Abgrabungsbereiche, die nach Aussagen der Bezirksregierung Münster den auf der Grundlage des durchschnittlichen Jahresverbrauchs des Werkes Lengerich ermittelten Bedarf decken sollen [FN 95: WIERING2017.], zu. Denn sowohl hinsichtlich des Rohmaterials als auch der Entfernung zum Standort Lengerich stellt sich hier eine mit der Alternative im Bereich Vellern Nord vergleichbare Situation dar, so dass die Ausführungen gleichermaßen auf die im derzeitigen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein ausgewiesenen BSAB übertragbar sind. Sowohl der Neuaufschluss als auch die Zulieferung des Rohstoffes aus den Abbaubereichen im Bereich Beckum zum Zementwerk in Lengerich würde dazu führen, dass die Produktion des Werkes Lengerich aufgegeben werden müsste. Denn zum Einen ist die Verlagerung der Produktion aufgrund der hohen Investitionskosten für die Neuerrichtung eines Zementwerkes an einem anderen Standort für die Dyckerhoff GmbH nicht rentabel umsetzbar. Zum Anderen wäre aber auch eine wirtschaftliche Fortführung der Produktion des Werkes Lengerich der Dyckerhoff GmbH durch eine Zulieferung aufgrund der hohen Transport- und Investitionskosten nicht möglich."</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. Erwiderung zu 10968-055</p>
<p><b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b>  <b>Anregungsnummer: 10968-059</b></p>	
<p>"Erschwerend kommt hinzu, dass sich die zwischen Vellern und der B 61 festgelegten Bereiche in einem naturschutzfachlich sehr empfindlichen Raum befinden. So ist dieser Bereich gemäß Landschaftsinformationssammlung des LANUV als landesweit bedeutsamer Rastplatz für den Mornellregenpfeifer (<i>Charadrius morinellus</i>) eingestuft. Der Mornellregenpfeifer, der gemäß Anhang I der Vogelschutzrichtlinie geschützt ist</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Das LANUV stellt in seiner Stellungnahme fest: "Für den Artenschutz sind die verfahrenskritischen Vorkommen geprüft worden. Im Ergebnis wurde keine Überlagerung der Vorkommen mit den Abbaubereichen konstatiert." (Stellungnahme LANUV ID 168)</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>und gemäß der Roten Liste als ausgestorben oder verschollen gilt, kommt in Nordrhein-Westfalen als regelmäßiger, aber seltener Durchzügler fast ausschließlich im Vogelschutzgebiet 'Hellwegbörde' vor. Der Maximalbestand des Durchzugs wird auf unter 100 Individuen geschätzt. [FN 96: LANUV 2017.] Gemäß Angaben der Stadt Beckum [FN 97: vgl. Stadt Beckum (2012): Gesamträumliches Planungskonzept zum Masterplan Erneuerbare Energien der Stadt Beckum. Endbericht zum Masterplan Erneuerbare Energien Beckum-Teilbereich Avifauna (Stand: 12.12.2012). download unter <a href="https://www.beckum.de/fileadmin/daten-stadt/pdfAWIRTSCHAFT/Stadtplanung/Masterplan_Beckum_Avifauna_Endbericht_Dez_2012.pdf">https://www.beckum.de/fileadmin/daten-stadt/pdfAWIRTSCHAFT/Stadtplanung/Masterplan_Beckum_Avifauna_Endbericht_Dez_2012.pdf</a>] gehört das Gebiet zu einem von sechs bekannten Rastgebieten für den Mornellregenpfeifer in NRW. Eine Inanspruchnahme des Rastgebietes des Mornellregenpfeifers durch die vorgesehenen Abgrabungsbereiche stellt eine Zerstörung der Ruhestätten dieser Art im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG dar, so dass die Voraussetzungen für eine Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG, die mit denen der gebietschutzrechtlichen Abweichung vergleichbar sind (Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, Alternativenprüfung, Sicherung des Erhaltungszustandes der Populationen der Art), darzulegen sind. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Rastgebietes ist zudem davon auszugehen, dass es sich bei dem Vorkommen um ein verfahrenskritisches Vorkommen einer planungsrelevanten Art handelt. Voraussetzungen für eine Ausnahme für diesen Standort sind nicht erkennbar, so dass eine Festlegung dieser Bereiche grundsätzlich fraglich erscheint. Denn gemäß Punkt 2.7.2 der W-Artenschutz sind im Rahmen der Regionalplanung Interessenkonflikte mit 'verfahrenskritischem Vorkommen' dieser Arten möglichst durch die Wahl von Alternativen zu vermeiden. [FN 98: MKULNV 2016.]"</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-060</b>	
<p>"Schließlich ist noch auf das folgende Problem einer rechtlich konsistenten Planausweisung hinzuweisen: Bei einem späteren Genehmigungsverfahren und der dann auf den Genehmigungsantrag (Projekt) zu beziehenden Prüfung nach § 34 Abs. 3 BNatSchG wären die Bereiche in Neubeckum oder Neuenkirchen voraussichtlich keine 'Alternativen' im gesetzlichen Sinne zu der Abgrabungserweiterung in Lengerich. Ein Steinbruch in Neubeckum (Vellern) oder in Neuenkirchen (Thieberg) liefe vielmehr, gemessen an dem durch den Projektträger zu definierenden Planungsziel (das wäre</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die Beurteilung der raumordnungsplanerischen Erforderlichkeit unter dem Aspekt der Vollzugsfähigkeit einer Festlegung kann es allein darauf ankommen, dass von einem ausgewiesenen Standort oder Abgrabungsbereich <i>überhaupt</i> rechtlich (und tatsächlich) Gebrauch gemacht werden kann. Unerheblich muss es dagegen sein, <i>welches Unternehmen</i> von dieser planerischen Ausweisung Gebrauch machen kann oder</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>die Erweiterung des mit Kalkstein in der erforderlichen Qualität und Zusammensetzung ausgestatteten Steinbruchs in Lengerich), auf ein anderes Projekt hinaus, weil es die Identität des Vorhabens berührte.</p> <p>Vergleichbares hat das BVerwG in jüngster Zeit am Beispiel des Ausbaus der Unterweser (und im Februar 2017 auch am Beispiel der Elbevertiefung) noch einmal klargestellt und hat darauf hingewiesen, dass eine Kooperation mit anderen Häfen keine Alternative zum Ausbau der Unterweser (bzw. der Elbevertiefung) ist. Denn das Planungsziel (Erreichbarkeit der Häfen an Unterweser bzw. Elbe mit Schiffen einer bestimmten Größe) wird durch die Kooperation mit anderen Häfen nicht erreicht, sondern aufgegeben. Darauf kann der Vorhabenträger deshalb nicht verwiesen werden. [FN 99: BVerwG. Urteil vom 11.08.2016 - 7 A 1/15 (Weservertiefung). Juris-Rn. 139; BVerwG. Urteil vom 09.02.2017-7 A2/15 (Elbevertiefung), noch nicht im Volltext verfügbar, Pressemitteilung auf <a href="http://www.overwg.de">www.overwg.de</a>; vgl. auch zur notwendigen Identitätswahrung eines Projekts im Rahmen der Alternativenprüfung <i>Frenz</i>, in: <i>Frenz/Müggenborg</i> (Hrsg.), <i>BNatSchG</i>, 2. Aufl. 2016, § 34, Rn. 116 ff., 119.]</p> <p>Das lässt sich auf den hier vorliegenden Fall übertragen: Das Planungsziel der Erweiterung des vorhandenen Steinbruchs in Lengerich und der (nur) damit möglichen Versorgung des Zementwerks mit Kalkstein in der erforderlichen Qualität und zu den erforderlichen wirtschaftlichen Bedingungen lässt sich nicht durch einen Steinbruch in Neubeckum oder Neuenkirchen erreichen. Würde Dyckerhoff in einem späteren Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG statt einer Erweiterung des Steinbruchs in Lengerich auf einen (neuen) Steinbruch in Neuenkirchen oder Neubeckum verwiesen, müsste das Planungsziel der Erweiterung des Steinbruchs in Lengerich aufgegeben und könnte nicht erreicht werden. Hierauf könnte das Unternehmen jedoch nicht verwiesen werden."</p>	<p>Gebrauch macht. Denn die raumordnungsplanerische Erforderlichkeit bzw. Planrechtfertigung kann allein aus raumordnerischen Gründen erfolgen und darf sich daher nicht auf einzelne Privatrechtssubjekte oder Unternehmen beziehen. Andernfalls würde die Raumordnungsplanung ihren durch § 1 Abs. 1 ROG bestimmten Aufgabenkreis überschreiten, der sich auf eine Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen beschränkt.</p>
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-061</b>	
<b>"4 Ergebnis</b>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>s. vorstehende Erwiderungen</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Im Ergebnis weist die BSAB-Ausweisung im aktuellen Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland Abwägungsfahler auf und vernachlässigt zu berücksichtigende Belange der Dyckerhoff GmbH. Aus den Ausführungen sowie den bereits vorliegenden Gutachten wird deutlich, dass bei der planerischen Abwägung als auch bei der Darlegung der zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses im Zuge der gebietsschutzrechtlichen Abweichungsprüfung unzureichend berücksichtigt wird, dass die 'privaten' Interessen der Dyckerhoff GmbH im Hinblick auf die Rohstoffversorgung zugleich auch öffentliche Interessen verkörpern. Insofern überwiegen die zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses. Das Überwiegen wird auch dadurch untermauert, dass für die vorgesehenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen ein großer zeitlicher Vorlauf für die Umsetzung zur Verfügung steht, die Beeinträchtigungen sukzessive über einen langen Zeitraum erfolgen und ein hoher Maßnahmenumfang von insgesamt 68,6 ha vorgesehen ist. Die Wirksamkeit der Maßnahmen kann ohne vernünftige Zweifel sichergestellt werden. Bei der Einschätzung der Bedeutung des FFH-Gebiets für den Waldmeister-Buchenwald ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die Größe der Bestände innerhalb des FFH-Gebiets 'Nördliche Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges' im Vergleich zu den Vorkommen im gesamten Höhenzug des Teutoburger Walds sowie in ganz NRW relativiert. Schließlich liegen zumutbare Alternativen nicht vor, da sämtliche Alternativen letztlich einer Schließung des Werks Lengerich gleichkommen.</p> <p>Weil zumutbare Alternativen zur Erweiterung der Lagerstätte Lengerich ausscheiden, zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses dafür vorliegen und der Zusammenhang des Netzes 'Natura 2000' durch entsprechende Maßnahmen gesichert ist, ist die Steinbrucherweiterung in Lengerich rechtlich möglich, zur Rohstoffsicherung geboten, aus unternehmerischer Sicht notwendig und aus Sicht des öffentlichen Interesses verantwortbar."</p>	
<b>Beteiligter: 10968 - Dyckerhoff GmbH</b> <b>Anregungsnummer: 10968-062</b>	
<b>"5 Quellennachweise</b>	Die Hinweise auf verwendete Quellen und die Anlagen zur Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen. Insbesondere die Inhalte der Anlagen wurden bei der Formulierung von Ausgleichsvorschlägen in den Anregungsnummern berücksichtigt, in denen auf diese im Einzelnen hingewiesen wurde.

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• BfN (Bundesamt für Naturschutz) (2013): Nationaler Bericht nach Art. 17 FFH-Richtlinie in Deutschland 2013, download unter <a href="https://www.bfn.de/0316_bericht2013.html">https://www.bfn.de/0316_bericht2013.html</a></li> <li>• BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) (2016): Energiestudie 2016. Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen (20), 180 S., Hannover.</li> <li>• BOSCH &amp; PARTNER (2016a): Raumordnerische Bedarfsanalyse zum Kalksteinabbau der Lagerstätte Lengerich im Teutoburger Wald (Unterlage B.1)</li> <li>• BOSCH &amp; PARTNER (2016b); Darlegung der Voraussetzungen für eine Abweichung nach § 34 Abs. 3 und 5 BNatSchG für das FFH-Gebiet "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" (DE 3813-302) (Unterlage FFH.3)</li> <li>• BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) (2016): Entwicklung des deutschen Außenhandels. Import, Export und Exportüberschuss in absoluten Zahlen, 1993 bis 2015, download unter <a href="http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-undfakten/globalisierung/52842/aussenhandel">http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-undfakten/globalisierung/52842/aussenhandel</a> [Februar 2017]</li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2005): Stellungnahme der Kommission auf Ersuchen Deutschlands nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen zur Genehmigung des Ausbaus des Flughafens Lübeck Blankensee, Brüssel, den 5. Mai 2009 K(2009) 3218, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2006): Stellungnahme der Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen zu dem "Ersuchen des Königreichs Spanien betreffend das Bauvorhaben des neuen Hafens in Granadilla (Teneriffa)", download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</li> <li>• EU-KOMMISSION (Europäische Kommission) (2008): Implementation of Article 6 (4), first subparagraph, of Council Directive 92/43/EEC during the period 2004-2006 Summary Report Directorate General Environment European</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<p>Commission 30 June 2008, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm</a>-</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2011): Stellungnahme der Kommission vom 25. Januar 2011 auf Ersuchen Ungarns nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen zur Änderung des Entwicklungsplans für die Stadt Győr (Ungarn), Brüssel, den 25. Januar 2011 K(2011) 351, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a> [März 2016]</li> <li>• EU-KOMMISSION (Europäische Kommission) (2012): Implementation of Article 6 (4), first subparagraph, of Council Directive 92/43/EEC (Habitat Directive) period 2007-2011 summary report, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/knowledge/rep_habitats/index_en.htm</a></li> <li>• EU-Kommission (Europäische Kommission) (2015): Stellungnahme der Kommission vom 18.12.2015 auf Ersuchen Deutschlands nach Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen: Ausbau der B 173 zwischen Lichtenfels und Kronach, Bauabschnitt Michelau und Zettlitz (Deutschland/Bayern), Brüssel, den 18.12.2015 C(2015) 9085 final, download unter <a href="http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm">http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/opinion_en.htm</a></li> <li>• FÜßER &amp; LAU (2012): Die Alternativenprüfung nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL: Rechtsdogmatik, Detailfragen und Perspektiven nach der Münster/Osnabrück-Rechtsprechung. Leipzig.</li> <li>• H+H &amp; DIW (Heimer + Herbstreit Umweltplanung &amp; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1997): Nutzungskonflikt Kalksteinabgrabung – Naturschutz. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Kurzfassung), Bochum, Berlin.</li> <li>• IEA (International Energy Agency) (2015): Key world energy statistics, download unter <a href="https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/key-world-energystatistics.html">https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/key-world-energystatistics.html</a> [März 2017]</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• LANUV (2017): Naturschutzinformationssystem zu geschützten Arten NRW: <a href="http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe">http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe</a> [Februar 2017]</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (2016): Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH - RL) und 2009/147/EG (V - RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz) Rd.Erl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW v. 06.06.2016, - III 4 - 616.06.01.17</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (2015): Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, Düsseldorf.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2014): Klimawandel im Wald – Konzept für eine Anpassungsstrategie für Nordrhein-Westfalen. Klimafolgen, Anpassungsmaßnahmen und klimadynamisches Waldinformationssystem; Auftragnehmer: UNIQUE forestry and land use GmbH, Freiburg.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2014): Wald im Klimawandel. Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2013): Wald und Klimaschutz in NRW. Beitrag des NRW Clusters ForstHolz zum Klimaschutz - Kurzfassung der Studie, Düsseldorf.</li> <li>• MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2015): Wald und Waldmanagement im Klimawandel. Anpassungsstrategie für Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.</li> <li>• SCHINK, A. (2016): Die planerische Steuerung von Windenergieanlagen und Abgrabungen – Harte und weiche Tabuzonen. Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht (UPR). S. 366-367.</li> </ul>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Ausgleichsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> <li>• SCHROEDER, W. (2012): Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Kommentar. In: Strainz, R. (Hrsg.). 2. Auflage. C. H. Beck. München.</li> <li>• SUSTAIN CONSULT (2016) (Unterlage B.1-C): Bedeutung des Zementwerkes Lengerich der Dyckerhoff GmbH für die Beschäftigung und regionale Wirtschaftsstruktur sowie für die Marktversorgung, erstellt im Auftrag der Dyckerhoff GmbH, Dortmund.</li> <li>• VDZ (Verein Deutscher Zementwerke): (2017) Zementabsatz und -verbrauch, download unter <a href="https://www.vdz-online.de/publikationen/zahlen-und-daten/c-zementabsatz-und-verbrauch/">https://www.vdz-online.de/publikationen/zahlen-und-daten/c-zementabsatz-und-verbrauch/</a> [März 2017]</li> <li>• WIERING, G. (2017): Mündliche Aussage im Rahmen der Podiumsdiskussion zum Thema "Sachlicher Teilplan Kalkstein" am 20.02.2017 in Lengerich."</li> </ul> <p><i>[Die Bullets wurden zur besseren Übersichtlichkeit hinzugefügt.]</i></p> <p><b>"6 Anhang"</b></p> <p><i>[Hinweis: Die Anhänge "6.1 Verbreitung des Waldmeister-Buchenwalds (LRT 9130) in NRW" und "Schreiben der LOBF vom 07.07.2004 zur vertraglichen Vereinbarung mit den Firmen Dyckerhoff AG und Schencking Kalk- und Kalksandsteingewinnung GmbH &amp; Co.KG" sind hier nicht abgebildet, sondern der Synopse als gesonderte PDF-Datei beigelegt.]</i></p>	